



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

50. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 22. November 2018, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Dr. Ralph Weber, AfD	22
	Peter Ritter, DIE LINKE	26
	Sebastian Ehlers, CDU	28, 30
	Henning Foerster, DIE LINKE	30
	Nikolaus Kramer, AfD	31
	Vincent Kokert, CDU	32
Fragestunde		
– Drucksache 7/2850 –	B e s c h l u s s	33
Nikolaus Kramer, AfD	Persönliche Bemerkung gemäß	
Minister Lorenz Caffier	§ 88 GO LT durch den Abgeordneten	
Dirk Lerche, AfD	Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD	33
Minister Harry Glawe		
	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD	
Antrag der Volksinitiative	Peene-Werft braucht Hilfe –	
gemäß Artikel 59 der Verfassung des	Bund ist in der Pflicht	
Landes Mecklenburg-Vorpommern	– Drucksache 7/2867 –	34
„FAIRE TRASSE – Volksinitiative		
gegen Straßenausbaubeiträge	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
in Mecklenburg-Vorpommern“	– Drucksache 7/2869 –	34
– Drucksache 7/2800 –		
Minister Lorenz Caffier	Dietmar Eifler, CDU	34, 45
Dirk Lerche, AfD	Minister Harry Glawe	35, 46
Martina Tegmeier, SPD	Dr. Ralph Weber, AfD	36
Jeannine Rösler, DIE LINKE	Patrick Dahlemann, SPD	38, 44
Torsten Renz, CDU	Peter Ritter, DIE LINKE	41, 45
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	43
Christoph Grimm, AfD	Holger Arppe, fraktionslos	44
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	B e s c h l u s s	47

Erweiterung der Tagesordnung	47	Änderung der Tagesordnung	72
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerprä- sidenten und der Ministerinnen und Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre (Erste Lesung) – Drucksache 7/2813 –	47	Antrag der Fraktion der BMV Gesundes Leben lernen: Schulgärten aktiv in den Unterricht einbinden – Drucksache 7/2818 –	72
Peter Ritter, DIE LINKE	47, 52	Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	72, 80
Minister Mathias Brodtkorb	49	Minister Dr. Till Backhaus	74
Dr. Ralph Weber, AfD	49	Jens-Holger Schneider, AfD	75
Sebastian Ehlers, CDU	49	Marc Reinhardt, CDU	77
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	51	Karsten Kolbe, DIE LINKE	77
Philipp da Cunha, SPD	51	Andreas Butzki, SPD	78
B e s c h l u s s	53	Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	79
Antrag der Fraktion DIE LINKE Aufbau Ost – Rentenkürzungen zurücknehmen – gesetzliche Rente endlich verbessern – Drucksache 7/2806 –	53	B e s c h l u s s	81
Torsten Koplín, DIE LINKE	53, 62, 67	Antrag der Fraktion DIE LINKE 12 Euro Mindestlohn – Jetzt und für alle – Drucksache 7/2811 –	81
Ministerin Stefanie Drese	55	Henning Foerster, DIE LINKE	81, 93
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	57, 62, 65, 67	Minister Harry Glawe	83
Sebastian Ehlers, CDU	58	Dirk Lerche, AfD	84, 88
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	60	Philipp da Cunha, SPD	88
Martina Tegtmeier, SPD	61	Christian Brade, SPD	88
Torsten Renz, CDU	64	Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	90
Nikolaus Kramer, AfD	67	Wolfgang Waldmüller, CDU	91
B e s c h l u s s	68	Holger Arppe, fraktionslos	93
Unterrichtung durch die Landesregierung Beteiligungsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Geschäftsjahre 2014 bis 2016 – Drucksache 7/2822 –	69	B e s c h l u s s	95, 96, 115
Jeannine Rösler, DIE LINKE	69	Antrag der Fraktion der BMV Neuregelung beim Umgang mit dem Wolf – Drucksache 7/2817 –	96
Minister Mathias Brodtkorb	70	Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	96, 104
Egbert Liskow, CDU	71	Minister Dr. Till Backhaus	97
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	72	Jürgen Strohschein, AfD	99
Tilo Gundlack, SPD	72	Beate Schlupp, CDU	99
B e s c h l u s s	72	Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	101
		Elisabeth Aßmann, SPD	103
		B e s c h l u s s	105
		Antrag der Fraktion DIE LINKE Endlich machen – Landesgebäude mit öffentlichem WLAN ausstatten – Drucksache 7/2809 –	106

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	106, 112
Minister Christian Pegel	107
Nikolaus Kramer, AfD	109
Christiane Berg, CDU	110
Philipp da Cunha, SPD	110

B e s c h l u s s	113
-------------------------	-----

Einspruch des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD, gemäß § 100 GO LT gegen den in der 49. Sitzung des Landtages am 21. November 2018 zu Beginn der Sitzung erteilten Ordnungsruf	113
--	------------

B e s c h l u s s	114
-------------------------	-----

Nächste Sitzung Freitag, 23. November 2018	114
--	------------

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 50. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 7/2850 vor.

Fragestunde
– **Drucksache 7/2850** –

Der Abgeordnete Dr. Gunter Jess, Fraktion der AfD, hat darum gebeten, dass seine **Fragen 3 und 4** auf Drucksache 7/2850 schriftlich beantwortet werden.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Europa. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Nikolaus Kramer, AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Guten Morgen, Herr Minister!

Frage 1:

1. Welche Maßnahmen sind unter Bezugnahme welcher finanziellen Mittel von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege zur Gewinnung von Nachwuchskräften für die Jahre 2018 und 2019 umgesetzt oder geplant worden?

Minister Lorenz Caffier: Schönen guten Morgen, Kollege Kramer! Für das Jahr 2018 werden knapp 170.000 Euro bereitgestellt. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2019 beträgt derzeit 185.000 Euro. Die Mittel werden jeweils aus den Titeln 536.04 „Ausgaben für Messen und Ausstellungen“ und aus dem Titel 534.01 „Maßnahmen zur Gewinnung von Nachwuchskräften“ in Kapitel 0411 des Landeshaushaltsplanes festgelegt.

Die Mittel wurden im Jahr 2018 zum größten Teil, und zwar 90.000 Euro, also 90,9 genau, für Anzeigen in Zeitungen und Broschüren sowie für Radiowerbung eingesetzt. Zudem wurde ein größerer Posten für Werbestände auf Messen sowie in Instituten, Arbeitsagenturen und Schulen bereitgestellt. Weitere Mittel wurden eingesetzt für Werbespots und Kurzfilme, für CityCards, für die Kfz-Reklame an den Polizeifahrzeugen, für Werbebanner, für Material- und Werbeständer, selbst Flyer und Werbeartikel wie Kugelschreiber, Schlüsselanhänger, also die üblichen Dinge, und natürlich zunehmend mit Schaltungen in sozialen Netzwerken. Das wird voraussichtlich auch einer der zukünftigen Werbeträger sein, weil junge Menschen sich nicht mehr so über die Zeitung informieren, sondern im Wesentlichen über soziale Medien, und deswegen haben wir auch unterschiedliche Projekte laufen, wie in Zukunft darüber Werbung in den sozialen Medien stattfinden wird und dann natürlich auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Nikolaus Kramer, AfD: Zur Frage 2:

2. Wie viele neue Stellen sind für eine erweiterte Aus- und Fortbildung der Landespolizei in den kommenden Jahren von der Landesregierung geplant, um den aktuell beschlossenen Personalaufwuchs qualitativ und quantitativ sicherzustellen? (Bitte Berechnungsgrundlage der neuen Stellen vor dem Hintergrund der zukünftig gestiegenen Ausbildungszahlen angeben.)

Danke.

Minister Lorenz Caffier: Ja, vielen Dank.

Für die Dozenten des Fachbereichs Polizei wurden ab dem Jahr 2018 im Stellenplan bei Kapitel 0411 14 Stellen nach E14 mit einem terminisierten kw-Vermerk bis 31. Dezember 2021 ausgebracht. Das Innenministerium selbst erbringt ebenfalls bis zum 31. Dezember 2021 im gleichen Umfang zusätzliche Personalstellen oder Personalausgaben zulasten von Kapitel MG 94, also 0406, könnte man unter die Überschrift Abordnung stellen.

Für den Zeitraum vom 1. April 2018 bis 31. Dezember 2020 wurden der Fachhochschule durch das Innenministerium zudem insgesamt drei Planstellen A8 PVD im Wege kapitelübergreifender Inanspruchnahme aus dem Kapitel 406 der Landespolizei zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Die der Fachhochschule zur Verfügung gestellten Hochschulpaktmittel wurden ferner zu einem Großteil zur Finanzierung von sogenannten Lehrassistenten und weiteren Unterstützungskräften auch im Fachbereich Polizei eingesetzt. Darüber hinaus werden dem Fachbereich Polizei im Rahmen des Paktes für Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern vom 1. Januar 2019 bis 30. September 2024 noch weitere fünf Stellen nach E14 für Dozenten und zwei Stellen nach E9 Verwaltungskräfte zur Erfüllung von Querschnittsaufgaben zur Verfügung gestellt.

Der Bedarf an Lehrenden wird anhand der durch die eingestellten Seminargruppen beziehungsweise geplanten Einstellungen im Fachbereich 3 entstehenden und auf Grundlage der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelten Lehrstundenverpflichtung festgestellt. Zuzüglich kommen natürlich Aufstiegslehrgänge und Weiterbildungslehrgänge, die wir aber weiterhin gemeinsam absichern wollen, auch wenn es eine große Herausforderung ist, eher, glaube ich, weniger mittlerweile, was die Personalfrage betrifft, sondern eher, was die Schulungskapazitäten betrifft.

Nikolaus Kramer, AfD: Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Ich bitte nun den Abgeordneten Dirk Lerche, Fraktion der AfD, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Dirk Lerche, AfD: Guten Morgen, Herr Minister!

Minister Harry Glawe: Morgen, Herr Kollege!

Dirk Lerche, AfD: Erste Frage:

5. Wie ist der Stand der Dinge bei den Gutachten und Bürgerschaftsverhandlungen zu den Werften in Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Harry Glawe: Sind wir nicht bei Frage 3 und 4 oder 5 und 6?

Dirk Lerche, AfD: 3 und 4 ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: 3 und 4, hatte ich angesagt ...

Dirk Lerche, AfD: Jetzt ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das erläutere ich, ...

Minister Harry Glawe: Ich frage nur, reden wir über die medizinische Versorgung ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... das ist hier meine Aufgabe.

Minister Harry Glawe: ... oder reden wir über ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich erkläre das noch mal, Herr Minister.

Minister Harry Glawe: Ja, das wäre sehr nett.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich habe gesagt, dass der Abgeordnete Dr. Günther Jess gebeten hat, die Fragen 3 und 4 schriftlich zu beantworten. Daraufhin habe ich aufgerufen den Abgeordneten Dirk Lerche mit den Fragen 5 und 6. Wir sind jetzt also bei der Frage 5.

Minister Harry Glawe: Sehr gut.

(Heiterkeit bei Minister Dr. Till Backhaus:
Und danach kommt die 6.)

Bitte.

Dirk Lerche, AfD: Gern noch mal:

5. Wie ist der Stand der Dinge bei den Gutachten und Bürgschaftsverhandlungen zu den Werften in Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Harry Glawe: Der Stand zu den Bürgschaftsverhandlungen ist wie folgt: Das Gutachten, das das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern bei Tecnicas beauftragt hat, liegt vor. Daraufhin werden jetzt die Endfassungen dann auch in den Chatroom eingestellt, sodass die Mitglieder des Finanzausschusses sich dort vom Stand ein Bild machen können.

Zweitens, die ursprüngliche Planung, dass die KfW IPEX auch ihre Gutachten vorlegt, verzögert sich etwas, da noch Übersetzungsprobleme bestehen. Das ist die Aufgabe des Bundes und von Euler Hermes. Von daher gehen wir davon aus, dass wir die endgültige Befassung nicht mehr im Dezember zusammen mit dem Bund machen können, wahrscheinlich erst im Januar oder Februar des neuen Jahres. Es ist zwischen beiden Seiten vereinbart, wenn die Gutachten vorliegen, müssen sie ausgewertet werden, dann muss es dazu Stellungnahmen geben und am Ende ist die Frage der Bürgschaften zu entscheiden.

Wir gehen weiter davon aus, dass wir insgesamt die Bürgschaften in Höhe von 375 Millionen Euro bereitstellen. Gleiches hat der Bund vor. Von daher sind wir nicht

ganz im Zeitplan, aber fast. Aber es liegt nicht am Land Mecklenburg-Vorpommern, sondern an den Gutachten, die die KfW IPEX vorzulegen hat, und die ist beim Bund angesiedelt.

Dirk Lerche, AfD: Danke.

Frage 2 hat sich jetzt schon fast erübrigt.

6. Bis zu welcher Höhe wird eine etwaige Bürgschaft durch das Land gewährt?

Habe ich das eben richtig verstanden, Sie hatten 375 ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Wir haben hier Regeln. Sie haben die Frage jetzt gestellt und der Minister wird sie beantworten. Und wenn er die nicht so beantwortet, dass für Sie alles klar ist, haben Sie die Möglichkeit, zwei Nachfragen zu stellen.

Also bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Herr Kollege, Sie wissen, dass wir das Werftenfinanzierungsgesetz auf den Weg gebracht haben. Da sind Bürgschaften fest geregelt, bis zu 400 Millionen Euro. Die Summe, die ich eben genannt hatte, ist die Summe, die eigentlich im politischen Raum, aber auch in der Öffentlichkeit bekannt ist, dass bis zu 375 Millionen durch das Land verbürgt werden können. Und der Bund hat erklärt, dass er sich mit derselben Summe dann auch über Bürgschaften des Bundes, also Ausreichungen des Bundes, mit derselben Bürgschaftshöhe beteiligen will. Daran hat er bis jetzt festgehalten und wir gehen davon aus, dass die Absprachen, die wir 2016 getroffen haben, weiter gelten.

Dirk Lerche, AfD: Danke.

Minister Harry Glawe: Bitte.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich begrüße auf unserer Besuchertribüne Studierende der Fachhochschule Güstrow. Ich glaube, Sie haben sich ein spannendes Thema ausgesucht, das ich jetzt aufrufen werde, und zwar den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – „FAIRE STRASSE – Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 7/2800.

Antrag der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern „FAIRE STRASSE – Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern“ – Drucksache 7/2800 –

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Mal wieder liegt uns ein Tagesordnungspunkt vor, der nicht nur für Fachexperten und für Verwaltungsmitarbeiter von großem Interesse, sondern für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wichtig ist. Das Thema Straßenausbaubeiträge spaltet, das ist vollkommen unstrittig. Ich kenne ehrlich gesagt nur wenige Leute, die zu dem Thema selbst gar keine Meinung haben. Fast alle haben eine Meinung in die oder in die Richtung, so oder so.

Das Thema hat natürlich auch das Parlament erreicht und uns schon vielfach beschäftigt, heute auch dank der Initiative Tausender Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Dabei hantieren Medien, aber auch Politiker gerne mit Extrembeispielen, um für ihre jeweilige Position zu werben. Mögliche Forderungen von über 100.000 Euro werden dann mal schnell in den Raum geworfen, um Punkte zu machen bei denjenigen, die die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wollen. Dabei war natürlich auch der Landesregierung und mir schon immer klar, dass die Straßenausbaubeiträge im Einzelfall Konstellationen hervorgebracht haben, bei denen jeder vernünftige Mensch nur den Kopf schütteln kann. Das ist, glaube ich, unstrittig.

Aber – und das habe ich hier im Parlament auch schon des Öfteren dargestellt – es gibt zu dieser Thematik nicht die rundum glückliche Alternative, definitiv gibt es die zu dieser Frage nicht, denn egal, wie man den Straßenausbau letztendlich finanzieren möchte, es gibt ihn nicht umsonst. Gemeinden, Hausbesitzer, Steuerzahler, irgendjemand muss am Ende das Portemonnaie ziehen oder sagen, wir wollen die Straßen nicht machen. Das ist die andere Alternative, aber ich glaube, das ist unstrittig, dass das keiner im Parlament wünscht. Dass das keine Begeisterungstürme auslöst, weiß ich, aber „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass“ läuft hier bei dieser Frage nicht. Und wenn wir ehrlich sind, ist das, glaube ich, auch jedem Abgeordneten, egal von welcher Fraktion, klar.

Trotzdem, der Weisheit letzter Schluss waren auch die Straßenausbaubeiträge in der vorhandenen Form noch nie. Hätten wir sie nach der Wiedervereinigung nicht aus dem Land Schleswig-Holstein abgeschrieben, wäre wahrscheinlich niemand auf die Idee gekommen, sie einzuführen. Aber auch bei den Alternativen mussten wir uns erst mal genau ansehen, an welchen Stellschrauben wir in dem komplexen Gebilde aus kommunaler, Kreis- und letztendlich auch aus Landesebene überhaupt drehen können, sodass möglichst alle Interessen berücksichtigt sind. Das haben wir in den vergangenen Monaten auch umfangreich getan und uns auf Eckpunkte verständigt, wie zukünftig kommunale Straßen in Mecklenburg-Vorpommern finanziert werden sollen.

Als zuständiger Minister habe ich nun von der Regierungskoalition die Zielstellung erhalten, die Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern bis spätestens zum 1. Januar 2020 abzuschaffen und ihre Finanzierung solidarisch neu zu regeln. Darauf haben wir uns in der Koalition verständigt und ich danke allen Beteiligten, den beiden Fraktionsvorsitzenden der Koalition, den Regierungsvertretern, aber auch vor allem dem Finanzminister für die zielführenden Gespräche, denn ohne Geld ist das

Problem nicht zu lösen. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Die genauen Details werden wir in den nächsten Wochen klären und abstimmen, aber ich bin zuversichtlich, dass wir hier aufgrund der klar festgelegten Eckpunkte auch schnell vorankommen. Leicht haben wir uns diesen Entschluss allemal nicht gemacht. So waren die Unzulänglichkeiten beim bestehenden System ja allseits bekannt. Es gab durchaus aber auch Vorteile, unter anderem halt eine gesicherte Finanzierung für die kommunale Ebene. Außerdem waren nur diejenigen von den Beiträgen betroffen, die tatsächlich etwas von dem Ausbau der Straßen vor ihrer Wohnungstür hatten und haben.

Auch die sogenannte Kannregelung hat in unseren Überlegungen eine Rolle gespielt. Als dauerhafte Lösung kommt sie aber nicht infrage, weil sie einfach die Kommunen spaltet: zwischen den Kommunen, die Finanzen haben oder besser finanziell ausgestattet sind, und den Kommunen, die schlechter finanziell ausgestattet sind.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr richtig!)

Und einfach abschaffen und Kannregelung, das ist, glaube ich, keine vom Parlament gewünschte Regelung und auch keine, wie wir sie im Land voranbringen sollten.

Die dritte grundsätzliche Möglichkeit ist, den gemeindlichen Straßenbau aus den allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren. Das ist sicherlich die Variante, die von vielen Beteiligten favorisiert wird. Allerdings kann uns niemand garantieren, ob es uns auch morgen oder übermorgen wirtschaftlich noch so gut wie heute geht und die dementsprechenden Steuereinnahmen und die dementsprechende Steigerung auf Dauer vorhanden sind. Außerdem haben wir in Mecklenburg-Vorpommern schlicht ein ganz anderes Finanzgerüst als Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg. Das sehen im Übrigen nicht nur der Innen- und der Finanzminister so, das sieht auch der Landesrechnungshof so.

Am Ende haben wir uns deshalb darauf verständigt, die Abschaffung der Ausbaubeiträge über eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer um ein Prozent zu finanzieren. So werden für alle gemeindlichen Straßenausbaumaßnahmen, die nach dem Inkrafttreten der Neuregelung beginnen, keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben. Im Gegenzug erfolgt die Erhöhung der Grunderwerbssteuer ebenfalls so früh wie möglich, jedoch bis spätestens 1. Januar 2020.

Ja, auch das wird nun wieder Belastungen bringen, wo vorher weniger waren. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Aber diese Belastungen hätten wir bei jeder anderen Variante auch gespürt, und irgendwo muss das Geld herkommen, nur eben an anderer Stelle, und deswegen halte ich die Entscheidung auch für folgerichtig. Außerdem reden wir hier von einer moderaten Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 5 auf 6 Prozent, sodass wir uns nach wie vor in einem guten Mittelfeld in der Bundesrepublik Deutschland bewegen, was die Grunderwerbssteuer betrifft, wo andere Länder bis zu 6,5 Prozent im Ländervergleich haben. Die meisten sind zwischen 5 und 6,5, der eine oder andere sogar noch darüber.

Wir reden hier von einer Größenordnung von um die 20 bis 30 Millionen Euro wegfallender Anliegerbeiträge,

die den Kommunen insgesamt eins zu eins ersetzt werden müssen. Die Kommunen sollen dieses Geld nach dem bisherigen Stand der Überlegungen – und das sage ich deutlich einschränkend, weil ich habe eingangs ausgeführt, dass wir uns vor zwei Tagen erst auf die Eckpunkte verständigt haben, und die Inhalte werden in den nächsten Tagen und Wochen abgestimmt –, aber nach dem derzeitigen Stand sollen die nach dem jeweiligen gemeindlichen Straßenkilometer ab spätestens 2020 über eine Investitionspauschale zugeführt werden. Dieser Betrag wird dann dementsprechend den Kommunen zugeführt.

Auch wollen wir eine Übergangslösung finden für die Fälle, bei denen der erste Spatenstich vor Inkrafttreten der Neuregelung erfolgt ist. Das ist eine große Herausforderung, diese Übergangslösung, da mache ich keinen Hehl draus. Vor allen Dingen muss sie rechtssicher sein – das muss ich den Juristen hier im Haus nicht erklären –, und es wird bestimmt einer dabei sein, der sagt, er ist nicht einverstanden, und dementsprechend klagen. Deswegen sind wir gut beraten, uns auch die notwendige Zeit zu nehmen, dass man im Zweifelsfall vor dem Verfassungsgericht mit der neuen Regelung Bestand hat. Hier sind wir derzeit im Feintuning und müssen noch genau abwägen, bis zu welchem Stichtag eine solche Lösung möglich ist und über welches Modell sie am Ende erfolgen soll. Fest steht dagegen schon jetzt, dass die Gemeinde-, Stadt- und Amtsverwaltung erheblich von Bürokratie entlastet wird, denn die Festsetzung und Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bindet überall enorme Ressourcen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das stimmt.)

Meine Damen und Herren, über die genaue Ausgestaltung der Neuregelungen der Ausbaubeiträge sowie eine Übergangslösung bis zum Stichtag der Abschaffung der Ausbaubeiträge wird die Landesregierung in Kürze Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden des Landes aufnehmen, denn die sind diejenigen, die es betrifft, und deswegen ist es auch wichtig, dass wir die Veränderung gemeinsam mit ihnen beraten. Das Thema wird uns also noch eine Zeit lang in Atem halten und ich gehe auch fest davon aus, dass wir es im Parlament noch in Regelmäßigkeit wieder diskutieren werden, zumindest in den Fachausschüssen auf jeden Fall.

Ich möchte an alle Beteiligten appellieren, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten. Der Zankapfel Straßenausbaubeiträge wird spätestens im Jahr 2020 der Vergangenheit angehören. Forderungen an Hausbesitzer wird es zukünftig dann nicht mehr geben. Dafür werden diejenigen moderat mehr belastet, die Grundstücke erwerben, ohne dass wir dabei aber im Ländervergleich in unverhältnismäßige Höhen steigen. Ich denke, mit den beschlossenen Eckpunkten haben wir eine gute Marschrichtung gefunden, mit der wir eine solidarische Finanzierung der Neugestaltung sicherstellen können, mit der wir die Kommunen nicht alleine im Regen stehen lassen und sagen, seht zu, wie ihr das löst, sondern das gemeinsam als eine Aufgabe betrachten.

Ich kann an dieser Stelle nur darum bitten, den Prozess zu unterstützen. Durchaus sind kluge Vorschläge, wie insbesondere Übergangslösungen vernünftig geregelt werden können, dankbar auch willkommen. Insofern wünsche ich uns gute Beratungen, bedanke mich noch mal bei allen, die an diesem Kompromiss mitgewirkt haben, und freue mich für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Abweichend von unserem üblichen Verfahren begrüße ich auf der anderen Besuchertribüne Vertreter der Volksinitiative, die wir heute jetzt hier beraten. Ich tue das ganz bewusst, in der Hoffnung, dass damit die Versuchung sinkt, dass die nachfolgenden Redner sich bei der Begrüßung dieser Volksinitiative gegenseitig übertreffen wollen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich hoffe, der Hinweis ist angekommen.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Gäste im Saal! Liebe Bürger im Lande! Heute behandeln wir nun den Antrag der Volksinitiative FAIRE STRASSE gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, eine Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge. Lassen wir diesen Antrag zu einem weiteren Meilenstein auf dem Weg zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in unserem Bundesland werden!

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Vor etwas über anderthalb Jahren hat die AfD-Fraktion erstmals einen Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestellt.

(Thomas Krüger, SPD: Jaja. –
Zuruf aus dem Plenum: Kannregelung.)

Wir vertraten in unseren Begründungen damals die gleiche Position wie jetzt die Volksinitiative, nämlich, dass Straßenausbaubeiträge eine existenzgefährdende finanzielle Belastung für unsere Bürger, in diesem Fall die Anlieger, darstellen, dass sie ungerecht sind und einen sehr hohen bürokratischen Aufwand erzeugen, mit oftmals juristischen Streitereien. Mein Kollege Herr Grimm und ich sprachen damals von einem ersten Schritt, der Kannregelung, und weiter in der Begründung von dem dann folgenden Schritt der völligen Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Straßenausbaubeiträge. Ich zitiere mich selbst aus dem Plenarprotokoll:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

„... Berlin und Hamburg taten das im letzten Jahr. Letztere, weil sie Stadtstaaten sind, erheben gar keine Beiträge mehr.“

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

„Das soll auch einmal Ziel für unser Bundesland sein. Straßenbau muss aus Steuermitteln finanziert werden.“

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

„Es ist mittlerweile ein Allgemeingut.“

(Sebastian Ehlers, CDU: Ich zitiere mich nachher auch selbst.)

„Aber dies ist dann ein zweiter Schritt, für den es vieler Beratungen und auch Verhandlungen zwischen Kommunen, Kreisen und dem Land bedarf.“ Zitatende.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Jetzt lachen die, die bisher nichts Sinnvolles beigetragen haben.)

Die Linksfraktion war damals die einzige Fraktion, die einer Überweisung in die Ausschüsse zustimmte. Ja, liebe Damen und Herren der SPD und CDU, hätten Sie damals auch zugestimmt, zur Überweisung, hätten wir dieses Thema jetzt vom Tisch.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Lerche, gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Dirk Lerche, AfD: Am Ende gern, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Abgeordneten Renz?

Dirk Lerche, AfD: ... aber jetzt nicht.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die Landesregierung hätte die Kosten ermittelt,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wir hätten im Doppelhaushalt 2018/2019 die Bereitstellung der finanziellen Mittel beraten können, das Finanzgleichgesetz wäre angepasst worden

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und alle wären zum heutigen Zeitpunkt glücklich.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das hätte uns in Schwerin nicht geholfen.)

Aber nein,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Frau Tegtmeier hat im Namen der SPD geantwortet, Zitat: „Von daher werden wir Ihren Gesetzentwurf nicht überweisen, wir werden ihn ablehnen, weil er nämlich kein bisschen zielführend ist, sondern reine Augenwischerei.“ Zitatende.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die CDU-Fraktion – damals sprach Franz-Robert Liskow – deutete versteckt an, ich zitiere:

(Vincent Kokert, CDU: Na, nun bin ich gespannt!)

„Meine Fraktion hätte sich auch vorstellen können, über diese verschiedenen Aspekte der Vor- und Nachteile im Ausschuss zu diskutieren.“ Zitatende.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Hört, hört! – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Das war doch nicht versteckt!)

Man lehnte dann den Antrag ab, wahrscheinlich aus Rücksichtnahme dem Koalitionspartner gegenüber.

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht! So was würden wir nie machen! – Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Jochen Schulte, SPD)

Nach der Ablehnung, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen, folgte die Zweite Lesung. Auch dort bat ich noch einmal beharrlich um Überweisung, es erfolgte die zweite Ablehnung.

(Torsten Renz, CDU: Ja, weil der Antrag so schlecht war. – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Damit war bei mir schon terminlich der April 2018 vorgemerkt für eine erneute Einbringung. Dicke Bretter muss man ja bekanntlich lange bohren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und siehe da, es fand zumindest eine Überweisung des AfD-Antrages in die Ausschüsse statt,

(Christian Brade, SPD: Ach was?! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

zusammen mit den Beratungen der LINKEN.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann ja eine lebhaftige Debatte stattfinden, aber ich finde gerade in Anbetracht dessen, dass die Initiatoren hier dabei sind und der Debatte folgen wollen, doch etwas mehr Disziplin für angebracht.

Dirk Lerche, AfD: Es wurde seitens des Innenministers auch eine vage Zahl genannt. Circa 30 Millionen

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

sind in den vergangenen Jahren im Durchschnitt an Straßenausbaubeiträgen erhoben worden. Auch wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe, die sich dieses Themas annehmen sollte, angekündigt. Im Wirtschafts- und Finanzausschuss habe ich von denen aber nie etwas zu hören bekommen. Aber dafür vom NDR:

(Egbert Liskow, CDU: Ohren aufmachen!)

„Koalition schafft Straßenausbaubeiträge ab“. Ich zitiere den NDR:

(Vincent Kokert, CDU: Hm! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

„Nun also doch: Die rot-schwarze Koalition will die umstrittenen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern abschaffen.“

(Thomas Krüger, SPD:
Zielführender Beitrag.)

„Darauf haben sich SPD und CDU am Mittwochmorgen geeinigt.“

(Vincent Kokert, CDU: Ja, wir wissen das.
Uns brauchen Sie das nicht zu sagen.)

„Vorausgegangen waren monatelange Diskussionen hinter den Kulissen, vor allem bei den Sozialdemokraten war der Diskussionsbedarf offenbar groß,“

(Martina Tegtmeier, SPD: So ist es.)

„noch am Vorabend konnte sich die Fraktion nicht zu einer Abstimmung durchringen.“

(Tilo Gundlack, SPD:
Wir diskutieren da gerne.)

„Nach dem jetzt beschlossenen Konzept der Koalition fallen die Beiträge spätestens zum 1. Januar 2020 weg.“

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch ein schönes Ergebnis, oder nicht? –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Dann können wir heute noch darüber diskutieren,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

was die Forderung der Bürgerinitiative FAIRE STRASSE ist.

(Andreas Butzki, SPD:
Ich denke, ihr könnt lesen?)

Was ist mit dem Jahr 2019?

(Andreas Butzki, SPD: Das ist eine Kannlösung, sagten Sie doch. –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Das Thema ab 2020 ist schon mal vom Tisch,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

aber, und das möchte ich hier betonen,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

auf Druck von Bürgerinitiativen und unseren Anträgen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, ist doch so!

(Torsten Renz, CDU:
Wenn es nicht so traurig wäre!)

Sie haben den Antrag nicht gestellt.

(Vincent Kokert, CDU: Wir zitieren nachher aus Ihrem Antrag, Herr Lerche, was Sie für einen Unsinn da aufgeschrieben haben. –
Andreas Butzki, SPD: Oder sich haben aufschreiben lassen.)

Jetzt möchte ich noch auf die gemeinsame Presseerklärung von SPD- und CDU-Fraktion eingehen. Ich zitiere Thomas Krüger:

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

„Diese Mittel werden an die Kommunen weitergereicht“

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

„und decken langfristig den finanziellen Bedarf für erforderliche Straßensanierungen.“

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

„Für die Anlieger entfallen damit künftig die umstrittenen Straßenausbaubeiträge. Grundstückserwerber profitieren langfristig von der neuen Regelung, weil alle anfallenden Kosten von vornherein offen und transparent sind.“

(Thomas Krüger, SPD:
Gut vorgelesen.)

„Spätere Überraschungen oder unbillige Härten wird es nicht mehr geben. Gleichzeitig werden kleine und mittlere Einkommen nicht über Steuern zur Aufwertung privaten Immobilienbesitzes herangezogen. Es gilt auch weiterhin: Eigentum“

(Thomas Krüger, SPD: Verpflichtet.)

„verpflichtet.“ Zitatende.

(Jochen Schulte, SPD:
Bis jetzt war das alles richtig. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Da bin ich gespannt, wer die entfallenen Straßenausbaubeiträge bezahlt, wo die kommunalen Genossenschaften, die kommunalen Eigenbetriebe Anlieger sind, zum Beispiel hier in Schwerin.

(Tilo Gundlack, SPD: Was erzählt der jetzt für einen Quatsch?)

Die Wohnungsgenossenschaft Schwerin WGS

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

ist überschuldet, die Stadt auch. Entweder, die Straßen auf dem Dreesch, in Lankow

(Elisabeth Aßmann, SPD: Sie haben es einfach nicht verstanden, Herr Lerche. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und teilweise in der Weststadt sind noch in ferner Zukunft nicht gemacht,

(Andreas Butzki, SPD:
Oh, oh, oh, oh!)

oder es wird doch über Steuern,

(Tilo Gundlack, SPD: Das zeigt wieder mal, dass Sie von Straßenausbaubeiträgen keine Ahnung haben.)

Anhebung der Grundsteuer B oder Grundsteuer A,

(Glocke der Vizepräsidentin –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

die auch kleine oder mittlerweile Einkommen betrifft, realisiert.

(Tilo Gundlack, SPD:
Was erzählen Sie da für einen Käse? –
Jochen Schulte, SPD: Wissen Sie, was
die Grunderwerbssteuer ist?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dirk Lerche, AfD: Zusätzlich ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Lerche!

(Zuruf von Ralf Mucha, SPD)

Dirk Lerche, AfD: Ich weiß, was Grundsteuer A ...

(Tilo Gundlack, SPD:
Grunderwerbssteuer!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich weiß es nicht, ich kann es ...

(Minister Harry Glawe: Grundsteuer A
und B ist was anderes, mein Lieber! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Schon gar
nicht von der Ministerbank aus!)

So, jetzt bitte ich, jetzt bitte ich darum, dass hier wirklich mal Ruhe ist. Ganz offensichtlich muss ich jedes Mal neu erklären, wie die Regeln hier im Landtag sind.

(Jochen Schulte, SPD:
Sie machen das so schön.)

Wenn ich diese Glocke läute, heißt das, es ist Ruhe, normalerweise auch vom Redner, aber, wie gesagt, wenn die Ruhe dann sofort eintritt und die Rede nicht unterbrochen werden muss, dann akzeptiere ich das noch. Es hat keine Zwischenrufe von der Regierungsbank zu geben.

(Minister Harry Glawe: Genau.)

Und ich wollte hier vorsichtig den Hinweis geben, dass jeder noch Redezeit hat. Von daher wiederhole ich meine Bitte, dass es doch für diejenigen, die diese Initiative auf den Weg gebracht haben, auch interessant ist, sich die Argumente anzuhören. Dazu müssen sie in der Lage sein. Ich bitte doch wirklich, darauf jetzt im Verlauf der Debatte Rücksicht zu nehmen.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Lerche.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Andreas Butzki, SPD: Die Präsidentin hat
gesagt, Argumente und keine Fake News.
Haben Sie genau zugehört, ne? –
Tilo Gundlack, SPD: Lassen Sie sich
mal erklären, was Grundsteuer A und B ist!)

Dirk Lerche, AfD: Ein Argument ist, wenn die Kommune selber Anlieger ist. Richtig, dann werden nämlich hier

(Zuruf vonseiten
der Fraktion der CDU: Na?! Na?! –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Kosten von linker Tasche zur rechten Tasche umgelegt. Wenn beide Taschen leer sind,

(Sebastian Ehlers, CDU: Hä?)

dann geht es doch über Erhöhungen, über Steuererhöhungen, und die Kommune hat nun mal nur die Grundsteuer A

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und Grundsteuer B und die Gewerbesteuer zur Verfügung.

(Andreas Butzki, SPD, und
Dietmar Eifler, CDU: Hundesteuer! –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und meinetwegen,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Herr Eifler, auch noch die Hundesteuer,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

aber die wird das wahrscheinlich nicht bringen, um Straßen zu bauen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Zusätzlich zu den bereitgestellten finanziellen Mitteln – da muss ich jetzt auf die Rede des Ministers antworten – kommen noch die Einsparungen beim Verwaltungsaufwand der Kommunen und bei Gerichtskosten von verlorenen Prozessen der Kommunen. Also wir reden hier schon über etwas mehr Geld als die 30 Millionen, die dann den Kommunen zur Verfügung stehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Andreas Butzki, SPD:
Vergesst nicht das Klatschen! –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

(Andreas Butzki, SPD: Peinlich, peinlich!)

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Lerche, ich habe mich deswegen gemeldet, damit man Unfug auch gleich abräumen kann.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Weil es einfach schwierig ist, wenn ich hier sage, wir haben vor zwei Tagen Eckpunkte gemacht, die Einzelheiten müssen ausdiskutiert und zu Buch gebracht werden, damit wir keinen nächsten Rechtsbruch oder Sonstiges begehen.

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

Dann dürfen Sie nicht Sachen erzählen, die so einfach nicht der Wahrheit entsprechen. Die Grundsteuer A und B hat nichts mit der Grunderwerbssteuer zu tun, das zum einen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Thomas Krüger, SPD: So ist es. Genau.)

Alle Beteiligten, die in den Gesprächen waren, haben natürlich gesagt, die Kommune muss im Zweifelsfall ihren Anteil immer mit erbringen. Das ist auch selbstverständlich.

(Andreas Butzki, SPD: Na klar!)

Und nicht in jedem Fall, um das Beispiel Schwerin zu nehmen, weil wir ja nun mal in Schwerin sind, hat das eine Steuererhöhung für die Kommune zur Folge, denn sie kann im Zweifelsfall auch einen Kredit beantragen, und den würde der Innenminister in dem Zusammenhang, wenn es um Konsolidierung geht, trotzdem genehmigen. Auch das will ich von vornherein gleich klarstellen, damit hier nicht erst Unfug sich festsetzt und man sagt, wir müssen die eine Erhöhung zur nächsten Erhöhung geben. Das wollte ich nur klarstellen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeyer.

Martina Tegtmeyer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Zunächst möchte ich kurz auf den Innenminister eingehen, der vorhin sagte, am Eingang seiner Rede, warum haben wir überhaupt hier Straßenausbaubeiträge im Gesetz. Das haben wir von den Schleswig-Holsteinern übernommen, sonst hätten wir das vielleicht gar nicht reingeschrieben. Aber Fakt ist auch, der Landesgesetzgeber muss dafür sorgen, dass die Gemeinden Einnahmequellen haben und Einnahmequellen nutzen können, um ihre Aufgaben vor Ort zu erfüllen. Wir haben hier eine ganz klare Aufgabenteilung, jeder ist für seinen Bereich zuständig, der Bund für seinen, das Land für seinen, die Kreise für ihren und die Gemeinden haben ihre Zuständigkeiten.

Darum haben wir auch die Unterscheidung bei den Straßen. Es gibt Bundes-, Landes-, Kreis- und eben Gemeindestraßen. Jeder ist für seinen Bereich zuständig. Daher war es bei Einführung des kommunalen Abgabenrechtes in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich folgerichtig, dass man das auch berücksichtigt hat und eben den Gemeinden eine entsprechende Quelle durch unser Kommunalabgabengesetz eröffnet hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

In der Tat, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns mit der Schließung dieser Quelle schwergetan, weil alle Vorschläge im Vorhinein immer gelautet haben, dass aus dem allgemeinen Steueraufkommen das ausgeglichen werden sollte, also die Grundeigentümer sollten entlastet werden zulasten beispielsweise von

Mietern. Das haben wir von vornherein immer abgelehnt und wir haben jetzt einen Weg gefunden, der eben ein anderer – unserer Meinung nach – ist. Deswegen konnten wir uns auch auf diesen Kompromiss mit unserem Koalitionspartner einigen.

Die Volksinitiative nun greift ein Thema auf – Herr Lerche hat das hier gerade referiert –, das uns als Fraktion auf jeden Fall seit eineinhalb Jahren ganz intensiv beschäftigt. Wir haben in- und extern ganz viele Beratungen darüber geführt, wir haben nicht zuletzt uns auch über das Expertengespräch im letzten Jahr mit den anderen verständigt, was auch wieder sehr aufschlussreich war. Dass die Initiative jetzt zu einem Zeitpunkt kommt, wo wir uns bei der materiell gewichtigsten Forderung dieser Initiative mit unserem Koalitionspartner verständigt haben, wird uns trotzdem nicht davon abhalten, uns natürlich auch mit dieser Initiative und mit den darin ausgeführten Forderungen noch mal ganz intensiv zu befassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja wohl das Mindeste!)

Denn die Landeswahlleiterin hat sich entsprechend geäußert. Sie führt in ihrer Stellungnahme oder in ihrer Feststellung aus, dass es bei der Volksinitiative eben nicht um einen Gesetzentwurf zum Verzicht auf die Erhebung von Abgaben geht, denn der wäre von unserer Landesverfassung in der Tat nicht gedeckt, sondern aufgrund der Initiative müsste sich der Landtag mit der Materie als solcher befassen. Selbstverständlich werden wir das tun, der Zeitplan dazu steht bereits, und wir werden uns nicht nur mit dem bloßen Wortlaut der Initiative, über den man sich natürlich schon ein bisschen wundern könnte, befassen, sondern auch mit dem, was wir vermuten, was damit gemeint ist, also mit der Zielstellung. Die Vertreter der Volksinitiative werden wir dazu bereits am 29.11. im Innenausschuss hören.

Nach dem reinen Wortlaut dieser Volksinitiative sollen wir als Landtag und Gesetzgeber beschließen, uns aufzufordern, unsere Aufgaben praktisch an die Landesregierung abzugeben, damit sie die Straßenausbaubeiträge abschafft. Sie soll sich ebenfalls, wie die meisten Vertreterinnen und Vertreter des Landtages es ja bereits getan haben, gegen eine Kannregelung aussprechen, und sie soll eine neue Regelung schaffen, die eigentlich meiner Auffassung nach der jetzigen entspricht, nämlich, dass eine anteilige Finanzierung aus Finanzausgleichsmitteln möglich sein soll. Genau das ist ja zurzeit der Fall: Anteilig werden Mittel genommen, aber eben auch andere Anteile über Anliegerbeiträge.

Die Begründung der Initiative zielt unter anderem darauf ab, dass Straßenausbau oder Straßen als solche auch ein Teil der Daseinsvorsorge sind. Klassische Bereiche finden wir hier, die zur Daseinsvorsorge gehören, wie die Versorgung mit Wasser, Gas, Strom, Entsorgung von Abwasser, Abfall, Sicherstellung des ÖPNV und neuerdings auch das Breitband, die Versorgung mit Breitband, also schnellem Internet. Die Bereitstellung all dieser Bereiche durch die gemeindliche Ebene ist teilweise mit an die Gemeinde zu zahlenden Beiträgen, teilweise aber auch mit Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger belastet.

So finde ich es eigentlich sehr schade, Herr Kokert, dass Sie als Fraktionsvorsitzender der CDU in Ihrer Pressemit-

teilung die Einführung von, Ihren Worten nach, „willkürlichen Härtefallklauseln“ als Herumdoktern am Kommunalabgabengesetz bezeichnet haben, die nun vom Tisch seien. Es mag ja sein, dass die Vorschläge, die halbherzigen Vorschläge zu diesem Thema vonseiten der CDU – und ein wesentlicher kam ja sogar vom Innenminister persönlich – willkürlich waren. Unsere Vorschläge waren es mitnichten, sondern sie lehnten sich eng an unsere Kommunalverfassung an, was die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld von Maßnahmen angeht, sowie, was die Minderung besonderer Härten angeht, an der Abgabenordnung, gefestigte Rechtsprechung und den Regelungen in den Kommunalabgabengesetzen anderer Länder. Diese Regelungen würden auch Beitragspflichtigen anderer Abgaben zugutekommen. Da bitte ich Sie noch mal inständig, darüber nachzudenken, ob Sie das umfassend meinen mit dieser Ablehnung, die da in Ihrer Pressemitteilung zutage trat.

(Sebastian Ehlers, CDU: Gemeinsame Pressemitteilung, Frau Tegtmeier.)

Noch einmal, SPD-seitig haben wir es immer wieder betont, es ging uns stets darum, keine Entlastung der Grundbesitzer zulasten der Mieter durchzusetzen. Nun haben wir mit dieser Regelung – der Anhebung der Grunderwerbssteuer, der Minister hat das schon umfangreich ausgeführt – vor, derzeitige Grundeigentümer zulasten künftiger zu entlasten. Die Kosten bleiben also eng mit dem Besitz von Grund und Boden verbunden. Das war uns an dieser Stelle wichtig, deswegen konnten wir diese Regelung treffen. Wir sind bestrebt und ich versichere den Vertretern der Volksinitiative, dass wir uns mit allen vier Punkten ihrer Initiative noch mal ausführlich auseinandersetzen werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion gratuliert der Volksinitiative ohne jedes Wenn und Aber.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, DIE LINKE und Torsten Renz, CDU)

Mit Beharrlichkeit und wirksamen Protestformen wurde auf der Straße erreicht, wogegen sich die Koalition bis vor Kurzem mit Händen und Füßen gewehrt hatte.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sie ja auch, Sie haben ja auch keinen Antrag gemacht.)

Beim Thema Straßenausbaubeiträge,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht. Das stimmt doch gar nicht.)

beim Thema Straßenausbaubeiträge

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hör doch auf!)

betritt dieser Landtag heute nun wirklich keinen jungfräulichen Boden. Wir sollten uns daher kurzfassen, denn es

sind Taten und weniger Worte gefragt, vor allem, wenn man den gestrigen Ankündigungen der Koalition Glauben schenken darf.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Thomas Krüger, SPD)

Und, Herr Innenminister, es ist ja interessant,

(Andreas Butzki, SPD: Aber seit wann glauben die LINKEN?)

es ist ja interessant, wenn Sie hier von einem Eckpunkt Papier reden, uns allerdings ist ein solches nicht bekannt. Wir erwarten, dass dieses im Innenausschuss auch vorgelegt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Dieser Landtag sollte es zunächst als Glücksfall begreifen, dass außerparlamentarische Initiativen zusammenfallen mit parlamentarischen Debatten und Auseinandersetzungen in diesem Haus. Die Volksinitiative ist also nicht Belästigung, sondern Bereicherung. Wir sollten die Volksinitiative beziehungsweise eine Vertreterin oder einen Vertreter oder mehrere Vertreter zügig in den Innenausschuss einladen.

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das bringt frischen Wind und politischen Druck in die weitere parlamentarische Debatte.

Meine Damen und Herren, es ist nicht so sehr Verdienst der Volksinitiative, die parlamentarische Arbeit angestoßen zu haben. Ich erinnere an Kleine Anfragen, Gesetzentwürfe, Expertengespräche, Anhörungen oder auch Arbeitsgruppen. Den eigentlichen Verdienst von „FAIRE STRASSE – Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern“ sehe ich darin, Bewegung in eine festgefahrene politische Diskussion

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und DIE LINKE)

und, wie wir seit gestern wissen, auch einen Durchbruch gebracht zu haben. Der wöchentliche lautstarke Protest vor der Staatskanzlei konnte schon historische Assoziationen wecken. Mit Posaunen, so berichtet das Alte Testament, mit Posaunen also sollen die Israeliten

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD – Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

um 1.200 vor Christus die Mauern von Jericho

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

zum Einsturz gebracht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Unsere Staatskanzlei

(Tilo Gundlack, SPD:
Ich glaube, da ging es aber um
einen ein bisschen anderen Sachverhalt.)

erstrahlt weiterhin in aller Schönheit,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

es wurden aber politische Blockadehaltungen zum Ein-
sturz gebracht.

(Torsten Renz, CDU:
Das war Ihre Pressemitteilung,
Frau Rösler, die kennen wir doch schon.)

Meine Damen und Herren, ein guter Gesetzgeber sollte
sich nicht durch schnelle Antworten auszeichnen, son-
dern vielmehr durch richtige Fragestellungen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

Das gilt auch für das Problem der Straßenausbaubeit-
räge.

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Wir haben viele Argumente sowohl für eine Abschaffung
als auch für eine Beibehaltung dieser Beitragsform zu-
sammengetragen in den letzten Jahren. Die CDU be-
gründete ihre strikte Ablehnung einer Beitragsabschaf-
fung unter anderem mit der Frage nach denen, die be-
reits Beiträge gezahlt hätten.

(Torsten Renz, CDU:
Haben Sie da mal ein Zitat für?)

Und Frau Tegtmeier hat gegen eine Beitragsabschaffung

(Torsten Renz, CDU: Frau Rösler,
haben Sie dafür mal ein Zitat?)

stets die Frage der Werterhöhung der betroffenen
Grundstücke gestellt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das alles kann man tun, wir sollten uns aber fragen,
warum die Widerstände und Proteste dagegen in den
letzten Jahren massiv zunehmen. Wir sollten uns fragen,
warum es einer Volksinitiative auch bei uns in relativ
kurzer Zeit gelingt, deutlich mehr als die erforderlichen
Unterschriften zu organisieren.

(Manfred Dachner, SPD:
Ja, das ist doch positiv, ne?)

Wir sollten uns fragen, warum bundesdeutsche Entwick-
lungen

(Manfred Dachner, SPD:
Das ist doch Teilhabe an der
Politik, und das ist doch gewollt. –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

zu eigenen Positionen möglicherweise diametral verlau-
fen.

(Unruhe bei Manfred Dachner, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, im Rahmen eines Bürgerfer-
ums in Bad Doberan

(Andreas Butzki, SPD:
Wir sind ja nicht so ein
Blitzmerker wie Sie, Herr Ritter.)

vor knapp zwei Wochen teilte die Ministerpräsidentin mit,
den Innen- und Finanzminister gebeten zu haben, aufzu-
zeigen, was der landesweite Verzicht auf Straßenaus-
baubeiträge kosten würde. Das ließ aufhören, kam aber
reichlich spät. Die Fraktion DIE LINKE hat die Landesre-
gierung mit einem Antrag vom 13. März aufgefordert,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Der war auch sehr inhaltsvoll.)

ich zitiere, „in Auswertung der Erfahrungen anderer Bun-
desländer rechtliche und finanzielle Auswirkungen eines
landesweiten Verzichtes auf die Erhebung von Straßen-
ausbaubeiträgen zu prüfen“ und die „Prüfergebnisse dem
Landtag bis zum 31. Juli 2018 vorzulegen“.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Und wo sind sie? – Zuruf von
Sebastian Ehlers, CDU)

Wir hätten also deutlich weiter sein können, auch im
Interesse der Volksinitiative.

Die Kommunalabgaben sind bekanntlich eine Materie,
die stark von der Rechtsprechung durchdrungen ist.

(Tilo Gundlack, SPD: Oh ja!)

Die Kollegin Tegtmeier hat in unserer Juni-Debatte auf
eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom
21.06.2018 verwiesen, wonach ein Grundstück durch
einen Straßenausbau eine Werterhöhung erfahre. Ich
möchte jetzt hingegen die letzte Aussage des Bundes-
verwaltungsgerichtes zitieren: „Ob und inwieweit sich der
zuständige Landesgesetzgeber ... zu einer vollständigen
oder teilweisen Abschaffung der Straßenbaubeiträge
entschließt, ist eine rechtspolitische Frage, die das Bun-
desverwaltungsgericht nicht zu bewerten hat.“ Zitatende.

(Tilo Gundlack, SPD:
Das wäre ja noch schöner!)

Diese Frage ist seit gestern entschieden, entschieden
nicht durch unsere Koalition, sondern trotz dieser Koali-
tion.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall Dr. Ralph Weber, AfD, und
Henning Foerster, DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD:
Ach so! Ach so!)

Dafür gebührt der Volksinitiative Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Tilo Gundlack, SPD: Ah! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, diese Klarheit ist aber auch im
Interesse unserer eigenen Arbeitsfähigkeit,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

denn erst, nachdem diese rechtspolitische Frage im Grundsatz geklärt ist, beginnt die eigentliche Arbeit der Gesetzgebung – Stichpunkt „künftige Finanzierungsform“, Stichpunkt „Inkrafttreten“, Stichpunkt „Verteilungsmodalitäten“, Stichpunkt „Änderung der Kommunalverfassung“. Auch jetzt sind erst weiterführende Fragestellungen möglich, aber auch nötig. Warum bis zum Jahr 2020 warten? Warum nicht über eine rückwirkende Inkraftsetzung nachdenken?

(Susann Wippermann, SPD:
Wissen Sie doch noch gar nicht!)

Was ist mit den laufenden Verfahren und was mit bereits abgeschlossenen Planungen? Über all diese und weitere Fragen sollten wir bereits am nächsten Donnerstag mit Vertretern der Volksinitiative im Innenausschuss beraten

(Tilo Gundlack, SPD: Was hat denn die Planung damit zu tun?)

und uns vor allem auf einen straffen Zeitplan verständigen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Meine Damen und Herren, diese Volksinitiative war eine Volksabstimmung ganz anderer,

(Tilo Gundlack, SPD: Oh, jetzt kommts!)

aber sehr wirksamer Art. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wir sind am Beginn des heutigen Sitzungstages. Wenn diese Unruhe sich so potenziert, wie sich das jetzt hier andeutet, dann weiß ich nicht, wie wir uns heute Abend überhaupt noch verständigen wollen.

(Andreas Butzki, SPD:
Dann sind wir heiser.)

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Renz.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Salto rückwärts mit Überschlag. –
Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rede ja des Öfteren hier,

(Tilo Gundlack, SPD: Bis jetzt war es okay. –
Heiterkeit bei Susann Wippermann, SPD)

aber heute will ich Ihnen ganz ehrlich sagen, so zufrieden, wie ich heute persönlich bin – und ich glaube, auch im Namen der CDU-Fraktion sprechen zu dürfen –, war ich lange nicht,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

weil wir sind auch bei diesem Thema mit uns sehr im Reinen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
Freie Wähler/BMV und Harry Glawe, CDU)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

In der Politik gibt es Gegenwind, nicht alle Tage ist Sonnenschein.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Auch wenn wir hier ins Schloss kommen, gibt es unterschiedliche Situationen, was Demonstrationen und so weiter betrifft, aber heute, glaube ich, ist ein guter Tag. Und insbesondere – ich bin heute Morgen schon etwas früher gekommen, da war, glaube ich, erst ein einziger Vertreter der Volksinitiative da, mit dem ich dann kurz ins Gespräch kam –,

(Tilo Gundlack, SPD: Du hast gedacht, du kommst durch.)

wissen Sie, was mich dort besonders beeindruckt hat?

(Heiterkeit und Zuruf
von Andreas Butzki, SPD)

Wissen Sie, was mich dort besonders beeindruckt hat? Das ist jemand gewesen, bei dem steht keine Straßensanierung morgen, übermorgen an, sondern er hat mir gesagt, seine Straße wurde 1998 saniert. Wenn wir jetzt vom Zustand von Straßen ausgehen, dann können wir wohl alle mal davon ausgehen, dass da noch ein paar Jahre Ruhe sein wird mit Sanierungen. Wenn ich Ihnen dann noch sage, dass dieser ältere Herr, mit dem ich gesprochen habe, schon etwas älter war,

(Tilo Gundlack, SPD: Hast du gerade gesagt, „älterer Herr“.)

dann glaube ich ...

(allgemeine Heiterkeit –
Tilo Gundlack, SPD: Der ältere Herr,
der schon etwas älter war!)

Ich weiß jetzt nicht, was da ... Ach, wenn der ältere Herr etwas älter war, okay.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV –
Patrick Dahlemann, SPD: Es gab auch
einen weißen Schimmel.)

Ja, manchmal tut es gut, Dinge so klar zu benennen, damit Sie das auch verstehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(allgemeine Heiterkeit –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Also, was will ich sagen?

(Andreas Butzki, SPD:
Oh, jetzt hast du den Lehrer
ganz schön raushängen lassen!)

Wenn jemand dort steht, der aus tiefster Überzeugung in dieser Frage hier demonstriert, der nicht betroffen ist, weder heute und wahrscheinlich nicht morgen oder auch nicht übermorgen, dann bin ich noch mehr mit mir im Reinen,

(Tilo Gundlack, SPD: Du gehst
ja hier geläutert raus heute, was?!)

dass das, was wir heute hier tun, was wir debattieren und einer Lösung zuführen werden, der richtige Weg ist.

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Insofern ist heute ein guter Tag für 46.188 Bürger, die hier unterschrieben haben, es ist ein guter Tag für die Volksinitiative. Ich bin mir ganz sicher, dass nicht nur diese 46.188 Bürger, die unterschrieben haben, sich freuen werden, sondern dass es weitaus mehr Menschen in diesem Land sind, die diese Lösung begrüßen.

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Deshalb ist es ein guter Tag für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und es ist ein guter Tag für die Demokratie in diesem Lande.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Deswegen schließe ich mich all denjenigen an, die die Bürgerinitiative hier gelobt haben. Auch hier von dieser Stelle aus im Namen der CDU-Fraktion meinen Dank, meinen Respekt für das, was Sie für einen Beitrag geleistet haben hinsichtlich der Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Wenn wir uns die vier Punkte der Volksinitiative vornehmen,

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

über die wir eines Tages hier auch wieder entscheiden müssen, dann sage ich Ihnen ganz klar, die beiden wesentlichen Punkte, die Sie gefordert haben, unter Punkt 1 die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, werden durch diese Koalition erfüllt.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Der zweite wesentliche Punkt,

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

den Sie gefordert haben, mit dem wir uns dann befassen werden und müssen, ist eine klare Positionierung gegen die Einführung einer Kannregelung für zukünftige Maßnahmen.

(Vincent Kokert, CDU: Das war
doch die Forderung der AfD.)

Auch hier kann ich sagen, dieser Punkt wird durch die Koalition erfüllt.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Das wolltet ihr doch.)

Zu Punkt 3 und 4,

(Unruhe bei Vincent Kokert, CDU,
Christoph Grimm, AfD, und
Dr. Ralph Weber, AfD)

die aus meiner Sicht etwas komplexer sind, will ich Ihnen sagen, der größte Teil, der wesentliche Teil wird durch uns abgearbeitet werden – ob so, wie hier im Detail durch Sie formuliert, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, aber die wesentlichen Ziele werden wir abräumen im Sinne Ihrer Initiative.

Was mich dann besonders erstaunt – eigentlich erstaunt es mich nicht, weil es, solange ich hier bin, häufig oder fast immer in der Politik so ist, wenn es nachher konkret wird, wenn es um konkrete Umsetzung geht, dann gibt es plötzlich nur noch Gewinner,

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV –
Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

also insofern erstaunt mich das nicht, dass das Ritual hier auch wieder greift. Insbesondere sind mir keine Initiativen oder klare Positionierungen der LINKEN bekannt durch Ihre Antragstellung hier im Landtag, dass Sie für eine Abschaffung sind,

(Sebastian Ehlers, CDU: Richtig!)

aber auch Sie lassen sich oder wollen an dem Tag des Sieges dabei sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh Mann, oh Mann, oh Mann!)

Die AfD, dass Sie auch noch – ja, wie soll ich sagen – die Dreistigkeit besitzen, hier vorzugehen

(Andreas Butzki, SPD: Den
stärksten Redner ans Pult holen.)

und so zu tun, als wenn Sie schon immer diese Lösung gefordert haben,

(Nikolaus Kramer, AfD: Tun wir doch gar nicht!)

da bin ich,

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das machen wir doch gar nicht!)

ja, so gut wie sprachlos. Deswegen will ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und den Vertretern der Volksinitiative, damit sie dieser Truppe nicht auf den Leim gehen, und auch den Bürgern, die zuhören,

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD:
Oh! – Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

mal deutlich sagen,

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

welche Position die AfD bisher immer vertreten hat.

(Zuruf aus dem Plenum:
Genauso ist es.)

Wenn Sie heute eine Kehrtwende um 180 Grad machen wollen, dann bitte schön, aber bleiben Sie bei den Tatsachen!

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Salto rückwärts mit Überschlag! –
Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

Sie haben 2017

(Heiterkeit bei Bert Obereiner, AfD)

Ihre erste Initiative hier gestartet, das ist richtig. Sie haben gefordert die Einführung einer Kannregelung.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig! –
Vincent Kokert, CDU: He, mutig!)

Das wird kategorisch durch die Volksinitiative abgelehnt.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
Vincent Kokert, CDU, Christoph Grimm, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn Sie dann im Jahre 2018,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

am 11.04., Ihren nächsten Gesetzentwurf einbringen, der ja auch unter anderem Gegenstand der Anhörung war im Ausschuss,

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

und leider kann ich jetzt Herrn Förster von Ihrer Fraktion nicht finden, dem war das nämlich nachher schon ein bisschen unangenehm,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

dass es überhaupt keine Fürsprecher gab für Ihren Gesetzentwurf und für diese Regelung. Ich bin auch davon ausgegangen, dass Sie demnächst diesen Antrag zurückziehen, weil dieser Antrag nämlich Folgendes beinhaltet. Sie machen eine Problembeschreibung, indem Sie sagen: „Bei Straßen in Wohngebieten erscheint es durchaus gerechtfertigt, wenn Anlieger, die zugleich Hauptnutzer dieser Straßen sind, finanziell von der Kommune beteiligt werden.“

(Andreas Butzki, SPD: Ach! Ach! –
Susann Wippermann, SPD: Ach!)

Klare Aussage! Ich will die inhaltlich nicht werten,

(Andreas Butzki, SPD: Helden!)

ich sage Ihnen nur, Sie können sich heute nicht hinstellen,

(Andreas Butzki, SPD: Helden! –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Bert Obereiner, AfD)

wenn das Ihre Position ist, und anders argumentieren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das machen Sie doch dauernd, Herr Renz.)

Deshalb bitten Sie dann das Parlament

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

um folgende Lösung, ich zitiere den Gesetzentwurf der AfD: „Deshalb sollten Kommunen selbst über ihre Straßenausbaubeiträge und vor allem über die anteilige Beteiligung ihrer Bürger mitentscheiden.“

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Das ist die Linie der AfD!

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: Hört, hört! Hört, hört! –
Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

Erzählen Sie also nichts anderes!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn Sie dann auf eine Kannregelung gehen

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und dafür so vehement für die Bürgerbeteiligung in finanzieller Art kämpfen, dann müssen Sie dazu stehen.

(Christoph Grimm, AfD: Sie haben doch
damals viel schlimmer argumentiert.
Sie wollten gar nichts ändern!)

Mit keinem Wort wird in Ihrem Gesetzestext oder in Ihren Reden darauf hingewiesen, dass das Land sich beteiligen soll.

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Insofern, meine sehr geehrten Herren von der AfD,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ,
Herr Renz, selbst diesen abgeschwächten
Antrag haben Sie doch in Bausch
und Bogen damals abgelehnt.)

bei diesem Thema sind Sie inhaltlich raus.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Renz!

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Einen Moment, Herr Renz!

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Vincent Kokert, CDU: Sie haben doch
noch Redezeit. Gehen Sie doch nach
vorne! Ich habe auch noch Redezeit. –
Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Getroffene Hunde bellen. –
Dr. Ralph Weber, AfD:
Jetzt haben wir aber Angst. –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das glaube ich sogar. – Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

So, jetzt haben wir ein gutes Beispiel dafür, wie hier alle aufgepasst haben. Ich habe nämlich um Ruhe gebeten, das ist ja offensichtlich nicht mal durchgedrungen. Ich möchte meinen Hinweis eigentlich nicht noch mal wiederholen, aber ganz offensichtlich ist die Debatte doch so hitzig, dass es jetzt wieder mit der Zahl der Zwischenrufe dahin kommt, dass der Redner nicht mehr in seiner Argumentation zu verstehen ist. Es ist hier zu Recht – wenn auch unzulässigerweise – darauf hingewiesen worden, dass hier jeder noch Redezeit hat. Wenn dann also der dringende Bedarf besteht, ist hier die Möglichkeit, den Redner anzumelden. Aber ich bitte doch jetzt, den Rest der Debatte so diszipliniert zu absolvieren, dass der Redner jederzeit zu verstehen ist.

Bitte schön, Herr Renz, Sie können fortfahren.

Torsten Renz, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin!

Ja, meine sehr geehrten Herren von der AfD, die Wahrheit ist bitter.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Die ist bitter wie Medizin, aber sie hilft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn die BMV zum heutigen Tage jetzt auch so tut, als wenn Sie schon immer dafür waren als Personen, dann bin ich schon gespannt auf Ihre Ausführungen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Nach meinem Erkenntnisstand ist es so, dass Sie 2017 Mitglied der AfD-Fraktion waren und genau für diese Kannregelung gekämpft haben. Insofern bin ich schon gespannt, wie Sie Ihren Erkenntnisprozess dann nachher hier darstellen werden. Ob er einzig und allein darauf zurückgeht, dass Sie sich jetzt „Freie Wähler“ nennen, das weiß ich nicht, das will ich Ihnen auch nicht unterstellen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Warten Sie ab!)

Ich bin schon auf eine gut ausgetüftelte Argumentationskette Ihrerseits gespannt.

Ich möchte an dieser Stelle der Koalition, den Fraktionen danken, weil die Fraktionen sind jetzt die Initiatoren, die die Lösung in diesem Parlament auf den Weg bringen werden. Diese Koalition handelt aus meiner Sicht ver-

antwortungsvoll, weil es gibt unterschiedliche Dinge, die wir bei unseren Lösungen berücksichtigen müssen. Ich gehe davon aus, dass auch die Initiatoren der Volksinitiative eine gleiche Zielstellung haben wie wir, nämlich, dass in diesem Land notwendige Straßensanierungen weiter stattfinden müssen und werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Aus diesem Grunde handeln wir, wie wir handeln.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn gesagt wird vonseiten der LINKEN, Eckpunkte sind nicht bekannt, dann will ich Ihnen sagen, die Grundlage unserer weiteren Schritte sind tatsächlich konkrete Eckpunkte,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Ja, wo sind sie denn?)

und wenn Sie die nicht kennen,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Und welche denn?)

dann werde ich Ihnen die kurz vorstellen.

Erste Kernaussage ist: Die Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft.

Zweite Aussage: Wir werden Geld an die Kommunen runterreichen in Form einer Investitionspauschale bezogen auf Gemeindestraßenkilometer.

Dritte Grundaussage: Zur Finanzierung werden wir die Grunderwerbssteuer von fünf auf sechs Prozent anheben.

Vierte und letzte Grundaussage: Wir werden über die Neuregelung und über Übergangslösungen, weil die sich sehr komplex darstellen, mit den kommunalen Spitzenverbänden, Städte- und Gemeindetag und Landkreistag, sprechen, diskutieren und vernünftige Lösungen dann dem Landtag hier vorlegen.

Das ist die Grundlage unseres Handelns. Das sind unsere vier Eckpunkte.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja konkret, ist das ja!)

Insbesondere die Komplexität von Übergangslösungen sage ich Ihnen voraus.

Ich weiß, Frau Rösler, Sie sehen das auch so,

(Andreas Butzki, SPD: Hat sie ja gesagt.)

und deswegen möchte ich Sie recht herzlich dazu einladen. Insbesondere bei diesem Punkt liegt viel Arbeit vor uns, und das werden wir in verantwortungsvoller Art und Weise für dieses Land als CDU und SPD angehen. Ich lade Sie ein, uns auf diesem Weg zu begleiten im Sinne der Volksinitiative.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben, und kündige schon mal einen zweiten Redebeitrag an, der sich

dann noch einmal inhaltlich mit speziellen Dingen befas-
sen wird. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für
die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr
Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr geehrten
Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Opposition
ist eben nicht Mist, auch wenn die Regierungskoalition
die Abschaffung der Straßenausbaugebühren als Erfolg
ihrer Politik verbuchen will

(Andreas Butzki, SPD: Wir haben nicht von
Gebühren, sondern von Beiträgen gesprochen,
Herr Borschke. Gebühren sind was anderes.)

und die erfolgreiche Volksinitiative als besten Beweis
funktionierender Demokratie und Mitbestimmung für sich
reklamiert.

(Andreas Butzki, SPD:
Ja, Jurist bleibt Jurist. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion war die einzi-
ge hier im Landtag, die konsequent und zuletzt mit einem
eigenen Entwurf

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

die vollständige Streichung des Paragraphen 8 KAG ohne
Wenn und Aber gefordert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Ganz genauso war das. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich hoffe, diesmal kriegt auch der NDR das mit, denn die
Straßenausbaubeiträge, meine Damen und Herren, sind
zutiefst ungerecht. Kosten der allgemeinen Daseinsvor-
sorge werden zwangsweise von Bürgern erbracht, die
zufällig Grundstückseigentümer an den entsprechenden
Straßen sind.

(Tilo Gundlack, SPD, und
Martina Tegtmeyer, SPD: Zufällig!)

Darüber hinaus gibt es weitere Ungerechtigkeiten im
System. Während nämlich Vermieter die Straßenaus-
baubeiträge als Werbungskosten geltend machen könn-
en, kann ein privater Grundstückseigentümer, also auch
ein Unternehmer, steuerlich überhaupt nichts absetzen,
denn die Straße gehört ihm ja nicht. Positive Entschei-
dungen der Finanzgerichte zur Absetzbarkeit der in den
Straßenausbaubeiträgen enthaltenen Lohnkosten wur-
den trotz Rechtskraft zum Beispiel durch einen soge-
nannten Nichtanwendungserlass des Bundesfinanzminis-
teriums vom 09.11.2016 kassiert. So viel an dieser Stelle
zum Thema Gewaltenteilung und Bindung der Verwal-
tung an Gesetze und Urteile der höchsten Gerichte des
Landes. Mit diesem bezeichneten Erlass wurde festge-
legt, dass Straßenausbaubeiträge eben nicht als haus-
haltsnahe Handwerkerleistungen geltend gemacht wer-
den können.

Der systemische Widerspruch zeigt sich auch in einem
äußerst aktuellen Urteil des Bundesfinanzhofes. In einem
Verfahren wegen der steuerlichen Anerkennung eines
Baukostenzuschusses an die Gemeinde hat der BFH
entschieden, dass Steuerpflichtige nicht berechtigt sind,
Steuerermäßigungen für Handwerkerleistungen in An-
spruch zu nehmen. Die Begründung – und jetzt kommt
es –, weil der Ausbau ja schließlich allen Nutzern zu-
gutekommt. Der Kern dieser Entscheidung widerlegt die
gängige Argumentation, der Anlieger erlange mit dem
Straßenausbau einen wesentlichen persönlichen Vorteil,
insbesondere erfahre sein Grundstück einen erheblichen
Wertzuwachs.

Ein weiterer Gesichtspunkt: Aus Sicht der Freien Wäh-
ler/BMV ist schon die Finanzausstattung der Kommunen
verfassungswidrig,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

denn in steigendem Maße können sie nur unter Schwie-
rigkeiten, wenn überhaupt, ihre Pflichtaufgaben erfüllen.
Darauf hatte der Städte- und Gemeindetag des Landes
immer wieder hingewiesen. Diese Lage hat auch eine
weitere schwerwiegende Konsequenz: Selbst wenn die
Kommunen über entsprechende Satzungen den Anlie-
gern bis zu 90 Prozent der Gesamtkosten überbürden
könnten, betreiben sie trotzdem keinen Straßenausbau,
denn aufgrund der Kassenlage können sie mitunter nicht
einmal den Eigenanteil in Höhe von 10 Prozent aufbrin-
gen. Nicht zuletzt werden circa 40 Prozent der erhobenen
Beiträge bereits durch den mit der Erhebung verbundenen
Verwaltungsaufwand aufgeessen. Außer Betracht blei-
ben die Folgekosten durch juristische Auseinandersetzun-
gen wegen fehlerhafter Satzungen und/oder Bescheide.

Wie also soll der Straßenausbau der Kommunen finanziert
werden? Ganz einfach: durch das allgemeine Steuerauf-
kommen und die Mechanismen des Finanzausgleichs auf
Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Wenn man den Äußerungen der Vertreter der Koalition
folgen darf, sollen den Kommunen für den Straßenaus-
bau Mittel in einer Größenordnung von 30 Millionen Euro
zur Verfügung gestellt werden. Diese Zahl lässt sich auch
in der Begründung zu unserem Gesetzentwurf vom
13.06.2018 wiederfinden.

Für alle zur Erinnerung: Für die Finanzierung des Gan-
zen hatten wir vorgeschlagen, sie über Sonderfinanzzu-
weisungen oder über den kommunalen Aufbaufonds
Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.

(Thomas Krüger, SPD:
Und wo kommt das Geld her?
Wo soll das Geld herkommen?)

Es ist also äußerst erfreulich, dass die Landesregie-
rung zwischenzeitlich erwägt, die Straßenausbaubei-
träge gänzlich abzuschaffen, und auch unser Zahlenwerk
übernimmt. Die Landesregierung sollte bei ihren Erwä-
gungen zur Gegenfinanzierung jedoch in Betracht zie-
hen, dass die Belastungen der Bürger mit Steuern und
Abgaben bereits hoch genug sind. Bund und Länder
erzielen seit Jahren Einnahmeüberschüsse. Folgt man
den aktuellen Medienberichten zur Kassenlage der Län-
der, so haben diese allein in den ersten drei Quartalen
des Jahres über 20 Milliarden mehr an Steuereinnahmen
erzielt.

Der Städte- und Gemeindetag hatte hierzu einen hilfreichen Hinweis gegeben: Die Mittel für die Finanzierung des Straßenausbaus sollten zentral gebündelt und nicht über viele einzelne Fördertöpfe verteilt werden. So könnten die Mittel der Kommunen zum Beispiel über eine feste Investitionspauschale zufließen. Dies dient der vollständigen Transparenz und der Beschleunigung des Straßenausbaus im Lande. Abgesehen davon wird ein erheblicher Verwaltungsaufwand wegfallen. Personal kann für andere Dienstleistungen am Bürger freigesetzt werden.

Es ist an der Zeit, den Bürgern ihren Beitrag an die Allgemeinheit durch Infrastruktur zurückzugeben und damit die Lebensqualität in Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich zu erhöhen. Die Volksinitiative FAIRE STRASSE erhält unsere volle Unterstützung.

An dieser Stelle möchte ich mich auch noch mal ausdrücklich bei der Volksinitiative bedanken und weise noch mal darauf hin, eine vernünftige starke Opposition im Landtag ist außerordentlich wichtig.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Andreas Butzki, SPD: Mit vier Leuten.)

Meine Damen und Herren, alles, was hier im Landtag passiert, ist das Produkt einer Wahlentscheidung,

(Patrick Dahlemann, SPD: Na, Sie ja nun nicht.)

und darum bitte ich Sie, passen Sie auf, wem Sie Ihre Stimme geben!

(Andreas Butzki, SPD: Du willst doch in der Opposition bleiben, hast du gerade gesagt. Du willst doch in der Opposition bleiben.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort ...

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mir doch wenigstens die Möglichkeit, den nächsten Redner aufzurufen, bevor wir dann wieder in die Debatte eintreten.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sehr erstaunlich, wie doch hier die beiden Fraktionen von SPD und CDU argumentieren, mit welcher Chuzpe Sie hier heute eine 180-Grad-Wende eigentlich vollziehen

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und dabei suggerieren, dass Sie selbst zur Besinnung gekommen sind und aus Ihrer eigenen Überlegung plötzlich einen neuen Weg gefunden haben. Das ist ja gar nicht an dem.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Tatsache ist, es war der Druck von der Straße, der Sie zu diesem Sinneswandel bewegt hat. Wir selbst haben es hier vom Schloss aus hören können,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, Sie waren ja auch nicht häufig da. Sie waren ja auch nicht häufig da bei der Bürgerinitiative.)

an jedem Dienstag die Vuvuzelas vor der Staatskanzlei, das war es und es war die Volksinitiative. Und ich kann mich Frau Rösler nur mit vollem Herzen anschließen,

(Andreas Butzki, SPD: Mit vollem Herzen! – Ministerin Stefanie Drese: Da ist nicht viel drin, in dem Herzen.)

wir von der Alternative für Deutschland gratulieren dieser Volksinitiative zu ihrem Erfolg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Sebastian Ehlers, CDU: Waren Sie denn mal da? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Renz, das einzig Gute, was Sie gesagt haben,

(Torsten Renz, CDU: Dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden.)

dass Sie den Tag heute begrüßen und es für einen großen Erfolg für die Menschen, aber auch für die Demokratie halten, da schließe ich mich an.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ein langer Satz.)

Wir als AfD haben ja auch schon immer versucht, die Demokratie zu stützen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Andreas Butzki, SPD: Das haben wir doch gehört vorhin. – Martina Tegtmeier, SPD: Ja, genau.)

Die vom Volk ausgehenden Initiativen, das werden Sie uns zugestehen müssen, und jetzt ...

(Patrick Dahlemann, SPD: Man legt sich das immer so hin, wie man es braucht. – Der Abgeordnete Bernhard Wildt bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich werde das jetzt nicht zulassen, kann ich gleich vorweg ...

(Torsten Renz, CDU: Fanden Sie denn meinen Satz, dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden, nicht gut?)

Ja.

(Torsten Renz, CDU: Das war nur ein Satz.)

Ich kann Ihnen aber nur sagen, wenn Sie zitieren und wenn Sie auf uns eingehen, dann machen Sie es bitte vollständig!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das sollte ein
Lehrer können. – Andreas Butzki, SPD:
Das hat doch Herr Lerche schon
gemacht. Der hat sich selber zitiert.)

Es war einer meiner ersten Auftritte hier in diesem Hohen
Hause, da habe ich gesagt, die besten Straßenausbau-
beiträge sind diejenigen, die nie erhoben werden. Das
haben Sie hier unterschlagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War das die Rede,
die Ihr Mitarbeiter geschrieben hat,
oder welche Rede war das?)

Also wir wollten den Weg natürlich auch gehen, dass es
irgendwann mal zur Abschaffung, zur völligen Abschaf-
fung kommt.

(Torsten Renz, CDU: Hätten Sie das in
den Gesetzentwurf mal reingeschrieben!)

Wir haben auf dem Weg dahin wenigstens eine Stufe
gehen wollen; und das war unsere Kannbestimmung,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die wir ins KAG haben reinschreiben lassen wollen. Aber
Sie haben nicht mal dabei mitgemacht. Das ist ja nur
eine Stufe gewesen.

(Andreas Butzki, SPD: Weil wir
schon damals weiter waren.)

Sie haben das alles abgelehnt. Sie wollten die Bürger
weiter ausquetschen; und das machen Sie heute auf
anderen Gebieten auch noch. Ihre Lösung, das mit Steu-
ern weiter gegenzufinanzieren, spricht auch dafür, dass
Sie die Bürger nicht entlasten wollen. Das muss ich auch
kritisieren an Ihrem Entwurf.

(Andreas Butzki, SPD:
Haben Sie sich mal die Verteilung
der Grunderwerbssteuer angeguckt?)

Die Situation gerade der Bürger in unserem Lande ist
doch so, dass diese nach einer finanziellen Entlastung
geradezu lechzen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Allgemeine Steuern
werden auch irgendwo aufgebracht und
bezahlt. Was ist denn das für eine Logik?!)

Unsere Menschen haben das geringste Einkommen in
der ganzen Republik, das wissen Sie.

(Thomas Krüger, SPD:
Aber das Geld fällt nicht vom
Himmel. Das wissen Sie auch, ne?! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir zahlen die zweithöchsten Steuern in Europa nach
den Belgiern, wir haben das höchste Renteneintrittsalter,
wir haben das niedrigste Rentenniveau,

(Thomas Krüger, SPD: Wo ist Ihre Lösung?)

wir haben das niedrigste Pro-Kopf-Vermögen, wenn es
um den Medianwert geht,

(Thomas Krüger, SPD: Wo ist Ihre
Lösung? Wo kommt das Geld her?)

und wir haben, ich sage es einmal mehr, die höchsten
Strompreise der Welt.

(Andreas Butzki, SPD:
Warum sind Sie überhaupt nach
Mecklenburg-Vorpommern gezogen?)

Und, was neu ist, nach einem WHO-Gutachten haben wir
auch noch die niedrigste Lebenserwartung.

(Thomas Krüger, SPD:
Okay, und wo ist Ihre Lösung?)

Also entlasten Sie unsere Bürger!

(Thomas Krüger, SPD:
Und wo kommt das Geld her?)

Das ist es, was meine Lösung ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Was ist denn das für
eine Lösung?! – Thomas Krüger, SPD:
Ah, Geld fällt vom Himmel! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Die Lösung kommt
nachher von mir, und die kennen Sie ja schon.)

Wenn Sie sagen, Sie hätten damals von Schleswig-
Holstein abgeschrieben, dann muss man sich doch fra-
gen: Warum haben Sie das denn gemacht? Also eine
gute Idee war das nicht.

(Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Maika Friemann-Jennert, CDU)

Und es ist, wie gesagt, nicht richtig, wenn Sie jetzt hier
sagen, Sie haben es schon immer so geplant oder so
gewollt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Schlecht ist die Kaltschnäuzigkeit, mit der Sie die Men-
schen hier behandeln. Bitte entlasten Sie unsere Bürger
stärker!

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Und zu den Volksinitiativen kann ich nur sagen oder an
die Bürger unseres Landes kann ich nur appellieren:
Bildet mehr Volksinitiativen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Steht mit der Vuvuzela vor der Staatskanzlei und de-
monstriert für niedrigere Strompreise! Das ist das Näch-
ste, was auf der Agenda hier stehen muss. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Maika Friemann-Jennert, CDU: Dann erklären
Sie mal, dass das Geld vom Himmel fällt!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für
die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende
Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste und Mitbürger! Natürlich möchte ich mich ausdrücklich auch noch mal bei den Freien Wählern bedanken,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

die die Volksinitiative gestartet haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Also bei
sich selbst wollen Sie sich bedanken.)

Das ist natürlich jetzt ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Borschke
konnte das ja nicht machen, der
will ja nicht Freier Wähler sein.)

Das ist der Punkt, den müssen Sie mir jetzt gönnen. Es waren die Freien Wähler, die die Bürgerinitiative gestartet haben.

(Torsten Renz, CDU: Da stehen drei Namen,
da steht nichts von Freien Wählern.)

Da stehen drei Namen und zwei davon sind im Vorstand der Freien Wähler. Herr von Westarp ist ja sogar auch anwesend. Also das ist ein Punkt, den kann man jetzt ablehnen, aber für uns ist er wichtig.

(Torsten Renz, CDU: Also ist es
keine Initiative des Volkes gewesen.)

Natürlich, 45.000 Unterschriften, das haben Sie selbst gesagt, das muss man erst mal hinkriegen, die zu sammeln.

(Torsten Renz, CDU: Dann können Sie
doch nicht sagen, die Freien Wähler
haben die Initiative gemacht!)

Das ist auch ein großer Erfolg für die Demokratie in diesem Lande. Das ist natürlich ganz wichtig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!
Sehr richtig! – Vincent Kokert, CDU:
Das haben Sie ja von mir zitiert.)

Als Zweites, Herr Kokert und Herr Renz, möchte ich gern mal Ihnen gratulieren. Sie haben einen wunderbaren Bundestagsabgeordneten namens Rehberg, und wer solche Parteifreunde hat,

(Ministerin Stefanie Drese:
Der braucht keine Feinde mehr.)

der braucht im Grunde genommen gar keine Gegner mehr,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV
und auf der Regierungsbank)

denn er macht Ihnen nun Ihr eigenes Ergebnis, wofür Sie sich gerade so beweihräuchert haben, schon wieder kaputt, indem er kritisiert, dass die Grunderwerbssteuererhöhung das Baukindergeld konterkariert, und damit

eigentlich deutlich kritisiert, auf welche Art und Weise Sie das Ganze finanzieren möchten.

(Torsten Renz, CDU: Wir haben da
eine andere Auffassung, Herr Wildt.)

Bei diesem Punkt schließe ich mich auch tatsächlich mal an, Herr Renz.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD,
Peter Ritter, DIE LINKE, und
Minister Harry Glawe)

Ich möchte noch mal über die Finanzierung der ganzen Angelegenheit reden. Herr Innenminister hat uns ja auch ganz ausdrücklich angeschaut, als er um kluge Vorschläge gebeten hat. Natürlich, Herr Innenminister, werden Sie die klugen Vorschläge wieder bekommen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Der sieht sie doch gar nicht!)

Wir möchten auch gern noch mal über das Thema Grunderwerbssteuer mit Ihnen reden, denn wir stellen natürlich, denke ich mal, gemeinsam fest, es gibt unterschiedliche Erwerber in unserem Bundesland. Es gibt die normalen Häuslebauer, die junge Familie, die ein Haus kauft, eine Wohnung kauft und sich damit eine Altersversorgung aufbaut. Es gibt aber auch die Investoren, die über den Share Deal große Pakete erwerben

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt.)

und überhaupt keine Grunderwerbssteuer bezahlen. Darüber möchte ich im Finanzausschuss noch mal ausführlich mit Ihnen reden.

(Andreas Butzki, SPD: Auf jeden Fall. –
Vincent Kokert, CDU: Gern.)

Ich glaube, dass ich da auch offene Türen einrenne bei der SPD, und ich hoffe, dass die CDU das vielleicht noch einen Tick besser hinkriegt, als es im Moment in ihrem Eckpunktepapier drinsteht.

(Vincent Kokert, CDU: Wenigstens
mal ein konstruktiver Vorschlag! –
Thomas Krüger, SPD: Finde ich
auch, können wir drüber reden.)

Ein weiterer wichtiger Punkt, auch da werden wir uns beteiligen: Wie kriegen wir die Übergangsregelung hin und wie bekommen wir vielleicht auch noch eine Härtefallregelung für die Vergangenheit hin? Das sind zwei ganz konkrete Vorschläge, nein, drei ganz konkrete Vorschläge.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

So kennen Sie uns und so werden wir auch weiter mitarbeiten. Wir sind stolz auf diesen Moment heute, auf diese Volksinitiative und unseren Antrag der BMV.

(Andreas Butzki, SPD: Und auf die Koalition.)

Das müssen Sie uns jetzt gönnen. Ich will auch gar nicht wissen, wer jetzt wann was genau gesagt hat.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Argumente haben geholfen, die Koalition ist darauf eingestiegen, das ist doch wunderbar.

(Vincent Kokert, CDU:
So ist es.)

Da brauchen wir jetzt nicht jahrelang zu gucken, wer mal wann was genau gesagt hat,

(Vincent Kokert, CDU: Da haben
Sie völlig recht, Herr Wildt.)

und das auch noch vorzulesen, wäre ja geradezu albern. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen! Liebe Gäste und liebe deutsche Landsleute! Auch ich möchte zunächst mal damit beginnen, dass ich sage: Das war heute und ist heute eine Sternstunde des Parlaments, weil wir endlich mal wieder eine erfolgreiche Volksinitiative hier haben,

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

die es trotz aller überflüssigen und viel zu hohen Hürden geschafft hat, hier im Parlament anwesend zu sein und mit ihrem Anliegen Gehör gefunden zu haben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das ist richtig verstandene Demokratie, direkte Demokratie, von der wir noch viel zu wenig haben, die wir umgesetzt haben. Das ist unsere Dauerforderung:

(Andreas Butzki, SPD:
Das haben wir gestern gehört.)

Fragt das Volk, wenn ihr einschlägige Änderungen vornehmt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Heute ist das geschehen und das ist lobenswert.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vielen Dank für die Volksinitiative „Faire Straße“! Das war mir ein Herzensanliegen.

Herr Renz, Sie hatten gesagt, Sie hatten eingeladen, wir sollten Ihrem Weg folgen. Ich weiß nicht, ob Sie damit den Weg der CDU oder der Regierungskoalition meinen. Dann müssen wir sagen, dazu braucht man kunstturnerische Fähigkeiten, wenn man Ihnen folgen will bei dem Salto rückwärts mit Überschlag,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

den Sie hier dargelegt haben, bei vielen Pirouetten, mit denen Sie Ihre ablehnende Haltung bis vor einer Woche verbrämt haben,

(Torsten Renz, CDU: Wir als CDU haben immer gesagt, ergebnisoffen diskutieren wir. Gucken Sie mal in die Pressemitteilungen!)

und jetzt plötzlich sich die Fahne aufstecken, weil Sie zum Jagen getragen wurden durch eine Volksinitiative.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sich jetzt das Fähnchen anzuhängen, Sie waren ja schon immer gegen Straßenausbaubeiträge – Sie waren mitnichten dagegen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Alle Anläufe, die hier im Parlament dazu bisher gestartet wurden, sind an der, ja, tragen Masse der Regierungskoalition gescheitert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Renz, CDU: Meinen Sie
jetzt Ihre Kannregelungen? –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Kollege Grimm hat es zu Recht schon angedeutet: Wenn Sie vorlesen, das können Sie als Lehrer, dann sollten Sie aber vollständig lesen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir hatten immer deutlich gemacht – das war in der Begründung des Antrages und das kam in den Plenardebatten eindeutig immer zum Ausdruck –, unsere Kannregelung war verstanden als ein erster Schritt mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall Christoph Grimm, AfD)

Hätten Sie im Plenarprotokoll nachgelesen, dann hätten Sie es besser gewusst. Und dass die SPD sich jetzt hier ein bisschen so aufführt auf dem Weg zur künftigen 5-Prozent-Partei, das kann ich ja sogar ein Stück weit nachvollziehen.

(Torsten Renz, CDU: Wollen Sie denn mit
Trippelschritten alle halbe Jahre was machen?! –
Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Dem Innenminister, der im Moment für mich nicht erkennbar hier ist, möchte ich dafür danken, dass er einen Finanzierungsweg vorgeschlagen hat, der immerhin einen gewissen Gerechtigkeitsgrad in sich trägt. Denn diejenigen, die Grunderwerbssteuer zahlen, profitieren in der Masse von ausgebauten Straßen, ob sie nun neu gebaut werden oder ob sie sich durch Kauf an eine schon vorhandene Straße ansiedeln. Da sind gewisse Ungerechtigkeiten auch noch spürbar, zum Beispiel bei landwirtschaftlichen Grundstücken und so weiter, aber immerhin hat es einen gewissen Gerechtigkeitswert.

Und weil Sie von der SPD ja immer danach schreien, wo unsere Alternativen sind – die kennen Sie, Sie wollen es doch wieder hören, dann hören Sie es jetzt: Wenn ich sehe, wie viele Millionen den „Goldstücken“ in den Ra-

chen geworfen werden, die hier in unser Land ungebeten kulturfremd einsiedeln,

(Thomas Krüger, SPD:
Hat lange gedauert. –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

bei denen Sie vorhaben, aus analphabetisierten Horden künftige Facharbeiter herzustellen,

(Zurufe vonseiten der Fraktion
der SPD: Oh, oh, oh!)

die im Moment unsere Sozialsysteme plündern,

(Elisabeth Aßmann, SPD: Widerlich! –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

wenn ich gleichzeitig sehe, wie früher Eltern damit abg gespeist wurden, wenn es um den Ausbau der Schulgebäude ging, dass sie selbst Hand anlegen sollen, weil nicht genug Geld in den Staatskassen sei,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Unerträglich ist das!)

und jetzt plötzlich jedes Jahr 30 Milliarden für unsere „Neubürger“ – in Anführungszeichen – vorhanden sind,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Unerträglich ist das!)

dann wissen Sie, wie man das alles finanzieren könnte, indem man diese ganzen Kosten reduziert,

(Thomas Krüger, SPD: Was Sie darüber
schon alles finanzieren wollten!)

illegale Migranten zielgerichtet abschiebt und so weiter. All das hatten wir in der Haushaltsdebatte beantragt, es ist hier alles abgelehnt worden. Sie wollen es doch immer wieder hören mit Ihren Rufen „Wie wollen Sie das finanzieren?“,

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Wir wollen Sie gar nicht hören!)

dann sollen Sie es eben auch hören.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Dritter und letzter Punkt: Ab dem Jahr 2020 sollen die Straßenausbaubeiträge entfallen. Sehr schön, sehr lobenswert, allerdings ...

(Torsten Renz, CDU: Spätestens!)

Spätestens, ja.

... werden bis zum Jahr 2020 – das wurden sie die ganze Zeit und werden es für 2019 –

(Torsten Renz, CDU: Deswegen
Punkt 4 des Eckpunktepapiers.)

weiterhin entsprechende Beiträge erhoben. Darin liegt eine zeitliche Ungerechtigkeit, auf die ich jetzt mal hinweisen möchte. Sie hatten ja eine Übergangslösung in Aussicht gestellt, und da gebe ich dem Innenminister

recht, die wird sicherlich juristisch nicht ganz einfach umzusetzen sein. Wir werden das konstruktiv begleiten,

(Vincent Kokert, CDU: Jaja. –
Thomas Krüger, SPD: Ja, das
kennen wir, das kennen wir.)

möchten aber gleichzeitig darauf hinweisen, wir werden sehr genau verfolgen, ob Straßenausbauvorhaben im Jahr 2019 deutlich steigen werden,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU –
Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

damit noch entsprechende Beiträge von den Anwohnern abkassiert werden können. Und sollte das der Fall sein, dann werden wir entsprechenden Druck ausüben, um solche zeitlichen Ungerechtigkeiten zu verhindern.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Ansonsten, wie gesagt, wünsche ich Ihnen, Herr Innenminister, ein glückliches Händchen für die Übergangslösung und biete jetzt schon die Hilfe der AfD-Fraktion in vollem Umfang an.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Minister Harry Glawe)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Professor Dr. Weber, den Ausdruck „analphabetisierte Horden“ bewerte ich als diskriminierend, und zwar pauschaldiskriminierend für ganze Bevölkerungsgruppen, und weise ihn in dem Moment als unparlamentarisch zurück, kündige aber gleichzeitig an, dass ich im Wiederholungsfall einen Ordnungsruf aussprechen werde.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Danke schön.)

Sie haben auch diese Äußerung nicht zu kommentieren, auch das ist ordnungsrufwürdig, und ich glaube, das ist nicht so schwer zu verstehen als Rechtsmaterie.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das provoziert er ja bewusst.)

Ich rufe auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit sich das nicht manifestiert, will ich noch mal deutlich sagen, in unserem Eckpunktepapier steht, dass bis spätestens 01.01.2020 eine Abschaffung der Beiträge erfolgt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es ist mir ganz wichtig, das noch mal klarzustellen. Klar werden wir sehen, was jetzt in der Praxis passiert. Ich glaube, Herr Professor Weber, wir werden in 2019 nicht sprunghaft ansteigende Investitionen haben, weil die Praxis, die Realität ganz anders aussieht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Hoffen wir mal!)

Im Gegensatz zu manch anderem ist es so, dass in den Kommunen planmäßig gearbeitet wird, und das bedeutet einen entsprechenden Planungsvorlauf – Ausschreibung, Umsetzung und so weiter. Ich kann mir nicht vorstellen, wie innerhalb von zwei, drei Monaten da alles Mögliche außer Kraft gesetzt wird, um möglicherweise explodierende Investitionen auf den Weg zu bringen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Schauen wir mal!)

Dann haben wir das nächste Problem in der Praxis, dass die Kosten explodieren, weil auch kaum noch Firmen sich an Ausschreibungen beteiligen, weil die Auftragslage einfach so gut ist und wir auf der anderen Seite das Thema Fachkräftemangel haben. Das sind Dinge, die mich dazu bringen zu prognostizieren, dass sich zumindest nicht in den nächsten zwei, drei Jahren explosionsartig die Situation, was die Anzahl der Investitionen betrifft, ändern wird.

Ich komme aus der Stadt Güstrow, da haben wir maximal zwei Straßeninvestitionen, die zur Umsetzung kommen im Jahr. Damit ist auch die Bauverwaltung und alles, was ich eben beschrieben habe, vollkommen ausgelastet. Insofern glaube ich es im Moment nicht, ich kann es natürlich nicht zu hundert Prozent ausschließen. Sollte sich perspektivisch eine andere Entwicklung ergeben, dann sind wir natürlich als Politik gefordert, entsprechend zu reagieren und gegenzusteuern.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wunderbar, alles verstanden!)

Mir liegt es besonders am Herzen, hier noch mal ein paar Dinge zu sagen zum Thema Finanzierung.

Es gibt also Leute, die stellen sich hin und sagen, das geht uns alles nichts an, wir geben das runter an die Kommunen, die sollen dann selbst entscheiden, wie sie die Bürger beteiligen. Da haben wir von Anfang an gesagt, das ist nicht unsere Lösung. Wir haben auch als CDU immer gesagt, wenn Sie von mir oder anderen Zitate finden sollten, wo etwas anderes steht, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das mal zuleiten würden, weil wir immer gesagt haben, unsere Diskussionen zu diesem Thema werden ergebnisoffen geführt.

(Vincent Kokert, CDU: So ist das.)

Wir waren also nie festgelegt.

(Vincent Kokert, CDU: Genauso war es,
Professor Weber, das brauchen Sie
uns gar nicht vorzuhalten!)

Welche innere Hoffnung der Einzelne hatte, kann ich nicht sagen. Meine könnte ich sagen, aber ich glaube, durch meinen ersten Satz heute Morgen wird schon deutlich, welche Intention ich immer persönlich hatte.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber wenn es jetzt um die Finanzierung geht und die Kritiker kommen, verstehe ich einige Kritiker so, die schreiben das ja auch ganz deutlich auf: „Abschaffung Straßenausbaubeiträge – sind sie dabei?“, aber diese Art der Finanzierung passt ihnen nicht. Ich sage mal, wenn das der einzige Kritikpunkt ist und ich die Volksinitiative besonders im Visier habe mit der Zielstellung Nummer eins,

„Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“, dann haben wir zumindest erst mal schon alles richtig gemacht. Es gibt jetzt durchaus Vorschläge, die vielleicht ergänzend noch in die Diskussion einfließen sollten, aber auf der anderen Seite will ich Ihnen sagen, wenn prognostiziert wird von dem einen oder anderen Akteur, dass der Weltuntergang bevorsteht,

(Tilo Gundlack, SPD: Schon wieder!)

weil wir jetzt die Grunderwerbssteuer erhöhen, dann sage ich Ihnen aus Erfahrung, ich war schon mal 2012 ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Renz, gestatten ...

Torsten Renz, CDU: ... hier im Landtag.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also einmal habe ich es jetzt übergangen, aber wir haben hier eine Geschäftsordnung, Herr Renz. Also stelle ich Ihnen die Frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grimm zulassen, ...

Torsten Renz, CDU: Ich bin mir jetzt keiner Schuld bewusst.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... die Sie bitte beantworten.

Torsten Renz, CDU: Ich habe einfach mal mit der Hand, ich habe gar nichts gesagt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ach ja?! Gut.

Torsten Renz, CDU: Aber sehr gern gestatte ich jetzt eine Anfrage, Frau Präsidentin, wenn Sie mich fragen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gut, okay.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrter Herr Renz, wenn Sie sagen, Sie hätten von Anfang an ergebnisoffen in diesem Parlament über die Frage der Straßenausbaubeiträge sprechen wollen, wäre es dann nicht konsequent gewesen, unseren Antrag in den Ausschuss zu überweisen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Torsten Renz, CDU: Nein, auf keinen Fall. Ich glaube, in meinem ersten Redebeitrag die Zielrichtung deutlich gemacht zu haben, die Sie verfolgt haben. Ich habe das zitiert und könnte das jetzt wieder tun, dass Sie einfach verantwortungslos aus meiner Sicht die Verantwortung runterdelegieren an die Kommunen und sagen, schaut mal, wie ihr mit dem Geld klarkommt, ohne dass da ein Lösungsansatz, eine Verantwortung des Landes zu erkennen ist. Ich glaube, so was kann man nicht machen, und insofern kann ich nur wiederholen, zu Recht haben wir diesen inhaltlich schlechten Gesetzentwurf aus Ihrer Fraktion abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zurufe von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Dirk Lerche, AfD)

Lassen Sie mich dann zum Thema Grunderwerbssteuer zurückkommen: Also ich war selbst dabei in 2012, da

haben wir damals einen Satz gehabt von 3,5 Prozent. Der bewegte sich auch im bundesdeutschen Durchschnitt. Wir haben da 2012 eine Anhebung vorgenommen auf 5 Prozent. Auch das fiel uns nicht leicht. Auch da gab es Szenarien, in diesem Land werden keine Häuser mehr verkauft, keine Grundstücke mehr gekauft, nichts. Ja, Professor Weber, Sie waren nicht dabei. Aber es gibt Leute, die haben damals so argumentiert und heute sind wir auch wieder nahe dran,

(Tilo Gundlack, SPD: Das war so.)

mit dem Ergebnis, Sie sehen, wir haben Einnahmen in diesem Bereich. Der Immobilienmarkt floriert und es ist nicht – glücklicherweise – zu diesem dramatischen Einbruch gekommen. Jetzt haben wir 2018 und jetzt haben wir in diesem Land immer noch die 5 Prozent. Wenn ich mich recht entsinne, ist der Bundesdurchschnitt bei 5,25 Prozent. Nageln Sie mich jetzt nicht auf die Zehntelstelle fest! Auf alle Fälle kann man mathematisch daraus erkennen, dass wir unter dem Bundesdurchschnitt liegen, und wir schlagen jetzt vor, tatsächlich eine Bevölkerungsgruppe zusätzlich zu belasten, wo ich persönlich glaube, dass viele von denen davon auch profitieren werden, mit dem, was wir dann anschließend mit dem Geld tun. Und wenn wir in Berlin zurzeit 6 Prozent haben, in Brandenburg 6,5 Prozent, in Hessen 6 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 6,5 Prozent, im Saarland 6,5 Prozent, in Schleswig-Holstein 6,5 Prozent, in Thüringen 6,5 Prozent

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und wir heute hier sagen, Mecklenburg-Vorpommern, diese Koalition will eine Erhöhung auf 6 Prozent bringen, dann, glaube ich ganz persönlich, wird auch das kein Weltuntergang sein.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das bestreitet doch keiner.)

Ich glaube auch nicht, dass irgendein Grundstücksverkauf in diesem Lande oder irgendein Hausverkauf scheitern wird an dieser Maßnahme, die wir ins Visier genommen haben. Ich glaube es einfach nicht. Vielleicht mag es einen Einzelfall geben, aber vom Grundsatz her, sage ich Ihnen, werden die Immobilienwirtschaft und der Häusle- käufer nicht an dieser Maßnahme vor seiner Entscheidung zurückschrecken.

(Andreas Butzki, SPD: Und 6 Prozent
in Hessen sind mehr als 6 Prozent
in Mecklenburg-Vorpommern. –
Dr. Ralph Weber, AfD: 6 Prozent sind
immer 6 Prozent. Mathematikgrundkurs!)

Deswegen, glaube ich auch, ist das, was wir machen, eher verantwortungsvoll, dass wir nicht einfach sagen, gucken wir mal, wo das Geld herkommt, sondern wir ganz konkret, auch wenn wir ein bisschen gedrängt worden sind durch den Koalitionspartner, eine Finanzierungsdeckungsquelle vorschlagen.

(Christian Brade, SPD: Oh!)

Das ist verantwortungsvoll, was wir machen wollen und machen werden.

Ich habe mir auch die Debatten in Schleswig-Holstein angeschaut, die ja unmittelbar nach der Wahl ganz ein-

fach umgestellt haben auf eine Kannregelung und wo die Opposition aus meiner Sicht zu Recht in den Debatten gesagt hat, ihr macht es euch aber ziemlich einfach,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

ihr bietet keine Finanzierung für die Kommunen an. Die handelnden Personen haben dann gesagt, das machen wir mit dem nächsten FAG. Da können Sie jetzt sagen, was Sie wollen, was verantwortungsvoller ist. Ich glaube, das, was diese Koalition vorhat, ist aus meiner Sicht verantwortungsvoller. Deswegen werde ich auch ganz persönlich diesen Kurs unterstützen. Und wenn wir jetzt Hinweise bekommen, dass möglicherweise der einzelne Käufer überlastet wird, dann bin ich immer sehr dafür, konkrete Beispiele zu machen.

Ich nenne Ihnen jetzt mal ein Beispiel, was mir da so vorschwebt: Ein 600-Quadratmeter-Grundstück, das ist, glaube ich, ein realistischer Wert. Wer sich mehr leistet, wer ein größeres Grundstück haben will, sehr gern. 600 Quadratmeter sind, glaube ich, schon mal so ein Mittelwert, der nicht aus der Welt willkürlich gegriffen ist, aus der realen Welt, sondern wir nehmen einfach mal ein 600-Quadratmeter-Grundstück an. Jetzt können wir natürlich die Promenade in Warnemünde nehmen. Wir können aber auch Greifswald als ein prosperierendes Zentrum nehmen. Wir können auch in meine Gemeinde irgendwo gehen, wir können ein Mittelzentrum nehmen wie Güstrow. Ich entscheide mich einfach mal für einen Durchschnittspreis von 100 Euro für einen Grundstückskauf pro Quadratmeter.

(Jochen Schulte, SPD: Wo gibt
es so billige Grundstücke?)

Ja, das habe ich ja gerade gesagt. Sie kommen aus Rostock, Herr Schulte, da ist der Satz etwas höher. Ich sage Ihnen, in Güstrow wird zurzeit für 85 oder für 100 Euro verkauft.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das bedeutet, dieses Grundstück kostet 60.000 Euro. Und jetzt muss ich insbesondere in Richtung Herrn Kramer mal sagen, wir wollen nicht die Grunderwerbssteuer um 6 Prozent erhöhen, sondern um 1 Prozent auf 6 Prozent. Das ist mathematisch ein großer Unterschied.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das würde nämlich bedeuten, der heutige Käufer würde jetzt schon 3.000 Euro zahlen. Und wenn diese böswillige Koalition es tatsächlich wagen sollte, hier auf 6 Prozent zu gehen, dann muss dieser Käufer demnächst 3.600 Euro bezahlen,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Donnerwetter! Oh Gott, oh Gott,
gar nicht auszudenken!)

also eine Differenz von 600 Euro mehr. Da kann ich ehrlich gesagt nicht erkennen, dass das Abendland untergeht.

(Vincent Kokert, CDU: Nee, ich auch nicht. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Umso froher bin ich ...

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Nee, anders gesagt, ich muss es noch mal deutlicher sagen: Diese 600 Euro sind einmalig mehr zu zahlen. Und wissen Sie, was daraus schlussfolgernd passiert? Der Käufer dieses Grundstückes wird nie wieder in seinem Leben Straßenausbaubeiträge in Größenordnungen von mehreren Tausend Euro zahlen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: So ist das, so ist das. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

sondern einmalig 600 Euro.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wenn andere Leute das anders sehen, dann mögen sie sich hier hinstellen und ihre Beispiele vortragen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist völlig unbestritten.)

Ich finde, dieses Beispiel ist praxisnah. Und wenn ich dann höre und lese, das Baukindergeld wird ad absurdum geführt,

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Wer hat denn so was gemacht?
Wer war das denn?)

dann sage ich Ihnen an dieser Stelle als Torsten Renz ganz deutlich: Das Baukindergeld ist eine sehr gute Maßnahme,

(Minister Harry Glawe: Genau.)

die auf Anregung der CDU im Bund beschlossen wurde,

(Minister Harry Glawe: Genau. –
Martina Tegtmeier, SPD: Hat die CDU
das nicht abgeschafft irgendwann?)

die jedem, jeder Familie pro Kind 1.200 Euro im Jahr bringt. Das bedeutet rein mathematisch, das muss ich jetzt sarkastisch sagen,

(Tilo Gundlack, SPD: Vielleicht hast
du das Herrn Rehberg nicht gesagt. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Der war bei dem
Beschluss nicht dabei im Bundestag.)

diese Familie könnte zwei Grundstücke kaufen, zwei 600-Quadratmeter-Grundstücke, und dieses Baukindergeld gibt es zehn Jahre lang. Ich kann nicht erkennen, dass wir durch unsere Maßnahme diese sehr gute Maßnahme, Baukindergeld des Bundes, infrage stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Jochen Schulte, SPD –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Insofern ist das Baukindergeld, was die CDU im Bund auf den Weg gebracht hat, auch dank der Aktivitäten von Eckhardt Rehberg, eine sehr gute Maßnahme.

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Wir können, wenn wir es realistisch betrachten wollen – dafür stehe ich immer –, auch ein Grundstück mit Haus

kaufen. Ich weiß, in Warnemünde gibt es utopische Preise, aber wir können ja mal ein Grundstück mit Haus erwerben für 250.000 Euro. Damit es nachher nicht heißt, Herr Renz hat sich ein Beispiel zurechtgelegt, was ihm passt, ich glaube nicht, dass dieses Beispiel mit 250.000 Euro weiltfremd ist. Das würde jedenfalls – ich kürze das mal ab – eine Mehrkostenbelastung für den Bürger bedeuten von einmalig 2.500 Euro.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Aber ich sage Ihnen, hier ist die Wahrscheinlichkeit, wenn das Haus steht, dass schon eine Straße da war, hier ist die Wahrscheinlichkeit, dass irgendwann mal die Straßensanierung greift, noch viel höher als bei einem Grundstück, das noch unbebaut ist.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Also insofern wird möglicherweise derjenige, der hier 2.500 Euro einmalig zahlt, noch viel eher, was die Wahrscheinlichkeitsrechnung betrifft, in den Genuss kommen, dass er nie in seinem Leben – er kommt sozusagen in den Genuss der Nichtzahlung – Straßenausbaubeiträge zahlen wird.

Insofern glaube ich, das, was wir hier vorschlagen, kann immer noch verbessert werden, aber es ist ein solider Vorschlag, zu dem wir in Verantwortung als CDU-Landtagsfraktion stehen. Insofern danke ich Ihnen, dass Sie mir noch mal zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

(Vincent Kokert, CDU: Ei, jei, jei, jei! –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Was kommt jetzt noch?)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Professor Dr. Weber, Sie vermuten richtig, Ihnen ist wirklich kein Thema zu schade, um nicht Ihren kruden Ausländerhass hier im Parlament zu dokumentieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe
keinen Ausländerhass.)

Und wenn Sie dann hier noch süffisant sagen, Sie tun das, weil wir das immer wieder hören wollen, sage ich Ihnen, mit Ihrer Ausländerfeindlichkeit werden Sie hier im Parlament keine Chance haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Es ist natürlich so, dass jede Partei so ihren Rehberg hat. Deswegen sehe ich überhaupt keinen Grund zur Häme,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

wie ich überhaupt auch bei dem Thema keinen Grund zur Häme sehe. Das ist mir einfach zu ernst und zu

wichtig. Deshalb meine ich auch, wir sollten zu diesem Thema keine Märchenstunde im Parlament entwickeln. Das war der Hauptgrund meiner Wortmeldung, denn wenn auch in den Medien dieser Tage zu lesen ist, „Koalition schafft Straßenausbaubeiträge ab“, dann schwingt da eine gewisse Hoffnung dahinter. Aber wir sind längst noch nicht so weit, der Teufel steckt im Detail.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist richtig.)

Das ist hier in den Redebeiträgen auch schon deutlich geworden und die kurze Darstellung, lieber Kollege Renz, des Eckpunktepapieres war für mich noch nicht sehr erhellend. Deswegen schon zu Beginn meiner Rede auch die Bitte namens meiner Fraktion, uns dieses Eckpunktepapier der Koalition schwarz auf weiß, möglichst noch vor der Anhörung der Volksinitiative zu übergeben,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Hätten Sie jetzt aber mitschreiben können.)

damit wir sozusagen eine Diskussionsgrundlage haben und konkret wissen, wo will denn die Koalition mit Ihrer Zielstellung, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, hin. Das wäre mir ganz wichtig.

Der zweite Punkt im Zusammenhang mit der Problematik, wir wollen ja keine Märchenstunde machen, ich muss es wirklich noch mal sagen, auch aufgrund der Zwischenrufe, die uns entgegengebracht worden sind, wir hätten ja keine Beiträge zu der Debatte geleistet beziehungsweise keine Vorschläge unterbreitet: Nein, das ist nicht die Wahrheit. Am 05.04.2017 erreichte mich die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Problematik „Novelle des Kommunalabgabengesetzes“ und die Antwort darin war ganz klar. Ich zitiere: „Eine Aufhebung der Beitragserhebungspflicht ist abzulehnen“, klare Aussage der Landesregierung. Seitdem ist etwas passiert, darüber bin ich sehr froh. Über die wesentlichen Geburtshelfer dieses Umdenkungsprozesses ist heute schon viel gesprochen worden, das sind die Initiatoren und Initiatorinnen der Volksinitiative.

(Tilo Gundlack, SPD: Das war
aber die Landesregierung.)

Ich möchte auch daran erinnern, dass meine Fraktion es war, die das erste Expertengespräch zu diesem Thema beantragt hat. Diesem Vorschlag sind Sie dankenswerterweise gefolgt. Ich gebe auch ehrlich zu, dass ich nach dieser ersten Anhörung von Expertinnen und Experten mehr Fragen als Antworten hatte, denn der Fächer der Antworten war so breit, wie das Problem nun einmal ist beim Straßenbau und beim Straßenausbau in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich will aber auch daran erinnern, dass wir mit Drucksache 7/1889 vom 13. März dieses Jahres den Antrag hier in den Landtag eingebracht haben unter dem Titel „Erhebung ungerechter Straßenausbaubeiträge stoppen“. Und wenn dann behauptet wird von einzelnen Vertreterinnen und Vertretern der Koalitionsfraktionen, wir hätten hier nicht geliefert, dann stimmt das einfach nicht. Das will ich hier noch mal klarstellen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig! Sehr richtig!)

In diesem Antrag haben wir unter anderem gefordert, ich zitiere, „in Auswertung der Erfahrungen anderer Bundes-

länder rechtliche und finanzielle Auswirkungen eines landesweiten Verzichtes auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu prüfen“.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Das war unsere Bitte an die Landesregierung. Dieser Bitte ist man bis heute nicht so richtig gefolgt. Erst jüngst, im Ergebnis Ihrer Bürger/-innensprechstunde in Bad Doberan, glaube ich, hat die Ministerpräsidentin angekündigt, das Finanz- und das Innenministerium zu bitten zu prüfen, welche Auswirkungen das hat.

(Henning Foerster, DIE LINKE: So ist es.)

Wäre man unserem Antrag vom März dieses Jahres gefolgt, würden die Zahlen jetzt schon vorliegen. Das ist einfach die Entstehungs...

(Torsten Renz, CDU: Aber der Antrag ist doch
im Ausschuss, Herr Ritter. Das wissen Sie doch.)

Lieber Kollege Renz, der Antrag liegt im Ausschuss, ja,

(Torsten Renz, CDU: Ja. –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

aber der Prüfauftrag ist deswegen noch längst nicht umgesetzt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich sage noch einmal: Hätten Sie so viel Mut gehabt, im März dieses Jahres zu sagen, okay, wir fangen mit dieser Prüfung an,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

würden die Ergebnisse jetzt schon vorliegen und wir wären vielleicht einen Schritt weiter. Das gehört zur Wahrheit dazu und ich bitte darum, dass wir jetzt diese Problematik gemeinsam lösen. Deshalb noch mal meine Erwartungshaltung an Sie: Geben Sie uns Ihr Eckpunktepapier, damit wir dort reinschauen können,

(Vincent Kokert, CDU:
Das bekommen Sie, Herr Ritter.)

damit wir dieses Eckpunktepapier vielleicht mit unseren Vorstellungen abgleichen können oder verbessern können, denn das ist eine gemeinsame Problemlösung! Das haben die Bürgerinnen und Bürger und am Ende die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Landes verdient und nicht gegenseitige Vorwürfe, wer es erfunden hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Einen Moment, Herr Ehlers! Da sich hier jetzt wieder Neuanmeldungen häufen, habe ich es unterlassen, auf der Besuchertribüne die Schülerinnen und Schüler der Ostseeschule Wismar zu begrüßen. Aber ich denke mal, jeder Besucher hat das Recht, begrüßt zu werden. Von daher hole ich das hiermit nach.

Jetzt haben Sie das Wort.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Schweriner Abgeordneter freue ich mich natürlich ganz besonders über die Entscheidung, die wir in den letzten Tagen getroffen haben, denn ich glaube, man kann schon sagen, dass Schwerin hier so etwas wie die Keimzelle der Bewegung war.

(Beifall Dirk Lerche, AfD – Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Das gehört, glaube ich, zur historischen Wahrheit dazu, die Bürgerinitiativen hier in Schwerin, die sich etabliert und entwickelt haben, die auch maßgeblich die Volksinitiative getragen haben. Das muss man auch mal sagen. Sie haben hier teilweise laut protestiert, dienstags vor der Staatskanzlei. Da habe ich dann einige auch nicht gesehen, Frau Rösler. Also DIE LINKEN habe ich da selten gesehen. Wenn Sie jetzt hier so tun, als wenn Sie da immer ganz nahe an der Basis gewesen wären, finde ich das spannend.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ach, Herr Ehlers, Mann, das ist doch wohl lächerlich!)

Aber Sie waren auch konstruktiv und das finde ich persönlich ganz wichtig.

Wir haben viele Gespräche geführt vor der Staatskanzlei. Da bin ich unserem Fraktionsvorsitzenden, unseren Ministern sehr dankbar,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

die nicht, wie vielleicht andere, durch die Hintertür reingehuscht sind, sondern die sich dort dem Dialog gestellt haben, fast wöchentlich, die dort sehr konstruktiv diskutiert haben. Wir haben auch intern im Schloss mit dem Fraktionsvorsitzenden und mit Harry Glawe Gespräche geführt. Die Bürgerinitiative – das fand ich immer gut – war dabei auch immer konstruktiv, hat eigene Vorschläge gemacht und nicht nur gesagt, schafft das ab, ist uns egal, wo das Geld herkommt, sondern hat eigene Ideen gehabt. Deswegen möchte ich mich hier an der Stelle bedanken.

Das Wort „Märchenstunde“ fiel, Herr Kollege Ritter. Ich finde, Märchenstunden gehören eigentlich nach Hause zu den Kindern, zu den Enkeln. Das muss nicht zwingend in den Landtag gehören. Aber wenn hier natürlich ein paar Legenden gestrickt werden, finde ich, muss man auch schon mal gegenhalten an der Stelle, weil das Verfahren ist ja beschrieben worden. Der Kollege Liskow wurde zitiert aus der ersten Beratung zu dem Thema, dass man sich auch Beratungen hier im Ausschuss von unserer Seite hätte vorstellen können. Natürlich war es damals eine ganz andere Situation. Als wir als Schweriner beispielsweise losgegangen sind mit dem Thema, wurde man im Land noch belächelt. Das gehört doch zur Wahrheit auch dazu.

(Martina Tegtmeier, SPD: Die Schweriner haben erst noch die Abschaffung gefordert.)

Es ist dann peu à peu auch durch den Druck aus anderen Kommunalparlamenten so gekommen.

Frau Tegtmeier, ich kann mich noch an Ihre Worte erinnern. Auch der Kollege Heydorn hat mich mal nicht ganz so freundlich von der Seite angesprochen nach Beschlüssen in der Stadtvertretung. Aber ich finde, dann muss man auch dazu stehen. Das, was man auf kommunaler Ebene vertritt, sollte man auch hier in den Landtag tragen. So sehe ich jedenfalls meine Aufgabe als Abgeordneter in Schwerin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Es war ein langer Weg an der Stelle, das will ich ganz klar und deutlich sagen. Und natürlich ist es so, wenn man wie die CDU hier die Kommunalpartei ist mit den meisten kommunalen Abgeordneten, dass dann dort, weil das gesagt wurde, Druck ausgeübt worden ist. Die Gespräche und die Initiative der kommunalen Vertreter unserer Partei haben natürlich auch dazu geführt, dass man hier seine Haltung gegebenenfalls ändert oder anpasst an der Stelle. Wir haben immer gesagt, als die Diskussion begann, wir gehen ergebnisoffen in die Gespräche, wir prüfen alle Varianten. Das hat der Fraktionsvorsitzende mehrfach gesagt,

(Thomas Krüger, SPD: So hat er es gesagt.)

das haben meine Kollegen Marc Reinhardt und Franz-Robert Liskow gesagt.

Deswegen kann ich auch, Frau Tegtmeier, die Kritik am Statement unseres Fraktionsvorsitzenden nicht ganz nachvollziehen. Es ist doch dabei rausgekommen, dass alle Härtefallregelungen Schwachsinn am Ende des Tages sind und alles auch nicht rechtssicher an der Stelle ist.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das sehen die betroffenen Bürger ganz anders.)

Das hat der Innenminister, glaube ich, sehr deutlich ausgeführt. Deswegen ist die einzige Lösung, die wirklich hier tragfähig ist, die gesamte und komplette Abschaffung. Ich glaube, das ist ganz wichtig an der Stelle zu sagen. Alle, die auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen, haben immer mit dem Thema Wertsteigerung argumentiert.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Aber spätestens bei den Beispielen, über die wir hier sprechen, wenn ich über die Rogahner Straße rede und dort jetzt 40.000/50.000 Euro auf der Uhr stehen, am Ende dort mehr Autos lang fahren werden und das Tempo von 30 auf 50 erhöht wird, wo ich also auch rein subjektiv keine Wertsteigerung sehen kann,

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

fällt es natürlich auch mir schwer zu sagen, da ist jetzt eine Wertsteigerung. Die Beispiele haben wir in anderen Kommunen auch und deswegen, glaube ich, ist es sehr vernünftig, dass wir jetzt hier diesen Weg gehen. Das ist ein gutes Zeichen und eine Kannregelung, das muss ich noch mal ganz klar und deutlich sagen.

Wenn Sie jetzt sagen von der AfD, das sollte ja nur ein Schritt sein, ja, dann hätte man es gleich fordern müssen. Also entweder man fordert hier was oder man macht eine Fußnote dazu und sagt, wir fordern jetzt das Gesetz

so, und dann kommt aber der nächste Schritt. Also das ist natürlich auch unrund an der Stelle. Geben Sie dann doch auch einfach zu, dass Sie sagen, Sie haben sich an der Stelle geirrt! Es wäre konsequenter gewesen, gleich die Abschaffung zu fordern,

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

denn die Kannregelung, wie sie der Kollege Lerche – das habe ich ihm auch schon in der Stadtvertretung gesagt – hier im Landtag gefordert hat, hätte uns in Schwerin und auch in vielen anderen Kommunen keinen Deut geholfen, weil wir darauf angewiesen wären, die Beiträge zu erheben, wenn wir keine Kompensation vom Land bekommen hätten. Das gehört doch einfach auch zur Wahrheit, wenn wir uns jetzt alle hier gemeinsam mal ehrlich machen. Das erwarte ich auch von der AfD.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, werte Kollegen von den LINKEN, dass Sie sich mit dem Thema etwas schwertun, kann ich nachvollziehen, weil Sie sehen ja auch ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, Herr Ritter, das ist doch jetzt auch nicht schlimm an der Stelle.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Ist das billig!)

Ja, Sie drehen sich jetzt immer um, das war schon gestern hier so. Aber es ist doch klar ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, ist doch gut!)

Nein, Sie sehen doch, das ist doch ...

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Lassen Sie mich doch ausreden!

Sie sehen natürlich auch bei den Eigenheimbesitzern nicht unbedingt ihr zwingendes ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist doch Schwachsinn!)

Das ist doch so.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist doch Schwachsinn!)

Ich habe doch auch solche langen Ohren in die LINKE. Herr Ritter, ich weiß das doch.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: So billig!)

Ja, aber lassen Sie mich doch, lassen Sie mich doch ausreden!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wissen Sie, wie oft wir mit dem
VDGN zusammengesessen haben?!)

Lassen Sie mich doch ausreden, Herr Ritter!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schon bei den Anschlussgebühren beim Abwasser, da waren wir die Ersten, die mit den Grundstücksbesitzern zusammengearbeitet haben. So ein Blödsinn, was Sie hier immer erzählen, Mann, Mann, Mann!)

Ich warte jetzt so lange, bis Sie fertig sind.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist natürlich nicht Ihre Kernklientel. Das ist doch auch normal.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU –
Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das ist doch lächerlich, was Sie hier sagen, einfach lächerlich! – Peter Ritter, DIE LINKE:
So einen Schwachsinn zu erzählen!)

Sie wissen doch, wenn man sich die Wahlergebnisse anschaut, Sie haben Ihr Publikum woanders,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, eben nicht!)

Herr Ritter, und das ist ja auch nicht schlimm.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment bitte!

Ich hatte ja eigentlich die Hoffnung, dass wir durch diese Debatte jetzt durchkommen, ohne dass ich noch mal unterbrechen muss. Es ist eine lebhafte Debatte, ich habe auch mehrfach die Wörter „Schwachsinn“ und „Blödsinn“ hier durchgelassen, obwohl man sie eigentlich als unparlamentarisch bezeichnen könnte. Ich bitte jetzt aber auch bei aller Hitze der Debatte, doch in der Wortwahl vorsichtig zu sein und dem Redner die Möglichkeit zu geben, seine Rede hier fortzusetzen. Ich habe weitere Anmeldungen auf der Rednerliste und noch ist sie nicht geschlossen. Diesen Hinweis am Schluss.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Jetzt komme ich wieder zu meinem Thema.

Sie haben ja Ihren Antrag zitiert, Herr Ritter, und da muss ich schon mal sagen, es ist auch gar kein Vorwurf jetzt, wenn Sie eine etwas weichere Position an der Stelle haben, weil der Antrag, den Sie hier eingebracht haben, ist natürlich so pflaumenweich, da kann ich Ihnen unsere internen Arbeitsaufträge ans Innenministerium schicken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, dann machen Sie doch mal! Machen Sie doch mal! Legen Sie doch mal vor! –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

die waren schärfer formuliert als das, was Sie hier aufgeschrieben haben.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Geht es hier noch ums Thema
oder nur um sich selbst?)

Sie stellen sich in den Kommunalvertretungen als den großen Max hin, fordern die Abschaffung und hier im

Landtag bringen Sie dann, ich zitiere: „Dazu sind der Entwurf eines Leitfadens für Gestaltung und Bau von Gemeindestraßen innerhalb bebauter Gebiete zu erarbeiten.“

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Und was haben Sie bis dahin
vorgelegt? Gar nichts!)

„... Verfahrenshinweise für eine frühzeitige Information“

(Vincent Kokert, CDU: Jawoll, jawoll! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr Beitrag
war bis dahin null. Ihr Beitrag
war bis dahin null.)

„und Mitwirkung ...“ sind „zu entwickeln“. Ganz wichtig: Man soll „prüfen“ und dann in der Begründung der ganz entscheidende Satz: „Die hierbei gewonnenen ... Erfahrungen sind unverzüglich zu analysieren und gegebenenfalls“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Unverzüglich,
unverzüglich! Bis kurz vor Ultimo.)

„für Mecklenburg-Vorpommern nutzbar zu machen.“

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Zum Thema bitte!)

„Gegebenenfalls“, Herr Ritter! Also so einen pflaumenweichen Oppositionsantrag an der Stelle habe ich ja noch nie gesehen! Wenn wir jetzt künftig auch noch die Aufgabe der Opposition hier mit übernehmen sollen, dann sagen Sie es uns!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie haben bis dahin gar nichts
geliefert! Nichts haben Sie geliefert!)

Deswegen bin ich dem Kollegen Wildt sehr dankbar für seinen konstruktiven Beitrag, der sozusagen das eigene Engagement gewürdigt hat, was man durchaus hier noch mal sagen kann an der Stelle, dass er uns ganz klar und deutlich gelobt hat. Ich glaube, das gehört alles mit dazu.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Ehlers, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Foerster?

Sebastian Ehlers, CDU: Mit allergrößtem Vergnügen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Foerster.

(Vincent Kokert, CDU: Sie können
ja auch in der Stadtvertretung
fragen, Herr Vorsitzender.)

Henning Foerster, DIE LINKE: Herr Ehlers, Sie haben ja zu Recht die Initiatoren aus Schwerin, die maßgeblich die Volksinitiative getragen haben und nach wie vor tragen, gelobt. Meine Frage an Sie ist: Welche Idee haben Sie denn dafür, dass diejenigen, die sich da auf den Weg gemacht haben, am Ende auch tatsächlich von dem, was Sie vorhaben, profitieren? Denn nach dem, was bisher zu lesen war, soll es erst 2020 losgehen, und das könnte dazu führen, dass diejenigen, die den Protest maßgeb-

lich auf die Straße gebracht und die Unterschriftenaktion initiiert haben, am Ende in die Röhre gucken.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Foerster, einen kleinen Moment!

Also Zwischenfragen sollten kurz sein.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE, und
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ja, war es doch.)

Sie haben da schon ganz viele Bewertungen und eigene Dinge mit reingebracht. Ich bitte doch zu beachten, dass dafür das Rednerpult da ist. Die Frage sollte schon konkret gestellt sein, ohne Bewertung.

Jetzt können Sie die Frage beantworten, Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Die Frage habe ich ja verstanden und ich frage mich, was Sie die letzten anderthalb Stunden gemacht haben, Herr Kollege Foerster, weil genau auf die Punkte ist mein Kollege Renz zweimal eingegangen. Jetzt geht es darum, die Detailfragen zu klären. Und eins ist doch völlig klar: Diejenigen, die den Protest auf die Straße gebracht haben, dürfen am Ende nicht die sein, die in die Röhre gucken. Deswegen müssen wir schauen, dass es dort auch Übergangslösungen gibt. Man wird nicht jeden Härtefall ausschließen können. Ich glaube, das gehört auch zur Wahrheit dazu, das hat unser Fraktionsvorsitzender gesagt, aber wir müssen jetzt schon schauen, denn die Rogahner Straße hat die Baumaßnahme im September dieses Jahres begonnen. Bei allen anderen Initiatoren wird noch nicht gebaut. Von daher müssen wir für diese eine Lösung hinbekommen. Dafür werden wir uns auch einsetzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da bin ich ja gespannt.)

Das war sozusagen ein Punkt, der auch noch mal wichtig an dieser Stelle zu sagen war.

Ansonsten, wie gesagt, glaube ich und nehme das Angebot der BMV gern an, dass wir jetzt über die Detailfragen in den Gremien, in den Ausschüssen diskutieren müssen. Aber ich glaube, unterm Strich ist das ein gutes Ergebnis, ein langer Weg zwar, aber natürlich auch ein Zeichen, dass sich Politik bewegt. Das ist völlig klar. Da ist jetzt aus meiner Sicht auch kein Grund für Häme oder irgendwie große Freudentänze. Das wird auch nicht bei jedem Thema so sein, weil ja der Aufruf war, du brauchst dich jetzt nur dienstags vor die Staatskanzlei zu stellen

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

und schon passiert hier alles. Ich glaube, bei dem Thema ist es einfach angemessen und angezeigt, die Argumente waren gut und wir haben sie abgewogen, am Ende jetzt so entschieden und diesen Vorschlag gemacht. Das ist, glaube ich, ein gutes Signal an die Menschen hier im Land und deswegen auch ein gutes Signal, dass das Parlament die Initiative ergriffen hat.

Deswegen bleibe ich dabei, es ist schon auch eine Sternstunde dieses Parlamentes, dass wir das aufgegriffen haben, und in diesem Sinne lassen Sie uns jetzt den weiteren Prozess gemeinsam aktiv gestalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste hier im Hause! Ich möchte mich bedanken einmal bei Herrn Ritter für seinen Redebeitrag, den er gerade gehalten hat. Das war mit einer der besten in dieser Debatte. Und auch der von Herrn Ehlers eben war zumindest an Sachlichkeit kaum zu überbieten.

(Burkhard Lenz, CDU:
Aber Herr Renz war auch gut. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Kollege Renz, ich habe nicht einmal irgendwie mit Zahlen agiert, weil Sie mich auf irgendwelche Prozente festgesetzt haben.

(Torsten Renz, CDU: Den Beitrag beim
NDR schauen Sie sich noch mal an!
Da haben Sie das gesagt.)

Ich habe gesagt, dass die Grunderwerbssteuer angehoben werden soll. Ich habe aber nicht mit Zahlen agiert. So sieht es aus. Zur Ehrlichkeit gehört das auch, weil Herr Ehlers hier ständig gefordert hat, dass wir bei der Wahrheit bleiben und uns ehrlich machen sollen.

Ja, wir haben die Kannregelung gefordert. Sie haben selbst auch gesagt in Ihrem Redebeitrag eben, dass sich eine Meinung ändern kann. Im Rahmen der Expertenanhörung in den Ausschüssen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Kannregelung doch nicht ans Ziel führt, so, wie wir uns das vorgestellt haben. Daraufhin haben wir unsere Meinung geändert.

(Torsten Renz, CDU: Ach, ich denke,
es war Ihr erster Schritt. Ich denke,
das war ein erster Schritt.)

Ja, natürlich. Aber das gehört doch auch dazu.

(Vincent Kokert, CDU: Sie widersprechen
sich doch jetzt, Herr Kramer. Sie hätten besser
nicht geredet. Jetzt wird es immer schlimmer.)

Das gehört doch dazu, dass man mehrere Schritte geht, um ans Ziel zu kommen,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt wollen Sie
also keinen ersten Schritt mehr machen.)

und sich nicht so wie Sie hier hinzustellen, Herr Renz, und zu sagen: Das war schon immer unser Ziel, das haben wir schon immer gefordert. Zur Wahrheit gehört aber auch dazu,

(Torsten Renz, CDU: Das habe ich nicht
gesagt. Ich habe gesagt, wir haben
immer ergebnisoffen diskutiert bei uns.)

zur Wahrheit gehört aber auch dazu, dass es natürlich wichtig ist, sich mit den Bürgerinitiativen zu unterhalten, und dass es wichtig ist, sich mit den einzelnen Akteuren

zu unterhalten. Es ist aber auch wichtig, in den entsprechenden Gremien hier im Parlament sich zu unterhalten und auseinanderzusetzen.

(Torsten Renz, CDU: Ihre Vorredner
haben den ersten Schritt noch verteidigt.
Was machen Sie denn jetzt?)

Das ist aber nicht passiert und das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Torsten Renz, CDU: Sie stellen von der
Logik her wieder alles in den Schatten.)

Und wenn ich hier so in die Runde gucke, gehört auch zur Wahrheit dazu, dass dieser Tagesordnungspunkt vermutlich darin begründet ist, dass der Mai 2019 seine Schatten vorauswirft.

Mit meinem Eingangsstatement wollte ich aber auch nicht unterstellen, dass alle anderen Redebeiträge hier nicht sachlich gewesen sind. Ich habe lediglich gesagt, dass der von Herrn Ritter und der von Herrn Ehlers für mich am sachlichsten gewesen sind.

(Vincent Kokert, CDU: Besonders
sachlich, besonders sachlich.)

Ja, genauso ist es. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Marc Reinhardt, CDU: Bitte.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Also die Ausführungen von Herrn Ehlers kann ich nicht einfach so stehenlassen, der die Forderung oder das Bedauern, dass wir jetzt keine Billigkeitsregelung ins Gesetz mit einführen werden – voraussichtlich –, als Schwachsinn bezeichnet hat.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Also, Herr Ehlers, Sie haben hier mehrmals die Rogahner Straße bemüht. Die Initiative „Rogahner Straße“ haben wir hier zuletzt am 6. September angehört als Sachverständige. Auch zu diesem Zeitpunkt ist noch mal ganz klar geworden, welche Forderungen diese Initiative zu Beginn aufgestellt hat. Die hat sich nicht aus dem Nichts gebildet, sie hat sich gebildet, weil sie auf sich einen Zug zurasen sah, der die Grundstückseigentümer vor fürchterliche Belastungen gestellt hätte. Die Forderung der Initiative „Rogahner Straße“ war, dass wir die Belastung begrenzen, war eben, dass wir dafür sorgen, dass die Grundstückseigentümer nicht überfordert werden. Also die Forderung war zunächst ganz klar nach Billigkeitsregelungen verbindlicherer Art.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Billigkeitsregelungen werden nach der Abgabenordnung für verschiedene Bereiche gezogen. Halten Sie das für schwachsinig? Ich halte das für bürgerfreundlich, wenn wir auf unsere Bürgerinnen und Bürger zugehen und ihnen die Möglichkeit geben, ihrer Verantwortung vernünftig nachkommen zu können.

(Marc Reinhardt, CDU: Die haben doch alle bei der Volksinitiative unterschrieben.)

Also wenn Sie das hier, die Rogahner Straße, nur anführen, dann bitte auch vollumfänglich.

Zuletzt haben Sie umgeschwenkt, das ist tatsächlich so, Sie sind da mit aufgesprungen. Sie haben in erster Linie Ihre Standhaftigkeit in der Stadt Schwerin gegen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen dargestellt. Das ist okay, aber in Bezug auf die anderen Begleitumstände bitte ich doch, das vollumfängliche Bild abzugeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Um das Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde der Versuchung widerstehen, auf das eine oder andere einzugehen, was der Koalitionspartner hier zum Besten gegeben hat, weil ich glaube, das hilft uns nicht weiter. Mein Gefühl ist, heute versuchen alle Fraktionen hier den Ausgang für Helden zu finden. Machen wir uns mal nichts vor, bis auf diejenigen, die seit dieser Legislaturperiode hier sitzen, tragen die drei Fraktionen die Verantwortung für die Straßenausbaubeiträge.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wer jetzt versucht, sich hier einen schlanken Fuß zu machen, der kann sich einfach an seine Entscheidungen in den vergangenen Jahren nicht mehr erinnern.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie brauchen da nicht zu klatschen, Herr Professor Weber.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Doch!)

Also Ihre Leistung in diesem ganzen Spiel ist wirklich mehr als miserabel. Dafür kriegen Sie von mir jedenfalls die Note „Sechs“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit und Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

denn aus Ihren Anträgen ist hier genug zitiert worden. Außer, dass Sie eine Kannregelung wollten, ist da nichts Gewinnbringendes hängengeblieben.

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD, und Jürgen Strohschein, AfD)

Und nun tun wir dabei auch nicht so, als wenn wir uns das innerhalb der Koalition leicht gemacht haben und das einfach so vom Himmel fiel, sondern wir haben intensiv darüber diskutiert.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Ich habe selbst in meiner letzten Rede zu den Straßenausbaubeiträgen hier noch mal vorgetragen, welche Alternativen wir prüfen, als Erstes die Kannregelung, als Zweites soziale Härtefälle und als Drittes vielleicht eine Bindung an den Verkehrswert. Wir haben alle drei intensiv geprüft

(Thomas Krüger, SPD: Hoch und runter.)

und sind im Anschluss zu der Auffassung gekommen, es gibt hinterher weder mehr Gerechtigkeit,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Genau.)

noch gibt es dafür eine Klagefestigkeit. Wenn Sie alle anderen Bundesländer sehen, die das versucht haben, das letzte Beispiel war Bayern – das wurde von Ihnen immer angeführt, Herr Wildt –, die haben es dann am Ende deswegen auch gekippt, weil es vor Gericht nicht rechtssicher war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig! – Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Genau.)

Deshalb lassen Sie uns doch einfach mal tief Luft holen und sagen, nein, es gibt heute keine Gewinner in der politischen Debatte, die sich parteipolitisch irgendwo eine Fahne umhängen und sagen können, wir sind jetzt hier die Größten, weil wir haben es abgeschafft. Die einzigen Gewinner, die es gibt, sind die, die jeden Dienstagmorgen vor der Staatskanzlei gestanden und da demonstriert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV – Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Das muss man mit aller Deutlichkeit auch in dieser Debatte hier mal sagen, meine Damen und Herren.

Vielmehr hätte ich mir natürlich gewünscht, gerade von denen, die hier heute den Mund so weit aufreißen, dass sie sich auch jeden Morgen dieser Diskussion stellen, dahin gehen und mit den Leuten reden. Hätten Sie es doch getan, ja, hätten Sie es doch getan! Das war nicht so leicht. Ich habe mir das auch das eine oder andere Mal von den Herrschaften dort angehört. Da kann ich mit meinem Gewissen eben nicht vereinbaren, dass man 78.000 oder 79.000 Euro Straßenausbaubeiträge bezahlen soll. Das ist am Ende nicht gerecht und das können wir den Bürgern auch nicht erklären.

Deshalb muss man klar und deutlich sagen – das wird auch immer wieder gefordert und eingebracht, insbesondere von der AfD heißt es, direkte Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern funktioniert nicht, die Leute haben kein Interesse an Politik –,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das sagen wir nicht. – Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Also, Herr Kokert, nun reicht's aber!)

doch, die haben Interesse an Politik, aber wir müssen sie natürlich auch da abholen, wo sie Interesse haben. Gerade dieses Thema Straßenausbaubeiträge ist bei den Bürgern mit hohem Interesse ausgestattet gewesen.

Dass Sie jetzt so laut quietschen, meine Damen und Herren von der AfD –

(Sebastian Ehlers, CDU: Herren!)

nee, Herren, nur Herren, Damen muss ich rausnehmen –, meine Herren von der AfD, zeigt doch, dass Sie bei dem Thema nichts auf der Tasche haben, und das ärgert Sie jetzt, hätten Sie es mal anders entschieden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich will aber auch sagen – das gilt für meine Fraktion, für die anderen kann ich da nicht sprechen –, es ist jetzt nicht so, dass alle mit wehenden Fahnen sagen, Gott sei Dank, wie schaffen jetzt die Straßenausbaubeiträge ab. Ich habe reihenweise Schreiben von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bürgermeistern, die mir sagen, ihr seid doch völlig verrückt geworden, eines der letzten Mittel der kommunalen Finanzierung, die wir selbst in der Hand haben, nehmt ihr uns jetzt weg.

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist bei uns genauso.)

Wollt ihr eigentlich als Land uns zukünftig nur noch am Gängelband haben, die Kommunen müssen klopfen und dann kommt ein Minister mit einem Fördermittelbescheid vorbei?

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Deswegen ist die Pauschale so wichtig. –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Das sind Briefe, die ich von Bürgermeistern kriege. Sie können sich vorstellen, die Diskussion in unserer Fraktion war dazu durchaus bunt. Ich hörte ganz leise, auch in der SPD sah das nicht viel anders aus. Ich sage auch mal für die LINKEN, das wird da wahrscheinlich genauso gewesen sein.

Diese Abwägung zu treffen, gehörte jedenfalls in dieser Legislaturperiode zu den schwierigsten Entscheidungen, die wir bisher treffen mussten. Deshalb tun Sie bitte nicht so, als wenn wir das hier mal holterdiepolter einfach hingeschmissen und gesagt haben, dann machen wir mal so einen rhetorischen Trick daraus und wollen uns die Fahnen umhängen! Nein, Sie können davon ausgehen, dass nicht alle Mitglieder der CDU und nicht alle Mitglieder der SPD das so mittragen, wie wir das hier vorgeschlagen haben.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das glaube ich, ja.)

Deshalb lassen Sie uns lieber für die Zukunft sorgen. Bei den Baustellen, die da noch vor uns liegen, werden wir es nicht schaffen, wenn jeder hier politisch sein Mütchen kühlt. Das werden wir nicht schaffen. Dafür sind diese Themen viel zu komplex und das haben wir auch im Übrigen von Anfang an ehrlich gesagt.

(Torsten Renz, CDU: So ist es. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Da will ich Sie alle mit einbinden und sagen: Haben wir jetzt nicht auch die Verantwortung, ohne die typischen Spielchen Regierung-Opposition in den Ausschüssen möglichst schnell zu konstruktiven Lösungen zu kommen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Herr Wildt, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar, dass Sie auch noch mal andere Aspekte mit eingebracht haben. Da haben wir die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen. Die kommunale Ebene wird uns aber fragen, weil die muss es nachher am Ende ausführen: Wie sollen wir das jetzt eigentlich alles umsetzen, was Sie als schlaue Tanten und Onkels da im Landtag beschlossen haben?

Deswegen von mir eine herzliche Einladung an alle, die mit uns zusammen als Koalition mittun wollen, gern in den Ausschüssen darüber zu diskutieren, möglichst schnell den Leuten eine Lösung für das zu geben, was jetzt die sogenannte Übergangsregelung heißt, denn das sind die Herrschaften, die jetzt da oben sitzen, die sind wahrscheinlich alle von der Übergangsregelung betroffen. Das interessiert also die Leute, denn die, die 2020 erst betroffen wären, wissen heute noch gar nicht, dass sie betroffen sind. Es geht jetzt um die, die auf der Straße waren. Das wäre doch ein Ding aus dem Tollhaus, wenn wir denen jetzt zurufen, ja, wir schaffen ab, aber nicht für euch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Also das ist ganz klares Ziel der Koalition und ich lade Sie dazu herzlich ein.

Herr Ritter, Sie bekommen jetzt von mir offiziell hier im Landtag die vier Punkte, die wir als Koalition beschlossen haben. Es tut mir aufrichtig leid, dass wir Ihnen das nicht zugeleitet haben. Das war mir so nicht bekannt. Wir wollten Sie aber auf keinen Fall ausschließen.

Ich bedanke mich bei Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und für die intensive Debatte. Ich gaube, das hat das Thema auch verdient. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Volksinitiative auf Drucksache 7/2800 zur federführenden Beratung an den Innen- und Europaausschuss sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Herr Professor Dr. Weber hat angezeigt, dass er nach Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung machen will.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Nicht, dass Sie zurücktreten jetzt.)

Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Herr Ritter hat mir in seinem Redebeitrag Ausländerhass ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir haben hier Formalien, Sie könnten auch vorn vom Rednerpult das Ganze machen.

(Torsten Renz, CDU: Das wäre mir
angenehmer. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Da sieht er mich besser.)

Unbeschadet dessen müssen Sie immer eine Anrede machen, wie auch immer Sie sie dann wählen wollen.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen! Liebe Gäste!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Herr Ritter hat in seinem Redebeitrag mir vorgeworfen, dass Ausländerhass eine meiner Eigenschaften sei.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja. Sehr richtig!)

Ich weise das mit Nachdruck zurück.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Gegenteil, ich möchte hier erklären, dass ich eine tiefe Hochachtung vor ausländischen Kulturen habe. Ich habe ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Karsten Kolbe, DIE LINKE: „Analphabetisierte
Horden“, Herr Weber! Widerlich, widerlich! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Professor Weber!

Das ist hier jetzt eine persönliche Bemerkung, die steht jedem Abgeordneten zu. Er kann Bemerkungen, die gegen ihn gerichtet waren, hier zurückweisen, und ich denke auch, dass jeder hier den Anspruch hat, das ohne derartige Zwischenrufe vollziehen zu können.

Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe immer wieder Kollegen aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland promoviert, in zweistelliger Zahl inzwischen, und habe ein Zertifikat als ausländerfreundlicher Professor bekommen,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Martina Tegtmeyer, SPD)

weil ich Kollegen aus Iran, Irak und aus Syrien promoviert habe. Ich glaube, das sollte als Faktum genügen, um das zurückzuweisen.

Die Tatsache, dass ich mir Sorgen mache über die unbremste Zuwanderung kulturfremder Menschen in unser Land, von denen viele mit dem Messer besser als mit unserer Sprache umgehen können,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

ist keine Ausländerfeindlichkeit.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD:
Oh! – Minister Dr. Till Backhaus:
Ich denke, das sind alles
Analphabeten, von denen
Sie gesprochen haben?! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Nikolaus Kramer hat mit Schreiben vom 21. November 2018 fristgerecht Ein-

spruch gegen den erteilten Ordnungsruf in der 49. Sitzung des Landtages eingelegt. Gemäß Paragraf 100 unserer Geschäftsordnung erfolgt dazu eine Beratung im Ältestenrat. Ich werde den Ältestenrat nach dem Tagesordnungspunkt 15 einberufen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Zusatztagsordnungspunkt 2** auf: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Peene-Werft braucht Hilfe – Bund ist in der Pflicht, Drucksache 7/2867. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2869 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Peene-Werft braucht Hilfe –
Bund ist in der Pflicht
– Drucksache 7/2867 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/2869 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Dietmar Eifler, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedanke ich mich, dass Sie dem Dringlichkeitsantrag der Koalitionsfraktionen zugestimmt haben, denn wir sind der Auffassung, dass es ein außerordentlich wichtiges Thema ist, das es gilt, mit diesem Antrag zu behandeln.

Die Ereignisse in Saudi-Arabien, die Tötung des Journalisten Khashoggi haben die Bundesregierung zu einem Exportstopp veranlasst. In meinen Augen ist es richtig, dass die Ereignisse in Saudi-Arabien in eine neue politische Bewertung eingeflossen sind.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Exportstopp, der Folge dieser Neubewertung ist, betrifft vor allem die Peene-Werft in Wolgast und die Fertigung von weiteren 20 Patrouillenschiffen. Für Wolgast und Vorpommern ist die neue und sicherlich richtige sicherheitspolitische Bewertung der Bundesregierung ein besonders empfindlicher Schritt, ist Vorpommern doch eine vergleichsweise strukturschwache Region. Wir sind dort auf industrielle Anker wie die Werften angewiesen.

Wir wissen, dass die Küstenschiffe 17, 18, 19 und 20 fertiggestellt werden. Auch der Bau eines Ausbildungsschiffes und eines Schiffes der Endeavor Class sind gesichert. Die Mitarbeiter in Wolgast bauen aktuell zum Teil Überstunden ab. Ich hoffe, dass es gelingt, alle Mitarbeiter am Standort zu halten. Die Signale dafür sind aktuell gut dank Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit und Fort- und Weiterbildungsangeboten aus dem Wirtschaftsministerium. Ich danke dem Wirtschaftsminister für sein Engagement. Ich halte es aber für dringend geboten, dass sich auch der Landtag heute möglichst geschlossen hinter die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellt. Dafür werben wir mit den Punkten 1 und 2 des vorliegenden Antrages.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Dankbar bin ich dem Wirtschaftsminister ebenso dafür, dass unmittelbar Gespräche mit Herrn Lürssen geführt wurden.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Es wäre wünschenswert, wenn es gelänge, Aufträge von anderen Standorten nach Wolgast zu verlagern.

Es ist gut, wenn dieser Appell heute auch vom Landtag an die Lürssen-Werft ausgesandt wird. Ich spreche ganz bewusst von einem Appell, denn den in der letzten Plenarwoche ausgesprochenen Vorschlag der LINKEN, die Werft einfach planwirtschaftlich neu zu konzipieren und aus einem hoch spezialisierten Wertstandort quasi eine Fabrik für Dosenöffner zu machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist doch! Ich gehe jetzt,
es ist nicht auszuhalten!)

widerspricht zutiefst meiner Empfindung von freiem Unternehmertum.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Ganz billig!
Ganz billig, Herr Eifler! –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Für Wolgast brauchen wir keine ideologischen Holzhammermethoden, sondern wir brauchen ein marktwirtschaftliches kluges Eintreten des Wirtschaftsministers und der Landespolitik für eine noch strukturschwache Region.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Werft Wolgast, Vorpommern, ja, ganz Mecklenburg-Vorpommern ist von der Entscheidung der Bundesregierung besonders betroffen. Ich möchte nicht missverstanden werden, ich habe nicht die sicherheitspolitische Kenntnislage der Bundesregierung, aber ich bin fest davon überzeugt, dass die Entscheidung des Exportstopps, wie sie die Bundesregierung getroffen hat, richtig ist. Zur Wahrheit gehört dann aber auch, dass eine strukturschwache Region unseres Landes in besonderer Weise vor einer sicher richtigen sicherheitspolitischen Bewertung geradestehen muss. Deswegen halte ich es für folgerichtig, heute ebenfalls einen Appell an die Bundesregierung auszusenden. Die Peene-Werft braucht Hilfe und auch der Bund ist in der Pflicht. Ich spreche diese Forderung mit sehr ruhigem Gewissen aus, weil ich weiß, dass in Wolgast exzellente Arbeit geleistet wird.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Deswegen können dort auch Aufträge der Bundeswehr bearbeitet werden, vielleicht Reparaturaufträge, und, falls möglich, auch Aufträge der Bundeswehr ohne entsprechende Ausschreibungen.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Die Benennung des Überwassermarineschiffbaus zur Schlüsseltechnologie kann dafür ein geeignetes Instrument sein. Die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Mitarbeiter der Peene-Werft und auch der der Zulieferer sowie die lange Tradition des „grauen Schiffbaus“ in Wolgast

bieten eine große Chance, von einem solchen Schritt zu profitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Eckpunktepapier zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind Aussagen zu Schlüsseltechnologien getätigt worden. Wolgast muss zukünftig eine gewichtige Rolle für den militärischen Bedarf der Bundesmarine spielen. Darauf zielt dieser Antrag ab. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich kann Widerspruch dazu weder sehen noch hören, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat zunächst um das Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Minister, Sie haben das Wort!

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zu Anfang einen kurzen Einblick in die Situation, wie gestaltet sich die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir hatten bis zum Jahre 2014 eine lange Krisenstrecke zu überstehen. Mit der Ankündigung, dass drei Großstandorte in Form der Werften in Wismar, Rostock-Warnemünde und Stralsund durch die Genting Hong Kong Gesellschaft übernommen werden sollten, hat sich insgesamt im Schiffbau eine deutlich bessere Zukunft seit dem Jahre 2016 aufgetan.

Wir hatten in den Jahren 2014/2015 etwa noch 2.100 Werftmitarbeiter, die sich um Schiffbau und Zulieferer gekümmert haben. Meine Damen und Herren, mittlerweile haben wir auf den Werften 3.500 Beschäftigte und 350 Auszubildende. Die Zukunft ist in besonderer Weise in der Kreuzschiffahrt und dem Kreuzfahrtschiffbau zu sehen. Da haben wir eine Auftragslage von immerhin 303,6 Milliarden Euro insgesamt zu verzeichnen. Damit sind die Auslastungen für die Werften in den nächsten Jahren bis weit nach 2020 gesichert. Auch Tamsen Maritim hat gute Geschäftsaufträge.

Meine Damen und Herren, es ist so, die Peene-Werft hatte sich im Jahre 2013/2014 gut aufgestellt. Lürssen hat die Peene-Werft übernommen und dafür gesorgt, dass Aufträge in Wismar durch 350 Beschäftigte umgesetzt werden. Von daher kann man sagen, gute Qualität wird geleistet. Die Beschäftigungslage war hervorragend und die Hoffnung in Wolgast gerade im Schiffbau hat deutlich zugelegt. Von daher haben wir jetzt eine schwierige Situation, die zu meistern ist. Wir haben den Exportstopp der Bundesregierung erlebt, das kennt jeder. Auch die Ermordung von Khashoggi hat nicht dazu beigetragen, dass die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Saudi-Arabien auf einem hohen Niveau zurzeit festzustellen sind.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Morde sind grundsätzlich abzulehnen. Wenn diese Dinge aufgearbeitet sind, muss man sehen, wie sich die Bun-

desregierung weiter verhält. Aber zurzeit besteht ein Exportstopp, es gibt noch keine Zurückweisung der Schiffe. Ich habe daraufhin zusammen mit Herrn Meyer und dem Parlamentarischen Staatssekretär Dahlemann

(Rainer Albrecht, SPD: Aha!)

Herrn Lürssen ins Wirtschaftsministerium eingeladen. Wir haben in der vorigen Woche besprochen, wie wir die Auftragslücke schließen können und wie wir insgesamt dafür sorgen können, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Werft weiter Arbeit finden oder über Kurzarbeit und Fort- und Weiterbildung die Dinge so abgedeckt werden, dass die Belegschaft den Standort in Wolgast nicht verlassen muss.

Wir haben Folgendes festgelegt:

Erstens hat Herr Lürssen erklärt, er hält am Standort in Wolgast fest, er wird weitere Aufträge auch nach Wolgast geben. Das hat er auch gemacht. Zum einen werden die Schiffe 18, 19, 20 und 21 fertiggebaut. Das ist erst mal eine gute Maßnahme. Zum anderen werden die Mitarbeiter, die erhebliche Überstunden haben, diese erst mal abfeiern.

Zweitens. Kurzarbeit ist durch die BA genehmigt.

Drittens haben wir als Wirtschaftsministerium angeboten, Fort- und Weiterbildung zu 50 Prozent zu finanzieren. Wir haben eine Sofortarbeitsgruppe eingesetzt, die zusammen mit der Werftleitung die Dinge bespricht. Die Auftragslücke kann dadurch überbrückt werden. Sie wissen, Kurzarbeit wird etwa für ein Jahr gewährt. Wir gehen davon aus, dass es deutlich kürzere Kurzarbeit geben soll. Wir rechnen so mit drei oder vier Monaten.

Herr Lürssen hat angekündigt, dass es nicht nur um Marinaufträge geht, sondern er hat auch für eine Explorer-Yacht den Auftrag gegeben. Dieser Auftrag soll in Wolgast aufgelegt werden. Der Brennschnitt ist für Januar vorgesehen. Das heißt, die Kiellegung wird drei Monate später stattfinden,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist doch schon mal was!)

sodass dann wieder mehr Arbeit da ist.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Zivile Produktion. Geht doch!)

Ja, ich habe gesagt, alles ist möglich, man muss sich nicht nur auf den maritimen Schiffbau konzentrieren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Marine.)

sondern man kann auch zivile Aufträge akquirieren.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja, genau.)

Das macht Herr Lürssen auch.

Andererseits ist es so, dass Korvetten vorbereitet werden. Die Baumaßnahmen sollen etwas vorgezogen werden, sodass wir diese Auftragslücke über Kurzarbeit und Weiterbildung abfedern und dann wieder in die Produktion kommen. Die Frage, die in besonderer Weise wichtig ist, ist, dass wir dafür sorgen können, dass die

Korvette K 130 schon zum Sommer an den Start geht und damit die Beschäftigung wieder hochgefahren wird. Weiterhin geht es darum, dass wir weitere Aufträge auch noch begleiten wollen.

Dieser Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und CDU wird dazu führen, dass wir natürlich darauf drängen wollen, dass auch der Bund seiner Verantwortung gerecht wird, das heißt, Reparaturaufträge vermehrt an die Peene-Werft oder an Lürssen zu vergeben, um dafür zu sorgen, dass die Arbeit weiter stattfindet. Diese Arbeit auf der Peene-Werft wird in hoher Qualität ausgeführt. Die 350 Werftmitarbeiter sollen am Standort bleiben.

Ich gehe davon aus, dass der Bürgermeister Weigler endlich mal zur Tagesordnung übergeht und sich nicht immer nur beklagt, sondern auch darüber nachdenkt, wie sich insgesamt die Struktur in seiner Stadt aufbaut. Es hilft nicht, nur immer zu meckern, sondern man muss als Bürgermeister auch konstruktiv sein und dafür sorgen, dass es ein Miteinander gibt und nicht immer nur ein Gegeneinander.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Ich halte jedenfalls die Aussagen des Bürgermeisters nicht eben dafür glücklich.

Meine Damen und Herren, es geht weiter darum, dass wir das Mehrzweckkampfschiff MKS 180 noch in der Diskussion haben. Es wird wahrscheinlich im Frühjahr eine Entscheidung fallen, ob Lürssen an diesem Schiffbau mitbeteiligt wird. Die Chancen sind jetzt wieder da, sie waren vor Wochen schlechter. Aber dazu kann ich dann was sagen, wenn wir insgesamt zu der Thematik wissen, ob der Zuschlag an Lürssen gegangen ist oder nicht.

Auf alle Fälle ist es so, dass wir, glaube ich, sehr verantwortungsvoll zwischen Parlament und Landesregierung die Dinge so abgedeckt haben, die man uns, glaube ich, vor 14 Tagen noch gar nicht zugetraut hat. Auf alle Fälle hätte ich mir gewünscht, dass auch Bundestagsabgeordnete sich mal äußern.

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Bürger/BMV –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja, die äußern
sich in anderen Sachen.)

Ich habe bis heute nichts gehört. Es ist die Leistung der Koalition und der Landesregierung, einen, ich glaube, erträglichen Übergang hingekriegt zu haben, ohne dass Arbeitsplätze gefährdet sind. Wir wollen an der Zukunftslösung arbeiten. Dazu lade ich Sie gerne alle ein. Ich bin auch jederzeit zu Gesprächen bereit. – In dem Sinne vielen Dank, dass Sie zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen! Liebe Gäste! Ich möchte zunächst einmal allgemein zum Thema Rüstungsexporte kurz ausführen. Es ist ein ethisch brisantes Thema, ob und inwieweit sich unser Land an

Rüstungsexporten beteiligen sollte, kann und darf. Es ist ein Thema, das primär bundespolitisch geklärt werden sollte. Ich weise nur vorsorglich darauf hin, das wäre sicherlich nicht einseitig in den Griff zu bekommen. Solange sich selbst unsere europäischen Partner aus Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden einem solchen Exportstopp nicht anschließen, geschweige denn die Hauptexporteure von Rüstungsgütern, also die USA, die Sowjetunion und China,

(Heiterkeit und Zuruf von
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV –
Tilo Gundlack, SPD: Russland!)

Russland und China, solange sollten wir nicht die Vorreiterrolle übernehmen, einseitig vorpreschen und generell dazu übergehen, Rüstungsexporte grundsätzlich zu verdammen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Auch das ist ein legitimer Teil unserer Wirtschaft.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Rüstung kann man nicht legitimieren.
Die verwandeln sich in Blut, die Waffen! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Flüchtlinge
werden durch Rüstungsexporte
produziert, die „Horden“, von
denen Sie sprechen!)

Wenn wir immer mehr dazu übergehen, die Teile unserer Wirtschaft systematisch abzubauen und zu ruinieren, in denen wir weltweit führend in der Technologie sind, dann haben wir am Schluss einen Zustand erreicht, in dem wir uns selbst wirtschaftlich lahmlegen. Davor möchte ich ausdrücklich warnen.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Zum Zweiten möchte ich darauf hinweisen, dass Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, wenn sie denn zu kritisieren sind, schon seit vielen Jahren zu kritisieren sind.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sicher.)

Saudi-Arabien stand schon vor 15 Jahren auf der Liste der demokratiefreundlichsten Länder unter den ersten zehn.

(Beifall Horst Förster, AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Wo Sie
das wieder rausgekriegt haben?!)

Der Krieg in Jemen, der Saudi-Arabien zu Recht vorgeworfen wird, weil insbesondere auch die Zivilbevölkerung mitnichten geschont, sondern in exorbitanter Weise

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

zu Opfern dieser Auseinandersetzung gemacht wird, tobt auch schon so lange, dass er vor dem Beschluss über den Export dieser Küstenschutzboote gelegen ist. Es ist also, was neu hinzugekommen ist, der in der Tat verurteilenswerte und bedauerliche Mord, wahrscheinlich sogar staatsbefohlene Mord, an dem Journalisten Jamal Khashoggi, der jetzt plötzlich alle wirtschaftspolitischen und rüstungspolitischen Debatten zu einer 180-Grad-Wende – DIE LINKE nehme ich da mal aus, das hatte ich

das letzte Mal schon gesagt, die sind konsequent mit ihrer Ablehnung von Rüstungsexporten,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja.)

aber bei allen anderen ist es dieser eine Mord –, der jetzt plötzlich zu einem generellen Exportstopp führen soll.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist vorgeschoben.)

Da ist in der Tat – danke für den Einwand – ein nicht glaubwürdiges Argument, vorgeschoben. Wenn ich mich weltweit umsehe und mit offenem Blick die Zeitungen, die Nachrichten kontrolliere, dann haben wir mindestens einmal pro Woche einen solchen Vorfall,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

sodass wir als Exportnation uns abmelden könnten, wenn wir all diese Länder von der Empfängerliste deutscher Wirtschaftsgüter streichen würden.

Hinzu kommt, dass Saudi-Arabien ein reiches Land ist, das jedenfalls nicht wegen der Rüstungsexporte die notwendigen Lebensgüter seiner Bevölkerung einschränkt und sie dort Hunger und Not leiden, anders als viele andere Empfängerländer unserer Rüstungsexporte, die von ihrem ohnehin kargen Budget massenweise Anteile in die Rüstung stecken. Dann sollte man doch auch mal darüber nachdenken, inwieweit wir da Hunger und Not und damit mittelbar den Flüchtlingszustrom in unser Land befördern, wenn wir diesen Ländern zugutehalten und das fördern, dass wesentliche Anteile des Steueraufkommens oder Bruttosozialprodukts dieser Länder in Rüstungsgüter gesteckt werden.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Insofern halte ich diese ganze Debatte an sich für scheinheilig.

Zum Zweiten. Herr Wirtschaftsminister hat Herrn Weigler seine Stellungnahme vorgehalten und bittet Herrn Weigler, den Bürgermeister von Wolgast, doch wieder zur vernünftigen Arbeit zurückzukehren. Herr Weigler ist alles andere als ein der AfD nahestehender Bürgermeister.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das stimmt, das zeichnet ihn aus! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Gegenteil, er ist jemand, der uns vehement ablehnt und bekämpft. Trotzdem möchte ich ihn hier ausdrücklich in Schutz nehmen. Dass er sich wortstark und wortgewaltig für seine Bevölkerung, für die Arbeitnehmer in seiner Stadt Wolgast einsetzt,

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut!)

einem besonders strukturschwachen Gebiet innerhalb des ohnehin schon strukturschwachen Vorpommerns, kann man ihm, glaube ich, nicht ernsthaft vorhalten. Es geht ja nicht nur um die über 300 unmittelbar beschäftigten Arbeitnehmer auf der Werft und die dort Auszubildenden, sondern es geht vor allem auch um die ortsnahe Zuliefererbetriebe. Das sind fünfmal so viel Betroffene, wie es mit den unmittelbar Werftbeschäftigten auf sich hat. 1.500, rund 1.500 Arbeitsplätze in und um Wol-

gast sind für diese Region sehr systemrelevant, um mal diesen merkwürdigen Ausdruck zu benutzen. Und dann wird man es einem Bürgermeister doch wohl nachsehen und es vielleicht sogar als seine Pflicht ansehen können, sich dafür auszusprechen.

Zum Dritten. Konkret diese Küstenschutzboote, um die es hier geht, sind in meinen Augen keine Rüstungsgüter. Wenn wir von einem generellen Exportstopp im Moment sprechen, geht es ja nicht nur um Rüstungsgüter, aber der wird hoffentlich mit Klärung der Affäre Khashoggi überwunden sein. Rüstungsgüter sind diese Küstenschutzboote an sich nicht. Sie sind kein Objekt militärischer Brachialgewalt. Sie sind multifunktional einsetzbar. Wenn wir den Begriff so weit ausdehnen, dass auch solche Küstenschutzboote als Rüstungsgüter angesehen werden, dann sind jeder PKW, jeder LKW und zwei Drittel aller technisch hochgerüsteten Exportgüter wirtschaftstauglich einsetzbar und damit Rüstungsexport in dem so verstandenen Sinne.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das sollte man mal überdenken in einer Nation, die gute Teile des hohen Steueraufkommens und des Reichtums, mit dem wir all das finanzieren, was die Bürger hier genießen, durch einen Exportüberschuss finanzieren. Wir sollten nicht an dem Ast sägen, auf dem wir alle sitzen. Wenn also schon über Rüstungsexporte kritisch nachgedacht wird, dann bitte über unmittelbar kriegstaugliche und zum Kriegseinsatz verwendete Materialien und nicht über all das, was darüber hinausgeht und eben auch so verwendet werden kann. Das dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Übrigen halte ich wenig davon, dass man jetzt dazu übergeht und sich Gedanken macht, über Kurzarbeit, was sehr löblich ist, über Kurzarbeit und Um- und Nachschulung die Arbeitnehmer aufzufangen. Das ist wichtig und das ist gut für die Akutsituation, ist aber keine Lösung, die der Peene-Werft auf Dauer irgendwie helfen könnte. Das kann, wie gesagt, vielleicht bis zur Rücknahme des Exportstopps für alle Güter hinreichen. Wer davon nicht profitiert, das ist die Menge der Zuliefererbetriebe, die überwiegend in gleichem Maße betroffen sind, die aber von den Um- und Nachschulungen nur selten Relevanz genießen können und die auch mit der Kurzarbeit überwiegend nicht hilfreich in ihre Firmenstruktur eingreifen können.

Hinzu kommt, dass die nächste Gefahr besteht, dass die ohnehin raren Fachkräfte im Werftbereich sich nicht auf Umschulungen, Nachschulungen oder Kurzarbeit einlassen werden, sondern schlichtweg in besser beauftragte Regionen unseres Landes oder auch ins Ausland abwandern und damit endgültig dem Standort Warnmünde verloren gehen.

(Harry Glawe, CDU:
Warnmünde jetzt auch noch?!)

Alles in allem sind also die bisherigen Überbrückungsmaßnahmen nicht zielführend genug, um die zurzeit eingetretene akute Krisensituation für Wolgast auf der Peene-Werft in den Griff zu bekommen.

Wenn wir uns Gedanken darüber machen, was man ändern könnte an der Peene-Werft und ihrer Auftrags-

struktur, dann muss das bald geschehen. Ich plädiere nachhaltig dafür, dass nicht nur die vier bereits im Bau befindlichen Küstenschutzboote, sondern auch alle anderen beauftragten Küstenschutzboote weitergebaut werden zum Schutz der Arbeitnehmer und zum Schutz der Region. Ob man sie dann nach Saudi-Arabien weiter veräußert, ob man vielleicht andere Käufer findet, ob man sie Frontex zum Küstenschutz Europas zur Verfügung stellt oder etwa der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und so weiter, ist dann eine politische Frage, die mit Rücksicht auf das besonders strukturschwache Vorpommern positiv beschieden werden sollte. Jedenfalls geht es nicht, dass man einseitig die Arbeitnehmer auf der Peene-Werft und die Zuliefererbetriebe zum Sündenbock abstempelt für all das, was jetzt in der Politik diskutiert und für ethisch und moralisch schätzenswert gehalten wird, sprich Rüstungsexporte zu verbieten auf dem Rücken von Beschäftigten, die von bestehenden Zusagen ausgehen konnten und darauf auch ein berechtigtes Vertrauensschutzinteresse ausweisen können.

Ich appelliere noch mal nachhaltig dafür, dass das Wirtschaftsministerium und die Landesregierung das in ihrer Macht Stehende tun, um alle möglichen Ausfälle in unserer Region zu vermeiden, und sich auch im Bund dafür einsetzen, dass dieser scheinheilige Exportstopp möglichst bald beendet wird. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dahlemann.

Patrick Dahlemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Professor Weber, ich will zunächst auf Ihre Ausführungen in Bezug auf Bürgermeister Weigler eingehen.

Erstens, glaube ich, müssen Sie nicht Herrn Weigler in Schutz nehmen. Das würde er in seiner Funktion und nach seinen Taten der vergangenen Wochen und Monate auch gar nicht wollen.

Zweitens ist er einer der Bürgermeister, die sich immer dafür eingesetzt haben, eine weltoffene, eine demokratische Stadt zu haben, und der bereit war, Verantwortung auch in der Flüchtlingsfrage gerade in Wolgast zu übernehmen, und deshalb braucht er alles andere als Ihre Verteidigung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Thomas Schwarz, SPD, und
Vincent Kokert, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stimmung in Wolgast ist erdrückend schlecht. Da, finde ich, kann man gar nicht drum herumreden. Ich habe unmittelbar nach den ersten Nachrichten eines noch drohenden Exportstopps – und davon mussten wir in der letzten Landtagssitzung ja noch reden – Gespräche mit Betriebsrat, Gewerkschaft und Geschäftsführung, vor allem aber auch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Standort geführt. Ich habe mir, glaube ich, vier oder fünf Stunden Zeit genommen, um noch einmal intensiv durch die Produktion zu gehen und mir dann aber nicht erklären zu lassen, was da gebaut wird, ich glaube, das haben die, die in diesem Land Verantwortung tragen, schon

deutlich früher gesehen, als es zu anderen Entscheidungszeitpunkten auch schon brenzlich war, sondern ich habe mir vor allem Zeit genommen, um mit den Peene-Werkern, mit den Männern und Frauen auf dieser Werft zu sprechen, die dort ihre Arbeit machen. Sie können mir glauben, alle paar Monate erneut mit der Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes leben zu müssen, das ist schon ein sehr beklemmendes Gefühl, und das in einer Situation, wo wir anderenorts gleichzeitig erleben, wie sehr die Werftenindustrie bei uns im Land boomt.

Ich sage Ihnen, wir sind nicht nur mit den Beschäftigten und mit den Verantwortlichen auf der Werft im Gespräch, sondern selbstverständlich auch mit Bürgermeister Stefan Weigler. Ich bin an ganz, ganz vielen Stellen schon seiner Meinung. Das ist eine Sorge, die deutlich über das wirtschaftliche Interesse seiner Stadt hinausgeht. Jeder von uns, der selbst in kommunalpolitischer Verantwortung ist, kann sich vorstellen, wenn ein Viertel eines Stadthaushaltes droht wegzubrechen, dann geraten langjährig geplante Investitionen ins Wackeln und ins Schwanken und deshalb ist es, glaube ich, eine Sorge, wo es gut ist, dass diese Stadt so geschlossen zu ihrem Werftstandort steht.

Ich sage Ihnen, die Debatten, die wir hier führen, die vielleicht auch manchmal so einen ideologischen Schwang haben, dass wir die reine Lehre erklären, die gibt es in dieser Stadtvertretung in Wolgast nicht, die ist geschlossen, die steht geschlossen zu ihrem Standort. Das würde ich mir, ehrlich gesagt, vom Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auch wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich habe darauf hingewiesen, wir haben die Gespräche geführt, und will diesen Ball gerne zurückspielen und frage mal Sie: Wer von Ihnen war denn seit dem drohenden oder jetzt verhängten Exportstopp vor Ort?

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber meldet sich.)

Wer von Ihnen hat denn mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Gespräche geführt, jetzt, nachdem das Ganze ins Wanken gerät?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich war dort. –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das sage ich Ihnen, hier aus dem warmen und trockenen Plenarsaal über das Schicksal der Menschen in Wolgast zu reden, ist, glaube ich, deutlich leicht, zu leicht gemacht. So leicht machen wir uns das jedenfalls nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ja.)

Auf die tatsächlichen Fragen, auf die Sorgen der Peene-Werker einzugehen, ich finde, das ist nicht nur die Pflicht der Regierung und der regierungstragenden Koalition, sondern ich verstehe das auch als Pflicht und als Erwartungshaltung für unseren Job, den wir hier tun. Ehrlich gesagt, erwarte ich das von allen Abgeordneten des Landtages.

Um vielleicht ein besseres Gefühl dafür zu kriegen, wie dicht Freud und Leid doch beieinanderliegen, lohnt sich ein heutiger Blick in die „Ostsee-Zeitung“. So können wir auf Seite 5 lesen: „Riad-Embargo gefährdet Jobs in

Wolgast“, wo lang und breit und, ich finde, insgesamt sehr sachlich der Wolgaster Bürgermeister zu Wort kommt, und auf Seite 10 dann sehr ausführlich die „Maritime Wirtschaft des Landes im Höhenflug“ dargestellt wird, vorwiegend mit den Zahlen in Bezug auf Wismar, Rostock und Stralsund. Dazu kommen zahlreiche Berichte. Ich glaube, „Tagesschau“, „heute“, NDR-„Nordmagazin“, all das ist voll mit diesem Thema und jeden Abend neue Fakten dazu und Situationen, die uns alle nicht unbedingt ruhiger schlafen lassen. Ich glaube, eine solche Situation schafft Unruhe an einem Standort, ja, macht vielleicht auch Angst.

Ich will Ihnen sagen, dieses Thema beunruhigt mich auch ganz persönlich, wie übrigens kein anderes Thema in den vergangenen Wochen. Deshalb, davon bin ich fest überzeugt, ist die Beratung dieses Dringlichkeitsantrages wichtig und ich bin allen dankbar, die gestern dafür gestimmt haben, dass wir das heute auf der Tagesordnung haben. Auf uns sind heute sicherlich deutlich mehr Augen gerichtet als nur die Augenpaare von Landtagsabgeordneten und Guckern des „Nordmagazins“. Ich glaube schon, dass alle Beschäftigten der Werft ganz genau hinschauen, wer mit welchem Zungenschlag und mit welchem Wortlaut sich bei diesem Thema wie positioniert.

Herr Kollege Eifler ist auf die inhaltlichen Punkte des Antrages eingegangen. Darauf will ich gleich vor allem in puncto 4 noch mal detailliert eingehen.

Aber ich möchte Ihnen sagen, was mich heute Morgen noch einmal beunruhigt hat. Wir haben eine Zahl erlebt, die gestern vor allem im politischen Berlin die Runde gemacht hat. Mit 43 Milliarden ist der Wehretat der Bundesregierung so groß wie nie, der größte Etat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Verteidigungsministerin setzt sich dafür ein, dass dringend notwendige Investitionen in Heer, Luftwaffe und Marine umgesetzt werden müssen. Ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Männern und Frauen auf der Werft können wir doch nicht erklären, warum von diesem Geld in Wolgast nichts ankommen sollte.

Und so ist auch die Frage, die sich mir stellt: Ist es wirklich nachvollziehbar, dass Deutschland in Sachen europaweite Ausschreibung in diesem Bereich Musterschüler ist und gleichzeitig die Franzosen uns vormachen, wie man Marineaufträge im eigenen Land behält? Ich glaube, diese Argumentationslinie würden wir so niemals durchhalten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und deshalb, finde ich, ist Punkt 4 unseres Dringlichkeitsantrages so wichtig.

Die Bundesregierung muss den deutschen Überwasser-marineschiffbau zur Schlüsseltechnik erklären. Warum? Was verbirgt sich da hinter „Schlüsseltechnik“?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist relativ einfach zu erklären. Eben nicht nur aus wirtschaftlichen Interessen ist dieses Thema zu argumentieren. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das bei der Rüstungsexportpolitik deutlich sensibler angegangen werden muss. Deshalb ist es auch richtig, dass wir da sehr restriktiv vorgehen. Das Ganze zur Schlüssel-

technologie zu erklären, hat auch etwas mit unseren sicherheitspolitischen Aspekten zu tun. Ich glaube, dass die deutsche Marine auch damit leben können muss und das auch besser kann, dass ihre Schiffe, ihre Technik und das, was da drinsteckt, in Deutschland gebaut wird.

Das ist im Übrigen natürlich nicht nur für Wolgast von besonderer Bedeutung, sondern für alle Werftstandorte, nicht nur in Deutschland, sondern auch für alle Werftstandorte in Mecklenburg-Vorpommern. Ich gebe zu, mich nervt es schon ein bisschen, dass nur, weil man so einfach Bilder von der Wolgaster Brücke aus machen kann, können wir alle nur noch über Wolgast reden und so tun, als wenn diese Frage an anderen Standorten in Deutschland nicht von Bedeutung wäre. Andere liefern ihre Panzer und ihre Waffen deutlich unbemerkt, als dass wir sie in Schiffe überführen können, und stehen damit weniger im Fokus. Ich weiß nicht, ob wir uns damit einen Gefallen tun, wenn wir gerade am Beispiel der Wolgaster Werft immer wieder diese Sau durchs Dorf treiben.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erwarte im Übrigen auch, dass wir uns alle genau darauf konzentrieren, unsere Kraft dafür einsetzen und vielleicht an dieser Stelle mal das parteipolitische Pingpong beiseitelassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wirtschaftsminister Glawe ist auf unser Gespräch mit Herrn Lürssen eingegangen. An dieser Stelle will ich ganz deutlich sagen, es ist doch selbstverständlich, dass die Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern diese Gespräche führt. Ich finde, das allein ist noch keine Heldentat, wofür wir uns auf die Schulter klopfen können.

(Minister Harry Glawe:
Aber ohne dem gehts auch nicht.)

Aber das, was in den Überlegungen vom Wirtschaftsminister entwickelt wurde, ist ein richtiger Ansatz. Wie können wir die schwierige Phase der Kurzarbeit überbrücken? Da bin ich Wirtschaftsminister Harry Glawe ausdrücklich sehr dankbar, dass er gerade im Bereich der Aus- und Fortbildung ein Instrument geschaffen hat, um möglichst die Lohneinbußen für die Peene-Werker so gering wie möglich zu halten und vor allem Lürssen dabei zu unterstützen, wirklich alle Beschäftigten am Standort Wolgast zu halten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir alle kennen die Situation. Im Bereich des Werftbaus müsste in Mecklenburg-Vorpommern bei dem Hunger, den wir an anderen Standorten haben, niemand arbeitslos sein. Umso wichtiger ist es, dass wir alles dafür tun, dass die Männer und Frauen am Standort Wolgast bleiben können. Lieber Harry Glawe, für diesen Einsatz bin ich dir an dieser Stelle sehr dankbar und ich bin auch überzeugt, dass wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit ein richtiges Instrument geschaffen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend auf zwei Punkte eingehen. Ein Punkt, den wir in unserem Antrag so nicht beleuchten, aber wo ich zugeben muss, dass es mir schwerfällt, den den Männern und Frauen auf der Werft zu erklären. Wenn wir uns das Rüstungsexportverfahren in Deutschland angucken,

dann ist es vorwiegend in Wahlkampfzeiten immer ein ganz, ganz spannendes Thema, wo alle ganz tolle Meinungen dazu haben. In Koalitionsverträgen schaukeln wir uns da gegenseitig noch hoch, schieben vielleicht ein bisschen bei Punkt und Komma rum, aber an dem eigentlichen Verfahren ändern wir nichts. Und ich sage Ihnen, das kann man nicht erklären.

Zunächst genehmigen wir die Auftragserteilung. Ja, Wolgast, ja, ihr dürft Patrouillenboote für Saudi-Arabien bauen. Dann schieben wir, nachdem wir das genehmigt haben, im Übrigen für eine Exportpalette, die über Jahre eine tatsächliche Auslastung des Werftstandortes Wolgast sichert, einen Riegel davor und sagen, wir stellen die gleiche Frage noch einmal bei der Auslieferung. Ich kann den Männern und Frauen ehrlich gesagt in Wolgast nicht erklären, warum wir dieses Verfahren so anstreben. Ich glaube, da muss auch mehr politische Verbindlichkeit im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Standorte drinstecken. Dafür haben wir im Vorfeld die Entscheidung des Bundessicherheitsrates, da sind sie auch richtig angesiedelt, aber diese doppelte Schleife darin ist, glaube ich, nur sehr schwer erklärbar.

Der zweite Punkt, auf den ich abschließend eingehen möchte, ist der Änderungsantrag der LINKEN, der uns zu diesem Dringlichkeitsantrag vorliegt. Meine sehr geehrten Damen und Herren der Linksfraktion, ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen, allein das Wort eines Konversionsplanes für Wolgast ist der völlig falsche Schritt. Wolgast ist in der Historie dieses Werftstandortes sehr wohl ein Standort des Marineschiffbaus. Im Übrigen werben wir dafür, dass wir nicht nur Rüstungsexporte in Wolgast produzieren. Wir alle könnten ruhiger schlafen, wenn wir für die deutsche Marine produzieren würden, dann hätten wir diese Debatten nämlich nicht ständig. Wir werben dafür, dass künftig noch mehr für die deutsche Marine an diesem Standort nicht nur bei der Reparatur von Schiffen gearbeitet wird, sondern vor allem im Bau errichtet wird. Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Wenn wir jetzt vom Konversionsplan reden, glaube ich, dann bringen wir die Werft ernsthaft in Schwierigkeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Genau das muss Aufgabe dieses
Plans sein, wie es weitergeht!)

Auch, Herr Kollege Ritter, wenn wir uns angucken, wer ist denn der Werfteneigentümer Lürssen

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und in welchem Bereich haben sowohl der Standort Wolgast als auch diese Firma ihre Kompetenzen. Ich finde es ehrlich gesagt ziemlich frech, dass Sie dabei anfangen zu lachen, sich die Hände vors Gesicht halten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Weil ich heule! Weil ich heulen muss!)

Nee, weil Sie doch mal erkennen müssen, dass wir das Stichwort „Konversionsplan“ nicht einfach wie eine Blaupause darauflegen können. Das passt auf den Standort Wolgast nicht.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Und ja, wir haben gehört, dass eine Explorerer-Yacht jetzt da gebaut wird. Das ist ein Test auf dieser Werft, der

sicherlich noch zu genügend Schwierigkeiten führen wird. Aber wie geht es dann weiter?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Genau das muss Aufgabe dieses
Planes sein, wie es weitergeht.)

Dann haben wir den Bereich für die Korvetten, dann haben wir den Korvettenbau. Herr Ritter, wo wollen Sie denn, dass deutsche Schiffe gebaut werden für die Marine? Diese Frage müssen Sie sich doch mal stellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die werde ich gleich beantworten! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Gar nicht!)

Wollen Sie für Mecklenburg-Vorpommern die Frage beantworten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die werde ich gleich beantworten.)

deutsche Marineschiffe dürfen überall gebaut werden, nur nicht in Mecklenburg-Vorpommern? Sorry, das ist nicht unsere Haltung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich bin
nicht so ein Rüstungsfreak wie Sie.)

Das sehe ich grundsätzlich anders und deswegen ist ein Konversionsplan der völlig falsche Schritt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Dr. Ralph Weber, AfD –
Dietmar Eifler, CDU: Genau.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag in den von uns so vorgelegten Punkten und ich bitte um Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Nur weiter so!
Immer weiter so!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Professor Dr. Weber meinte für seine Fraktion, dass nach seiner Sicht Rüstungsexporte ein legitimes Mittel seien.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie wollen ja nicht mal für die
Bundeswehr Schiffe bauen!)

Rüstungsexporte, sehr geehrter Professor Weber, führen unter anderem dazu, dass die von Ihnen so bezeichneten „Horden“ in unser Land kommen. Sie müssen also mal überlegen, welche Zielrichtung Ihre Politik hat.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Klingt logisch! Klingt logisch!)

Und, lieber Patrick Dahlemann, „parteiliches Ping-pong“ ist für mich in Friedensfragen nicht verhandelbar.

Nicht verhandelbar! Und wenn man mir und meiner Fraktion hier vorwirft, wenn wir über Alternativen reden und Alternativen vorschlagen, wir – wir! – würden dadurch den Schiffbaustandort Wolgast infrage stellen, dann ist das eine bodenlose Frechheit. Das will ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Herrn Eifler sage ich gleich gar nichts, weil das ist so was von daneben, so was von daneben. Ich habe an keiner Stelle davon gesprochen, dass wir in Wolgast Dosenöffner herstellen sollen

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU)

oder so einen Schwachsinn,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

was Sie hier von sich geben. Also da fehlen mir wirklich die Worte, muss ich sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin den Koalitionsfraktionen dennoch dankbar, dass sie diesen Dringlichkeitsantrag vorgelegt haben. Auch wir haben in der Fraktion darüber nachgedacht, ob wir die Situation auf der Peene-Werft, die ja für uns nicht neu ist und nicht vom Himmel gefallen ist, ob wir die wieder thematisieren im Landtag. Wir haben davon Abstand genommen, weil wir genau wussten, wie Sie wieder mit unserem Antrag umgehen werden.

Insofern bin ich froh, dass es diesen Antrag gibt unter der Überschrift „Peene-Werft braucht Hilfen – Bund ist in der Pflicht“. Das ist genau das, was wir mit unserem Antrag auf der letzten Landtagssitzung gefordert haben. Das ist genau das, was wir in der Aussprache im Januar dieses Jahres gefordert haben. Das ist genau das, was wir vor fünf Jahren gefordert haben, „Peene-Werft braucht Hilfe – Bund ist in der Pflicht“.

(Patrick Dahlemann, SPD: Aber immer
mit der falschen Schlussfolgerung.)

Welche Schlussfolgerung die richtige oder die falsche ist, das lassen Sie uns doch hier diskutieren und nicht von vornherein sagen, Linksfraktion und Ritter, er hat keine Ahnung, eure Schlussfolgerung ist falsch.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Herr Ritter, das hat keiner
gesagt, das ist falsch.)

Nein, Aufgabe von Politik muss es doch sein, über Alternativen nachzudenken. Und wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, dann sind Sie allerdings falsch hier.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Wir reden vom Marineschiffbau! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Sie sind
wenigstens konsequent!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind wenigstens konsequent und da lasse ich in dieser Frage auch keine Luft ran, und schon gar nicht durch irgendwelche an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfe.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich beantrage hier namens meiner Fraktion die einzelne Abstimmung der Punkte, die in dem Antrag aufgeführt sind, und ich werbe natürlich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, weil der Änderungsantrag ist genau der Punkt, um den es doch eigentlich geht, wenn wir darüber nachdenken, wie auch in Zukunft auf der Peene-Werft Schiffe gebaut werden können. Da sagen wir ganz klar: Unsere Priorität liegt im zivilen Schiffbau. Unsere Priorität liegt im zivilen Schiffbau. Und das, was Sie so salopp als „Test mit der Yacht“ bezeichnet haben, da bin ich dem Wirtschaftsminister sehr dankbar, dass er sich auf den Weg gemacht hat, um mit dem Werfteigner nach Alternativen zu suchen, denn wer sagt uns, dass in der Rüstungsproduktion die Zukunft liegt?

Wenn man hier feststellt, 45 Milliarden Rüstungshaushalt, rechnen Sie mal bloß zusammen – ich will die politische Debatte gar nicht führen –, was für Soziales, was für Umwelt, was für Arbeitsmarktpolitik, was für Bildung im Bundshaushalt steht. Wenn Sie dann noch meinen, Mensch, von diesem vielen Geld, was aus meiner Sicht falsch eingesetzt ist,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig!)

müsste doch ein bisschen was für Wolgast abfallen ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sage ich auch, ja, sage ich ja. Ich könnte mir den Kombinationshaushalt in Höhe von 45 Milliarden ganz gut vorstellen, weil das entspricht den friedenspolitischen Positionen in meiner Partei.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Also kein Marineschiffbau in
Mecklenburg-Vorpommern.)

Und wenn die Sozialdemokratie keine friedenspolitischen Positionen mehr hat, dann muss ich das hier zur Kenntnis nehmen – mit großem Bedauern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Also kein Marineschiffbau in
Mecklenburg-Vorpommern.)

Worum geht es also in unserem Änderungsantrag? Ich will es hier noch mal deutlich machen, weil Sie sozusagen nur so abwertend darüber hinweggegangen sind.

(allgemeine Unruhe)

Ich will es noch mal deutlich sagen: Wir schlagen vor, dass eine Konversionspartnerschaft entwickelt wird, wo der Bund, das Land, der Werfteigner, die Kommune, die IG Metall und der Betriebsrat sich endlich zusammen hinsetzen und über Perspektiven für den Schiffbaustandort Wolgast reden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie verunsichern die Mitarbeiter. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Warum wollen Sie das verhindern? Warum soll es eine solche Gesprächsrunde nicht geben, um über die Zukunft

für den Schiffbau in Wolgast nachzudenken? Das erschließt sich mir nicht, nein. Und ich sage es noch mal: Wir wollen keine Rüstungsproduktion.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Keine Marineaufträge.)

Wir wollen keine Marineaufträge, wir wollen Alternativen entwickeln für den zivilen Schiffbau in Wolgast. Ist denn das so schwer zu begreifen, Patrick Dahlemann?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Dann werden die Schiffe in Asien gebaut!)

Ist denn das so schwer zu begreifen, Hoffnungsträger der FDP in Vorpommern? Ich glaube nicht.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Es ist doch nicht schwer zu begreifen.

Der SPD, Entschuldigung.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Also ganz klar einseitig, die einseitige Ausrichtung auf den Marineschiffbau, wie er in dem Punkt hier wieder vorgeschlagen wird. Und – ha, ha, ha, ich kann darüber wirklich nicht lachen – das ist für uns ein Weg, der nicht zu gehen ist.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wenn wir in der Zeitung lesen, der Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern braucht 1.500 Fachkräfte, um die Auftragslage sachgerecht abarbeiten zu können, warum kann dann Landespolitik nicht mal eine Minute darüber nachdenken, ob nicht auch der Schiffbaustandort Wolgast noch viel mehr von dem Auftragsboom in der zivilen Schiffbaubranche profitieren kann?

(Patrick Dahlemann, SPD:
Weil wir ein Auslastungstief haben,
Herr Ritter! Wir haben ein Auslastungstief!)

Warum nicht? Warum verweigern Sie sich überhaupt der Überlegung, mal gemeinsam darüber nachzudenken, ob es Alternativen gibt?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Weil die andere Aufträge haben!)

Das ist eine Verweigerungshaltung, die ich nicht nachvollziehen kann.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Bürgermeister Weigler verstehen. Ich kann Bürgermeister Weigler verstehen. Vorwürfe, egal wie auch immer, helfen der Kommune überhaupt nicht weiter, überhaupt nicht weiter. Das, was Stefan Weigler hier sagt, erinnert mich sehr an die Meinungsäußerung meines Bürgermeisters 2001, als die Bundeswehrkaserne in Stavenhagen geschlossen worden ist. Was ist seitdem passiert? Die Bevölkerungszahl der Stadt hat sich halbiert. Der Kaufkraftverlust war nicht zu bemessen, der Stadthaushalt defizitär ohne Ende, ohne Ende. Der Bürgermeister hat geklagt, der Bürgermeister hat die Lichterkette angeführt zwischen der Stadt und der Kaserne in Basepohl. Was hat man

aber gemacht? Was hat Landespolitik gemacht? Über Alternativen nachgedacht, Patrick Dahlemann, über Alternativen!

(allgemeine Unruhe)

Man hat ein Konversionsprogramm entwickelt zwischen dem Bund oder in Zusammenarbeit mit dem Bund, dem Land, der BImA, der Bundeswehr und der Kommune,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Also wollen Sie die Peene-Werft
tatsächlich schließen?! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und der Kommune, ja. Und wir haben eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung auf dem Weg gebracht. Wir haben über Alternativen nachgedacht. Wir haben nicht gesagt, nee, geht nicht, Konversion ist Quatsch, bringt alles nichts. Nein, wir haben über Alternativen nachgedacht.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie brauchen
mir von Konversion am Standort nichts
zu sagen, ich kenne Eggesin selbst!)

Dass Sie sich sozusagen diesem Weg verweigern, ich kann es, ich kann es nicht, ich kann es nicht nachvollziehen.

Also, unsere Position ist klar, die Punkte 1, 2 und 3 selbstredend. Wir sagen ganz deutlich, es wird höchste Zeit, dass das Land einfordert, dass der Bund hier in der Pflicht ist. Natürlich hat die Bundesregierung den Exportauftrag gestoppt. Natürlich muss die Bundesebene für die Ausfälle geradestehen. Das können wir doch nicht aus Landesmitteln einfach mal so kompensieren. Das geht doch überhaupt nicht. Das liegt doch auf der Hand. Aber dennoch sage ich, wir wären fahrlässig, wenn wir nicht gemeinsam über Alternativen für den Schiffbau am Standort Wolgast nachdenken und nicht für irgendwelche Dosenöffner oder sonstigen Unsinn. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege Ritter, die Präsidentin hat gestern bereits und auch heute Morgen schon darauf hingewiesen, dass wir auch in unserer Reaktion auf Redebeiträge anderer bitte auf unparlamentarische Ausdrücke verzichten wollen. Deshalb weise ich auch den von Ihnen in Bezug auf die Aussage von Herrn Eifler gebrauchten Begriff als unparlamentarisch zurück.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Jetzt hat das Wort für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürger! Ich möchte als Erstes auf den Änderungsantrag der LINKEN eingehen, auf Herrn Ritter.

Herr Ritter, Sie haben in meinen Augen doch ein sehr merkwürdiges Verhältnis zu Eigentumsrechten. Der Eigentümer der Werft wird bei Ihnen immerhin an dritter Stelle noch genannt, nach Bundesregierung, nein, Landesregierung, Bundesregierung, Werfteigner, Betriebsrat,

IG Metall und Stadt Wolgast. Die sollen also gemeinsam irgendwas beschließen. Ich denke, das wird den Rechten des Eigentümers nicht gerecht. Als Allererster ist der Eigentümer der Werft selbst in der Verantwortung und auch im Recht zu entscheiden, was er auf seiner Werft bauen möchte. Wenn Sie selbst gerne zivile Schiffe bauen wollen, dann kaufen Sie sich einfach eine Werft und dann bauen Sie sie da!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich muss es auch ganz persönlich noch mal sagen, Sie werden damit den Unternehmern nicht gerecht. Ich selbst war jahrelang im thyssenkrupp Konzern tätig, ein Konzern, der eine Militärgeschichte hat, Waffen produziert hat. Vielleicht wissen Sie es, Berthold Beitz, der sehr langjährige Vorsitzende der Krupp-Stiftung, der hier aus Vorpommern stammte und Greifswald sehr verbunden war, hatte uns ganz klar die Maßgabe gegeben, wir möchten aus dem Rüstungsgeschäft aussteigen. Da brauchten wir keine Stadt, kein Land, keine Bundesregierung, keine Gewerkschaft, kein gar nichts, sondern es war ganz klar die unternehmerische Entscheidung des Konzerns, wir möchten uns aus der Rüstungsindustrie zurückziehen, und das hat der Konzern auch gemacht.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das ist doch gut.)

Deswegen kann ich nicht verstehen, warum Sie immer alle maßregeln wollen, was zu tun wäre. Unternehmer treffen in erster Linie mal eigene Entscheidungen. Wenn sie Hilfe brauchen und zur Landes- oder Bundesregierung gehen, dann sieht die Sache etwas anders aus, dann kann sich natürlich die Politik auch stärker einmischen. Niemand soll nur Geld geben und darf nicht mitreden.

Ich bin außerordentlich dankbar – und jetzt komme ich zu dem eigentlichen Antrag, dem Antrag der CDU und SPD –, dass die Landesregierung, dass der Wirtschaftsminister dort so deutlich aktiv geworden ist und auch ganz klar im ersten Satz schon sagt, es geht um die Sicherung des Werftstandortes. Wir müssen den Standort erhalten. Ein Standort, der einmal aufgegeben wurde, kommt nicht wieder zurück. Die Mitarbeiter, die einmal weg sind, sind weg, und die Investitionen sind in den Sand gesetzt. Wir kennen das, wir kennen das aus vielen Beispielen, übrigens nicht nur im Osten, sondern auch im Westen unseres Landes. Betriebe, die einmal aufgegeben worden sind, die abgewandert sind aus verschiedensten Gründen, kommen in aller Regel nicht mehr zurück. Das muss das oberste Ziel sein und deswegen ist auch dieser Antrag berechtigt, nämlich den Werftstandort zu sichern.

In Ziffer 3 gehen Sie eigentlich auf den gleichen Punkt noch mal ein in etwas anderen Worten und binden dort den Eigentümer mit ein. Natürlich, richtig, der Eigentümer muss erst mal überlegen, was kann er mit seiner Werft machen. Jeder Eigentümer kommt auch zu der Überlegung, dass er eine Werft nicht verfallen lassen will. Deswegen sind wir froh, dass die Familie Lürssen dort eventuell mit anderen Aufträgen helfen kann und die Auslastung der Werft schnellstmöglich wiederherstellt. Die Zwischenperiode hilft die Landesregierung, hilft der Staat zu überbrücken durch Förderung von Schulungsmaßnahmen und durch das sehr bewährte Kurzarbeitergeld, was man für kurze Zeitperioden durchaus nehmen kann.

Dann ist Herr Dahlemann auch schon eingegangen ... Nein, ich komme erst mal noch zu Ziffer 2: „Der Landtag steht an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“. Das ist natürlich ein sehr schöner Satz, aber als Arbeiter der Werft würde ich mich jetzt doch fragen: Was kann ich mir davon kaufen? Also gut, meinetwegen kann der Satz darin stehen bleiben, aber es kommt auf unsere Taten an. Was wird der Landtag tatsächlich machen, um den Standort zu erhalten? Deswegen sind die Ziffern 1 und 3 viel wichtiger.

Unter Ziffer 4 haben Sie nun schon gesagt, es ist sehr wichtig, Bundeswehraufträge für die Wolgaster Werft zu generieren. Das liegt tatsächlich nah. Wir haben ein Bundesverteidigungsministerium mit einem Budget. Ich bin da auch nicht Ihrer Meinung, Herr Ritter, dass wir uns dem Pazifismus komplett verschreiben sollten. Wir sind Mitglied eines Verteidigungsbündnisses, zum Glück des stärksten Bündnisses der Welt. Auch unser Land muss dort seinen Beitrag leisten und wir brauchen daher eine gewisse Rüstungsindustrie. Ob man die dann exportieren möchte, ist eine ganz andere Frage. Da haben wir sehr harte Regeln, und zwar zu Recht ganz harte Regel,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

dass wir eben keine Waffen in Kriegsgebiete exportieren dürfen, und das ist auch gut so, das ist auch richtig so.

Ich würde den Punkt 4 gerne noch ergänzen – wir haben auf einen Änderungsantrag verzichtet –, ich würde gerne noch ergänzen, dass man sich auch bemüht, innerhalb der NATO, innerhalb unseres eigenen Bündnisses, Aufträge für die Peene-Werft zu generieren, denn die Tendenz, dass jetzt jedes Mitgliedsland nur noch versucht, alle Aufträge selbst abzuwickeln, Deutschland in Deutschland und Frankreich in Frankreich, das ist natürlich auch nicht das Beste, sondern wir müssten ...

(Jochen Schulte, SPD: Ja, aber genau das haben wir doch heute in Europa!)

Das machen andere und da müssten wir natürlich schon dagegenhalten und auch sagen, Mensch, das wollen wir so in der Form nicht,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

lasst uns in Rüstungsaufträgen besser zusammenarbeiten.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

So, jetzt ist leider meine rote Lampe an, Herr Schulte, deswegen kann ich Sie jetzt auch nicht sprechen lassen.

Ich möchte nur noch einen Hinweis geben: Es findet in wenigen Wochen in Schweden eine Friedensverhandlung zum Thema Jemen statt – das ist immerhin erreicht worden durch die ganzen Sanktionen – und es kann durchaus sein, dass die Situation sich schon vor Weihnachten wieder ändert und wir vielleicht gar nicht mehr dieses Kriegsgebiet dort haben, wie wir es heute haben. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV – Jeannine Rösler, DIE LINKE: Schön wär's!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Im Mai 2016 war eine Delegation der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern im Iran und hat dort Geschäfte verabredet. Nun soll man den Menschen in Wolgast einmal erklären, wie man einerseits einen funktionierenden Werftenstandort zu ruinieren im Begriff ist, während man andererseits mit solchen blutrünstigen Regimen wie dem Mullah-Regime in Teheran gute Geschäfte macht,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

immerhin ein Handelsvolumen von 30 Millionen Euro in Mecklenburg-Vorpommern pro Jahr. Die Situation im Iran ist auch nicht viel besser als in Saudi-Arabien. Auch dort wird die Opposition blutig unterdrückt,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

auch dort werden Menschen umgebracht, werden Homosexuelle an Baukränen aufgehängt. Das hindert aber niemanden daran, diesem Regime zu hofieren und mit diesen Leuten Geschäfte zu machen. Ja, die Bundesregierung unterläuft sogar aktiv die von den USA initiierten Sanktionen gegen diesen Staat.

Da liegt eigentlich der Widerspruch, auf den ich an der Stelle einmal hinweisen möchte. Wer A sagt in Bezug auf Saudi-Arabien, der muss auch B sagen in Bezug auf den Handel und die Wirtschaftsbeziehungen zu solchen Staaten wie dem Iran oder einige andere, die auch nicht demokratischer sind. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Noch mal ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Dahlemann für die Fraktion der SPD.

Patrick Dahlemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Ritter, erstens will ich Ihnen sagen, wir haben diese Debatte äußerst sachlich geführt. Ich weiß nicht, ob es unbedingt zur Sachlichkeit beiträgt, wenn man da immer wieder von „Schwachsinn“ redet. Ich würde das bei diesem Thema auf keinen Fall tun.

Ich will Ihnen aber deutlich sagen, was mich doch sehr mit Sorge erfüllt, was Sie hier getan haben. Sie reden die Schließung der Werft herbei. Sie reden und vergleichen die Situation am Standort Wolgast mit der Schließung eines Bundeswehrstandortes. Das ist nicht nur unseriös, sondern das ist schlicht und ergreifend unwahr. Wenn wir uns die Situation dazu noch mal angucken, kann ich sehr deutlich sagen, ich weiß sehr wohl, was es bedeutet, wenn man die Schließung eines Bundeswehrstandortes in seiner Region erlebt. Das ist bei mir mit dem Standort Karpin in einer ähnlichen Art und Weise mit dem Stichwort „Konversion“ verbunden, trifft aber auf unser Thema in Bezug auf den Wertstandort Wolgast schlicht und ergreifend nicht zu.

Wenn ich Ihre Position nach Ihrer Rede noch einmal zusammenfassen darf, dann sagen Sie sehr deutlich, DIE LINKE, die Linksfraktion des Landtages Mecklenburg-Vorpommern will keine Reparaturen für die deutsche Bundeswehr. DIE LINKE, die Linksfraktion in Mecklenburg-Vorpommern will keine Aufträge der deutschen Marine. Ich finde, da sollten Sie Ihr Verhalten zu unser

Parlamentsarmee und zur Bundeswehr vielleicht noch mal kritisch hinterfragen.

Um noch mal einen Ausblick auch für die Mitarbeiter zu geben: Es geht nicht um die Frage einer Schließung, sondern es geht, wenn überhaupt, in Wolgast um eine Überbrückung. Das Stichwort „Explorer-Yacht“ haben Sie selbst genannt, aber wir haben bereits in den Auftragsbüchern den Korvettenbau drinstehen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wildt, ich will kurz drauf eingehen. Sie haben einen Wunsch geäußert, den ich gut nachvollziehen kann. Am 8. Dezember 2008 fasste der Rat der Europäischen Union den Beschluss zu einer einheitlichen Rüstungspolitik. Das ist jetzt fast zehn Jahre her. Wenn die Europäische Union endlich mal ihre Beschlüsse umsetzen würde, würden wir heute gar nicht darüber reden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege Dahlemann, ich hatte den unparlamentarischen Ausdruck des Herrn Kollegen Ritter schon gerügt. Ob er besser wird, wenn Sie ihn nun noch mal wiederholen, das wage ich zu bezweifeln.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Wiederholung veranschaulicht!)

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weise mit aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, dass meine Fraktion oder ich die Schließung in Wolgast herbeireden oder herbeiführen würden.

(Zuruf aus dem Plenum:
Das wäre auch schlimm!)

Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Warum vergleichen Sie denn
mit der Schließung eines
Bundeswehrstandortes?)

Wir sind seit Jahren bemüht, Alternativen für einen zivilen Schiffbau am Werftenstandort Wolgast zu erhalten.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

In keiner meiner Reden oder in keiner Rede meiner Kolleginnen und Kollegen werden Sie irgendeinen Hinweis darauf finden, dass unsere Absicht darin besteht, die Werft in Wolgast zu schließen. Das ist einfach falsch.

Zweitens. Ich muss mein Verhältnis zur Bundeswehr und zum Einsatz der Bundeswehr nicht überprüfen. Es gibt eine klare Position meiner Partei zur Bundeswehr. Es gibt eine klare Position meiner Partei zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr. Es gibt im Übrigen ein Konzept meiner Partei unter dem Titel „100.000 Mann sind genug – Konzept für eine Verteidigungsarmee“.

(Patrick Dahlemann, SPD: Beinhaltet
das denn auch die Ausrüstung?)

Insofern brauche ich von Ihnen in dieser Frage keine Belehrung. Das ich sage Ihnen auch als Mitglied im Deutschen Bundeswehrverband, wo ich mich stets und ständig solchen Debatten stelle, und zwar mit Männern und Frauen, die von dieser Thematik Ahnung haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt noch einmal das Wort der Abgeordnete Eifler.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Er entschuldigt sich jetzt erst mal
für das Thema Dosenöffner!)

Dietmar Eifler, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte bei der Einbringung davon gesprochen, dass ein Appell mit dem Antrag verbunden ist sowohl in Richtung der Bundesregierung wie auch in Richtung der Geschäftsführung des Unternehmens in die Region nach Wolgast insgesamt. Ich möchte an der Stelle noch einmal das Thema aufgreifen, dass die unmittelbar Betroffenen, insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werft, die in der Folge dieser Entscheidung die Boote nicht mehr ausliefern, berechtigterweise in großer Sorge sind. Es geht um existenzielle Fragen der Familien, aber nicht nur der unmittelbaren Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter, sondern auch der Mitarbeiter bei den vielen Zulieferern. Auch die sind in großer Sorge.

Als die Werften in den zurückliegenden Jahren doch in schwieriges Fahrwasser geraten sind, waren wir, glaube ich, alle hier im Haus froh darüber, dass sich die Lürssen-Werft für den Standort Wolgast entschieden hat. Insofern also auch der Appell. Aus dem Gespräch des Ministers mit der Geschäftsführung geht hervor, dass darum angeregt worden ist, innerhalb des Unternehmens Aufträge zu verschieben, um die Kapazität, die in Wolgast jetzt zur Verfügung ist, auch für den Schiffbau zu nutzen.

Ich warne aber ganz bewusst davor, den Marineschiffbau in Deutschland, in unseren Nordländern infrage zu stellen und ganz speziell auf der Werft in Wolgast, der Peene-Werft. Die Schiffbauer sind hoch spezialisierte Fachkräfte. Das sind sogenannte Dünnblechschweißer, die haben also eine spezielle Ausbildung. Es ist erforderlich, dass wir den Standort dort erhalten. Jeder Konversionsgedanke bedeutet in meinen Augen die Beerdigung des Militärschiffbaus in Wolgast,

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und dem dürfen wir ganz einfach und schlicht und ergreifend nicht zustimmen. Wir brauchen den militärischen Schiffbau. Ich habe das schon gesagt, und zwar auch unter dem Aspekt, Deutschland ist eine Exportnation. 90 Prozent der Exportgüter werden auf dem Seeweg transportiert. Die Marine erfüllt inzwischen einen hoch wichtigen Auftrag in Bezug auf die Sicherheit dieser Schiffsverbindungen und insofern sollte man und darf man das nicht infrage stellen.

Auch der Appell, der sich an die Bundesregierung richtet, diesen Überwassermarineschiffbau als Schlüsseltechnologie zu deklarieren mit der Maßgabe, dass Aufträge im Marineschiffbau nicht mehr den Ausschreibungsszenari-

en unterliegen wie bisher, ist ein wichtiger Schritt. Es deutet sich in Berlin an, dass man diesen Gedanken sehr konkret aufgreift und umsetzen will. Was für alle Marine-schiffbaustandorte in Deutschland von außerordentlicher Wichtigkeit wäre, das ist auch mehrfach schon angesprochen worden, ist, dass wir den Fokus momentan zwar auf der Peene-Werft haben, aber er insgesamt auf den Werften liegt, die für unsere Marine die Schiffe bauen.

Von daher bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag, bedanke mich für die Debatte und dafür, dass Sie mir zugehört haben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Tilo Gundlack, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch mal grundsätzlich sagen: Für Aufträge ist in erster Linie der Unternehmer zuständig.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr richtig!)

Das nimmt Herr Lürssen auch wahr.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Genau.)

Herr Lürssen ist von uns eingeladen worden, um die Situation zu besprechen, welche Übergangslösungen sind nötig, um eine gewisse Auftragslücke zu überbrücken, nachdem der Exportstopp durch die Bundesrepublik Deutschland verhängt worden ist wegen der Vorfälle in der Botschaft Saudi-Arabiens in der Türkei. Die Dinge sind geklärt.

Die Zurückweisung der Schiffe hat noch nicht stattgefunden. Es gilt jetzt der Exportstopp. Ich will darauf hinweisen, dass in diesem Jahr schon sechs Schiffe exportiert worden sind. Zwei weitere Schiffe sind fertig, das wurde richtig gesagt, vier weitere werden endgefertigt.

Danach beginnt die Frage Yacht-Bau. Das ist ein neues Segment, was innerhalb des Werftenverbundes jetzt nach Wolgast geht und dort auch umgesetzt wird. Ich hatte vorhin darauf hingewiesen, dass der Brennschnitt im Januar erfolgen soll und dass drei Monate später mit der Kiellegung zu rechnen ist. Das ist das eine.

Das Zweite ist, die Korvetten sind schon in den Auftragsbüchern. Diese Dinge werden vorbereitet und gehen dann auch in die Produktion. Dann wird natürlich der Dringlichkeitsantrag wichtig, weil wir auch mit der Bundesregierung darüber reden wollen und sollen, das ist der Auftrag, damit weitere Aufträge kommen.

Die Frage „Marineschiffbau und Innovation“ ist ein weiteres Thema, was die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg bringen muss oder jetzt vor Kurzem auf den Weg gebracht hat im Rahmen des Haushaltes. Es wird aber noch eine gewisse Zeit dauern, bis die richtigen und die Folgemaßnahmen umgesetzt werden. Den genauen Fahrplan werden wir noch erfahren.

Auf alle Fälle geht es jetzt um Arbeit oder fehlende Arbeit auf der Werft, nachdem Lürssen für sich gesagt hat, ich kann das bis zum 21. Schiff verantworten, aber darüber hinaus kann ich keine Verantwortung mehr übernehmen, weil dann natürlich die Liquidität eine Rolle spielt. Er steuert jetzt schon Mittel aus anderen Werften in Richtung Wolgast, um die Belegschaft zu halten, um die Auftragslage zu sichern, um auch seine Anteile bei Kurzarbeit und bei Fort- und Weiterbildung zu sichern. All die Dinge haben wir besprochen und ich fand, dass Herr Lürssen da sehr verantwortungsvoll unterwegs ist und dies auch dem Betriebsrat mitgeteilt hat. Wir haben verabredet, dass wir die Dinge weiter auf den Weg bringen.

Wir haben überhaupt nicht die Absicht, er hat überhaupt nicht die Absicht, die Werft zu schließen, das will ich noch mal sagen, jedenfalls war das im letzten Gespräch in der vorigen Woche ganz klar von ihm zu hören. Er ist auch an der Akquirierung von weiteren Aufträgen. Da werden wir sehen, welche Erfolge er hat. Das, was wir machen können als Landesregierung, wenn er uns bittet, Unterstützung zu geben, werden wir hier nicht im öffentlichen Raum austragen, sondern wir werden mit Herrn Lürssen und seinen Beratern, mit der Geschäftsführung sprechen und wir werden geeignete Wege finden, um Unterstützungsmaßnahmen sicherzustellen. Dass das manchmal dicke Bretter sind, ist normal, aber wer sich nicht einsetzt für den Werftstandort, hat von vornherein verloren. Das ist, denke ich, wichtig.

Dass Sie als Abgeordnete die Regierung fordern, ist völlig in Ordnung, und von daher will ich nur darum bitten, dass wir diese Thematik erst mal ein bisschen eindampfen und sagen, wir gehen in die Richtung, Gespräche mit der Bundesregierung in Richtung Akquirierung von Aufträgen und Begleitung der Werftführung in dem Moment, wenn sie uns ansprechen. Ich kann nicht laufend ins Geschäft des Unternehmens reinreden.

Ich will nur sagen, ich denke, dieser Dringlichkeitsantrag ist absolut begründet, und wir werden die Dinge weiterverfolgen. Auf alle Fälle ist der Werftenstandort in Peenemünde uns besonders wichtig.

Mit meiner Einlassung zum Bürgermeister wollte ich nur sagen, ein Bürgermeister hat die Pflicht, auch Optimismus zu verbreiten, nicht nur Pessimismus. Das ist die einzige Kritik, die ich habe. Ich höre ihn immer nur negativ. Man muss auch mit dafür sorgen, dass man konstruktiv an die Sache herangeht. Die Begründung, dass man einen Haushalt jetzt verschieben muss, da kann man auch ganz andere Gründe finden, da muss ich direkt mal reingucken, was da los ist. Es passiert in vielen Gemeinden und Kommunen, dass man im Dezember nicht den Haushalt für das Jahr 2019 schon auf den Weg bringt. Wenn man ihn im Januar verabschiedet, hat man wahrscheinlich nur noch drei Monate Genehmigungszeit beim Kreis. Das sind Dinge, denke ich, die wichtig sind, aber die Haushaltsführung nach den jeweiligen Ausgaben des Vorjahres ist nicht gefährdet. Ich will nur sagen, man müsste die Dinge auch in der Öffentlichkeit dann vernünftig darstellen und nicht immer nur mit dem Holzhammer draufhauen. Das ist meine Bitte gewesen, mehr nicht. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ehe ich zur Abstimmung komme, möchte ich aber die Gelegenheit nutzen, neue Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne zu begrüßen. Das sind Schülerinnen und Schüler aus dem Gymnasium Reutershagen. Herzlich willkommen!

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Ziffern des Antrages einzeln abzustimmen. Ich werde den Änderungsantrag an der entsprechenden Stelle zum Antrag aufrufen.

Zunächst rufe ich auf die Ziffer 1 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867. Wer dieser Ziffer 1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 2 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 3 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 3 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867 ebenfalls einstimmig angenommen.

An dieser Stelle lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2869 abstimmen, soweit er die Einfügung einer neuen Ziffer 4 beinhaltet. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2869, soweit er die Einfügung einer neuen Ziffer 4 beinhaltet, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung aller anderen Abgeordneten des Hauses abgelehnt.

Jetzt rufe ich auf die Ziffer 4 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 4 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2867 bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, AfD, der Fraktion Freie Wähler/BMV und des fraktionslosen Abgeordneten sowie Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich berufe eine Sitzung des Ältestenrates ein und unterbreche die Sitzung aber bis 13.00 Uhr, weil sich daran die Mittagspause anschließt. Wir sehen uns also wieder um 13.00 Uhr.

Unterbrechung: 12.24 Uhr

Wiederbeginn: 13.04 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und möchte Ihnen mitteilen, der Abgeordnete Nikolaus Kramer hat mit Schreiben vom 21. November 2018 fristgerecht Einspruch gegen den erteilten Ordnungsruf in der 49. Sitzung des Landtages eingelegt. Gemäß Paragraph 100 unserer Geschäftsordnung ist der Einspruch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung nach Eingang des Einspruchs zu setzen. Daher beabsichtige ich, die Abstimmung über diesen Einspruch am Ende der heutigen Sitzung als Zusatztagesordnungspunkt 3 aufzurufen. Die erforderliche Beteiligung des Ältestenrates ist erfolgt. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir werden so verfahren.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre, Drucksache 7/2813.

**Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse
der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten
und der Ministerinnen und Minister
des Landes Mecklenburg-Vorpommern und
des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse
Parlamentarischer Staatssekretäre
(Erste Lesung)
– Drucksache 7/2813 –**

Das Wort zur Einbringung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist noch gar nicht so lange her, da haben wir hier im Plenarsaal auf Antrag meiner Fraktion darüber diskutiert, die sogenannten Karenzzeiten für Mitglieder der Landesregierung einzuführen. Karenzzeiten kann man am besten mit Wartezeiten oder etwas härter ausgedrückt auch mit Sperrfrist, aber keinesfalls mit Berufsverbot erklären.

Warum sollten Ministerinnen/Minister gegebenenfalls darauf warten beziehungsweise warum sollten sie gesperrt sein? Die Antwort ist recht simpel: Mit solchen Regelungen soll verhindert werden, dass durch den Anschein einer voreingenommenen Amtsführung im Hinblick auf spätere Karriereaussichten in der Privatwirtschaft das Vertrauen der Allgemeinheit in die Integrität der Regierung beeinträchtigt wird. Deswegen haben bereits viele Bundesländer Regelungen geschaffen, die die Aufnahme einer Beschäftigung nach Ende der Amtszeit als Ministerin oder Minister begrenzen können. Damit sollen Interessenkonflikte zwischen dem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis und einer Beschäftigung nach Ende des Amtes verhindert und zugleich die Betroffenen vor Unsicherheiten und ungerechtfertigter Kritik geschützt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur vor zwei Monaten diskutierten wir dieses Thema – Herr Professor Dr. Weber, es gibt in der Tat Themen, die meine Fraktion immer und immer wieder auf die Tagesordnung setzt, in der Hoffnung, dass wir irgendwann mal Erfolg haben –, nicht nur vor zwei Monaten diskutierten wir dieses Thema, bereits vor vier Jahren brachte meine Fraktion einen entsprechenden Antrag ein. Damals hieß es aus den Reihen von SPD und CDU, wir prüfen noch und warten erst einmal die Regelungen auf Bundesebene ab. Der Bund führte dann erwartungsgemäß entsprechende Regelungen ein. Im Übrigen spricht dort niemand von „Berufsverbot“. Übrigens wurden diese Regelungen auch mit ausdrücklicher Zustimmung der damaligen Bundesministerin Frau Schwesig durchgesetzt.

Das neue Bundesrecht trat also in Kraft und es verging wieder Zeit. Die Landesregierung prüfte und prüfte und prüfte, es passierte aber nichts. Weil meine Fraktion schon befürchtete, die Regierung habe sich in einer Zeitschleife verfangen, wurden wir vor zwei Monaten erneut tätig und beantragten die Einführung von Karenzzeiten.

(Torsten Renz, CDU: Das ist nicht passiert.)

Damals, lieber Kollege Renz, glaube ich, hieß es auch von Ihnen,

(Torsten Renz, CDU:
Ich darf Sie beruhigen,
sie sind in keiner Zeitschleife.)

wir prüfen immer noch und außerdem soll doch die Linksfraktion – ich glaube, das haben auch Sie gefordert –,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

außerdem soll die Linksfraktion einen konkreten Gesetzentwurf vorlegen. Nun, ich habe es vor zwei Monaten versprochen, der Gesetzentwurf liegt vor. Jetzt ist es an Ihnen, neue Ausreden zu erfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesetzentwurf meiner Fraktion greift die Regelungen auf Bundesebene auf. Bis auf notwendige redaktionelle Unterschiede wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern die gleiche Gesetzeslage schaffen wie im Bund. Wie man dann hier von „Berufsverbot“ reden kann, das erschließt sich mir nicht. Darüber hinaus sorgen wir auch für eine sprachliche Gleichstellung im Gesetz über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre, denn das Gesetz kennt bislang nur Männer, obwohl wir früher nur Frauen als Parlamentarische Staatssekretärinnen hatten. Das ist nicht zeitgemäß, wie wir meinen, und deswegen muss auch hier das Gesetz angepackt werden.

Kommen wir also zu den Kernaussagen des Gesetzentwurfes. Wann geht es denn nun konkret an das Eingemachte? Der Wechsel einer Ministerin oder eines Ministers in die Privatwirtschaft kann untersagt werden, wenn durch ihre Aufnahme öffentliche Interessen beeinträchtigt werden können. Die Untersagung soll in der Regel die Dauer von einem Jahr nicht überschreiten. In Ausnahmefällen kann der Zeitraum bis zu 18 Monate betragen. Die Entscheidung, wann die öffentlichen Interessen beeinträchtigt sind, trifft die Regierung nicht im stillen Kämmerlein nach eigenem Gutdünken. Die Landesregierung trifft ihre Entscheidung auf Grundlage einer Empfehlung eines beratenden Gremiums, dessen Mitglieder Funktionen an

der Spitze staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen wahrgenommen haben oder über Erfahrungen in einem wichtigen politischen Amt verfügen. Wird die Aufnahme der angestrebten Beschäftigung untersagt, besteht auf jeden Fall für die Karenzzeit der Anspruch auf Übergangsgeld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Verfahren ist demnach transparent und ausgewogen und hat sich anderswo bewährt. Das zeigt auch ein aktuelles Beispiel aus unserem Nachbarland Brandenburg. Die ehemalige Sozialministerin möchte drei Monate nach Ausscheiden aus ihrem Amt zu einem Wohlfahrtsverband wechseln. Darf man das? Darf man das nicht? Hat das ein Geschmäcke oder hat das kein Geschmäcke? Auch bei mir hat dieser angekündigte Wechsel meiner Genossin Fragen aufgeworfen, aber in Brandenburg gibt es gesetzliche Regelungen für Karenzzeiten. Die dortige Staatskanzlei prüft jetzt den Vorgang und sagt, dass sie niemandem Steine in den Weg legen wolle, aber natürlich seien Recht und Gesetz eingehalten, also hier die Karenzzeitregelungen im Land Brandenburg. Die ehemalige Sozialministerin müsse nun den Nachweis erbringen, dass eine mögliche Beschäftigung bei dem Wohlfahrtsverband nicht zu Konflikten mit ihrer früheren Tätigkeit als Sozialministerin führe.

Auch die Opposition im brandenburgischen Landtag hält sich in diesem Fall mit Kritik eher zurück. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion dort meint etwa, dass zunächst einmal das alles nachvollziehbar und richtig ist, dass ehemalige Minister sich nach dem Ausscheiden auch wieder um eine Arbeit bemühen. Ob das gesetzlich vorgeschriebene Abstandsgebot verletzt werde, wenn die ehemalige Ministerin bei einem Wohlfahrtsverband tätig sei, darüber müsse nun die Staatskanzlei befinden. Das ist Gesetzeslage im Nachbarland. Auch die dortige CDU-Fraktion möchte jeden Anschein vermeiden, dass ausscheidende Ministerinnen und Minister später Kasse machen können, und hat deshalb keine Kritik an den dortigen Regelungen zu Karenzzeiten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Hört, hört!)

Und von Berufsverboten sprechen sie schon gar nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten in Mecklenburg-Vorpommern nach all den zähen Jahren des Nichtstuns, des Beobachtens, des Prüfens, des Zauderns endlich zu Potte kommen und auch für unser Land, für unsere Regierung, für unsere Ministerinnen und Minister, Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre Karenzzeiten einführen. Die Regelung des Bundes ist nach Auffassung unserer Fraktion nicht perfekt, aber sicher ein guter Kompromiss, der sich in der Praxis bewährt hat. Worauf warten wir also noch länger? Ich bitte die Koalitionsfraktionen daher, anders als sonst üblich, den Gesetzentwurf nicht einfach wieder vom Tisch zu wischen und zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss zu überweisen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Landesregierung der Finanzminister Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt in der Sache nicht viel mehr zu sagen, jedenfalls seitens der Landesregierung, als das, was der Kollege Caffier während meiner letzten Krankheit dazu hier in meinem Namen vorgetragen hat.

Werter Herr Ritter, es ist ohne Zweifel richtig, dass diese Frage, die von Ihnen jetzt auch durch einen Gesetzentwurf aufgeworfen wird, die Öffentlichkeit interessiert und ein Thema ist, das diskutiert wird, für das es auch gute Argumente gibt. Es gibt aber auf der anderen Seite ebenso gute Argumente, die bereits alle ausgetragen worden sind. Wir diskutieren am Ende über einen Grundrechtseingriff, der verschiedene Konsequenzen haben kann, wo man sich auch sehr schnell, selbst wenn man Bundesregeln übernimmt oder eben angelehnt übernimmt, in die Nesseln setzen kann. Deswegen hat sich die Landesregierung, auch wenn das sicherlich aus Ihrer Sicht nicht befriedigend sein wird, den Grundsatz gegeben, diese Frage sehr gründlich zu prüfen und an dieser Stelle der Geschwindigkeit nicht den größeren Vorzug zu geben.

Sie haben jetzt selber ausgeführt, dass Sie die Abkürzung dadurch nehmen, dass Sie die Maßstäbe des Bundestages im Wesentlichen hier für den Landesgesetzgeber vorschlagen. Aus unserer Sicht ist es – jedenfalls für uns – noch etwas verfrüht, zu solchen konkreten Regelungen zu kommen. Insofern bitte ich um Verständnis dafür, dass wir weiter an dem Thema arbeiten werden und wenn wir das Ergebnis erzielt haben, dem Parlament auch einen Vorschlag unterbreiten werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Renz, CDU: Das ist keine Schleife,
sondern ein kontinuierlicher Pfeil.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsidentin! Werte Kollegen und liebe Gäste! In der Tat, es ist schon fast alles dazu gesagt, deswegen werde ich mich auch sehr kurz fassen. Im Kern hat Herr Ritter mit der Einbringung seines Antrages das Notwendige und Richtige ausgeführt. Auch wir sind uneingeschränkt für die Einführung von Karenzzeiten für die Landesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre, schon allein, um nach außen zu signalisieren, dass man sich hier nicht mit einem „Geschmäckle“ – in Anführungs- und Schlusszeichen – nach außen wagen möchte. Wir glauben, es ist Zeit, das einzuführen.

Wir haben eben wieder gehört von Herrn Brodkorb, die Landesregierung prüft und prüft und prüft, sie prüft jetzt. Als es das erste Mal eingebracht wurde vor vier Jahren, da hieß es, man wartet die Regelungen im Bundestag ab. Der Bundestag hat längst eine entsprechende Regelung getroffen. Vor zwei Monaten war der Antrag zu unkonkret, jetzt ist er hinreichend konkretisiert, und Sie prüfen immer noch weiter. In der Tat, es geht eventuell um einen Grundrechtseingriff, Berufsfreiheit, klassische

3-Stufen-Theorie, unterste Stufe Berufsausübungsfreiheit, keine Wahlfreiheit. Da ist es ausreichend, um die Schranke zu überwinden, dass vernünftige Gründe des Allgemeinwohls für diese Regelung sprechen, und die hat Herr Ritter, glaube ich, dargelegt. Ich sehe nicht, dass das kein vernünftiger Grund sein sollte, wenn man die Landesregierung und die Parlamentarischen Staatssekretäre selbst auch vor diesem Geruch, dass etwas nicht in Ordnung sein könnte, bewahren möchte.

Wir haben inhaltlich eine kleine Kritik anzubringen. Und zwar ist es richtig ist, dass im Einzelfall entschieden werden soll, also jeder Form des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes Rechnung getragen wird. Auch die zwei Jahre sind grundsätzlich als Maximalgrenze richtig, allerdings sehen Paragraph 12 Absätze 1 und 2 des Gesetzes über die Landesminister und -ministerinnen und Paragraph 5 des Gesetzes über die Parlamentarischen Staatssekretäre hier im Land gleichlautend ein Übergangsgeld vor. Das Übergangsgeld wird so lange bezahlt für jeden Monat, den der Minister, die Ministerin oder der Parlamentarische Staatssekretär im Amt waren, einen Monat lang. Uns würde vorschweben, damit man auch den Vorwurf, dass man jemanden in die, in Anführungszeichen, „Altersarmut“, Schlusszeichen, treiben könnte, auszuroten, dass man das an diese Regelungen anknüpft, also Karenzzeit so lange, wie ein Anspruch auf Übergangsgeld nach diesen Gesetzen besteht.

Das wäre das, was wir gerne noch einbringen würden und wären dann froh, wenn man das in den Ausschüssen diskutieren könnte, ansonsten aber Zustimmung zu Inhalt und politischer Bekundung der Linksfraktion. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind ein bisschen schuld, dass wir heute über das Thema reden, weil wir ja den Kollegen Ritter vor zwei Monaten aufgefordert haben, dann doch bitte einen konkreten Gesetzentwurf auf den Tisch zu legen. Das macht er heute hier. Das ist auch so sein gutes Recht.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Genau.
Und dann lehnen Sie es wieder ab.)

Wir bleiben bei unserer Grundkritik, die ich vor zwei Monaten geäußert habe. Ich will jetzt gar nicht noch mal jedes Detail aufmachen, aber – und das war ja auch einer Ihrer Argumentationsstränge seinerzeit – Sie haben das so ein bisschen angelehnt an die Regelungen, die es für die Beamten im Land gibt, wo wir natürlich auch sagen, Beamtentätigkeit ist in der Regel angelegt auf ein gesamtes Berufsleben. Minister oder Parlamentarischer Staatssekretär haben ja irgendwo Grenzen. Die sind bei einem etwas länger, beim anderen etwas kürzer, aber es gibt Grenzen. Deswegen ist dort natürlich eine Gleichsetzung schwierig.

Ich finde es auch ein bisschen willkürlich an der Stelle, sich jetzt Minister und Staatssekretäre rauszugreifen. Gleiches müsste man dann machen, wenn man sagt, man will das flächendeckend auch für Oberbürgermeister, für Landräte, für Beigeordnete, vielleicht sogar für

Landtagsabgeordnete, weil da soll es auch den einen oder anderen geben, der vielleicht Lobbyist in diesem Sinne ist, der für seinen Wahlkreis Dinge organisiert, der dann auch mal Fördermittel organisiert.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Da müssten Sie in dem Zuge auch sagen, Abgeordneter XYZ darf dann auch die nächsten Jahre dort tätig sein.

Für mich und für unsere Fraktion ist auch eine ganz grundsätzliche Frage zu stellen: Was für ein Parlament und was für eine Landesregierung demzufolge? Denn ich bleibe dabei, in unserer parlamentarischen Demokratie speisen sich ja sozusagen die Landesregierung oder die Bundesregierung in der Regel aus dem Parlament. Und was für Politiker wollen wir hier haben? Oft hören wir ja die Kritik, das sind alles Berufspolitiker. Den schönen Spruch „Kreißaal, Hörsaal, Plenarsaal“ kriegt man dann zu hören. Genau das unterstützen wir doch mit solchen Geschichten, denn Sie werden keinen Unternehmer mehr bekommen, der sagt, okay, ich stelle mich mal fünf Jahre zur Verfügung als Wirtschaftsminister, oder einen Landwirt.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist falsch, Herr Ehlers.)

Natürlich ist das nicht falsch.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Natürlich ist das falsch. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Denn einem Landwirt, dem man jetzt sagt, pass auf, du machst jetzt mal fünf Jahre, gehst in den Landtag, wirst vielleicht Minister – alles mal so fiktive Beispiele –, danach noch zu erklären, aber nach der Zeit darfst du nicht wieder zurück in deinen Betrieb für 18 Monate, weil du hier Landwirtschaftsminister warst, deswegen ist es, glaube ich, nicht falsch, Herr Wildt,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das stimmt ja so gar nicht.)

und deswegen muss man diese Grundsatzfrage diskutieren.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist ja kein Automatismus.)

Von daher ist das, glaube ich, der Ansatz, über den wir reden würden.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist doch kein Automatismus. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Wir wollen externen Sachverstand. Ich würde mir wünschen, dass unsere Parlamente auch wieder etwas bunter dahin gehend werden und wir nicht nur bestimmte Berufsgruppen haben, weil es gehört einfach zur Wahrheit dazu, dass wir momentan bestimmte Berufsgruppen in den Parlamenten gar nicht mehr haben. Dazu gehören beispielsweise Unternehmer, Landwirte. Die haben wir viel zu wenig in unseren Parlamenten.

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Ich habe es beim letzten Mal gesagt und wiederhole es gerne, das ist für mich immer eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist doch völlig ungerecht. Ich habe die beiden Beispiele genannt, weil sie noch in Erinnerung sind: zwei ehemalige Bildungsminister, denen ich ja gar nichts nachsagen möchte. Ein Kollege Metelmann darf nach seinem Ausscheiden als Bildungsminister direkt wieder an der Uni Greifswald auf seinen Lehrstuhl gehen, weil es öffentlicher Dienst ist. Unser Parteifreund Henry Tesch darf nach seinem Ausscheiden als Bildungsminister sofort wieder Schulleiter werden, weil es öffentlicher Dienst ist. Aber jemand anderes – ein Wirtschaftsminister, ein Landwirtschaftsminister, wer auch immer – dürfte rein theoretisch danach nicht wieder zurückgehen in den vorher ausgeübten Beruf. Das ist doch eine schreiende Ungerechtigkeit. Ich finde, das, Herr Kollege Ritter, muss man auch mal sagen, wenn man dieses Thema hier diskutiert.

(Beifall Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ich glaube, was mir so ein bisschen mit unterschwillt, ist, dass das Thema Generalverdacht hier ein bisschen mit reinkommt. Natürlich sind es die Beispiele, die wir vielleicht alle in Erinnerung haben, ob es nun Schröder ist mit Gazprom oder andere, die dann wahrscheinlich zu solchen Entscheidungen geführt haben. Und bei mir ist auch die Frage – einfach nur die Regelungen des Bundes zu übernehmen, der Finanzminister ist darauf eingegangen, ist darüber hinaus vielleicht nicht so sehr kreativ –,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

die Frage ist ja überhaupt dieses bestehende Gremium, denn Sie sagen ja, die Mitglieder des beratenden Gremiums, so zitiere ich, sollen „Funktionen an der Spitze staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen wahrgenommen haben oder über Erfahrungen in einem wichtigen politischen Amt verfügen“. Da frage ich mich schon mal, ja, aus welchem Bereich sollen die denn kommen. Sind das irgendwie Gewerkschaftsfunktionäre oder Unternehmensverbände oder wie auch immer, welches politische Amt und so weiter und so fort?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das können wir alles im Ausschuss
diskutieren, Herr Kollege Ehlers.)

Ein wichtiges Argument – darauf ist unser Fraktionsvorsitzender beim letzten Mal anhand seiner eigenen Biografie eingegangen, da er nach dem Ausscheiden aus dem Landtag direkt wieder in das Wirtschaftsleben eingestiegen ist – ist, das erwarte ich als Steuerzahler eigentlich auch, dass man sich hier nicht 18 Monate auf dem Übergangsgeld ausruht, sondern dass man sich am Ende des Tages bemüht, sofort wieder einen Job zu bekommen. Und das verhindern wir natürlich, wenn wir solche Karenzzeiten schaffen.

Deswegen muss das, glaube ich, vernünftiger abgewogen sein. Ich bin dem Finanzminister sehr dankbar, dass das so intensiv an der Stelle geprüft wird, weil es am Ende nicht dazu führen darf, dass wir dann für bestimmte Berufsgruppen die Politik noch unattraktiver machen, als sie es jetzt schon ist. Wir wollen wieder stärker ein Spiegelbild der Gesellschaft im Parlament und möglichst auch in der Regierung haben. Deswegen müssen wir alles unterlassen, was das konterkariert. Deswegen werden wir

heute Ihren Vorschlag hier auch ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie können sich Zeit nehmen.
Das reicht nicht mehr.)

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete! Die Fraktion Freie Wähler/BMV wird dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen, also das heißt, der Überweisung – es geht ja heute um die Überweisung – in die Ausschüsse zustimmen, denn eine Karenzzeit ist durchaus sehr sinnvoll und steht dem Ziel eines lebendigen Parlamentes, was in der Gesellschaft verwurzelt ist, Herr Ehlers, überhaupt nicht im Wege.

Ich möchte da mal das beste Beispiel heranzuführen, was man wohl heranzuführen kann, wenn Sie so wollen. Das Mutterland des Kapitalismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Dort gibt es Karenzzeiten seit 1962. Wir haben dort einen ganz lebhaften Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft, und das ist auch gut so. Das halte ich in der Tat für sehr zielführend, dass sich das Parlament und die Regierung immer wieder auch aus der Gesellschaft insgesamt erneuern. Die Regelungen sind sogar sehr viel weitergehend, als das hier gefordert ist. Es sind nicht nur Mitglieder der Exekutive, sondern auch der Legislative davon betroffen, aber immer mit Augenmaß und natürlich immer nur, wenn es einen konkreten Anlass gibt und nicht pauschal die Regelung, sagen wir mal, dass jeder diese Karenzzeit ausüben muss. Davon ist im Gesetzentwurf auch überhaupt nicht die Rede, sondern es ist ja nur die Möglichkeit der Untersagung. Und dafür muss es eben einen konkreten Anlass geben.

Wenn also jemand zum Beispiel im Verteidigungsministerium dafür verantwortlich ist, bestimmte Aufträge zu erteilen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

dann kann er nicht anschließend zu dem Lieferanten wechseln und dort diese Angebote mit diesem Insiderwissen verhandeln. Das ist doch eigentlich ganz klar und leuchtet auch unmittelbar ein. Das heißt ja nicht, dass er nicht in irgendeinem anderen Betrieb, meinetwegen auf seinem heimischen Bauernhof, wieder arbeiten kann. Davon hat nie jemand gesprochen, Herr Ehlers. Ihre Kritik geht da völlig am Thema vorbei.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Deswegen setzen wir uns sehr dafür ein, dass über eine Karenzzeit geredet wird. Ich glaube, dass der Gesetzentwurf sicherlich noch zu verbessern wäre, aber darüber möchte ich heute gar nicht reden, weil das können wir dann in den Ausschüssen tun. Dafür sind die ja da.

Ich habe mich gerade auf die USA bezogen. 1962 ist auch nicht das Gesetz erlassen worden und das ist seitdem unverändert, sondern selbstverständlich wurde es

immer wieder überarbeitet und angepasst an die Realität. Das werden wir auch mit diesem Gesetz tun müssen. Es wird immer wieder mal Neuigkeiten und Neuerungen oder Sachverhalte geben, an die man jetzt gerade nicht denkt. Das ist auch gar nicht weiter schlimm. Das kann man in den Folgejahren immer noch machen.

Das Entscheidende – deswegen bin ich dankbar für diesen Antrag und für diese Vorlage –, das Entscheidende ist, dass wir den Einstieg schaffen in die Karenzzeit. Es ist aus Sicht des Bürgers und des Steuerzahlers, der hier immer wieder angeführt wird, absolut nicht nachzuvollziehen, wenn man sich diesem Thema komplett verweigert, denn es geht schließlich darum, das Gemeinwohl, die Gemeinwohlinteressen zu verteidigen gegenüber Zielen, die vielleicht dem Gemeinwohl entgegenstehen können. Können! Das ist immer nur Konjunktiv. Wie gesagt, das muss dann fallweise entschieden werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den Worten eben, das ist schon größtenteils gesagt, hat man natürlich auch an der Redelänge meiner geschätzten Vorredner gesehen – der Kollege Ehlers hat es schon gesagt und Herr Ritter ist selber darauf eingegangen –, im Prinzip ging es ja um den Antrag, den wir im September ausführlich diskutiert haben, wo dann ein Zwischenruf dazu geführt hat, dass wir heute über den Gesetzentwurf sprechen.

Sie haben natürlich recht, wenn wir sagen, wir haben ein praxistaugliches Modell vom Bund genommen und jetzt angepasst aufs Land. Da will ich aber gerne auf den Finanzminister verweisen, und ich glaube, das ist ein Vorgehen, was wir hier im Haus ja eigentlich regelmäßig machen. Sie hatten es beim letzten Mal irgendwie als „Respekt vor der Landesregierung“ titulierte, dass Sie nicht unbedingt als Abgeordnete ..., weil die Abgeordneten machen ihr Abgeordnetengesetz, die Regierung macht Vorschläge für den Bereich.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich glaube, es ist gut, dass wir schauen, was es einerseits auf Bundesebene gibt, aber auch, was passiert in den verschiedenen anderen Bundesländern, wie sind dort die Vorgaben, welche Möglichkeiten haben wir denn.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Ich glaube, dass wir eine Karenzzeit wollen, dass wir die Möglichkeiten prüfen, haben wir schon gesagt, es ist ja auf dem Weg. Es wird auch geschaut, was sind eigentlich die besten Punkte.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Wie lange schauen Sie denn
noch weiter?)

Aber um auf den Kollegen Ehlers einzugehen, gerade auch diese Frage: Wie kriegt man eigentlich Menschen aus den unterschiedlichen Lebens- und Berufsfeldern,

die möglicherweise nur wenige Jahre im Parlament sind oder in der Regierung sind, dann wieder zurückwechseln wollen? Wie kriegen wir es attraktiv? Wie wollen wir diesen Bereich ...? Denn wir wollen ja gute Leute,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist doch gar kein Problem.)

wir wollen eine Einzelfallprüfung.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Davon wurde gerade auch schon gesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das steht doch im Gesetz drin. –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das steht doch drin im Entwurf.)

Wir haben aber natürlich das größte ... Das ist sozusagen auch das, wir wollen diesen Generalverdacht verhindern. Wir wollen natürlich, dass der Anschein vermieden wird, denn Anschein von irgendeiner Vorteilsnahme, dass jemand nur aufgrund eines Ministeramtes oder dergleichen – wir haben eben schon andere Beispiele gehört – einen persönlichen Vorteil, einen Vorteil im beruflichen Werdegang hat, davon wollen wir weg. Deswegen ist es wichtig, uns Maßnahmen anzuschauen, die geeignet, erforderlich,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das Gegenteil ist doch der Fall.)

aber auch verhältnismäßig sind.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Es ist doch genau das Gegenteil der Fall.)

Der Kollege Jochen Schulte hatte beim letzten Mal für unsere Fraktion im September auch schon verschiedene Beispiele. Unter anderem ging es auch um die Rechtsanwälte, was die natürlich teilweise für Probleme haben.

Uns geht es bei der Karenzzeitregelung darum, dass wir die Prüfung machen, was ist in anderen Bereichen.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Uns geht es, wie wir es gesagt haben, um Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Deswegen werden wir uns zu geeigneter Zeit hier sicherlich zum Thema noch mal verständigen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Im Jahr 2300
sprechen wir dann darüber noch mal.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Ein Hinweis: Hier im Parlament wird nicht telefoniert.

Peter Ritter, DIE LINKE: Wer macht denn so was?

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich lachen oder weinen soll. Auf alle Fälle bin ich menschlich enttäuscht, denn es hat ja

nicht nur zu neuen Argumenten gereicht heute, warum die Koalition diesen Gesetzentwurf ablehnt. Es sind eine ganze Reihe von Fragen gestellt worden, die ich durchaus als berechtigt ansehe. Es sind Änderungsvorschläge von den anderen beiden Oppositionsfraktionen gemacht worden, die es wert wären, sie gemeinsam zu beraten. Und wo macht man das gemeinhin? Im Ausschuss.

Seitens der Koalitionsfraktionen ist nicht ein Grund benannt worden, nicht einer, warum man den Gesetzentwurf nicht zur Ausschussberatung überweisen würde. Es sind sozusagen die Nebelkerzen der letzten Debatte, der letzten Debatten der letzten Jahre wieder gezündet worden. Überzeugend ist das nicht. Ich weiß gar nicht, ob Sie sich so richtig wohlfühlen in Ihrer Haut,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Müssen wir eine Volksinitiative starten.)

wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, oh, wir prüfen mal und wir prüfen, und immer wieder neue Prüfgründe finden, um sozusagen jetzt selbst einem konkreten Vorschlag nicht zuzustimmen.

Ich gebe ja zu, dass wir beim letzten Mal die Absicht hatten – Kollege da Cunha ist eben noch mal darauf eingegangen –, dass wir als Parlament den Ministerinnen und Ministern sozusagen ihr eigenes Tun und Lassen nicht vorgeben wollten. Das war Ihnen nicht hinreichend genug. Da hieß es, machen Sie doch einen Gesetzentwurf. Ja, nun habe ich meinen Referenten gebeten und der hat tagelang an diesem Gesetz gesessen und legt uns den jetzt hier vor. Was machen Sie? Sie bereiten ihm wieder eine der größten Enttäuschungen in seiner Laufbahn,

(Zurufe vonseiten
der Fraktion der SPD: Oooh! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

indem Sie nicht mal bereit sind, sich mit sachlichen Argumenten auseinanderzusetzen.

Da wird doch einiges konstruiert, lieber Kollege Ehlers, was man selbst verantworten könnte, wenn man denn den Gesetzestext inklusive der Begründung gelesen hätte. Sie reden hier davon, ob man das denn nicht auch auf die Abgeordneten ausdehnen sollte. Sie vergessen dabei, dass wir Abgeordnete ein Mandat haben und kein Amt, also diese Regelung für Abgeordnete des Landtages scheinbar gar nicht zutrifft. Da könnte man von selber drauf kommen, wenn man sich mit seinem eigenen Abgeordnetenmandat mal auseinandersetzt.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Dann reden Sie davon, man müsste auch wieder die Beamten im Blick haben und deren Regelungen berücksichtigen. Genau das haben wir doch beschrieben in der Begründung im Gesetzestext, lieber Kollege Ehlers. Vielleicht machen Sie sich mal die Mühe und schlagen die Drucksache gemeinsam mit mir auf, auf Seite 9 „Zu Absatz 2“, ich zitiere: „Eine Frist von 18 Monaten und im Übrigen auch die in einigen Landesgesetzen vorgesehene Frist von 24 Monaten sind angemessen. Eine deutliche längere Frist, etwa im Hinblick auf § 41 des Beamtenstatusgesetzes und § 79 des Landesbeamtengesetzes Mecklenburg-Vorpommern ist nicht zu ziehen, da diese Bestimmungen auf das typische Beamtenverhältnis

abstellen, bei dem eine lebenslange wirtschaftliche Bindung mit Versorgung des Beamten durch den Dienstherren vorliegt. Diese Sicht ist dem Ministeramt fremd.“

Wenn Sie diese Begründung gelesen hätten und jetzt mitgelesen hätten, statt auf Ihrem Handy herumzutippen, hätten Sie sich die Frage auch selbst beantworten können. Ihre Argumente sind an den Haaren herbeigezogen. Auch die letzte Feststellung im letzten Redebeitrag zu hinterfragen, was passiert denn in anderen Ländern – ja, mein Gott, dann lassen Sie uns den Gesetzentwurf überweisen! Wir machen eine Anhörung mit Vertreterinnen und Vertretern der anderen Länder, Herr da Cunha. Da wird Ihnen diese Frage beantwortet werden.

Wir laden die Brandenburgerinnen und Brandenburger ein in den Finanzausschuss, meinethalben auch mitberatend in den Rechtsausschuss, und dann fragen wir sie, wie das denn bei ihnen ist. Wir laden die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung ein und fragen sie, ja, Mensch, wie ist denn das bei euch geregelt, warum hat Frau Bundesministerin Schwesig damals ihre Zustimmung nicht verweigert, wenn das alles gar nicht so schlimm ist. Das kann man doch in einem Ausschuss miteinander diskutieren.

Ich sehe, Sie sind dazu weder bereit noch in der Lage, und das ist traurig. Ich bin gespannt, wann sozusagen Ihr Gesetzentwurf, der vielleicht schon längst in Arbeit ist, das Parlament erreicht, und noch gespannter bin ich, worin sich dann dieser Gesetzentwurf von dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf unterscheiden wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2813 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. –

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Können wir das mal auszählen bitte? –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Gibt es ...

(Torsten Renz, CDU:
Das haben wir im Blick.)

Gut, es ist beantragt worden auszuzählen. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen. Ich hatte jetzt gerade die Gegenprobe aufgerufen und dann kam der Antrag von Herrn Ritter, also ganz offensichtlich die der Gegenprobe.

(Torsten Renz, CDU:
Geht das überhaupt mitten in der
Auszählung, mitten in der Abstimmung? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Mitten in der
Abstimmung ist man gelegentlich ruhig.)

Das gilt auch für alle.

So, und dann rufen wir jetzt wieder die Jastimmen auf bitte. Ich bitte erneut um Auszählung.

(Torsten Renz, CDU: Herr Foerster! –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Nicht zwei Hände heben!)

So, es hat eine Auszählung stattgefunden. Dafürstimmen waren 24, dagegen 29. Dann kann ich bei dieser Gelegenheit gleich verkünden, dass damit der Überweisungsvorschlag abgelehnt ist.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Gesetzentwurf wird gemäß Paragraph 48 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Aufbau Ost – Rentenkürzungen zurücknehmen – gesetzliche Rente endlich verbessern, Drucksache 7/2806.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Aufbau Ost – Rentenkürzungen zurücknehmen –
gesetzliche Rente endlich verbessern
– Drucksache 7/2806 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Oktober hat meine Fraktion Ihnen unser Positionspapier „Aufbau Ost“ vorgestellt. Die einzelnen darin enthaltenen Themen legen wir Ihnen detailgetreu Sitzungswoche für Sitzungswoche im Parlament zur Debatte und Entscheidung vor. Heute und als Erstes geht es um unsere Vorschläge für einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik, für eine solidarische gesetzliche Rente und die Korrektur des Unrechts bei der Überführung des DDR-Rentenrechts in bundesdeutsches Recht.

Anfang dieses Monats hat sich die Koalition im Bundestag – unter nebenbei bemerkten guten konjunkturellen Bedingungen – auf ein Rentenpaket geeinigt. Es besteht aus einer doppelten Haltelinie. Das Rentenniveau soll bis 2025 nicht unter 48 Prozent sinken und der Rentenbeitrag soll bei derzeit 18,6 Prozent liegen und nicht über 20 Prozent steigen. Weiterhin soll ein Teil der Mütter und der erwerbsgeminderten Menschen rentenrechtlich bessergestellt werden. Zum Jahr 2025 soll es keinen Unterschied zwischen den Rentenpunkten in Ost und West geben.

Das sind alles positive Meldungen. Aber ist damit soziale Gerechtigkeit in der Rente gegeben? Wir sagen, Nein. Aus unserer Sicht muss die Rentenversicherung tatsächlich zukunftsfest gemacht werden. Auch brauchen wir eine Rentenreform, die ihren Namen verdient, weil die Ungerechtigkeiten bei der Rentenberechnung durch das Rentenpaket nicht beseitigt wurden.

Was meine ich? Beginnen wir mit der Mütterrente, für die sich die CDU/CSU bundesweit lobt. Nach dem Rentenpaket erhalten Mütter, die ein Kind vor 1992 geboren haben, ab 2019 2,5 Rentenpunkte. Das ist mehr als die jetzigen zwei Punkte, aber es sind nicht drei, wie sie

Frauen erhalten, die ihr Kind nach 1992 zur Welt gebracht haben. Wieso werden Zeiten der Kindererziehung unterschiedlich behandelt? Gerechtigkeit sieht anders aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

An der geplanten Regelung werden wiederum nur die Frauen in voller Höhe partizipieren, die für die Kindererziehung ein Jahr zu Hause geblieben sind. Das war in den ostdeutschen Bundesländern nicht die Regel. Hier nahmen viele Mütter schon im einjährigen Erziehungsurlaub, dem sogenannten Babyjahr, ihre Berufstätigkeit wieder auf. Damit erwarben sie eigene Rentenansprüche. Diese werden heute allerdings mit den Ansprüchen aus der Kindererziehung verrechnet.

(Torsten Renz, CDU:
Ja, aber wenn die dann tiefer
sind, werden die aufgestockt.)

Diese Frauen erhalten keine 2,5 oder 3 Punkte zusätzlich, da die Rentenansprüche pro Jahr durch die Beitragsbemessungsgrenze dann noch gedeckelt sind. Diese Ungleichbehandlung wurde bislang ebenso wenig beseitigt wie die Verrechnung der Mütterrente für diejenigen, die auf Grundsicherung oder die Hilfe zur Pflege angewiesen sind. Das ist kein Ruhmesblatt für soziale Politik.

Mit der Veränderung bei der Erwerbsunfähigkeitsrente im Rentenpaket nahmen sich Bundesregierung und Parlament zwar eines schon lange bestehenden Problems an, sie schufen aber neue Ungerechtigkeiten. Zur Information: Wer jetzt, im November 2018, krankheitsbedingt aus dem Beruf ausscheidet, der erhält eine Erwerbsunfähigkeitsrente, bei der unterstellt wird, dass die betreffende Person bis zum Alter von 62 Jahren und 3 Monaten gearbeitet habe. Wer hingegen ab kommendem Jahr Erwerbsunfähigkeitsrentnerin oder Erwerbsunfähigkeitsrentner wird, für den unterstellt das Rentenpaket Erwerbstätigkeit bis zum Alter von 65 Jahren und 8 Monaten. Das ist bei einem durchschnittlichen Verdienst ein Unterschied von etwa 100 Euro.

Die Ungerechtigkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sind systemimmanent. Mit dem Renten-Überleitungsgesetz vom Juli 1991 wurden die rentenrechtlichen Regelungen des Sozialgesetzbuches VI auf das Beitrittsgebiet ausgedehnt. Mit dem Gesetz wurden aber auch Sonderregelungen für die neuen ostdeutschen Bundesländer geschaffen. Da sind zum einen die unterschiedlichen Regelkreise. Sie besagen, dass die Rentenberechnung für die west- und die ostdeutschen Bundesländer getrennt erfolgt. Das war als kurzfristige Lösung gedacht, hatte etwas mit den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und der Wirtschaftskraft zu tun, denn bekanntlich sollte die Rentenberechnung spätestens ab dem Jahr 1996 bundeseinheitlich erfolgen. Dieses systemische Konstrukt über verschiedene Rentenwerte sorgt bis heute für Ungleichbehandlung. Der Rentenwert drückt das finanzielle Ergebnis eines Entgeltpunktes aus, und das ist bis heute in Ost und West wie gesagt verschieden. Im Osten bedeutet ein Entgeltpunkt zurzeit 30,69 Euro und im Westen 32,03 Euro.

Zu einer weiteren Ungerechtigkeit: Mit dem Renten-Überleitungsgesetz vom 25. Juli 1991 wurden grundlegende Maximen im bundesdeutschen Rentenrecht aufgegeben. Bis dahin kannte das Rentenrecht keine Ele-

mente des Strafrechts. Für das Beitrittsgebiet wurden jedoch mit dem Renten-Überleitungsgesetz Elemente des Strafrechts in das Rentenrecht konstruiert. Bis heute wird die gesetzliche Rente für bestimmte Versicherungsgruppen pauschal gekürzt. Zu den Betroffenen gehören Beschäftigte in der DDR, die pauschal als staatsnah eingeschätzt werden, Beschäftigte, die in einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem Versicherte waren, und alle Beschäftigten, deren Einkommen eine bestimmte Höhe überschritt.

Zu der Kürzung der Rentenanwartschaften auf eine bestimmte Höhe sollte man wissen, dass in der DDR nur die Arbeitseinkommen bis 600 Mark beitragspflichtig für Sozialversicherungen waren. Letztere bildeten organisatorisch gesehen das Dach für die Rentenversicherung. Ab März 1971 gab es in der DDR die Möglichkeit, für darüber hinaus gehende Löhne und Gehälter freiwillige Beiträge in einem neuen Teil der Rentenversicherung einzuzahlen, die sogenannte Freiwillige Zusatzrente FZR, mit der eine zweite Säule der Alterssicherung aufgebaut werden sollte. Zusammen mit der Rente aus der Sozialversicherung sollte sie den Versicherten nach 25 Jahren Beitragszahlung eine Rente von – man höre und staune – 90 Prozent des Nettolohns ermöglichen.

Mit dem Renten-Überleitungsgesetz wurden die Beiträge für die FZR in die gesetzliche Rentenversicherung überführt, logischerweise. Damit war aber die zweite Säule der Alterssicherung für alle Ostdeutschen beseitigt. Die hier gezahlten Beiträge wurden wie Pflichtversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Rente behandelt und für alle eine Beitragsbemessungsgrenze eingeführt, die es zuvor nicht gab in der DDR. Wer die FZR gewählt hatte,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

zahlte für ein volles Gehalt Beiträge. Von denen wurden mit dem Renten-Überleitungsgesetz nur diejenigen bis zu einer eingeführten Beitragsbemessungsgrenze anerkannt. Das verstößt gegen den Vertrauensschutz. Das Äquivalenzprinzip – es geht immer um Prinzipien und Konstruktionen und systemische Anlagen, Herr Krüger –, das Äquivalenzprinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung wurde für höhere Beiträge einfach aufgehoben.

Wir meinen, das ist ungerecht. Wir schlagen mit unserem Antrag vor, all diese Ungerechtigkeiten im bundesdeutschen Rentenrecht zu beseitigen. Wir wollen, dass jedes Kind – egal, wann geboren – für die Mütter die gleiche rentenrechtliche Anerkennung bedeutet. Wir schlagen vor, dass die Mütterrente und Ähnliches bei der Grundsicherung und Hilfe zur Pflege nicht mehr herangezogen wird, dass für Menschen im Hartz-IV-Bezug endlich wieder Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden.

(Beifall Karen Larisch, DIE LINKE)

Wir wollen aber auch, dass die Kürzungsfaktoren bei der Rentenberechnung wie der Riester-Faktor, der ja vor allem eine Förderung von Versicherungskonzernen ist, beseitigt werden. Wir sind für eine einheitliche Rentenberechnung, also den Wegfall der zwei Regelkreise. Der ist ja angelegt, bis zur Mitte 2024 soll das geschehen, aber warum erst 35 Jahre nach der deutschen Einheit? Wir wollen also in dem Zusammenhang auch berücksichtigt sehen, dass es dann immer noch eine Höherbewertung der ostdeutschen Beiträge geben muss,

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

bis sich das Lohnniveau zwischen den ost- und westdeutschen Ländern angeglichen hat, sonst setzt sich systemisch ja auch eine derartige Ungleichheit der Einkommen fort,

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

die zementiert dann die Ungleichheit auch der rentenrechtlichen Regelungen in Ost und West.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ja.)

Es ist ja im Übrigen, um mal abzuweichen vom Text, nicht von ungefähr, wenn man sich heutzutage, 28 Jahre nach dem Vollzug der deutschen Einheit, soziale Landkarten der Bundesrepublik Deutschland anschaut, dann sieht man in etwa immer noch die Grenze zwischen der vormaligen BRD und der vormaligen DDR.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Aber nicht bei der Rentenhöhe!)

Und das kann nicht sein!

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Nicht bei der Rentenhöhe!
Das ist falsch.)

Bei der Rentenhöhe gestaltet sich das etwas anders, Herr Wildt, das ist in der Tat so.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Die höchsten Renten werden
in Ostberlin gezahlt.)

Da gibt es auch Verschiebungen, die sind unter anderem begründet in der Erwerbsbiografie von Frauen zum Beispiel, in den Höhen. Gleichwohl sind unbestritten diese Ungerechtigkeiten, die ich aufgezählt habe und sachlich hier analysiert habe, nicht wegzureden.

Wir wollen das angehen. Es ist also eine Frage, wie sich das Parlament dazu verhält. Rentenpolitik ist Bundespolitik, das ist uns sehr wohl bewusst. Gleichwohl haben wir eine Verantwortung dafür, uns politisch zu positionieren, denn wir haben auch die Verantwortung für die Menschen, die in diesem Land leben, und über die Länderkammer, praktisch den Bundesrat und andere Kanäle, ist es immer angezeigt, auch Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen. Das wollen wir sehr wohl.

Wenn die Frage steht, wie soll das bezahlt werden – auch das Rentenpaket wird bezahlt mit dem Geld der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, logischerweise, und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Darüber hinaus – wir sind als Opposition selbstverständlich auch in der Pflicht, immer darüber nachzudenken, was könnte die Alternative sein zu den tradierten Systemen – schlagen wir die solidarische Bürger- und Rentenversicherung in diesem Falle vor. Da geht es letztendlich darum, dafür zu sorgen, dass alle einzahlen, alle beitragspflichtig werden mit ihren Einkommen, also auch Beamtenbezüge, Mieten und Dividenden, um nur einige zu nennen, und zur Beitragsberechnung herangezogen werden. Dann erhalten wir eine Versicherung, die ihre Mitglieder nicht nur vor Einkommensarmut schützt, sondern – einkommensarm sind in unserem Land im Übrigen mehr als

21.000 Rentnerinnen und Rentner, Sie können sich die Zahlen gern aus den statistischen Berichten anschauen,

(Torsten Renz, CDU:
Was bedeutet das prozentual?)

5,4 Prozent bekommen die Grundsicherung, Herr Renz, das nur nebenbei – wir sind gehalten, uns darum zu sorgen, dass eine Rentenversicherung und ein Rentensystem existiert, das armutsfest ist und den Lebensstandard sichert.

(Torsten Renz, CDU:
Das wollen wir auch, ja.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ein wesentlicher Aspekt spielte in den Ausführungen des Kollegen Koplitz nur eine untergeordnete Rolle. Und die Gewichtung dieses Aspekts offenbart dann bei durchaus vielen Gemeinsamkeiten für eine gute gesetzliche Rente wohl auch den Hauptunterschied zwischen den Vorstellungen der Linksfraktion und dem Rentenreformpaket der Bundesregierung. Ich spreche von der Generationengerechtigkeit, von dem fairen Interessenausgleich zwischen Älteren und Jüngeren in unserer Gesellschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich spreche von der nunmehr gesetzlich verankerten doppelten Haltelinie, die festschreibt, dass die Beiträge für die gesetzliche Alterssicherung und die Höhe des Rentenniveaus auf dem aktuellen Niveau garantiert werden. Es ist gerade dieser Punkt im – Achtung, Zungenbrecher – Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz, der das Rentenpaket zu einem großen politischen Wurf macht.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Mit dem Rentenpaket erneuern wir das Kernversprechen unseres deutschen Sozialstaates. Der Rentenpakt gewährleistet zunächst bis 2025 Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Generationen, und für die Zeit nach 2025 soll die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission bis Anfang 2020 Vorschläge für die langfristige Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung unterbreiten. Das zum Jahreswechsel in Kraft tretende Rentenpaket bringt Verbesserungen für viele Menschen, auch und gerade in Mecklenburg-Vorpommern, und geht das Thema Altersarmut an. Die Große Koalition trägt damit erheblich zur sozialen Sicherheit und zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland bei.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf als sozialdemokratische Landesministerin auch offen bekunden, dass ich das Rentenpaket als einen wichtigen sozialpolitischen Erfolg der SPD betrachte. Das gibt Kraft und Motivation in nicht gerade leichten Zeiten, meine Damen und Herren, und es zeigt, wir sollten in Berlin wie auch hier in Schwerin unsere Arbeit mit Leidenschaft und Überzeugung machen,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Und mit Weitblick.)

um in wichtigen Zukunftsfragen gute Lösungen für die Menschen zu erreichen.

Mit dem Rentenpaket werden im Wesentlichen folgende Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umgesetzt: Das Rentenniveau wird bis zum Jahr 2025 bei 48 Prozent gehalten. Hierfür wird die Rentenanpassungsformel so ergänzt, dass bis zum Jahr 2025 mindestens ein Niveau von 48 Prozent erreicht wird. Das ist die Haltelinie 1. Die Haltelinie 2 ist, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung die Marke von 20 Prozent bis zum Jahr 2025 durch die Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel nicht überschreiten wird.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Was passiert 2026?)

Dazu komme ich gleich.

Sehr gut finde ich in diesem Zusammenhang, dass im Bundeshaushalt dafür Vorsorge getroffen wird, indem eine Rücklage „Demografievorsorge Rente“ aufgebaut wird. In den Jahren 2021 bis 2024 wird diese Rücklage jährlich mit 2 Milliarden Euro befüllt. Vereinbart ist zudem eine bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten der vor 1992 geborenen Kinder. Mütter oder auch Väter erhalten einen halben Rentenpunkt extra. Das kommt bundesweit etwa zehn Millionen Rentnerinnen und Rentnern zugute.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ganz wichtig ist auch, die Absicherung bei Erwerbsminderung wird deutlich verbessert. Die Zurechnungszeit wird für Rentenzugänge im Jahr 2019 in einem Schritt auf 65 Jahre und 8 Monate angehoben. Anschließend wird sie in Anlehnung an die Anhebung der Regelaltersgrenze schrittweise weiter auf 67 Jahre verlängert. Derzeit beträgt die Zurechnungszeit lediglich 62 Jahre und 3 Monate. Das ist für Frührentnerinnen und Frührentner ein deutlicher Fortschritt.

Wesentlicher Bestandteil des Rentenpaketes ist schließlich die Entlastung von Geringverdienern bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Davon profitieren bundesweit bis zu 3,5 Millionen Beschäftigte, die monatlich im Bereich von 450 bis 1.300 Euro verdienen. Zudem führen die verringerten Rentenbeiträge nicht mehr zu geringeren Rentenansprüchen.

Sehr geehrte Damen und Herren, an dieser skizzenhaften Aufzählung sehen Sie, durch die vorgesehenen Regelungen im Gesetz werden zukünftig Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner, Hinterbliebenenrentnerinnen und -rentner, Geringverdienende und Mütter bessergestellt. Insbesondere die Absicherung bei Erwerbsminderung war immer wieder ein Thema, da diese

Personengruppe besonders von sinkenden Rentenzahlungen betroffen und oft auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen ist. Das darf ich Ihnen gern mal für Mecklenburg-Vorpommern erläutern. Ende 2016 bezogen bei uns im Land insgesamt 20.865 Menschen ergänzende Sozialleistungen in Form der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von diesen knapp 21.000 Menschen waren fast 15.000 dauerhaft erwerbsgemindert – Tendenz steigend – und knapp 6.000 über der Altersgrenze. Sie sehen also, dass gerade in Mecklenburg-Vorpommern viele zukünftige Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner profitieren werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Rentenpakt ist ein großes sozialpolitisches Reformpaket. Das Absinken des Rentenniveaus wird gestoppt, ohne dass es dadurch zu höheren Beiträgen kommen wird. Mit dem Gesetz werden Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung weiter verbessert und gleichzeitig wird die Beitragslast für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft stabilisiert. Das Gleichgewicht zwischen Rentnerinnen und Rentnern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird so gewahrt. Das ist Generationengerechtigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wichtig finde ich auch die Einbeziehung Selbstständiger, die über keine eigene Altersvorsorge verfügen, damit sie im Alter und bei Erwerbsminderung entsprechend abgesichert sind.

Natürlich bleibt beim Thema Rente auch noch einiges zu tun. So gibt es derzeit einen Bund-Länder-Sozialpartnerdialog. In der Beratung werden verschiedene Modelle der Ausgestaltung einer möglichen Grund- oder Solidarrente mit 35 Beitragsjahren erörtert. Ausgangspunkt ist, wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss im Alter mehr als die Grundsicherung haben.

(Torsten Renz, CDU: Das ist richtig.)

Wir brauchen zudem einen Härtefallfonds für Personen, die durch die Rentenüberleitung Ost benachteiligt worden sind. Hier habe ich besonders die Frauen im Blick, die zu DDR-Zeiten geschieden wurden. Die Bundesregierung muss hier endlich Ungerechtigkeiten durch ein Entschädigungssystem beseitigen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist richtig.)

Genau das fordert auch ein von den ostdeutschen Gleichstellungs- und Frauenministerinnen initiiertes Beschluss.

(Torsten Renz, CDU:
War das nicht Gegenstand
bei den Koalitionsverhandlungen?)

Auf der letzten Gleichstellungsministerkonferenz im Juni wurde ein Antrag verabschiedet, der die Bundesregierung bittet, die Empfehlung des Frauenrechtsausschusses der Vereinten Nationen umzusetzen. Die Empfehlung beinhaltet unter anderem die Errichtung eines staatlichen Entschädigungsmodells, in dem die Renten von in der ehemaligen DDR geschiedenen Frauen ergänzt werden. Ich setze nun auf den solidarischen Beitrag der Bundesregie-

rung, um eine geschlechterspezifische Diskriminierung zu beenden.

Sehr geehrte Damen und Herren, zwei Dinge möchte ich noch betonen:

Erstens. Natürlich hätten wir in Mecklenburg-Vorpommern gern eine schnellere Angleichung der Ostrenten gehabt. Doch in bin überzeugt davon, ohne die kontinuierliche hartnäckige Arbeit von Erwin Sellering und Manuela Schwesig wäre es noch nicht einmal gelungen, dass die gesetzliche Angleichung bis 2025 kommt.

(Torsten Renz, CDU:
Das glaubt doch kein Mensch!)

Denn die Anhebung des Rentenwertes Ost

(Torsten Renz, CDU: Bis jetzt war
das alles so seriös, Frau Ministerin!)

ist gegen sehr harte Widerstände erkämpft worden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Fragen Sie mal bei Herrn Ramelow nach, werte Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Deshalb ist die Festschreibung der Anhebung in sieben Schritten, beginnend 2018, auf den Rentenwert West zumindest ein akzeptables Ergebnis.

Zweitens. Eine wesentliche Voraussetzung für eine auskömmliche Rente im Alter ist eine gute Arbeit mit einem fairen Lohn. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Arbeitslosigkeit im Oktober 2018 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. 58.300 Menschen waren arbeitslos gemeldet. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse ist weiter gestiegen. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte ist, unser allgemeines Lohnniveau ist zu niedrig. Jetzt muss es darum gehen, dass flächendeckend bei uns die Löhne und Gehälter steigen.

Kluge Unternehmen haben sich auch in Mecklenburg-Vorpommern bereits auf den Weg dazu gemacht, auch angesichts des immer größer werdenden Fachkräftebedarfs. Weitere Schritte müssen folgen. Mecklenburg-Vorpommern wird deshalb alle Aktivitäten unterstützen, mit denen die gesetzliche Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortgesetzt wird. Tarifgebundene Betriebe müssen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten als Betriebe ohne Tarifbindung. Frauen müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten. Frauen und Männer brauchen ein Rückkehrrecht, wenn sie aus der Elternzeit oder einer Pflegezeit in den Beruf zurückkehren. Nur so können sie aus der Teilzeitfalle geholt werden. Wir brauchen die Aufwertung der sozialen Berufe, die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf muss besser möglich werden und wir brauchen eine kontinuierliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns. 9,19 Euro reichen nicht zur Verhinderung von Altersarmut.

Die Landesregierung ist hier mutiger und sozialer als der Bund.

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Wir haben den Mindestlohn für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen von 9,54 Euro auf 9,80 Euro angehoben, eine entsprechende Verordnung wurde zum 1. Oktober 2018 in Kraft gesetzt.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Das hat aus meiner Sicht Vorbildcharakter, auch für den Bund. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

(Torsten Renz, CDU: Rentenexperte.)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach, Herr Renz!

Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Bürger im Land! DIE LINKE möchte hier wieder einmal Alleinvertreter der Rentner sein,

(Torsten Renz, CDU: Ich muss mal gucken,
was bei der AfD zum Thema drinsteht.)

sind Sie aber nicht. Grundsätzlich ist es überfällig, die bestehenden Rentenungerechtigkeiten abzuschaffen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wenn wir uns die sehr schlechte Entlohnung und die vielen Leiharbeiter, Pendlers, Niedriglöhner, Teilzeitarbeitskräfte und Saisonkräfte im Tourismusbereich in M-V vor Augen führen, wird eine auskömmliche Rente aus jetziger Sicht für viele in Mecklenburg-Vorpommern nur eine Illusion bleiben. Wir von der AfD sind uns durchaus alle einig, dass es endlich eine durchfinanzierte, sichere und auskömmliche Rente für die Lebensleistung unserer Bürger geben muss.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Die SPD,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

die SPD hat dazu

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

kein tragfähiges, durchfinanziertes Rentenkonzept für eine Rente, die zum Leben reicht.

(Torsten Renz, CDU:
Herr Gauland hat gesagt,
bei Ihnen ist das auch noch in Arbeit.)

Sie schraubt lediglich hilflos an irgendwelchen Stellschrauben, dies auch nur in Legislaturperioden, bedacht, wohlweislich immer weiter das Thema Rente für ihren Wahlkampf zu missbrauchen.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.)

Die CDU ist gleich ganz ohne Rentenkonzept in den Bundestagswahlkampf gezogen

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und wie ist das mit der AfD?)

und konnte damit ihre Position einfach mal offen verhandeln bei den Koalitionsgesprächen. DIE LINKE hat immerhin ein Rentenkonzept und arbeitet sich nun mit diesem Antrag auf Landesebene an ihm ab.

Ich habe es mir durchgelesen. Da stehen sehr viele gute Sachen drin, Herr Ritter, aber auch Dinge, die eben nicht so gehen und die wir anders sehen. So verhält es sich auch mit diesem Antrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo ist denn Ihr Konzept zur Rente?)

Wir haben momentan 40 Konzepte in der Schublade liegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: 40?! –
Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

40 Konzepte!

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und wir haben dazu extra einen Bundesparteitag nächstes Jahr.

(Peter Ritter, DIE LINKE: 65 wäre
besser, für jedes Jahr ein Konzept!)

Da wird die AfD über die soziale Linie entscheiden. Ganz basisdemokratisch, so, wie Ihnen das auch gefällt,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

werden wir aus diesen 40 Konzepten das Beste rausholen für Deutschland und für unsere Bürger.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Dann sollten Sie jetzt aufhören
und warten, bis Ihr Konzept fertig ist.)

Nee, nee,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

so einfach machen wir Ihnen das jetzt aber nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wer selber nichts hat, sollte
sich ein bisschen zurückhalten.)

Richtig erkennt DIE LINKE, dass die Riester-Rente für uns hier in M-V unbrauchbar ist. Ein privater Teil der Altersvorsorge ist aufgrund der Einkommenssituation hier im Land nicht brauchbar. Ein niedriger EZB-Zins hat darüber hinaus das bis dato Angesparte aufgezehrt. Dieses darf aus meiner Sicht auch als Enteignung durch die Hintertür bezeichnet werden.

Warum jetzt und vor diesem Hintergrund allerdings in Ihrem Antrag steht, dass es eine einkommens- und vermögensgeprüfte Mindestrente geben soll, erschließt sich mir nicht. Sie verwehren damit Rentnern, die sowieso schon nur das Minimum erhalten, einen Zuverdienst, Sie verwehren damit fleißigen und eigenverantwortlichen

Menschen die persönliche Absicherung, wie zum Beispiel durch Schaffung von Wohneigentum, und Sie verwehren ihnen damit die Schaffung von Vermögen. Was Sie hier wollen, ist für uns ein ungangbarer Weg der Gleichschaltung auf unterstem Niveau. Das machen wir nicht mit. Wir wollen Eigeninitiative belohnen und nicht bestrafen. Wir, die AfD, wollen, dass der Einsatz von Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, eine deutliche Anerkennung beim späteren Rentenbezug erhält.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir wollen, dass Kindererziehungszeiten entsprechend angerechnet werden, und wir von der AfD wollen auch, dass die Anzahl der Kinder in der Rentenberechnung eine deutliche Berücksichtigung findet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Außerdem bedeutet die Zahlung einer geringen Ostrente ebenfalls, dass gerade hier in M-V viele auf eine Aufstockung durch Grundsicherung angewiesen sind. Hier werden die Kommunen finanziell durch einen erhöhten Bürokratieaufwand weiter belastet. Laut einer Bertelsmann-Studie ist auch hier M-V der Negativspitzenreiter. In Mecklenburg-Vorpommern müssen die Kommunen nämlich durchschnittlich jeweils 43 Prozent Sozialkosten aufwenden.

Des Weiteren zeigt Ihr Antrag weitere Widersprüche. Zum einen berufen Sie sich auf 40 Versicherungsjahre, zum anderen argumentieren Sie mit 45 Arbeitsjahren, geknüpft an einen Mindestlohn von 12,63 Euro. Dann aber wiederum wollen Sie unter Punkt II.1.i) nur 12 Euro Mindestlohn, und dazu haben wir gleich noch mal eine Antragsdoppelung Ihrerseits, der Mindestlohn ist ja heute noch mal Thema oder am Freitag. Ihr Rentenkonzept ist an diese 12 Euro Mindestlohn geknüpft, allerdings konnte ich keine Ausfinanzierung erkennen, wie eingangs schon erwähnt.

Ihr Anliegen ist gut, einiges werden wir unterstützen. Ich rege aus diesem Grund an, einzeln über die Punkte in Ihrem Antrag abzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Regen
Sie an oder beantragen Sie? –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ich rege es an. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Na okay, dann machen wir das nicht.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Koplín hat es eingangs gesagt, DIE LINKE hat ihren „Aktionsplan Ost“ vorgelegt, „mehr Osten wagen“.

(Minister Dr. Till Backhaus: Mit dem Trabi.)

Gut, die Trabis auf dem Logo haben mich ein bisschen abgeschreckt, sage ich mal so. Als ehemaliges Kind der DDR hätte ich mir für den Osten doch vielleicht ein etwas anderes Symbol gewünscht, aber sei es, wie es sei. Und nun haben wir quasi jede Landtagssitzung zum Thema „Aufbau Ost“ Debatten. Beim letzten Mal hat der Kollege

Waldmüller entgegnet auf einen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Antrag, und ich finde – mal grundsätzlich vorweggestellt, aber das ist natürlich auch ein bisschen Ihrer Rolle hier geschuldet –, Sie zeichnen hier ein Bild von den Aufbauleistungen des Ostens, das, glaube ich, mit der Lebensrealität und mit der Wirklichkeit sehr wenig zu tun hat, denn bei allen Problemen, die es gibt, und die wollen wir gar nicht verschweigen, glaube ich, muss man mal das würdigen, was in den letzten Jahren hier passiert ist. Ihre Feststellungen sind in dem Bereich mehr als pessimistisch und ich halte dem einen Befund der Enquetekommission – da haben Sie mitgearbeitet, in der Enquetekommission – „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ entgegen. Ich glaube, Sie haben dem Bericht auch zugestimmt.

Ich zitiere dort mal aus dem Gutachten der Rostocker Professorin Frau Dr. Tivig: „Dagegen ist das heutige Rentenniveau – abgesehen von einzelnen Rentengruppen – vergleichsweise gut. In den alten Ländern haben die Rentnerinnen durchschnittlich 27 Beitragsjahre und Rentner 40 Jahre. In den neuen Bundesländern sind die Zahlen mit 39 Jahren für die Frauen und 45 Jahren für die Männer entschieden höher. Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag in Deutschland für den Zeitraum 1992 bis 2011 verzeichnete für Frauen eine Erhöhung von 66 Prozent (von 416 Euro auf 692 Euro) und für Männer eine Erhöhung von 60 Prozent (von 637 Euro auf 1.022 Euro). Dem gegenüber steht eine Steigerung des Verbraucherpreisindex im Zeitraum von 1992 bis 2011 von insgesamt 38 Prozent. Danach steht Älteren heute tendenziell mehr Einkommen zur Verfügung als noch vor zehn Jahren, doch muss in diesem Zusammenhang die konkrete Lebenswirklichkeit jetziger und zukünftiger Generationen in Mecklenburg-Vorpommern differenziert betrachtet werden.“ Zitatende.

Ich glaube, diese differenzierte Betrachtungsweise ist wichtig. Sie haben die Zahlen von 1992 bis 2011 gehört. Gegenüber 2011 stieg die Rente bis 2016 im Schnitt noch mal um 7,4 Prozent, 2017 gab es eine Rentensteigerung von 5,98 Prozent in den neuen Bundesländern, im Westen waren es 4,35 Prozent. 2018 stieg die Rente um 3,09 Prozent in den alten Ländern und 3,23 Prozent in den neuen Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein bisschen viel Zahlenmaterial, im Gegensatz zu meinen sonstigen Reden muss ich etwas mehr ablesen, aber Sie sehen daran, glaube ich, dass die Rentenüberleitung im Zuge der deutschen Einheit eine der größten sozialpolitischen Leistungen der vergangenen Jahrzehnte war,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und Freie Wähler/BMV)

und ich glaube, darauf können wir auch ein bisschen stolz sein. Ich glaube, es ist auch nicht so zielführend, wie es DIE LINKE hier macht, jetzt in einem Überbietungswettbewerb der sozialen Wohltaten einzutreten, denn ich glaube, damit werden diese hervorragenden Ergebnisse einfach ignoriert und Folge dessen ist auch ein gewisses Zerrbild der Istsituation im Feststellungspart Ihres Antrages unter Ziffer I.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wirklichkeitsverweigerung ist, glaube ich, ein schlechter Ratgeber, wenn man sich um Zukunftsprojekte wie die Rente hier kümmert, und damit sind wir beim nächsten Punkt Ihres

Antrages, Punkt II. Wir alle wissen, dass die Ost-West-Rentenangleichung kommen wird. Der Rentenwert im Osten steigt und die eingangs zitierten Zahlen zeigen, dass wir bei dem Prozess auf einem guten Weg sind. Die Finanzierung der Angleichung – wir reden hier von bis zu 3,9 Milliarden Euro, das muss man sich auch mal auf der Zunge zergehen lassen – soll aus Beitrags- und Steuermitteln geschehen. Dazu wird der Bundeszuschuss für die Rente erhöht, schrittweise auf bis zu 2 Milliarden Euro ab 2025. Sie sehen damit, dass das auch keine ganz kostengünstige Operation wird, aber ich glaube, sie ist notwendig. Die komplette Angleichung sollte auch nicht überstürzt werden, damit spiele ich auf den Höherwertungsfaktor an, der hier in Ihrer Rede kaum eine Rolle gespielt hat, bei der Rentenberechnung für die Ostrenten,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Richtig!)

denn er bezieht sich auf den Unterschied bei der Rentenberechnung Ost/West. Um den Unterschied auszugleichen, wurden die Rentenpunkte in den neuen Ländern aufgewertet. Sollte die Rentenangleichung vor 2025 erhöht werden, würde sich dies ungünstig auf diesen Höherwertungsfaktor auswirken, und das wissen Sie auch.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Ganz genau.)

Folge sind niedrigere Renten bei der jetzigen ostdeutschen Arbeitnehmergeneration, und ich glaube, das gehört auch zur Wahrheit. Das Thema Generationengerechtigkeit ist eine Frage. Deswegen bedeutet das, wir reden hier nicht nur von einer Gerechtigkeit Ost/West, sondern wir reden aus meiner Sicht hier auch über eine Rentengerechtigkeit Jüngerer gegenüber Älteren.

Diese Frage der Generationengerechtigkeit, lieber Herr Kollege Koplín, wird im vorliegenden Antrag nicht mal in einem Halbsatz erwähnt. Überhaupt habe ich den Eindruck, hier wird jetzt ein Überbietungswettbewerb – wir haben das bei anderen Anträgen auch noch in den kommenden zwei Tagen – eingeleitet seitens der Fraktion DIE LINKE: Streichung der Kürzungsfaktoren, solidarische Rentenversicherung, Mindestrente et cetera, viele, viele Fragen. Da stellt sich für den interessierten Abgeordneten die Frage: Lässt sich das überhaupt ausfinanzieren? Die Antwort lautet Ja, und zwar durch eine ganz erhebliche Anpassung der Rentenbeiträge. Und das ist dann Ihre sehr spezielle Lesart der Gerechtigkeit.

Von daher kann man das an der Stelle nur zurückweisen. Sie haben die 12 Euro Mindestlohn, die spielen ja auch noch mal eine Rolle in dem Antrag. Aber da will ich meinem Kollegen Waldmüller nicht vorgreifen, der bei dem anderen Tagesordnungspunkt hierzu auch noch mal sprechen wird. Ich glaube, das, was dort verhandelt wurde auf Bundesebene, ist ein gutes Ergebnis, ein gutes Rentenpaket, das sollte jetzt auch so durchgetragen werden. Die Angleichung der Ost- und Westrente kommt, sie ist fest vereinbart, und ich glaube, den Weg sollte man weitergehen.

(Thomas Krüger, SPD: Es hätte
aber schneller gehen können.)

Alles, was nicht finanzierbar ist, was die jüngere Generation hier unnötig belastet, wird mit uns nicht zu machen

sein. In diesem Sinne werden wir auch Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Wildt, der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Koplín, ich würde mir gerne als Erstes mal eine Kritik herausnehmen. Ich halte es nicht für besonders glücklich, eine grundlegende Rentenreform – die Sie in Ihrem Antrag nämlich auch ansprechen, den Umbau zu einer allgemeinen Bürgerversicherung – und diese vielen kleineren, sage ich mal, Details in einen Antrag zu packen. Das wird, glaube ich, dem Thema nicht so ganz gerecht. Wenn wir über eine grundsätzliche Umgestaltung des Rentensystems sprechen wollen, dann ist das schon ein eigenes Thema für sich, und da gibt es eine gute alte Tradition in Deutschland, dass da tatsächlich die Regierung mit der Opposition eng zusammenarbeitet, denn die Kompromisse, die in der Rentenversicherung geschlossen werden und geschlossen werden müssen, sollen ja lange in die Zukunft tragen. So hat es eigentlich die Regierung bisher immer gehalten und ich hoffe, dass das auch in Zukunft so sein wird, denn wir sind mit den Rentenreformen noch nicht am Ende, da muss noch einiges nachgearbeitet werden für die mittlere Zukunft. Ich glaube, das ist uns auch allen klar.

Deshalb möchte ich jetzt im ersten Schritt nur auf zwei von diesen, ich sage jetzt mal, kleineren Themen eingehen. Das eine ist, weil Sie es auch so schön als Erstes genannt haben, die Stichtagsregelung 1992 für die Mütterrente. Bei der Mütterrente oder bei Stichtagsregeln generell, die lassen sich natürlich nicht vermeiden. Immer dann, wenn Sie etwas ändern, werden Sie auch mal einen Stichtag haben. Stichtagsregeln bedeuten eben auch Rechtssicherheit. Ab diesem Stichtag gilt etwas.

Man möchte auch nicht unbedingt immer alles rückwirkend ändern. 1992, ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, in dem Jahr ist unser erstes Kind geboren worden. Wir waren glückliche Nutznießer dieser neuen Regel, die damals eingeführt wurde, und es gab dafür auch eine Begründung, denn die Bundesregierung damals wollte tatsächlich anregen, dass auch wieder mehr Rentengerechtigkeit entsteht für die jungen Mütter, damals jungen Mütter, für diejenigen, die für die Zukunft Kinder bekommen. Man konnte das nicht jahrzehntelang zurückändern, sondern man hat das damals ganz gezielt auf die Zukunft ausgerichtet. Heute ist 1992 nicht mehr die Zukunft, heute ist das auch Vergangenheit. Das haben viele vergessen und jetzt wollen sie noch weiter in die Vergangenheit zurück. Man muss aber ganz klar sagen, Stichtage sind Stichtage und wir können nicht immer alles bis zum jüngsten Tag zurück oder bis zum ersten Tag zurück verändern.

Das Zweite, darauf ist jetzt auch Herr Ehlers schon ausgiebig eingegangen, ist das Thema Ost-West-Rentenangleichung. Sie haben da aus meiner Sicht unzulässigerweise die Erhöhung der Einkommen, die Höherbewertung der Einkommen wirklich sehr stiefmütterlich

behandelt. Sie sind nur auf den Rentenwert eingegangen. Diese beiden Punkte gehören zusammen. Realität ist auch, dass die Renten im Osten durchaus relativ hoch sind, dass wir im Durchschnitt gesehen in einigen Landesteilen dort höhere Renten haben als im Westen. Sehr deutlich sieht man das in Berlin. In Ostberlin sind die Renten sehr viel höher als in Westberlin. Das ist auch in Ordnung, denn es ist tatsächlich eine ganz große Leistung der damaligen Bundesregierung unter Helmut Kohl gewesen, sofort vom ersten Tag an die Sozialsysteme für alle zu öffnen

(Thomas Krüger, SPD: Und es ist die Leistung der Frauen in der DDR auch gewesen, die durchweg gearbeitet haben.)

und die DDR komplett miteinzubeziehen.

Nein, nein, das war erst mal die große Leistung,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

das hat sie nämlich gegen die Widerstände der SPD damals durchgesetzt,

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist die Leistung der Frauen.)

gegen Herrn Lafontaine, der dann zur Linkspartei gewechselt ist und der das damals alles gar nicht zulassen wollte. Das war tatsächlich die große historische Leistung der CDU, dass sie das damals durchgesetzt hat. Wenn man auf die SPD gehört hätte, wären wir noch lange nicht da, wo wir heute sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Dann möchte ich eigentlich dieses Thema vermeiden,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

weil Sie merken schon, darüber kann ich mich aufregen, wenn man im Nachhinein, nur, weil jetzt viele Leute die Tatsachen vergessen haben, glaubt, da könnte man etwas dran rumstricken. Die Tatsachen sind so, wie sie sind.

Aber wir haben etwas ganz anderes vor der Brust, wir müssen tatsächlich das Rentensystem zukunftssicher machen. Man kam – noch unter Ihrem Bundeskanzler Schröder übrigens, Herr Krüger – auf die Idee, die private Finanzierung dort stärker zu berücksichtigen, die Riestersäulen und so weiter, eine Kapitaldeckung aufzubauen.

(Thomas Krüger, SPD: Das kann man durchaus kritisch sehen.)

Das hat sich leider nicht ganz so bewahrheitet, wie man sich das erhofft hat.

(Thomas Krüger, SPD:
Da stimme ich Ihnen zu.)

Das wissen wir auch alle, warum das so ist. Die Zinsen sind eben niedrig, die Lebensversicherungen haben Probleme. Jetzt müssen wir – und da kommt mein neuer Vorschlag, Sie kennen mich, ich komme ja immer mit irgendeinem Vorschlag –, da muss man natürlich jetzt weiter überlegen: Wie kann man das verbessern? Ich

denke, auch hier hilft es, wenn man mal so ein bisschen ins Ausland schaut, aber das nicht eins zu eins übernimmt. Wir sehen, im angelsächsischen Raum wurde ein Kapitalstock aufgebaut und das Geld wurde nicht in private Fonds gesteckt, sondern es wurde investiert in Infrastruktur, teilweise sogar in deutsche Infrastruktur, besonders ärgerlich. Anstatt dass deutsche Rentenbeiträge angespart worden sind, um vielleicht auch mal Autobahnen, Kanalsysteme, Wasserleitungssysteme in Deutschland zu kaufen und damit krisensicher dieses Geld anzulegen, ist das leider in Lebensversicherungen und in Rentenpapieren und so weiter geflossen und verzinst sich überhaupt nicht mehr. Andere Länder waren dort schlauer, die haben in deutsche Infrastruktur investiert, weil sie gedacht haben, gerade Deutschland ist besonders krisensicher.

Leider ist meine Zeit um, ich könnte noch zwei Stunden darüber reden, mindestens, aber das Thema müssen wir weiter fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall Sebastian Ehlers, CDU, und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte auf der Besuchertribüne Seniorinnen und Senioren der Kreishandwerkerschaft Rügen-Stralsund-Nordvorpommern begrüßen. Herzlich willkommen!

Ich rufe auf für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Besucherinnen und Besucher!

Herr Wildt, vielleicht habe ich Sie eben auch falsch verstanden, aber zur Klarstellung möchte ich eins noch mal voranschicken: Die verhältnismäßig hohe Rente der ostdeutschen Frauen hat daraus resultiert, dass sie fast durchweg vollzeitbeschäftigt waren. Vielleicht habe ich Sie eben auch nur falsch verstanden, aber das wollte ich zur Klarstellung erst noch mal vorausschicken.

Einen Punkt haben Sie jetzt auch hier in aller Breite erörtert, den ich mir ganz speziell auf den Zettel geschrieben hatte, das war die Stichtagsregelung. Deswegen kann ich mir das jetzt auch schon mal an dieser Stelle ersparen, weil da bin ich nicht abweichender Meinung von dem, was Sie hier vorgetragen haben. Eine Stichtagsregelung hat natürlich immer Gewinner und Verlierer.

Unsere Sozialministerin hat vorhin das vereinbarte Rentenpaket als sozialpolitischen Erfolg – vor allen Dingen der SPD – hier ausführlich vorgestellt. Sie hat ergänzend gesagt, was alles noch fehlt, was verbessert werden könnte und in der Zukunft bearbeitet werden muss. Deswegen werde ich mich jetzt hier auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE konzentrieren.

Und ja, Herr Ritter, mehr und besser geht immer. Sie haben hier zehn Forderungen formuliert und zu einigen möchte ich konkret noch etwas sagen.

Gleich die Forderung unter Punkt 1.a), Rentenangleichung Ost/West – Sie werden sich das nicht ersparen können –, ja, wir hätten uns die Rentenanpassung auch schneller gewünscht,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und das war auch schon mal vereinbart. Es hat nicht funktioniert. Das ist beschlossene Sache

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich bin nicht an allem schuld.)

und von dieser Stelle sage ich noch mal, auch wenn Sie es nicht mehr hören mögen, Erwin Selling und Manuela Schwesig haben dafür gesorgt, dass es jetzt fix wirklich 2025 so weit ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Unter Punkt b) „die Ungerechtigkeiten bei der Überführung“ der Ost- zu den Westrenten. Ja, das Rentensystem der DDR und der Bundesrepublik waren nicht eins zu eins kompatibel. Es wurden für bestimmte Gruppen Sonderregelungen geschaffen, es wurden auch Ungerechtigkeiten damit geschaffen. Teilweise gab es insbesondere nach 1993 Urteile des Bundesverfassungsgerichts, aber auch einige selbst initiierte Gesetzesänderungen der Bundesregierung, die etliche Ungerechtigkeiten beseitigt haben. Alle sind nicht beseitigt, aber dass für ehemalige Stasimitarbeiter zum Beispiel weiterhin Rentenkürzungen gelten, ist eigentlich allgemein anerkannt.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Rentenversicherung im ALG-II-Bezug haben Sie angesprochen unter 1.d). Die wurde gerade 2011 mit der Begründung abgeschafft, weil der Wegfall der Rentenversicherungspflicht für Bezieher von Arbeitslosengeld II systemgerecht sei. „Die Leistungen eines Fürsorgesystems dienen dazu“ – das ist der O-Ton, ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –, „akute Hilfebedürftigkeit zu beseitigen. Ihnen kommt dagegen nicht die Funktion zu, bereits im Voraus pauschal Leistungen zu erbringen, um eine vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt eintretende Hilfebedürftigkeit durch Begründung versicherungsrechtlicher Rentenanwartschaften zu beseitigen.“ Zitatende. Da kann man grundsätzlich anderer Auffassung sein. Das will ich Ihnen gerne zubilligen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na wenigstens was!)

Dann aber: „das Niveau der Altersrenten auf 53 Prozent angehoben wird“ – ja, mehr geht immer. 48 Prozent kann man durchaus diskutieren, langt es denn hin, vor allen Dingen in Zukunft. In diesem Falle ging es auf jeden Fall zulasten derjenigen, die die Rente erarbeiten müssen, und mit dem jüngsten Rentenpaket wurde auf Initiative der SPD, von uns wurde das als doppelte Haltelinie bezeichnet, erreicht, das Rentenniveau, wir haben es jetzt mehrfach gehört, soll bis 2025 bei 48 Prozent stabil gehalten werden und der Beitragssatz 20 Prozent nicht übersteigen. Frau Ministerin sagte es schon, davon profitieren rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner, ohne die junge Generation über Gebühr zu belasten.

Wir haben es 2014 als SPD erreicht, dass die abschlagsfreie Rente ab 63 vereinbart wurde bei 45 Versicherungsjahren. Nun stellen Sie die Forderung auf, „abschlagsfreie Altersrente bei 40 Versicherungsjahren“ einführen, „spätestens mit der Vollendung des 65. Lebensjahres“. Da sage ich nur, mehr geht immer. Wir haben 2014 gerade eine Vereinbarung – wie ich finde, eine sehr gute Vereinbarung – getroffen, um die Menschen, die hier

45 Jahre ihre Arbeit geleistet haben, auch dadurch zu würdigen.

Die „solidarische Versicherung aller Bürgerinnen und Bürger“ – ja, halte ich für einen guten Vorschlag.

Die „vermögensgeprüfte gesetzliche Mindestrente von 1.050 Euro“ möchten Sie mit diesem Antrag einführen. Auch die SPD hat im letzten Regierungsprogramm gefordert: „Wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat und/oder Zeiten für Kindererziehung und Pflege angerechnet bekommt, soll einen Anspruch auf eine gesetzliche Solidarrente haben, sofern keine ausreichende Anzahl an Entgeltpunkten und kein umfangreiches sonstiges Einkommen im Haushalt vorhanden ist. Mit der Solidarrente wollen wir ein Alterseinkommen für langjährig Beschäftigte gewährleisten, das 10 Prozent über dem durchschnittlichen Grundsicherungsanspruch am Wohnort liegt. Regional unterschiedliche Wohnkosten werden so berücksichtigt.“ Leider haben wir für dieses Ansinnen keine politische Mehrheit gefunden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schade, ne?)

Und dann die Diskussion „Mindestlohn 12 Euro“, da werden Sie sagen, Olaf Scholz hat es ja auch verlangt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Ja, in der Tat, auch in der SPD wird diskutiert,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Gibt es solche Sozialdemokraten?)

ob der Mindestlohn, wie wir ihn jetzt haben, auskömmlich ist. Zurzeit ist allerdings noch die Mehrheit bei denjenigen, die sagen, wir haben seinerzeit mit der Einführung des Mindestlohnes durch die SPD gleichzeitig vereinbart, dass es eine Mindestlohnkommission gibt, die den Mindestlohn in regelmäßigen Abständen überprüft. Wir haben das Niveau des Mindestlohnes aufgrund dieser Überprüfung auch schon entsprechend erhöht. Dabei geht es um einen angemessenen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und darum, Beschäftigung auch nicht zu gefährden. Also das haben auch wir immer mit im Hinterkopf. Unser primäres Ziel ist es nach wie vor, gute Löhne, also vernünftige Tarifröhne hier zu haben. Die SPD auf Landesebene hat gerade das Thema Tarifröhne zu einem zentralen Thema für unser Land erklärt. Dazu wurden auch Gesetze wie das Tariffreue- und Vergabegesetz angepasst, die Ministerin hat dazu schon ausgeführt.

Herr Wildt sprach das, glaube ich, an, dass hier so viel – nein, das war gar nicht Herr Wildt, ich glaube, dass war sogar die AfD dieses Mal, die das zu Recht feststellte –, dass hier sehr viele unterschiedliche Dinge in diesen einen Antrag gepackt worden sind.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vielleicht ist das auch Absicht.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Natürlich machen wir das mit Absicht.)

Vielleicht ist das auch Absicht, um es uns ein bisschen leichter zu machen, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Ich muss ja im Rahmen der Aussprache die punktweise Abstimmung beantragen. Falls Sie das nicht schon gemacht haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee.)

mache ich das hiermit, um zumindest Ihren Antrag angemessen zu würdigen, weil ich denke, das hat er verdient. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst: Selbstverständlich stellen wir absichtsvoll Anträge.

(Tilo Gundlack, SPD:
Echt? Das ist ja ein Ding!)

Herr Ehlers hatte bemerkt, dass dieser Antrag – so, wie ich es eingangs sagte – ein Bestandteil des Aktionsplanes „mehr Osten wagen“ ist. Viele haben sich, auch in den Tageszeitungen hat das eine Rolle gespielt, mit unserem kleinen Flyer beschäftigt. Vorne drauf – für diejenigen, die das in Erinnerung gerufen haben möchten, beziehungsweise die, die jetzt neugierig werden, sei das gesagt –, vorne sind vier Trabis drauf, besonders eingefärbt, was der Hinweis darauf sein soll, dass die Trabis verkörpern, was kultig ist am Osten. Wenn man sich dieses Bild mal genau anschaut, diese Einfärbung ist eine Adaption auf Andy Warhol. Es geht also um Popkultur. DIE LINKE ist keine nostalgische Partei, sie ist eine moderne Partei.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Erwarte doch nicht so viel!)

Unsere Vorschläge, die wir hier machen als Fraktion, beziehen sich selbstverständlich auf die Zukunft, auf eine zukunftsfähige Rente, weil sie – und das ganz ernsthaft –, weil sie die Existenzgrundlage für Millionen Menschen in diesem Land ist und für Hunderttausende Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, weil sie den Lebensstandard sichern soll, weil sie vor Armut schützen muss – das ist auch eine Verpflichtung, die wir im politischen Raum haben, dafür zu sorgen – und weil sie Lebensleistung auch anerkennen soll.

Herr Wildt hat die Frage gestellt, ob das denn, ich interpretiere jetzt Ihre Worte mal ein wenig, dass Sie sagen, na ja, ist es denn so vernünftig, diese einzelnen Punkte, auf die ich nachher ganz kurz noch zu sprechen kommen werde, mit dem großen Ganzen, mit dem systemischen Ansatz in Übereinstimmung zu bringen. Ja, aus unserer Sicht schon, denn wenn man die Einzelpunkte alle umsetzen möchte, hat das finanzielle Konsequenzen. Zu Recht werden die LINKEN, wie einige leider viel zu selten, gefragt: Wie wollt ihr denn das alles bezahlen? Wenn wir das alles erreichen wollen, was ich eingangs

sagte mit Armutsfestigkeit und da entsprechend auch diese Haltelinien, um das Wort noch mal zu gebrauchen, dann einzuziehen, geht es letztendlich darum, auch das Geld dafür aufzubringen, und das kriegt man nur, wenn man am System etwas verändert.

Unser Antrag besteht insofern aus zwei Komponenten. Das eine ist eine Auseinandersetzung, so, wie es Frau Sozialministerin gemacht hat, mit dem gegenwärtigen Rentenpaket, aber eben auch noch mal, das ist der zweite Ansatz, mit dem Blick auf die immer noch bestehenden Rentenungerechtigkeiten, die seit 1991 systemisch mitgeschleppt werden. Wenn hier Frau Ministerin Drese darauf eingeht, dass die UN-Frauenkommission darauf verwiesen hat, dass es nicht länger angeht, dass in der DDR geschiedene Frauen rentenrechtlich diskriminiert werden – denn nichts anders ist es als eine Diskriminierung, die es aufzuheben gilt –, dann ist das also eigentlich für Deutschland eine Peinlichkeit gewesen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

dass es 27/28 Jahre gedauert hat, bis von außen der Ruf kam, ihr müsst da etwas ändern, weil es mit Rechtsgrundlagen einer zivilen Gesellschaft nicht vereinbar ist. Erst dann hat sich die Bundesregierung bewegt, erst dann ist es auf Länderebene zum Thema geworden. Und ähnlich verhielt es sich 1999 mit einzelnen Berufsgruppen, die aus politischen Motiven – und da denke ich immer an Marx und Engels, die sagen, also die herrschenden Gedanken in einer Gesellschaft sind immer die Gedanken der Herrschenden –,

(Minister Mathias Brodtkorb: Klasse.)

insofern, aus politischen Motiven wurde gesagt, also wir kappen die Renten von ausgewählten Berufsgruppen, die wir vorher festlegen. Dazu gehörten Volkspolizisten, dazu gehörten Zollbeamte und dazu gehörten auch Angehörige der Armee. Dass das Bundesverfassungsgericht 1999 sagte, das ist verfassungswidrig, da müsst ihr eine Änderung herbeiführen, das musste also erst ausgeurteilt werden, bevor die Politik zu der Einsicht kam. Und wir sagen, es gibt auch noch andere Bestandteile.

(Torsten Renz, CDU:
Das ist aber nichts Verwerfliches
in einem Rechtsstaat.)

Es gibt im Übrigen auch immer noch andere. Es gab mal 17 Berufsgruppen, die auf diese Art und Weise diskriminiert wurden, in einigen Fällen ist das jetzt verändert worden. Aber es gibt immer noch welche, wo es diese Tatbestände gibt. Und wir sagen, das muss man doch mal anfassen.

So, und was die gegenwärtige Debatte betrifft, heute kam mehrfach das Wort – wie ein Zauberwort – „Generationengerechtigkeit“. Ja, selbstverständlich geht es um Generationengerechtigkeit, weil das Rentensystem ein Umlagesystem ist. Wenn wir aber über Generationengerechtigkeit reden wollen, dann können wir doch auch darüber reden, was in der alten Bundesrepublik ohne Zweifel möglich war mit einem Niveau von 53 Prozent. Es gab zwischenzeitlich diese Veränderung, diese Schussbahn, wir haben uns darüber an anderer Stelle mehrfach unterhalten. Jetzt hat man diese Haltelinie eingeführt, 48 Prozent. Wir sagen, letztlich schützt das aber vor Armut nicht. Das ist das Problem.

Womit wir beim Mindestlohn sind. Ich freue mich schon auf den verbalen Diskurs von Herrn Foerster und Herrn Waldmüller zum Thema Mindestlohn. Wir haben in diesem Antrag – und da gibt es ja eine Korrespondenz zu den Anträgen zum Mindestlohn, die heute auch noch behandelt werden –, wenn wir Armutsfestigkeit erreichen wollen für die Zukunft, Generationengerechtigkeit, dann müssen die Löhne jetzt so entsprechend sein, dass sie vor Armut schützen im Alter. Und da reden wir, das hat nicht DIE LINKE sich in irgendwelchen Denkfabriken ausgedacht, das hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage ...

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Da kommen wir aber noch zu.
Da kommen wir noch zu.)

Genau.

... mitgeteilt, dass es mindestens 12,63 Euro aktuell sein sollten, die gezahlt werden, um vor Armut zu schützen.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Deswegen hier das Wort „mindestens 12 Euro“, mehr will ich nicht sagen. Das spielt ja erfreulicherweise an anderer Stelle noch eine Rolle, hat aber miteinander zu tun, deswegen hier an dieser Stelle.

Dann, Frau Tegtmeier, ich höre Ihnen immer gerne aufmerksam auch zu, weil Sie sehr konzentriert und in der Sache reden, aber es gab doch ein paar Dinge, die mich haben aufhorchen lassen. Sie haben über die Angleichung der Rentenwerte Ost und West gesprochen, die wir fix bis 2025 erreichen. Fix bis 2025 heißt also, in sieben Jahren. Dann sind es 35 Jahre, die ein Unterschied bestanden hat. Und dann ...

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ja, das tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen.

(Torsten Renz, CDU: Aber?)

Ja, dann gucken Sie auf die CDU! Es gibt auch andere Möglichkeiten.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Also man kann sich nicht dahinter verstecken.

(Torsten Renz, CDU: Zum Beispiel?)

Es gibt andere Möglichkeiten.

(Andreas Butzki, SPD:
Eckhardt, zum Beispiel.)

Wenn ich so eine geringe Schnittmenge habe, ja, dann sucht man sich einen anderen Partner oder eine andere Partnerin.

(Torsten Renz, CDU:
Ja, das mit dem Koalitionspartner
kommt jetzt wieder.)

Es geht doch gar nicht anders. Will ich etwas politisch durchsetzen oder nicht?

(Torsten Renz, CDU:
Das Problem ist, wir haben
auch Wähler, die entscheiden
das politisch anders.)

Mich erstaunt immer wieder Ihre Zögerlichkeit oder das Verstecken hinter dem anderen. Das geht nicht! Das geht mal, aber das geht nicht in jedem Fall. Das will ich schon sagen.

Und jetzt noch mal zu diesem, dass wir dann 2025 diese Angleichung der Rentenwerte Ost/West haben. Das habe ich, glaube ich, schon mal gesagt: Wer 1990 in die Rente gegangen ist, muss 100 Jahre alt werden, um diesen Tag der Gerechtigkeit erleben zu können. Und das ist doch eigentlich eine Schande, muss man mal sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben also die Möglichkeit, wir haben die Möglichkeit, es anders zu machen, besser zu machen. Wir haben Vorschläge unterbreitet. Es war interessant zu hören, an welcher Stelle es Übereinstimmung in den Ansichten gibt. Logischerweise, sonst säßen wir nicht in verschiedenen Fraktionen und gehörten nicht unterschiedlichen Parteien an, gibt es auch einen Dissens, aber ich nehme es mal mit Herrn Wildts Worten, wir werden uns weiter darüber unterhalten müssen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Herr Wildt hört gerade nicht zu.)

Unser Angebot besteht insbesondere in dem Punkt des Antrages II, die einzelnen Punkte, also schneller die Rentenangleichung vorzunehmen. Im Übrigen ist alles Menschenwerk, alles, was hier drinsteht.

Wegen der Stichtagsregelung: Darauf will ich noch ganz kurz eingehen, dass man sagt, die Erziehungszeiten von Müttern, die Kinder geboren haben vor 1992 und nach 1992, behandelt man unterschiedlich. Ja, Stichtagsregelungen haben das so an sich.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Genau. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Warum eigentlich?)

Aber es ist Menschenwerk, und Menschen können das verändern. Wenn wir sagen, es gab diese Stichtagsregelung,

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

aus heutiger Sicht ist sie dann nicht mehr gerechtfertigt, weil Erziehungszeit ist Erziehungszeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

deshalb gleichen wir das an, dann findet sich ein Weg. Was politisch gewollt ist, lässt sich auch umsetzen. Das ist eine Sache,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

die wir doch im Alltag hier oft erleben.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das können Sie bei jedem
Stichtag sagen, bei jedem.)

So ist es letztendlich auch mit den anderen Punkten, die wir hier aufgeschrieben haben, die wir Ihnen als Überlegung unterbreitet haben.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Wir werden weiter dafür werben und wir werden weiter nach Verbündeten suchen, im Parlament hier und vor allen Dingen außerhalb des Parlaments, denn dieses Land muss gerechter werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nur noch mal zu Beginn meiner kurzen Ausführungen gleich sagen, dass wir aus meiner Sicht ein erfolgreiches Rentensystem in Deutschland haben,

(Christoph Grimm, AfD:
Da lachen ja die Hühner!)

und das über Jahrzehnte hinweg. Und es wird auch nicht ganz unbemerkt geblieben sein, dass die CDU einen nicht unerheblichen Beitrag dafür geleistet hat, dass es so ist, wie es jetzt ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Also sollte man dieses System vom Grundsatz auch nicht schlechtreden oder infrage stellen.

Was mir ein bisschen zu kurz gekommen ist in der Diskussion, insbesondere bei Ihrem ersten Redebeitrag, Herr Koplín, das bestand mehr oder weniger alles aus Forderungen, was man noch mehr machen könnte, und so weiter und so fort. In den weiteren Diskussionen ist es tatsächlich so gewesen, dass dann auch das Wort „Demografie“ und Ähnliches schon mal gefallen ist, aber dass man mal konkret gesagt hat, in welcher Situation wir uns heute und in den letzten Jahrzehnten befinden, insbesondere, was die Geburtenrate betrifft, und zum anderen auch mit der steigenden Lebenserwartung, insbesondere das ist ja gut,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Richtig!)

und was das möglicherweise für Auswirkungen hat für eine zukunftsfähige Rente, das ist in der Diskussion aus meiner Sicht doch nicht ausreichend beleuchtet worden, sondern mehr die Ausgabenseite. Insofern, glaube ich, hat insbesondere in diesem Bereich die Diskussion etwas geschwächt.

Aber das soll nicht mein Hauptgrund sein, warum ich nach vorne gegangen bin. Wir haben uns auch persönlich öfter schon auf diesem Sektor zu diesem Thema ausgetauscht. Was mich so ein bisschen aufregt – und Sie wissen ja, ich komme dann manchmal in Wallungen,

(Heiterkeit und Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und jetzt bin ich besonders aufgeregt wieder –, ist der Redebeitrag der AfD. Also das finde ich schon sehr er-

staunlich. Ich hatte zum Schluss nur die Schwerpunktsetzung bei Ihnen, müssen wir das jetzt in den Ausschuss überweisen oder punktweise abstimmen oder Ähnliches. Und so nebenbei bemerkt Ihr Redner dann die Tatsache, den Fakt, ja, die AfD hat 40 konkrete Vorschläge, 40 konkrete Konzepte, die irgendwo in der Schublade liegen. Ich glaube schon, es ist wichtig, weil – Sie von der AfD kennen mich – eins meiner Lieblingsdinge ist es, hier im Parlament mich mit Inhalten der AfD auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Aber das ist natürlich eine Herausforderung, die kann auch ich nur schlecht meistern. Wenn 40 Konzepte in der Schublade liegen, nichts vorliegt, wie soll ich denn auf Ihre Rentenvorschläge der AfD eingehen, mit Ihnen diskutieren?

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ob wir jetzt punktweise abstimmen oder nicht, das ist natürlich eine wesentliche Sache, aber ich hätte ja viel lieber mit Ihnen über Inhalte diskutiert.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.)

Also insofern glaube ich, Sie haben noch Redezeit,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Sie haben noch Redezeit

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie hören doch gar nicht zu!)

und sollten,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wir haben gesagt, wir haben einen
Parteitag, wo das alles abgestimmt wird.)

sollten diese Redezeit nutzen und insbesondere auch der Besuchergruppe dort oben –

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die Altersgruppe, die wir ansprechen, über die wir im Moment aktuell auch diskutieren –, denen noch mal sagen, welche Vorschläge haben Sie konkret.

Und ich will Ihnen zwei Punkte zur Diskussion stellen. Einmal, ein nicht sehr unbedeutender Mann, Herr Meuthen, das ist jetzt die Arbeitsgrundlage 02.07.2018, der möchte eine Abkehr vom zwangsfinanzierten Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer regelhaften privaten Vorsorge.

(Thomas Krüger, SPD: Das heißt,
das amerikanische System.)

Es geht weiter: Größtmögliche Eigenverantwortung müsse mit einem Umbruch im Steuersystem einhergehen. Dafür sollen die Menschen Schritt für Schritt in eine selbstgewählte freie Form der Altersvorsorge entlassen werden.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Das ist ja schlimmer als die FDP.)

Das ist eine Position eines Ihrer Co-Vorsitzenden. Der hat ja im Moment nicht so viele Probleme, insofern könnte der sich ja mit dem Thema Rente mal ein bisschen genauer auseinandersetzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nächstes Jahr.)

Sollte es Ihnen nicht möglich sein auf Landesebene, weil es ein Thema ist, was in den Bereich des Bundes mehr geht, sollte es nicht möglich sein, sich inhaltlich als Landtagsfraktion/Landesverband hier zu positionieren, dann bitte ich doch zumindest mal um eine Stellungnahme Ihrerseits: Was sagen Sie zu so einer Position? Oder könnten Sie sagen, bei den 40 Systemen geht es möglicherweise in die Richtung, nur noch private Vorsorge? Das, glaube ich, würde nicht nur mich interessieren, um reagieren zu können, sondern auch die Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und wenn Sie sich inhaltlich diesem Thema nähern,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

indem Sie sich mit der rein privaten Vorsorge unseres zurzeit sehr gut funktionierenden Rentensystems auseinandersetzen, dann möchte ich Sie auch bitten, den zweiten Aspekt vielleicht deutlich herauszuarbeiten: Welche Position haben Sie zu dem Herrn Gauland? Der Herr Gauland meint nämlich, er schätzt das eher so ein, persönlich glaubt er das, dass wir vom Umlagesystem nicht wegkommen. Er stellt dann auch Folgendes noch zur Diskussion im Sommerinterview 13.08.2018, ob man Selbstständige oder Beamte miteinbeziehe, sei in der Partei noch strittig. Mich würde, wenn es für die Partei nicht möglich ist, die Position der AfD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern auch in dieser Frage sehr interessieren.

Ich hätte noch weitere Fragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Bitte nicht überfordern!)

Außer die Tatsache, dass ich jetzt weiß, wir sollen punktweise abstimmen, lassen Sie uns immer über Inhalte in diesem Landtag streiten, auch beim Thema Rente, auch mit Ihnen, meine sehr geehrten Herren von der AfD. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr de Jesus Fernandes.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Er
erklärt jetzt eins von den 40 Konzepten. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Er verweist auf Nummer 3 und 4.)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordneten!

Sehr geehrter Herr Renz! Das war ja ein Glanzstück von Ihnen, wie Sie einfach abgelenkt haben. Aber Sie haben

im Vorfeld zugegeben, dass Sie an den jetzigen Zuständen maßgeblich schuld sind. Sie haben gesagt, die CDU ist schuld, dass es jetzt so ist, wie es ist. Die CDU ist schuld, dass wir Altersarmut haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die CDU ist schuld, dass wir noch keine Angleichung haben. Das haben Sie hier gesagt,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Und wo sind Ihre Lösungsmöglichkeiten?)

dafür bin ich Ihnen erst mal schon dankbar.

Und dass Sie sich nicht mit Basisdemokratie auskennen, das wissen wir doch von der CDU.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das ist wieder ein klassisches Beispiel,
wie Sie Sachen verdrehen.)

Ich habe doch eingangs gesagt, wir haben verschiedene Konzepte. Und Herr Gauland kann gerne seine Meinung sagen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich kann auch ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Aber, Herr Krüger, Sie haben doch seit Ewigkeiten kein Rentenkonzept. Sie hatten doch nicht mal eins vorgelegt zur Bundestagswahl.

(Beifall vonseiten der Fraktion
der AfD – Thomas Krüger, SPD:
Das ist doch falsch!)

Und hatten Sie nicht

(Andreas Butzki, SPD: Das ist Quatsch!)

100-jährigen Geburtstag gerade?

(Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch!)

Da schämen Sie sich doch, dass Sie den Mund noch aufmachen!

(Thomas Krüger, SPD: Fake News!)

Das ist ja peinlich!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Beantworten
Sie doch einfach mal die Frage!)

Also wirklich, ne?! So!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Beantworten
Sie doch einfach mal die Frage, die
der Kollege Renz Ihnen gestellt hat!)

Das mache ich ja gerne, ne.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo ist
die Antwort? Wo ist die Antwort?)

Wir stimmen uns in der Bundespartei auf einem Bundesparteitag,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist beantwortet worden.
Jetzt kommt erst der Bundesparteitag.)

wo alle Mitglieder abstimmen können,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Beantworten
Sie doch jetzt die Fragen!)

aus verschiedenen Konzepten ein Rentenkonzept ab,
einen sozialen Weg der AfD.

(Thomas Krüger, SPD: Keine Antwort!)

So gehört es sich eben auch,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

nicht von oben aufgesetzt. Und dann sprechen auch alle
Landesverbände ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr
de Jesus Fernandes!

Ich habe ja versucht, die Sitzung nicht zu unterbrechen,
aber offensichtlich ist es immer wieder notwendig,
darauf hinzuweisen, dass der Redner bei seiner Rede
noch zu verstehen sein muss. Ich bitte also erneut um
Beachtung.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jetzt können Sie fortfahren.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank.

Ja, bei Basisdemokratie rastet die CDU immer aus.

(Christiane Berg, CDU:
Die Frage lautete, ...)

Die Frage würde ich Ihnen gerne beantworten.

(Christiane Berg, CDU:
... welches Konzept hat Ihre
Fraktion. Beantworten Sie die doch!)

Sie brüllen ja schon wieder los!

(Zuruf von Christiane Berg, CDU)

Ja, weil Sie nicht imstande sind zuzuhören.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Und Sie sind nicht mal imstande,
eine vernünftige Aussage zu treffen.)

Wir haben einen Bundesparteitag. Dort wird eine Linie
beschlossen und dann

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

vertreten alle Landesverbände die Linie, die dort beschlossen wird.

(Zurufe von Christiane Berg, CDU,
und Maika Friemann-Jennert, CDU)

Und deswegen gibt es keine Alleingänge bei uns, weil, wir sprechen mit einer Stimme. Das ist nicht so wie bei Ihnen, dass ein Landesverband für den Migrationspakt ist,

(Christiane Berg, CDU:
Das ist Basisdemokratie.)

dagegen sind Sie auch nicht ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist übrigens
Basisdemokratie, Herr Thomas de!)

Ach komm, hör auf!

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Herrn Kramer?

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrter Herr de Jesus Fernandes, helfen Sie mir auf die Sprünge: Sprechen Sie hier über einen Antrag der Linksfraktion oder sprechen Sie über einen Antrag der AfD-Fraktion?

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das war
ja eine ganz kluge Frage hier!)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Herr Kramer, selbstverständlich sprechen wir über einen Antrag der Linksfraktion. Den haben wir als AfD-Fraktion auch gewürdigt in unserem Redebeitrag, aber nun möchte man gerne ablenken und irgendwie ein Mittel finden, um auf die AfD noch raufzuhauen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nein, wir wollen gerne mal
Ihre Vorschläge hören!)

Mehr ist es hier gar nicht.

Nikolaus Kramer, AfD: Herzlichen Dank.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wir wollen abwägen zwischen
Ihren und unseren Positionen.
Aber Ihre Position kenne ich nicht.)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich denke, die Fragen sind beantwortet, auch Ihre, und ich bedanke mich.

(allgemeine Unruhe –
Andreas Butzki, SPD: Bei so einem
Thema so eine Komikveranstaltung!)

Ja, Sie können sich ja auch mal benehmen. Das wäre ja nicht verkehrt. Die Komik verbreiten doch Sie hier im

Parlament! Gott sei Dank sind hier Kameras, Gott sei Dank haben wir dort oben Gäste, die das beobachtet haben. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, also ich möchte noch mal auf „Komikerveranstaltung“ zurückkommen. Ich glaube nicht, dass wir uns selber einen Gefallen tun, wenn wir uns derartig abqualifizieren.

(Beifall Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Jetzt hat noch einmal das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fand neben den Begleiterscheinungen eben – also ich möchte gern auf Herrn Renz eingehen – das schon für bemerkenswert, dieser Frage nachzugehen: Welches System soll es denn sein?

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Und da ist der große Unterschied zwischen uns, jetzt mal unabhängig von den 40 Konzepten, die da im Detail eine Rolle spielen mögen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nein, drei.)

oder drei zur Rente, nachgefragt war ja das nach der Privatisierung der Alterssicherung, nämlich das Einzahlen, jeder möge sich selber die Versicherung suchen. Dann steht dahinter offenbar das Versichertensystem, nicht mehr die gesetzliche Versicherung. Das heißt am Ende, dass man die Alterssicherung der Laune der Finanzmärkte preisgibt.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Das ist ein gänzlich anderes System. Unser Schlüsselwort ist die Solidarität in der Gesellschaft.

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken. Das ist wichtig.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Deshalb in Infrastruktur investieren.)

Da ist der Punkt. Und weil ja die Frage war, was stellt sich DIE LINKE vor: ein solidarisches Rentensystem, in das alle einzahlen. Wir sind doch privilegiert als Abgeordnete. Das kann doch nicht sein, dass wir uns oder dass man sich ab einem bestimmten Entgelt, das man bekommt, aus der Solidargemeinschaft verabschieden kann. Das ist nicht gerecht. Wir wollen das ändern. Wir wollen, dass alle einzahlen und auch mit allen Einkommensarten. Dann hat man eine andere Grundlage.

Und über eine Sache müssen wir noch gemeinsam nachdenken. Da sind wir als LINKE auch noch nicht am Ende. Wir beschäftigen uns im Moment jetzt im Ansatz – ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, bei der SPD habe ich das auch vernommen – mit der sozialen Dimension künstlicher Intelligenz. Was wird geschehen ...

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das hat was mit der Zukunft zu tun, denn wenn wir – das ist auch Gegenstand des Antrages gewesen –, wenn wir über die Zukunftsfähigkeit von Rente reden, müssen wir über die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen in der Gesellschaft auch reden, Herr Förster. Und dazu müssen wir uns verständigen, was heißt das, wenn Maschinen immer mehr die Leistungen übernehmen, die jetzt Menschen ausführen, dass die Wertschöpfung durch selbst wertschöpfende Maschinen entsteht. Das würde natürlich auch Auswirkungen haben auf das gesamte Sozialsystem.

(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

Machen Sie es nicht an Personen fest! Machen wir es doch an der Sache fest, Herr Förster, ja?! Machen wir es an der Sache fest! Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, über Wertschöpfungsabgaben oder wie man sie auch immer nennen mag, denn wenn immer weniger am unmittelbaren Wertschöpfungsprozess beteiligt sind, aber das alte bismarcksche System weiter gelten soll, dann kommt es an seine Grenzen.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Und da sind wir alle gefordert, Gehirnschmalz zu verwenden und darüber nachzudenken, wie wir die Alterssicherung zukunftsfest machen können. Darum geht es in unserem Antrag, Letzteres nur ansatzweise, aber das ist ein Appell auch an uns selber, darüber nachzudenken, wie es uns gemeinsam gelingen kann, denn wir haben eine gemeinsame Verantwortung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, verschiedene Ziffern des Antrages einzeln abzustimmen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer in Ziffer I den Nummern 1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind in Ziffer I die Nummern 1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer I Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer I Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II.1 Buchstabe a) einschließlich des Einleitungssatzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.1 Buchstabe a) einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II.1 Buchstabe b) einschließlich des Einleitungssatzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.1 Buchstabe b) einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Ich würde doch auf der Regierungsbank wirklich jetzt mal um Ruhe bitten. Wir sind hier in der Einzelabstimmung, das ist nicht ganz einfach.

(Unruhe auf der Regierungsbank –
Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift. –
Torsten Renz, CDU: He, sag mal! –
Minister Harry Glawe: Warum guckst
du mich an? Ich habe gar nichts gesagt.)

Also

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

ich bitte jetzt wirklich darum, meinen Anweisungen hier auch Folge zu leisten, weil das ist nicht einfach, hier abzustimmen. Und wie gesagt, wir sind in der Einzelabstimmung. Und wenn ich Sie jetzt ...

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich unterbreche die Sitzung. Die Abstimmung wird dann wiederholt. Ich habe jetzt keine Lust, weiterhin in der Abstimmung zu sein, und bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer nach vorne.

Unterbrechung: 14.52 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung
wird zwischenzeitlich verlängert.
Der Ältestenrat wird einberufen.)

Wiederbeginn: 15.13 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und beginne erneut mit der Abstimmung.

Wer also in Ziffer I den Nummern 1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind in Ziffer I die Nummern 1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer I Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer I Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II.1 Buchstabe a) einschließlich des Einleitungssatzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.1 Buchstabe a) einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II.1 Buchstabe b) einschließlich des Einleitungssatzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.1 Buchstabe b) einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II.1 den Buchstaben c) bis f) einschließlich des Einleitungssatzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind in Ziffer II.1 die Buchstaben c) bis f) einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II.1 Buchstabe g) einschließlich des Einleitungssatzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.1 Buchstabe g) einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II.1 den Buchstaben h) und i) einschließlich des Einleitungssatzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind in Ziffer II.1 die Buchstaben h) und i) einschließlich des Einleitungssatzes des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer der Ziffer II.2 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2806 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Beteiligungsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Geschäftsjahre 2014 bis 2016, Drucksache 7/2822.

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Beteiligungsbericht des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für
die Geschäftsjahre 2014 bis 2016
– Drucksache 7/2822 –**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das erste Mal in dieser ausführlicheren Form wurde ein Beteiligungsbericht des Landes dem Parlament vorgelegt. Das begrüßen wir. Es wird darüber zu reden sein, was kann dieser Bericht leisten und was soll er leisten. Er soll vor allem auch Bürgerinnen und Bürgern fundierte Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung des Landes geben.

Als wir uns zur Frage eines Beteiligungsberichtes vor einiger Zeit hier an dieser Stelle anlässlich eines Antrages der BMV ausgetauscht hatten, haben wir eine Befassung im Landtag als sinnvoll angesehen. Insofern kommen Sie dem als Unterrichtung nach. Erstmals geht aus dieser Unterrichtung kompakt hervor, wo und in welchem Umfang das Land an Unternehmen beteiligt ist. Die wichtigsten Kennzahlen sind enthalten.

Sicher, es gibt noch Lücken bei der Angabe der Gehälter. Wir wissen, dass dieser Umstand im Transparenzgesetz begründet liegt. Alte Verträge und Vergütungsansprüche haben Bestandsschutz. Werden die Vergütungsansprüche neu verhandelt beziehungsweise neu abgeschlossen, dann fällt der Vertrag unter das Vergütungstransparenzgesetz. So in etwa steht es in dem Gesetz.

Wir werden sicher auch eine Erklärung dafür erhalten, warum die Vergütung des Generalintendanten und Geschäftsführers des Mecklenburgischen Staatstheaters, der seit dem 01.08.2016 in dem Job ist, nicht veröffentlicht wurde. Das Vergütungstransparenzgesetz gilt ab dem 13. Mai 2016. Aus unserer Sicht fällt dieser Vertrag also als neuer Vertrag eigentlich unter dieses Gesetz. Ein kleines Sternchen in der Fußnote verweist darauf, dass keine Zustimmung zur Offenlegung der Bezüge erteilt wurde.

Meine Damen und Herren, zum Teil sollten die Zwecke beziehungsweise Gründe für einzelne Landesbeteiligungen noch ausführlicher dargelegt werden. Allgemein formulieren Sie zu Beginn des Berichtes, dass sich das Land nur dann an privatwirtschaftlichen Unternehmen unmittelbar beteiligen kann, wenn ein wichtiges Interesse des Landes vorliegt. Ein wichtiges Interesse des Landes an einer Beteiligung liegt vor, wenn hierdurch bedeutsame Aufgaben des Landes erfüllt werden. Danach folgen Formulierungen, die erklären, wann eine Landesbeteiligung ausgeschlossen ist, aber keine näheren Erläuterungen, wann ein wichtiges Interesse für Mecklenburg-Vorpommern gegeben ist oder was unter „bedeutsame Aufgaben des Landes“ zu verstehen ist. Auch die Darle-

gung von Risiken und Chancen der Beteiligungen sollte nach Möglichkeit noch ergänzt werden.

Und auch ein Blick in die Zukunft macht aus unserer Sicht Sinn. Ist also ein Rückzug aus Beteiligungen in absehbarer Zeit denkbar oder nicht? Oder stehen besondere Herausforderungen am Horizont, die eventuell auch neue Beteiligungen erforderlich machen? Oder wie entwickelt sich das Landesinteresse unter künftig sich verändernden Rahmenbedingungen?

Meine Damen und Herren, wir müssen das Rad auch nicht neu erfinden. Schauen Sie nur mal in die Beteiligungsberichte beispielsweise von Brandenburg, Baden-Württemberg oder Bayern oder auch Berlin! Wichtige Aspekte, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen oder die Stärkung des Wirtschaftsstandortes des Landes oder die Förderung neuer Technologien, werden in diesen Berichten mit entsprechenden Beispielen aufgeführt und auch untermauert. Hierzulande liest sich der Bericht dagegen doch etwas technokratisch und mehr wie ein Gesetzestext. Ich denke, hier geht bestimmt noch was. Schön wäre, wenn der nächste Bericht in dieser Hinsicht lesbarer und plastischer wäre.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun zu einem Punkt kommen, den auch die Medien bereits aufgegriffen haben – der Frauenanteil in der Führungsebene. Zuerst das Positive: Der Frauenanteil in Aufsichtsräten oder anderen Überwachungsgremien beträgt 51 Prozent. Das ist prima und erfüllt die gesetzlichen Vorgaben für börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen über. Problematisch sehen wir noch den Anteil an Frauen in den Geschäftsführungen. Dort sind sie mit 17 Prozent arg unterrepräsentiert.

Die Losung der Landesregierung lautet hier, die Bestrebungen zur geschlechterparitätischen Besetzung der Geschäftsleitung insbesondere im Rahmen von Stellenbesetzungen fortzusetzen, soweit die Mehrheitsverhältnisse eine Mitwirkung des Landes ermöglichen. Da fragen wir uns natürlich, wie sehen diese Bestrebungen aus. Und stellt die Landesregierung ihr Licht etwas unter den Scheffel, wenn sie meint, nur etwas verändern zu können, wenn die Mehrheitsverhältnisse eine Mitwirkung des Landes ermöglichen? Gerade die Ministerpräsidentin legt so viel Wert auf Geschlechterparität. Ich denke, da ist deutlich Luft nach oben. Mir ist natürlich klar, dass Geschlechterparität nicht von heute auf morgen geht.

Meine Damen und Herren, da ich nun schon bei den Geschäftsführungen der Unternehmen mit Landesbeteiligung bin, greife ich hier gern noch eine Kritik auf, die auch in den Medien zutage trat. Sie werden sich denken, worum es geht: die Höhe der Gehälter. Dabei will ich mir gar nicht anmaßen zu sagen, ob es richtig und angemessen ist, dass ein Geschäftsführer für 19 Angestellte 170.000 Euro im Jahr verdient, aber es wirft dann doch die Frage auf, wenn auf der anderen Seite ein Geschäftsführer eines Unternehmens mit über 1.000 Beschäftigten dagegen etwa 100.000 Euro im Jahr verdient. Aber die Unterschiede in der Vergütung sollten sich begründen lassen. Liegt es etwa an der Fachlichkeit oder ist der eine nur erfolgreicher bei Gehaltsverhandlungen als der andere? Eine berechnete Frage, wie wir finden. Wir sollten hier ein waches Auge darauf haben, wie die Landesregierung mit Steuergeldern umgeht.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Ordnungsgemäß.)

Meine Damen und Herren, wir vermissen auch eine echte Strategie, zumindest ist sie so nicht wirklich abzuleiten aus dem Bericht. Viele Beteiligungen sind, historisch betrachtet, aus der Not geboren. Ich denke, wir haben aber im Ausschuss die Gelegenheit, über diese verschiedenen Fragen noch zu reden. Daher beantrage ich auch die Überweisung des Berichtes in den Finanzausschuss. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Für die Landesregierung hat der Finanzminister um das Wort gebeten. Herr Brodkorb, Sie haben das Wort.

Ehe Sie Ihr Wort aber in die Tat umsetzen, möchte ich nicht versäumen, die Mitglieder des Vereins Poeler Leben e. V. herzlich in unserer Landtagssitzung zu begrüßen. Herzlich willkommen!

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, der erste Beteiligungsbericht liegt Ihnen vor. Ich freue mich sehr, dass ich auch zeitlich einigermaßen Wort halten konnte mit der Ankündigung, die vor einiger Zeit gegeben wurde.

Die Frau Abgeordnete Rösler hat bereits darauf hingewiesen, so viel Transparenz wie heute gab es bisher im Lande nicht. Insofern ist das durchaus ein Schritt nach vorne mit diesem Beteiligungsbericht. Ich danke der Abgeordneten Rösler insbesondere für die sehr sachlichen Anmerkungen zu diesem Beteiligungsbericht, denn wie Sie wissen, fällt ja auch die IAG unter die Beteiligung des Landes. Man hätte also auch ganz anders über diesen Beteiligungsbericht hier sprechen können.

Auch ich möchte mich auf wenige Anmerkungen beschränken, teilweise gleich Ihre Fragen beantworten, Frau Rösler. Was den Intendanten Tietje angeht, kann ich das aus dem Stegreif jetzt nicht. Da würde ich Ihnen zusagen, bei den zuständigen Stellen noch mal nachzufragen, warum das nicht gleich umgesetzt werden konnte oder umgesetzt worden ist. Vielleicht gab es auch seitens des neuen Hauptgesellschafters, nämlich der Landesregierung, da selbst Anlaufschwierigkeiten bei der Umsetzung des Gesetzes. Für den Fall, dass dies der Fall war, bitte ich schon mal um Entschuldigung, weil es könnte ja dann der Fall gewesen sein, dass ich noch dafür verantwortlich gewesen bin.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Oha!)

Ich will das nicht ausschließen, deswegen mache ich das mal prophylaktisch.

Trotzdem haben Sie selbst darauf hingewiesen, dass deutlich erkennbar ist, dass die Landesregierung eben daran interessiert ist, auch dieses Gesetz ernsthaft umzusetzen. Die Zahl der Geschäftsführerinnen und Ge-

schäftsführer, deren Gehälter hier veröffentlicht werden, ist sehr, sehr hoch.

Sie haben auch selber dankenswerterweise auf die rechtlichen Grenzen hingewiesen. Das würde ich gerne auch noch mal tun. Auch wenn einige Diskussionsteilnehmer in der Öffentlichkeit – ich unterstelle es – wissentlich ignorieren, es ist so, dass in Deutschland das Grundgesetz gilt, die Verfassung und Gesetze und dass man nicht Dinge, die nicht vertraglich vereinbart sind, ohne Zustimmung des Vertragspartners gegen ihn tun kann. Es gibt Persönlichkeitsrechte, es gibt den Datenschutz. Wenn einige erwarten, dass in dem Moment, wo der Landtag ein Gesetz beschließt, sämtliche Geschäftsführergehälter offengelegt werden, dann passt das zu einer rechtsstaatlichen Demokratie nicht ganz so richtig. Dann bräuchte man eine andere Staatsform, um das zu ermöglichen.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Das lehnen wir bekanntermaßen, glaube ich jedenfalls, in diesem Landtag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass wir nicht nur erwarten, dass die Unternehmen, an denen wir beteiligt sind, die Geschäftsführergehälter offenlegen, sondern dass wir das genauso von den Unternehmen in kommunaler Beteiligung erwarten und auch von unseren Sparkassen. Sie haben vielleicht davon gehört, da gibt es eine Diskussion, ich hätte kein Verständnis dafür, wenn die Sparkassen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sich diesem Weg nicht anschließen würden. Das ist aber etwas, was am Ende auf kommunaler Ebene zu entscheiden ist, und zwar aus folgendem Grund:

Erstens gibt es Länder, in denen dies längst geschieht. Da kann man in unsere Nachbarländer, und ich meine jetzt nicht das Ausland, sondern westliche Bundesländer oder auch östliche Bundesländer, schauen. Es gibt Länder, in denen ist das selbstverständlich. Warum soll das in Mecklenburg-Vorpommern nicht auch selbstverständlich sein?

Und zweitens, vielleicht noch viel interessanter, wenn ich nicht völlig falsch informiert bin, dann muss eine privatrechtlich organisierte Bank wie die Deutsche Bank, die beispielsweise eine Aktiengesellschaft ist, ihre Vorstandsgehälter veröffentlichen. Es gibt ja einen Grund, warum bei „Spiegel Online“ regelmäßig darüber berichtet wird, wie hoch diese Vorstandsgehälter sind. Ich könnte keinem Bürger erklären, warum eine als Aktiengesellschaft geführte privatrechtliche Bank gesetzlich verpflichtet ist, ihre Vorstandsgehälter zu veröffentlichen, während eine Sparkasse, ein Kreditinstitut in öffentlicher Trägerschaft, das ausgerechnet nicht tun soll. Deswegen kann ich nur alle herzlich einladen, da ist die kommunale Ebene gefragt, eben hier auch mitzutun und sich dafür einzusetzen, dass dies in Zukunft auch in Mecklenburg-Vorpommern selbstverständlich wird.

Dritte Frage, Frau Rösler, oder der dritte Punkt: Sie können keine Gesamtstrategie erkennen in den Beteiligungen des Landes. Ich weiß nicht, ob ich, na Unmut war es ja nicht, aber Ihre Unzufriedenheit in der Lage sein werde auszuräumen. Ich fürchte, mit einem so differenzierten Portfolio, wo sie aus Einzelgründen in einer Gesellschaft

sind, können Sie mutmaßlich keine Gesamtstrategie entwickeln.

Ich versuche es mal polemisch zuzuspitzen, aber nicht allzu polemisch: Ich wüsste jedenfalls nicht, aus welcher einheitlichen Gesamtstrategie wir auf der einen Seite die Deponie Ihlenberg betreiben und auf der anderen Seite das Mecklenburgische Staatstheater. Das ist schwer zusammenzubringen. Wir sind eben nicht ein Unternehmen als öffentliche Hand, das ein klares Unternehmensziel hat, oder eine Unternehmensgruppe, sondern der Staat ist dazu da, die gesamte Breite des gesellschaftlichen Lebens zu regulieren und zu begleiten. Und deswegen, wenn man Beteiligungen hat, werden die wohl auch diese gesamte Breite abbilden. Das muss nicht bedeuten, dass man nicht darüber diskutieren kann, sind die Beteiligungen noch angemessen, muss man an der einen oder anderen Stelle das auch neu ausrichten. Das ist sicherlich sehr berechtigt. Ich fürchte, ich werde jedenfalls nicht in der Lage sein, aus diesen ganzen einzelnen Beteiligungen eine kohärente Gesamtstrategie zu entwickeln. Aber das liegt an der Vielfältigkeit der Welt und nicht daran, dass wir aus anderen Gründen dies nicht tun.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, freue ich mich auf eine vertiefte Debatte im Ausschuss, insbesondere auf Hinweise – teils sind die schon gegeben worden –, was wir noch besser machen können. Das ist unser erster Versuch, und ich hoffe, dass dieser erste Versuch zumindest so gelungen ist, dass Sie einigermaßen zufrieden als Auftrag damit sind. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Liskow.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erst mal vielen Dank, Herr Minister. Sie haben gesagt, das ist der erste Beteiligungsbericht, der uns vorliegt. Wir wissen, dieses Thema beschäftigt uns ja als Landtag nicht das erste Mal, sondern es haben uns schon in den vorherigen Legislaturen FDP und GRÜNE mehrmals aufgefordert, diesen vorzulegen. Jetzt endlich haben wir einen und aus meiner Sicht auch einen ansprechenden Beteiligungsbericht. Aus dem Beteiligungsbericht kann man verhältnismäßig gut ersehen, welche Entwicklungen die Unternehmen haben, welche Zuschüsse notwendig sind. Wir haben die privatrechtlichen Beteiligungen, die öffentlich-rechtlichen Beteiligungen aufgeführt. Wir haben verhältnismäßig deutlich die Geschäftsführergehälter herausgestellt, die Höhen, und man konnte auch schon die Diskussion in der Presse dazu verfolgen.

Also wir haben hier einen Bericht, mit dem man sozusagen arbeiten kann, und Sie haben selber gesagt, das ist der erste Bericht. Natürlich ist der in der Zukunft verbesserungswürdig, und man wird auch daran arbeiten, diesen mit noch mehr Informationen sozusagen auszustatten, dass die Abgeordneten hier im Parlament sehen, aber nicht nur wir, sondern auch die Öffentlichkeit die Beteiligung des Landes noch besser bewerten und auch sehen kann, wie wir unsere Beteiligung sozusagen händeln als Landtag.

Wie Sie schon gesagt haben, Herr Minister, wir werden das dieses Jahr im Finanzausschuss ja noch mal behandeln, und ich glaube, da haben wir auch die Chance, dann entsprechend die notwendigen Anregungen zu geben, Verbesserungen vorzuschlagen, sodass diese in den zweiten Bericht entsprechend eingearbeitet werden können. Deswegen bedanke ich mich für die Arbeit der Landesregierung zu diesem Beteiligungsbericht und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben vor einem halben Jahr circa beantragt, dass dieser Beteiligungsbericht erstellt wird. Damals habe ich hier in der Aussprache erfahren, dass schon dran gearbeitet wurde, jetzt liegt er auch vor. Vielen Dank dafür.

Herr Liskow hat es gerade richtig gesagt, das ist ein Bericht, mit dem man arbeiten kann. Es ist ja auch gar nicht nötig, dass er gleich perfekt ist, das ist ja der erste Wurf sozusagen. Für mich und aus meiner Sicht ist tatsächlich das Entscheidende, welche Strategie wird mit den einzelnen Beteiligungen verfolgt und gibt es da eventuell Hürden oder Probleme, auf die wir eingehen müssen, oder auch Risiken und Chancen.

Das kann in der Tat der Finanzminister nicht für alle Beteiligungen gleichermaßen abdecken. Es kann auch gar keine Gesamtstrategie geben – das hat er richtig dargestellt –, logisch, geht gar nicht. Deswegen freue ich mich auch auf die Arbeit im Finanzausschuss. Dort können wir konkret auf Einzelfragen eingehen. Und ich freue mich insbesondere auf den Ausschuss – ich weiß gar nicht, wie heißt er eigentlich, Energie und Infrastruktur, sage ich jetzt mal, beim Herrn Pegel –, denn da ergeben sich auch eine ganze Reihe von spannenden, ...

(Heiterkeit und Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Entschuldigung, ja.

... eine ganze Reihe von spannenden Fragen. Die werden wir dort natürlich auch stellen.

Insofern, Frau Rösler, waren Ihre Fragen alle zulässig oder zulässig sowieso, sie waren auch alle in Ordnung, aber jetzt relativ allgemein an der Oberfläche, und spannender wird es natürlich dann in dem Moment, in dem wir im Ausschuss konkret bei konkreten Beteiligungen diese Fragen stellen. Darauf freue ich mich. – Schönen Dank.

(Beifall Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Gundlack.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst mal dem Finanzminister vielen Dank für den Beteiligungsbericht. Herr Kollege Liskow hat es ja auch schon erwähnt, wir haben lange darauf gewartet, kann man so sagen. Wir haben uns im Mai darüber schon mal verständigt nach einem Antrag

der BMV, wann der Bericht kommt und ob ein Bericht kommt. Jetzt ist er da und man kann damit arbeiten. Das wurde ja schon alles gesagt.

Was mich so ein bisschen stört dabei, ist schon wieder im Vorfeld diese Neiddebatte. Ich will jetzt Frau Rösler nicht zu nahe treten, um Gottes willen, aber in der Öffentlichkeit war es schon wieder so zu hören, so beim NDR, na, was verdient der eine, was verdient der andere. Ich glaube, das ist völlig nebensächlich dabei. Es sind Unternehmen, die wir jetzt auch mal näher durchschauen können. Und von der Warte her freue ich mich auch schon auf den Finanzausschuss, dass wir da mal intensiver beraten können, ob die eine Beteiligung wirklich notwendig ist oder nicht und was da jetzt genau vor sich geht.

Ansonsten, glaube ich, ist das ein toller Bericht, mit dem man wirklich arbeiten kann. Noch mal vielen Dank an das Finanzministerium. Ansonsten möchte ich auch alle bitten, dem Ansinnen von Frau Rösler zuzustimmen und das in den Finanzausschuss zu überweisen, und da werden wir dann weiterreden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Marc Reinhardt, CDU, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/2822 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss, den Agrar-ausschuss, den Bildungsausschuss, den Energieaus-schuss sowie den Sozialausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag für die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/2822 bei Zustimmung aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat bestand Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 25 und 26 in der morgigen Sitzung in der Reihenfolge zu tauschen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann haben wir das hiermit beschlossen.

Wie zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 18, und ich rufe deshalb auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der BMV – Gesundes Leben lernen: Schulgärten aktiv in den Unterricht einbinden, auf Drucksache 7/2818.

**Antrag der Fraktion der BMV
Gesundes Leben lernen: Schulgärten
aktiv in den Unterricht einbinden
– Drucksache 7/2818 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das muss ich zugeben, das hatte ich verpasst. Ich

habe mich jetzt auf eine kurze Pause gefreut, die ich mal hätte, nun habe ich sie doch nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD und Ministerin Birgit Hesse)

Aber das stört mich gar nicht, weil das ist eigentlich das schönste Thema der ganzen Plenarwoche überhaupt, was ich jetzt vorstellen möchte: „Schulgärten in Mecklenburg-Vorpommern“.

(Beifall Andreas Butzki, SPD)

Ich glaube, einige von uns, vielleicht sogar alle von uns, hatten selbst noch das große Glück, einen Schulgarten zu haben in der eigenen Schulzeit.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und ich glaube, wir erinnern uns alle – Herr Dahlemann nicht mehr, der ist zu jung an der Stelle vielleicht oder hat einfach Pech gehabt –

(allgemeine Heiterkeit)

sehr gern daran,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Klingt ja richtig nostalgisch.)

dass wir im Schulgarten arbeiten durften und die Natur und den Gartenbau erleben konnten. Es war eine schöne Zeit.

Wir hatten dazu schon mal einen Antrag gestellt im Rahmen des Strategiefonds. Das wäre aus meiner Sicht auch ein echtes strategisches Thema gewesen,

(Andreas Butzki, SPD:
Jaja, haben wir gemacht.)

alle Grundschulen wirklich mit einem Schulgarten auszustatten, sofern das noch nicht erfolgt ist. Leider waren wir da wahrscheinlich ein bisschen zu spät, irgendwie war das Geld schon weg, es ging nicht mehr rein.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Patrick Dahlemann, SPD)

Jetzt versuchen wir es einfach noch mal in der Hoffnung, dass wir im Bildungsausschuss vielleicht vertieft über das Konzept sprechen können, wie wir es umsetzen können, denn leider gibt es da ein paar Mängel in der jetzigen Situation. Die Landesregierung hat im Moment auch gar nicht genau den Überblick, wie viele Schulgärten es gibt. Das wird leider gar nicht statistisch erfasst. Es gibt selbstverständlich Schulgärten, aber eben nicht an jeder Schule. Welche Schulen ...

(Andreas Butzki, SPD:
Kann ich Ihnen nachher sagen.)

Ja, ach, Herr Butzki weiß es mal wieder, na ja. Ich muss öfter mit Herrn Butzki sprechen,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Kann ich Ihnen nachher sagen.)

der weiß immer alles, was ich nicht weiß.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Patrick Dahlemann, SPD:
Er kennt da den Hausmeister.)

Jedenfalls möchten wir gern, dass diese Schulgärten auch aktiv in den Unterricht eingebunden werden. Ich habe mir sagen lassen – das weiß ich jetzt ehrlich gesagt von meinen Verwandten, das habe ich gar nicht so auf dem Radar gehabt –, dass es in der DDR auch ein Unterrichtsfach war, dass die Schulgärten fest im Bildungssystem etabliert waren.

(Burkhard Lenz, CDU: Ja.)

Das war im westdeutschen Bildungssystem nicht so. Da war man immer schon so ein bisschen auf Glück und Zufall angewiesen und auf gute engagierte Lehrer. Wir haben, glaube ich, gestern schon mal darüber gesprochen, dass es teilweise so ein bisschen unter den Tisch gefallen ist, dass es auch im DDR-System gute Dinge gab. Schulgärten – das gebe ich gern zu – waren ein Pluspunkt, wenn das so gewesen ist in der DDR. Das sollte man auf jeden Fall wieder so einführen. Das ist wirklich ein großer Fehler gewesen, als das nach der Wende aus den Lehrplänen gestrichen wurde.

Die Landesregierung ist da, glaube ich, mit uns grundsätzlich auf einer Wellenlänge, so habe ich es jedenfalls verstanden, dass auch immer bestätigt wird, dass ein Schulgarten mit seinem fachlichen und pädagogischen Nutzen ein wichtiger Lernort ist. Teilweise hat der Sachunterricht diese Inhalte ja auch in die aktuellen Rahmenpläne übernommen, aber eben leider nur teilweise.

Dem Bildungsministerium obliegt die mögliche Wiedereinführung des Schulgartenunterrichts. Aber auch das Landwirtschaftsministerium hat das Thema im Landeskleingartenausschuss und mit dem Landesverband der Gartenfreunde direkt erörtert. Und da möchte ich mich auch mal direkt an Herrn Backhaus wenden. Ich glaube, dass Sie ein großer Unterstützer dieses Themas sind, das hoffe ich jedenfalls. Ich habe Sie ja mal beim „Talk im Funkhaus“ erlebt, als es um die gesunde Ernährung ging, und da hatte ich das Thema auch schon mal angesprochen. Ich habe damals zumindest Ihrem Gesicht entnommen, dass Sie das auch sehr gut finden würden, wenn wir wieder verstärkt Schulgärten hätten und einsetzen könnten.

Die große Frage bei dieser Geschichte ist natürlich immer, wie man das organisiert kriegt. Man braucht immer auch jemanden von den Erwachsenen, also von den Lehrern, von dem Schulpersonal oder es können auch Eltern sein oder Dritte, die sich da mit engagieren, denn das kann man natürlich nicht den Kindern überlassen. Genauso, wie Sie kein Haustier kaufen können und schenken das dem Sechsjährigen und sagen, jetzt hast du einen Hund, das kann der auch noch nicht allein übernehmen. Wir wollen auch keine verwilderten Schulgärten haben, sondern die Pflege und Betreuung müssen natürlich sichergestellt sein. Es gibt da sehr gute Erfahrungen mit Kleingartenanlagen, wo die Vorstände der Kleingartenanlagen die Patenschaft übernehmen, das mitbetreuen und große Freude daran haben, den Kindern die Natur näherzubringen.

Einen Aspekt hatte ich gerade schon angesprochen – es geht nicht nur um den Gartenbau, es geht auch um gesunde Ernährung. Mein Kollege Ralf Borschke wird

gleich noch ein paar Worte sagen zu einem besonderen Aspekt, der uns auch wichtig ist, Schülerbetriebspraktika und Schulausflüge im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft verstärkt zu organisieren. Auch das ist, glaube ich, ein Punkt, das Image der Land- und Forstwirtschaft deutlich zu verbessern. Da gibt es – das haben wir hier jetzt schon mehrfach in diesem Jahr gehört – ein paar Schwierigkeiten, auch aufgrund der Medienberichterstattung, die nicht immer fair ist. Und da können wir natürlich auch auf der Schulseite schon gegensteuern, indem wir sagen, wie wichtig uns die Natur ist und wie wichtig auch die feste Verankerung der menschlichen Kultur und der Zivilisation in der Natur ist. Wir leben eben nicht auf einem Satelliten, sondern wir leben fest als Bestandteil der Natur und müssen auch wissen, wo unsere Nahrungsmittel herkommen, was gesund und was nicht gesund ist.

Das Thema Bewegung möchte ich auch noch mal extra ansprechen. Wir haben Bewegungsmangel bei unseren Kindern und dementsprechend auch Probleme mit Übergewicht. Auch da kann man ein bisschen Abhilfe schaffen, indem die Kinder mehr draußen sind, mehr in der Natur sind und sich körperlich betätigen, wenigstens ein Stück weit beim Gartenbau.

Mehr möchte ich auch gar nicht dazu sagen. Ich hätte diesmal ausnahmsweise sogar noch Redezeit übrig,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und Ministerin Birgit Hesse –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aber wir haben ja nachher noch mal die Gelegenheit, darüber zu debattieren.

Ich wünsche mir jetzt erst mal große Zustimmung aus den anderen Fraktionen und hoffe, dass das klappt und dass wir irgendwas in Richtung mehr Schulgärten organisiert bekommen. Ein erster Schritt heute wäre – und das beantrage ich hiermit – die Überweisung des Antrages in den Bildungsausschuss. Dort können wir dann die Details diskutieren, denn ich glaube, das wissen wir alle, so ein Antrag hier im Plenum kann noch nicht total ausgefeilt bis ins letzte Detail sein. Die Tücke liegt aber immer im Detail und deswegen brauchen wir die Besprechung im Bildungsausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 150 Minuten vorzusehen. Widerspruch kann ich dazu weder sehen noch hören, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz.

(Marc Reinhardt, CDU: Oha! –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich gedacht, interessant, aber wir haben doch viel erreicht. Und darauf will ich jetzt auch gleich eingehen. Ein chinesisches Sprichwort lautet ja am

Ende sinngemäß: Wenn du ein Leben lang glücklich sein willst, schaffe einen Garten.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Ja, das stimmt.)

Davon habe ich mich im Übrigen immer leiten lassen. Insofern ist Mecklenburg-Vorpommern geprägt worden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, Freie Wähler/BMV
und Dietmar Eifler, CDU)

Ich mache auch immer mal, wenn ich denn Zeit habe, gern Gartenarbeit. Und selbstverständlich erinnere ich mich sehr genau an den Schulgartenunterricht. Für mich und für die Landesregierung, auch in Absprache mit dem Bildungsministerium, ist der außerschulische Lernort ein wirkliches Pfund dieses Landes. Da haben wir in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht. Ein bisschen davon werde ich Ihnen gleich erzählen.

Im Übrigen geht unser Ansatz innerhalb der Landesregierung noch ein Stückchen weiter. Es geht nicht nur um die Entwicklung von Schulgärten oder außerschulischen Lernorten wie dem Garten, sondern auch für die Kindergärten haben wir mittlerweile eine ganze Reihe von Projekten auf den Weg gebracht, wo die Kinder im Kindergarten ihren Garten anlegen können und dieser dann in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen unterhalten und gepflegt wird.

Mecklenburg-Vorpommern ist kulturell selbstverständlich wirtschaftlich geprägt durch die Land- und Forstwirtschaft, aber auch durch den Gartenbau. Im Übrigen ist heute der Landesgartenbautag in Güstrow. Sie kennen sicherlich aus eigenem Erleben – Sie haben es, Herr Wildt, ja eben auch angedeutet – noch den Schulgartenunterricht. Seinerzeit gab es aber im Sommer immer das Problem, wenn Sie sich erinnern, dass es acht Wochen Ferien, glaube ich, gab.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, acht Wochen.)

So war das in der DDR. Danach war der Garten dann verunkrautet. Deswegen haben wir ein anderes Modell gewählt und darauf werde ich auch gleich kommen. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, nicht nur das Bewusstsein für gesunde Ernährung, Herr Wildt, zu schärfen, sondern auch der Aspekt der Liebe zur Heimat oder letzten Endes eine Wertevermittlung, weil uns das zum Teil leider verloren gegangen ist, was Lebensmittel an sich für einen Wert haben, und damit ein generationsübergreifendes Thema weiter aufzugreifen. Deshalb ist der Kindergarten oder auch der Schulgarten sicherlich ein hervorragendes Objekt, im Übrigen durch unser Haus angeschoben. Auch das Angeln gehört dazu, darüber haben wir vor Kurzem hier geredet.

Deswegen habe ich im Übrigen bereits im Jahr 2016 das Thema aufgegriffen und dankenswerterweise durch unsere Fraktion aus dem Strategiefonds Geld bekommen. Für mich war das tatsächlich ein Riesenerfolg. Wir haben 154 Wettbewerbsteilnehmer an diesem Wettbewerb gehabt und wir haben damit klar, glaube ich, eine Initialzündung auf den Weg gebracht. Für diese Schulen oder auch Kindergärten, die mittlerweile darüber gefördert worden sind, hat es 5.000 Euro, 100 Prozent Zuschuss gegeben, um die entscheidenden Utensilien wieder an-

zuschaffen beziehungsweise diese Gärten einzurichten. Für mich war das wirklich eine überwältigende Maßnahme.

Wenn Sie dann in den Schulen oder Kindergärten mal gewesen sind, wo die Arbeitsgemeinschaft, in Klammern im Ganztags schulbereich, wieder aufgenommen worden ist, im Übrigen in Zusammenarbeit mit Seniorinnen und Senioren in Neubrandenburg – Herr Dachner, wir beide haben gemeinsam dieses Projekt auf den Weg gebracht, oder wenn ich gerade in Grabow in der letzten Woche gewesen bin, wo die Schulgartenlehrerin tatsächlich den Unterricht wieder mit den Kindern im Schulgarten durchführt, oder wenn ich mir Kindergärten angeschaut habe, wo die glänzenden Augen erkennbar sind, wenn sie das Gärtnern gemeinsam im Kindergarten erlernen und dieses umsetzen –, dann ist das wirklich eine tolle Geschichte.

Wir haben in dem ersten Aufruf 160.000 Euro bereitgestellt. Wir haben jetzt noch mal 400.000 Euro für die Kindergärten und die Schulgärten in der Bearbeitung. Im Übrigen gibt es eine Förderrichtlinie. Ich kann auch noch mal ein bisschen Reklame extra dazu machen: Wir werden jährlich 100.000 Euro für diese Aufgabe bereitstellen. Seit dem 14. August 2018 ist diese Richtlinie im Übrigen auch durch den Rechnungshof bestätigt worden.

Ich habe ja schon angedeutet, je nach Größe können diese Einrichtungen bis zu 5.000 Euro bekommen. Ich bin auch froh, dass wir in Zusammenarbeit mit der Universität Rostock bei den Studentinnen und Studenten die Didaktik auch mit aufgegriffen haben, den Schulgarten mit zu integrieren und damit tatsächlich diese Möglichkeit umzusetzen. Insofern soll es auch deutlich machen, dass wir bereits jetzt schon wieder 25 Anträge bearbeitet haben. Der nächste Aufruf, sich zu bewerben, wird dann zum 31.05.2019 erfolgen. Insofern ist das „Grüne Klassenzimmer“ – jetzt nicht politisch betrachtet – eine Erfolgsstory, die wir auch landesweit umsetzen wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Marc Reinhardt, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sagen dann das Stichwort „Schulgartenunterricht“. Ich glaube, dass es auch gut ist, und die Bildungsministerin ist ja dabei, den Fächerkanon noch mal zu überprüfen und gewisse Schwerpunkte zu setzen. Ich finde, dass das Fach Sachkundeunterricht tatsächlich eine gute Grundlage ist, den Schulgarten dort mit zu integrieren und noch mal den Respekt vor den regionalen, den saisonalen Lebensmitteln weiter zu schärfen, aber auch eine Wertevermittlung dort mit einzubringen, die gesunde Ernährung – das haben Sie angedeutet –, denn nur, wer die Vielfalt von Lebensmitteln kennt und diese zu schätzen weiß, der wird mit diesen Produkten gut umgehen.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Wenn man sie selbst mal produziert hat, hat man natürlich eine ganz andere Beziehung dazu.

Aber auch das ganze Thema Ernährungskompetenz – wir wissen, dass es hier erhebliche Defizite in unserem Bundesland gibt – ist in diesem Sachkundeunterricht mit integriert und damit auch die Wertschätzung, der verantwortungsvolle Umgang mit der Natur, mit Pflanzen und Tieren. Meine Grundauffassung ist klar: Wer mit Tieren

und Pflanzen gut umgeht, geht auch mit Menschen gut um.

Insofern darf ich abschließend noch mal betonen, ich glaube, das Thema ist nicht nur erkannt, sondern wir sind tatsächlich auch in Deutschland in einer Vorreiterrolle in dieser Frage. Ich glaube, dass wir insofern auch deutlich gemacht haben, dass dieser Schulgarten wichtig ist und wir auch im Kindergarten alles daransetzen werden, diese Projekte erfolgreich umzusetzen.

Abschließend, Sie haben auch das Thema „Besuche von Landwirtschaftsbetrieben“ angesprochen. Herr Borschke war, glaube ich, auch auf der MeLa. Wenn Sie das verfolgt hätten, auch dafür waren wir federführend zuständig. Wir haben die Ausschreibung gemacht, nämlich Trinkmilch wieder in die Schulen zu bringen, im Übrigen in Verbindung mit Obst. Das ist mittlerweile ein sehr erfolgreiches Projekt. Darin sind auch finanzielle Beiträge enthalten, nämlich 100.000 Euro, die die Landfrauen bekommen haben, um dieses Projekt zur Ernährungskompetenz, aber auch die Besuche von Landwirtschaftsbetrieben umzusetzen. Diese 100.000 Euro habe ich gerade auf der MeLa an die Landfrauen übergeben, sodass dann auch die Kompetenz weiter gefördert wird, Betriebe zu besuchen und damit ein Stückchen mehr Beziehung zur Landwirtschaft wieder herzustellen. Auch das wollte ich Ihnen erläuternd noch mal mit auf den Weg geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Wertes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Gäste! Liebe Landsleute! Da wir ja wissen, dass die Wiederholung die Mutter der Wissenschaft ist, wiederhole ich das mal eben noch mal, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Weisheit.)

Und der Weisheit auch, ja.

... was der Minister gesagt hat, dass es seit Kurzem, seit dem 28.06.2018 – seit dem 14.08. durch den Landesrechnungshof bestätigt – in Mecklenburg-Vorpommern die Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt für die Förderung von Schulgärten gibt. Je nach Größe des Gartens können Förderungen in Höhe von 1.000 bis 5.000 Euro gewährt werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel kommen aus dem Strategiefonds und belaufen sich bis 2021 auf 400.000 Euro. Ausgelöst wurde dieser neue Schub in der Förderung von Schulgärten durch einen überaus erfolgreichen Schulgartenwettbewerb im Jahre 2016. Der Minister sprach von 154 Teilnehmern.

Mit ihrem Antrag springt die Fraktion der Freien Wähler/BMV nun auf diesen Zug erhöhter Wertschätzung der Schulgärten auf und denkt an die Möglichkeit, diesen Lernort in den Regelunterricht zu integrieren. Es ist ja nicht das erste Mal, dass die Fraktion Freie Wähler/BMV neue Lerninhalte fest im Schulunterricht verankern möchte. Der Gedanke ist sicherlich attraktiv und er wird schon seit Langem an vielen Schulen von engagierten Lehrern in die Tat umgesetzt.

Die Frage bei der Bewertung des vorliegenden Antrages lautet also, ob es sinnvoll ist, diese Praxis überall verbindlich einzuführen. In Vorbereitung auf ihren Antrag hatte die Fraktion der – damals noch – BMV zwei Kleine Anfragen zum Thema Schulgärten gestellt und dabei erfahren, dass der Landesregierung die Anzahl der Schulgärten nicht bekannt sei. Diese zu erheben, ist bei den weiterreichenden Plänen der Freien Wähler natürlich unumgänglich. Dabei müssten dann allerdings auch zusätzliche Informationen, wie Größe und Entfernung zur Schule, abgefragt werden, da sich hinter dem Begriff „Schulgarten“ sehr unterschiedliche Gegebenheiten verbergen können.

Gerade in unserem landwirtschaftlich geprägten Bundesland scheint es geboten, den Schülern anschaulich den Wachstumszyklus der Pflanzen, besonders der Nutzpflanzen, vor Augen zu führen, ihre Bedeutung für eine gesunde Ernährung zu erklären und auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen. Auch bestimmte reformpädagogische Bewegungen haben deshalb dem Schulgarten einen besonderen Stellenwert zugemessen.

Es ist angesprochen worden, lieber Herr Wildt, in der DDR war die Schulgartenarbeit obligatorisch, sie hat allerdings auch nur einer verschwindend geringen Anzahl von Schülern wirklich gefallen. Ich war einer derjenigen, das habe ich durch meine Großeltern gelernt, die begeistert daran teilgenommen haben.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Sie waren begeistert?)

Bitte was?

(Patrick Dahlemann, SPD:
Sie waren begeistert davon?)

Ich war begeistert davon, ja, das habe ich durch meine Großeltern erlernt. Es waren eben nicht alle begeistert, es gab etliche Leute, die das wirklich angekotzt hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Na, dann waren Sie an einer anderen Schule, Herr Albrecht. An meiner war das nicht so.

Es entsprang dort aber auch einer bestimmten Ideologie des Arbeiter- und Bauernstaates. Das sollte nämlich auch immer die Leute dahin führen, dass sie sich über die Gärten selbst versorgen. Nach der Wende – darauf hat Herr Wildt auch abgestellt – geriet der Schulgarten stark in den Hintergrund und erst jetzt sind wieder Anzeichen einer Renaissance zu entdecken.

Dass er so stark an Bedeutung verlor, hat natürlich auch seine Gründe. Da ist zum einen die Frage, zu welchem Schulfach er gehören sollte. Das naheliegendste wäre die Biologie, doch in den Rahmenplänen Biologie findet er keinerlei Erwähnung. Als optionale Möglichkeit erscheint er lediglich im Rahmenplan Sachkunde der Grundschule. Und selbst dort hat er eine verschwindend geringe Bedeutung im Vergleich zu anderen Unterrichtsinhalten. Immerhin mag der Besuch des Schulgartens bei drei bis vier Stunden Sachunterricht pro Woche noch einzubauen sein, beim späteren zweistündigen Fach Biologie dürfte er in Konflikt mit dem umfangreichen Stoffpensum des Faches geraten. Schließlich muss be-

dacht werden, dass ein Schulgarten sehr viel Zeit beansprucht. Das beginnt schon mit dem Weg dorthin und wieder zurück, falls er nicht in unmittelbarer Schulnähe liegt. Hier kann bereits ein beachtlicher Teil der Unterrichtszeit verloren gehen.

Es geht weiter mit der Gartenarbeit, die ebenfalls, wie jeder Gartenfreund weiß, sehr zeitintensiv ist und in der Regel nicht von allen Schülern geschätzt wird. Idealerweise sollte der Schulgarten von einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft betreut werden, also von Schülern, die ein lebhaftes eigenes Interesse an der Gartenarbeit haben. Eine Vielzahl von Klassen mit der Gartenarbeit zu betrauen und auch in den Ferien, das ist bereits angesprochen worden, den Garten nicht ungepflegt zu lassen, stellt ein erhebliches organisatorisches Problem dar. Letztlich fällt da viel zusätzliche Arbeit den Lehrern selbst zu. Auch Disziplinfragen stellen bei großen Klassen eine Herausforderung dar, ganz abgesehen davon, dass es manchmal gartenbauliche Schwierigkeiten und Probleme gibt, zum Beispiel, wenn der Boden nicht besonders gut ist.

Angesichts all dieser Probleme ist es den Lehrkräften nicht hoch genug anzurechnen, wenn sie sich der Betreuung eines Schulgartens widmen und diesen in den Unterricht mit einbeziehen. Ihm den Schulen verpflichtend vorzuschreiben, halten wir aber für zu weit gegriffen.

Auch sind die Erwartungen der Freien Wähler/BMV an den pädagogischen Nutzen der Schulgartenarbeit ein wenig überzogen. Es wird eine Minderheit von Schülern sein, die aufgrund der Arbeit im Schulgarten auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung umsteigt. Auch die erhoffte Steigerung des Umwelt- und Naturschutzbewusstseins dürfte leider bei zu wenigen eintreten. Für derartige Lernziele gibt es heute viel wirkungsvollere Medien als die aufwendige Gartenarbeit.

Die Forderung des Antrages nach fächerübergreifender Einbeziehung des Schulgartens in den Schulalltag zielt offenbar darauf ab, auch andere Fächer als Sachkunde oder Biologie mit dem Schulgarten zu verzahnen. Dass dies dann auch noch im Lehrplan verbindlich verankert sein sollte, halten wir für schwierig. Wo Schulgärten durch naturbegeisterte Akteure entstanden sind und entstehen, da sollten sie gefördert werden. Es bleibt auch zu fragen, ob die gegenwärtigen Fördermöglichkeiten ausreichen. Wo sie es dagegen nicht gibt, sollten sie auch nicht erzwungen werden. Zur letzten Forderung des Antrages, vermehrt Schülerpraktika in Betrieben der Land- und Ernährungswirtschaft stattfinden zu lassen, ist anzumerken, dass es diese bereits in nennenswertem Maße gibt und man hier auch auf die Freiwilligkeit der Schüler setzen sollte.

Da die Förderung von Schulgärten eine wichtige Aufgabe des Landes ist, unterstützen wir die Überweisung des Themas in den Bildungsausschuss und mitberatend in den Agrarausschuss. Der Antrag selbst enthält bedenkenswerte Anregungen. Da das dabei in Teilen zu weit geht, werden wir uns bei der Abstimmung enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Reinhardt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na mal sehen, was Herr Reinhardt
gern hatte in der Schule.)

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Ritter, ja, auch ich kann mich noch
gut an das Schulfach Schulgarten erinnern.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und hat es Spaß gemacht?)

Ich kann mich anscheinend nicht mehr daran erinnern,
ob ich es gern gemacht habe oder nicht. Da bin ich ganz
ehrlich.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Jens-Holger Schneider, AfD: Ich ja.)

Ich weiß nur aus heutiger Erfahrung, es hat mir nicht
geschadet. Wenn ich zum Gartendienst bei meinen El-
tern antreten darf,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Sehr gut! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wie gerade letzte Woche erst und auch dieses Wo-
chenende wieder, dann kann man davon sehr gut profi-
tieren.

Erst mal auch vielen Dank, Herr Wildt, für das Thema.
Der Minister hat ja schon sehr ausführlich dargelegt, was
das Land alles so unternimmt. Was wir, glaube ich, alle
wissen, ist, selbst gesätes, selbst gepflanztes und selbst
geerntetes Obst und Gemüse schmecken nach wie vor
am besten und sind in der Regel auch am gesündes-
ten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Das bringt mich zu drei Aspekten bei diesem Thema:
Zum einen, glaube ich, ist es für Kinder und Jugendliche
gut. Sie lernen dabei, auch selbst Verantwortung zu
übernehmen, etwas selbst zu schaffen, davon selbst zu
profitieren und selbst weiterzuverarbeiten. Das sind,
glaube ich, ganz tolle Sachen, die man mit dem Thema
Schulgarten, auch wie man mit Lebensmitteln umgeht,
beibringen kann. Und ich sehe auch einen weiteren As-
pekt, den wir schon von den Kooperationen mit den
Kleingartenanlagen gehört haben. Wenn wir da ganz
ehrlich sind, viele Kleingartenanlagen haben selbst de-
mografische Probleme. Es gibt zum Teil Anlagen, wo
auch der Nachwuchs fehlt, wo einige Parzellen schon
leer stehen.

(Thomas Krüger, SPD: Das stimmt,
richtig, weil Nachwuchs fehlt.)

Da glaube ich, das sollte auch ein Aspekt in unserer
Diskussion sein, dass wir quasi durch das Thema Schul-
garten die zukünftigen Gärtnerinnen und Gärtner dazu
animieren, später selbst vielleicht in so einer Kolonie mit
aktiv zu werden, weil das ist aus meiner Sicht ein ganz
wichtiges Kulturgut, was wir in Mecklenburg-Vorpommern
und in Deutschland haben.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr richtig!)

Das gilt es aus meiner Sicht weiter zu befördern. Weil wir
glauben, dass das ein wichtiges Thema ist, unterstützen
wir die Überweisung in den Bildungsausschuss, von mir
aus auch in den Agrarausschuss.

(Andreas Butzki, SPD:
Bildungsausschuss hatten wir gesagt.)

Nur in den Bildungsausschuss? Gut, dann verständigen
wir uns mal heute vom Pult aus, bitte nur in den Bil-
dungsausschuss.

Ich glaube, da können wir dann auch darüber sprechen,
in welchem Fach es sein soll. Sachkunde ist sicherlich
ein Fach, wo es gut aufgehoben ist. In den Ganztags-
schulen ist es heute schon Thema. Wir können natürlich
auch darüber reden, wie es eine höhere Verbindlichkeit
gibt. Aber das ist ja im Bildungsbereich immer so. Es
stehen ganz viele Schulfächer vor der Tür, die rein wollen,
aber nach hinten kriegen wir so richtig keins raus. Inso-
fern – das hat Herr Schneider ja auch angesprochen –
müssen wir prüfen, wie das zeitlich geht mit einem
Schulgarten. Wir sehen aber an vielen Schulen, dass das
funktioniert. Ich freue mich da auf eine spannende Debat-
te.

Vielleicht können wir ja auch gemeinsam als Bildungs-
ausschuss einen Schulgarten besuchen. Das ist vielleicht
auch mal eine gute Idee.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dann, glaube ich, werden wir zu guten Beratungserge-
bnissen kommen und sehen, dass das Geld, was uns zur
Verfügung gestellt wird, gut angelegt ist, und dass wir
das dann auch weiter ausbauen werden. – Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Frakti-
on DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Kolbe.

(Heiterkeit und Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsi-
dentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesunde
Ernährung von Kindern ist wichtig. Da sind wir uns, glau-
be ich, alle einig. Und weil gesunde Ernährung so wichtig
ist, fordert meine Fraktion seit Jahren an allen Schulen
für jede Schülerin und jeden Schüler ein warmes Mittag-
essen nach den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft
für Ernährung. Trotz dieser Forderung ist es nach all den
Jahren leider noch nicht Realität an allen Schulen des
Landes. Ich kann Ihnen aus meinem Wahlkreis in
Rostock berichten, da haben wir 44 Schulen in öffentli-
cher Trägerschaft mit qualitativ hochwertigem Mittag-
essen für alle und das zu einem vernünftigen bezahlbaren
Preis.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, heute geht
es ja nicht primär um das Mittagessen, sondern um die
Schulgärten, und da alle einen Schwank erzählt haben
aus ihrer Jugend, kann ich dazu auch etwas beitragen.
Wir hatten auch einen Schulgarten bei uns in der Grund-
schule und in der Klasse 4 gehörte ich zu den wenigen
Leuten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: He! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

die auch einen Berechtigungsschein zum Umgraben hatten, ja.

(allgemeine Heiterkeit –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut,
Karsten, sehr gut! – Zurufe vonseiten
der Fraktion der AfD: Oh!)

Also eine tolle Sache und ich glaube ...

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Alles Mögliche, ja.

Ich glaube, wir sind uns einig: Schulgärten sind eine gute Sache und ein sinnvoller Teil des Unterrichts an einer Grundschule, wenn sie in das Profil der jeweiligen Schule hineinpassen. Herr Backhaus hat deutlich ausgeführt den Zusammenhang zwischen Lernen von gesundem Leben, gesunder Ernährung und Schulgärten. Das brauche ich hier gar nicht groß zu wiederholen. Also wenn Schülerinnen und Schüler zum Beispiel zum Frühstück eine Quarkschnitte mithaben und den Schnittlauch aus dem eigenen Schulgarten darauf streuen und essen, ist das sicherlich eine tolle Sache. Das gelingt aber auch nur dann, wenn dieser Schnittlauch aus dem Schulgarten im Frühling rechtzeitig gesät werden konnte, wenn nicht gerade Frühlings- oder Osterferien waren und er im Sommer nicht vertrocknet ist, weil ihn während der Sommerferien niemand gegossen hat.

(Thomas Krüger, SPD:
Es gibt mehrjährigen Schnittlauch.)

Das kann dann in der Tat auch ein kleiner Beitrag zur gesunden Ernährung sein. Aber genau da liegt die Krux beim Betrieb eines Schulgartens. Stellen Sie sich mal die Augen der Kinder vor, die gesät und gejätet haben, so wie ich damals, und nach den Ferien ist dann alles vertrocknet

(Horst Förster, AfD: Ich denke,
Sie haben umgegraben? –
allgemeine Heiterkeit)

und die Ernte verdorben. Das ist doch dann auch schade. Was passiert also mit den Schulgärten in den Ferien?

(Zuruf von Ministerin Stefanie Drese)

Wie sollen diese während dieser Zeit gepflegt und bewirtschaftet werden? Wer soll im Sommer ernten? Ich glaube, das sind Fragen, die wir teilweise, um wieder zum Ernst der Sache zurückzukommen, beantworten müssen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Zum Ernten findet sich immer jemand –
Zurufe von Ministerin Stefanie Drese und
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Zu Schulgärten für den Unterricht sagen wir, wo eine Bewirtschaftung durch die jeweilige Schule im Ganztagsunterricht oder durch Arbeitsgemeinschaften – oder auch, wie es bei mir der Fall war damals, durch Gemein-

darbeiter während der schulfreien Zeit – nicht hergestellt werden kann, da sollte man das auf jeden Fall weiter fokussieren. Da haben Sie unsere volle Zustimmung. Das kann und muss aber jede Schule selbstständig organisieren. Wir sind der Meinung, dass das nicht von oben vorgeschrieben werden sollte.

Neben den Schulgärten sieht meine Fraktion auch die Ausweitung der Förderung von flächendeckend vorhandenen „Grünen Klassenzimmern“ als sehr erstrebenswert an. Auch hierzu hatte Herr Backhaus dankenswerterweise ausgeführt. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass sie ein praktikables und bewährtes Instrument für Gesundheits- und Naturerziehung im Rahmen des Regelunterrichtes sind. Hier wird nachhaltiges und auch gesundes Leben den Schülerinnen und Schülern mit all seinen Facetten nähergebracht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was meine Fraktion ein bisschen gestört hat an dem Antrag, ist der letzte Anstrich, wo es um die Schülerpraktika und Schulausflüge in Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft geht. Das kann man natürlich machen, wenn man das möchte,

(Andreas Butzki, SPD:
Haben wir auch gemacht.)

was wir aber nicht wollen, ist, dass es den Schülerinnen und Schülern oder auch den Eltern vorgeschrieben wird. Ich denke, die können das schon zusammen mit den Schulen sehr gut selbst planen, was in ihrem Interesse ist, und wenn eine Klasse sagt, Mensch, natürlich wollen wir – ich hätte fast gesagt, in die LPG –, dann sollen die das machen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
GPG war das dann.)

Dann kann man das gern machen, aber wenn das Interesse vielleicht nicht da ist, dann, finde ich, sind Zwangsausflüge dahin auch nicht der Weisheit letzter Schluss.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Letztlich geht also Ihr Ansinnen „Gesundes Leben lernen“ zweifellos in die richtige Richtung und ist zu unterstützen. Deshalb werden wir der Überweisung in den Bildungsausschuss auch gern zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Butzki.

(Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Marc Reinhardt, CDU)

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Keine Landtagssitzung ohne ein BMV-Antrag – sorry, Freie Wähler/BMV – zur Schule. Heute haben wir das Thema Schulgarten. Bei der SPD-Fraktion laufen Sie damit offene Türen ein. Wie Sie schon mitgekriegt haben, haben wir aus dem Strategiefonds dafür Gelder zur Verfügung gestellt, weil wir den Schulgarten als sinnvolle Ergänzung für den Unterricht

sehen, weil der Schulgarten wirklich eine sinnvolle Bereicherung für die nachhaltige Entwicklung ist und natürlich einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz leistet.

Dass Schulgartenunterricht auch fächerübergreifend viele Möglichkeiten gibt, haben wir jetzt schon mehrfach gehört. Er kann sehr gut in die Ganztagschule mit einbezogen werden. Es gibt Kooperationsvereinbarungen mit den Kleingartenanlagen und ich bin jedes Jahr einmal zusammen mit allen Spartenvorsitzenden und dem Bürgermeister. Wir führen da wirklich sehr gute Gespräche. Wenn ich den Agrarminister bei mir im Wahlkreis zu Gast habe, besuchen wir immer eine Kleingartenanlage, weil das wirklich gute Termine sind. Da kann man gute und tolle Absprachen führen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Aber in diesem Antrag fehlen auch einige entscheidende Punkte. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen, aber eine verbindliche Aufnahme eines Schulgartens für jede Schule ist schlichtweg nicht möglich. Wenn wir jetzt zum Beispiel die größeren Städte nehmen, in Rostock sind die Grundstückspreise in der Nähe einer Schule dermaßen hoch, dass es gar nicht finanzierbar wäre. Da könnte man ja sagen, ihr geht in die Kleingartenanlage, da sind soundso viele Gärten frei, aber sie können auch nur einen bestimmten Unterrichtsweg haben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wenn der Weg eine halbe oder dreiviertel Stunde ist, dann haben sie da im Prinzip die ganze Zeit nur mit Wandern – das ist zwar auch sehr gesund – verbracht, aber haben im Garten nicht viel erreicht. In der Hinsicht geht es auch nicht. Dann müssen natürlich auch die Schulträger mit im Boot sein, Frage Konnexität.

Die Bewirtschaftung in den Sommermonaten wurde heute auch schon mehrfach angesprochen. Ich kann es aus eigener Schulleitertätigkeit sagen,

(Marc Reinhardt, CDU:
Das ist schwierig, ja.)

wir haben das mehrere Jahre versucht mit großem Enthusiasmus. In dem Fall war es die 7. und 8. Klasse. Die haben gewählt und denen hat es Spaß gemacht. Und dann kamen die Sommermonate. Reinigungspersonal hatte die Schule nicht mal, weil es eben eine Reinigungsfirma war. Der Hausmeister hatte auch andere Aufgaben zu erfüllen, sodass es da ein Riesenproblem war in den Schulen. Dann kam man da im Herbst hin und wie beschrieben war alles verdorrt. Man konnte es nicht weiter nutzen. In der Hinsicht ist das natürlich auch sehr schwer.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Fraktion der BMV hat ja auch einen bunten Strauß von Aufgaben eines Schulgartens dargestellt: Erleben von Umwelt, Natur, praktisches Arbeiten, grundlegende Fähigkeiten im Bereich Gartenbau und Landwirtschaft erwerben, Berufsorientierung, Basis für gesunde Ernährung. Ich selbst hatte auch Schulgartenunterricht und bin leicht übergewichtig. Herr Schneider hat es schon gesagt, er hatte Schulgartenunterricht und es scheint auch nicht so viel geholfen zu haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der AfD und Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich weiß nicht, ob Sie Schulgartenunterricht hatten, aber dann ist es natürlich auch ein bisschen problematisch, das auszumachen.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Die Potenziale eines Schulgartens sind ohne Frage, das haben wir ja schon von mehrfacher Seite gehört, und wie gesagt, Sie laufen bei uns offene Türen ein. Wir werden den Antrag gern mit in den Ausschuss überweisen, in den Bildungsausschuss. Ob er auch in den Agrarausschuss soll, hatten wir jetzt nicht abgesprochen. Damit haben wir, glaube ich, sicherlich auch keine Probleme, also mal sehen, was Sie dann noch für Vorschläge machen. So lehnen wir den Antrag aber ab. Wenn Sie jetzt sagen, es geht nur um den Antrag, den lehnen wir ab, aber einer Überweisung stimmen wir zu. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Borschke.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Hatten Sie Schulgartenunterricht? –
Zuruf aus dem Plenum: Er angelt. –

Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktion der SPD –
Der Abgeordnete Ralf Borschke
trinkt aus dem Wasserglas. –

Torsten Renz, CDU: Und jetzt wieder hinsetzen. –
allgemeine Heiterkeit – Torsten Renz, CDU:
Dann gebe ich auch noch einen aus. –
Andreas Butzki, SPD: Jetzt ist die
Redezeit vorbei. – Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
AfD, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: So, jetzt geht es los.

(allgemeine Heiterkeit –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Als Erstes möchte ich mal auf Herrn Schneider zu sprechen kommen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Welches Schulfach wird schon gern von allen Schülern geliebt? Nach der Logik müssten wir die gesamte Schule abschaffen.

(allgemeine Heiterkeit –
Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Herr Kolbe, wir hatten eben ein bisschen Spaß, wir kriegen noch ein bisschen mehr. Herr Kolbe hatte in der DDR schon einen Spatenschein.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Ich war nicht in der DDR.)

Nicht in der DDR?

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Nein. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Gut, okay, aber ein Spatenschein war schon da.

Meine Damen und Herren, wir möchten, wir würden uns wünschen,

(Andreas Butzki, SPD:
Spatenberechtigung für alle.)

dass Schulgarten ein verbindliches Schulfach wird.

Herr Dahlemann, wenn Sie keinen Schulgarten hatten, das tut mir echt leid.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Mir auch, mir auch.)

Herrn Butzki und Herrn Minister Pegel habe ich ja schon eingeladen. Da lade ich Sie ein: Kommen Sie mal zu mir nach Hause! Dann können wir mit einem alten Holder Einachsschlepper den Garten pflügen.

(allgemeine Heiterkeit –
Patrick Dahlemann, SPD:
Das ist aber in Vorpommern, ne?)

Dazu braucht man ein bisschen Gegengewicht, muss ich Ihnen gleich sagen.

(Beifall Christian Brade, SPD)

Und ich garantiere Ihnen, danach fallen Sie in den Schlaf wie ein Kleinkind.

(allgemeine Heiterkeit –
Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Freie Wähler/BMV)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Liebe zur Natur lernen und biologische Zusammenhänge erkennen, ist in einer Zeit, in der sich die Menschen besonders in den Städten immer mehr von den Zusammenhängen von Natur und Umwelt und von der Produktion von Lebensmitteln entfernen, äußerst wichtig. Was bedeutet Ackerbau? Was bedeutet Gartenbau?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Viehzucht.)

Wir wollen, dass es Kindern wieder nähergebracht wird, bevor sie etwas essen, bevor sie ernten können, steht der Schweiß. Zur Produktion gehören auch Dünger, Pflanzenschutz und viel Arbeit. Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn es vermehrt Praktika und Ausflüge in Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft geben würde. Ein Bewusstsein für Nahrung wird dort geschaffen, wo sie entsteht. Es muss der jüngeren Generation wieder mehr ins Bewusstsein rücken, dass das, was wir essen, vorher gelebt hat.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Auch wenn ich einen Salat esse, nehme ich ihm das Leben.

(allgemeine Heiterkeit)

Damit wir uns ernähren, damit wir Fleisch essen können, müssen unter anderem Tiere sterben. Das Bewusstsein für diesen Kreislauf der Natur wollen wir mit einem Schulgarten bei unseren Kindern wieder hervorrufen und stärken.

(Andreas Butzki, SPD: Das gibt
eine Schlacht im Schulgarten,
also das wird gefährlich.)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wir hoffen, dass Sie daher unserem Antrag zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –
Andreas Butzki, SPD: Der Chef hat aber
was anderes vorgeschlagen.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat auch noch mal ums Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Aber nicht mich auch noch einladen! –
Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Das ist natürlich nicht mehr zu toppen.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

Ich werde jetzt auch keine großen Witze mehr erzählen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und auf der Regierungsbank)

sondern ich möchte mich herzlich bedanken für die anregende Debatte und für die große Unterstützung für dieses Thema.

Wie gesagt, die Tücke liegt immer im Detail, das ist ganz klar. Da muss man noch viele Einzelheiten besprochen. Und mit ganz großer Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass da im Agrarbereich schon so viel läuft. Das war mir ehrlich gesagt nicht bewusst, das gebe ich gern zu. Wir hatten ja mal eine Kleine Anfrage dazu gestellt.

(Andreas Butzki, SPD: Stimmt.)

Die Nummer weiß ich gerade nicht auswendig. Sie war leider relativ nichtssagend beantwortet worden. Es ist anscheinend dann auch ein bisschen was schiefgelaufen.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Von daher beantrage ich die Überweisung zum Bildungsausschuss und mitberatend in den Agrarausschuss, weil ich denke, das Wissen, was schon im Agrarausschuss da ist, und die vielen Initiativen, die dort bereits laufen im Agrarbereich, im Ministerium, sollten wir doch direkt mit einbeziehen, damit es ein Gemeinschaftswerk wird. Wir haben jetzt eine große Bitte, dass wir das, was es da schon gibt, auch auf jeden Fall mit einbeziehen. Ich sage

mal, jeder Schulgarten, der dazukommt aufgrund dieser Initiative, ist es wert. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Begründung ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2818 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen? – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Im Rahmen der Debatte ist weiterhin beantragt worden, den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2818 zur Mitberatung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer möchte für diesen Überweisungsvorschlag stimmen? – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist diesem Überweisungsvorschlag bei gleichem Stimmverhalten gefolgt worden.

(Andreas Butzki, SPD: Ich hoffe, ihr tragt euch das ein in euren Kalender.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – 12 Euro Mindestlohn – Jetzt und für alle, auf Drucksache 7/2811.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
12 Euro Mindestlohn – Jetzt und für alle
– Drucksache 7/2811 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem ich 2011 das erste Mal in dieses Hohe Haus gewählt wurde, habe ich eine meiner allerersten Reden zum Thema Mindestlohn gehalten.

(Torsten Renz, CDU:
Wie hoch war der damals?)

Und nun, sieben Jahre später, beschäftigt uns das Thema immer noch. Immerhin hat sich eines verändert, denn heute streiten wir ja nicht mehr darüber, ob es einen gesetzlichen Mindestlohn als untere Haltelinie überhaupt braucht. Ich stelle mal fest, das ist auch gut so.

Ich sage es durchaus mit einem gewissen Stolz, dass meine Partei ebenso wie die Gewerkschaften ver.di und NGG einen großen Anteil daran haben. Worüber wir allerdings weiter diskutieren müssen – deshalb rede ich ja heute im November 2018 immer noch über dieses Thema –, ist die Frage, wie hoch der gesetzliche Mindestlohn denn nun eigentlich sein muss. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir schon zum Zeitpunkt von dessen Einführung der Überzeugung waren, dass ein Niveau von 8,50 Euro definitiv zu niedrig ist.

Leitmotiv war für uns schon damals die Frage, was man eigentlich mindestens verdienen muss, um nach 45 Ar-

beitsjahren als Rentnerin und Rentner nicht in der Grundsicherung für Arbeit zu landen. Dabei möchte ich betonen, dass man mit einer Rente knapp oberhalb der Grundsicherung keine großen Sprünge machen kann und dass es trotz technischen Fortschritts auch in der Zukunft eine Herausforderung bleibt, überhaupt 45 Arbeitsjahre bei einigermaßen guter Gesundheit zu schaffen.

Wir haben seinerzeit 10 Euro vorgeschlagen. Aufgrund fortschreitender Entwicklungen und aktuellerer Berechnungen zum Beispiel des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages sind inzwischen allerdings mindestens 12 Euro angemessen.

(Torsten Renz, CDU: Das hat die Mindestlohnkommission ausgerechnet, 9,89 Euro.)

Das zeigen auch andere Vergleichsgrößen, Kollege Renz. So lag die Niedriglohnschwelle, die zwei Drittel des mittleren Einkommens in Deutschland markiert, 2010 bereits bei 10,36 Euro und 2014 bei 11,09 Euro. Der gesetzliche Mindestlohn war also auch gemessen an diesem Indikator schon bei seiner Einführung zu niedrig. Er ist es auch mit den aktuell noch geltenden 8,84 Euro und er bleibt es selbst mit den beschlossenen Erhöhungen auf 9,19 Euro beziehungsweise 9,35 Euro jeweils zu Jahresbeginn 2019 und 2020. In den genannten Höhen ist der gesetzliche Mindestlohn schlicht nicht armutsfest.

Ich möchte noch auf einen dritten Aspekt hinweisen: Für alleinstehende Personen, die 38 Stunden, also Vollzeit arbeiten, reicht ein gesetzlicher Mindestlohn häufig nicht aus um den eigenen Lebensunterhalt unabhängig von staatlichen Leistungen zu finanzieren. Ich möchte hier verweisen auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der dortigen Linksfraktion, die ans Licht brachte, dass derzeit in 63 von 401 Kreisen und kreisfreien Städten die Wohnkosten so hoch sind, dass ein solch niedriger Mindestlohn eben nicht ausreicht. Das waren 19 mehr als im Jahr zuvor. Und auch hier kann die geplante Erhöhung das Problem bestenfalls abmildern, aber eben nicht komplett beseitigen.

Mein Zwischenfazit ist daher folgendes: Der gesetzliche Mindestlohn sichert derzeit keine Rente oberhalb der Grundsicherung, ist nicht armutsfest und kann bei Alleinstehenden vielfach nicht einmal sicherstellen, dass sich diese mit ihrer Hände Arbeit das eigene Dach über dem Kopf ohne staatliche Unterstützung leisten können. Deshalb thematisieren wir diese Frage heute erneut im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Wenn man eine Weile dabei ist, kann man in etwa erahnen, welcher Argumentationslinie die politische Konkurrenz, also Sie, meine Damen und Herren, wohl folgen wird. Daher möchte ich schon in meiner Einbringungsrede auf zwei vermutlich zentrale Fragen eingehen.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Das könnte ein taktischer Fehler sein.)

Die eine betrifft den Vorrang für Tarifverträge. Dazu will ich ganz klar sagen, ja, es wäre schön, wenn die Tarifbindung endlich tatsächlich gestärkt würde und mehr Arbeitgeber mit den Gewerkschaften zu entsprechenden Tarifabschlüssen kommen würden. Faktisch ist das je-

doch in den letzten Jahren nicht gelungen. Nach wie vor ist nur jeder fünfte Betrieb im Land tarifgebunden. Und immer noch profitiert auch nur knapp die Hälfte der Beschäftigten von den Regelungstatbeständen eines Tarifvertrages. Deshalb bleibt eine vernünftige Weiterentwicklung des Mindestlohns als Haltelinie im System gerade hierzulande auch weiterhin von größter Bedeutung.

Die zweite Frage betrifft die Systematik der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Gern wird ja als Argument gegen die jetzt vielfach im Raum stehenden 12 Euro ins Feld geführt, man habe doch schließlich eine Mindestlohnkommission gegründet, um einen politischen Überbietungswettbewerb auszuschließen und die Mindestlohnerhöhung an der allgemeinen Tarifentwicklung auszurichten.

(Torsten Renz, CDU: Genau.
Genau dem Argument folgen wir.)

Ich weiß nicht, ob ich Sie damit jetzt überrasche, aber am Grundsatz, dass sich auch zukünftige Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns an der tariflichen Entwicklung orientieren sollen, muss man gar nicht zwangsläufig etwas ändern. Wenn man allerdings feststellt, dass die jetzige Höhe mindestens mal in Ballungsräumen weder existenzsichernd noch armutsfest ist und Beschäftigte auch nach einem langen Arbeitsleben Gefahr laufen, staatliche Hilfe beanspruchen zu müssen, dann darf und dann muss man aus meiner Sicht noch einmal über das Ausgangsniveau diskutieren. Genau deshalb hat beispielsweise Professor Stefan Sell, Volkswirtschaftler in der Bundestagsanhörung, im Herbst des vergangenen Jahres vorgeschlagen, eben jenes viel zu niedrige Ausgangsniveau zunächst in einem einmaligen Schritt auszugleichen. Den politischen Willen vorausgesetzt, ginge das durchaus.

Wenn man die Entwicklung auf der Bundesebene seitdem betrachtet, muss man jedoch ernüchert feststellen, dass es zwar namhafte Protagonisten, insbesondere aus den Reihen der SPD, wie Thomas Oppermann oder Olaf Scholz gibt, die in den Kolumnen überregionaler Tageszeitungen einer baldigen Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro das Wort reden, allerdings haben sie bislang noch nichts Produktives zustande gebracht, um den dafür notwendigen, eben angesprochenen Schritt auch tatsächlich zu vollziehen. Deshalb bin ich auch ausgesprochen skeptisch, wenn ich gefragt werde, wie ernst man diese Aussagen führender Sozialdemokraten nun tatsächlich nehmen kann.

Mit unserem Antrag geben wir Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen der SPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, heute die Chance, sich klar zu positionieren.

(Christian Brade, SPD: Machen wir!)

Mal sehen, was Sie hier in der Debatte vortragen werden und wie Sie sich dann in der namentlichen Abstimmung zu unserem Antrag, die ich schon mal beantragen möchte, verhalten werden.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Wenn wir gemeinsam auf die Entwicklung seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zurückschauen, sind mir persönlich noch drei weitere Dinge wichtig:

Erstens möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass die von den Wirtschaftsverbänden vorgetragenen Befürchtungen – manche sprechen ja gar von Horrorszenarien – nicht eingetreten sind. Statt massenhaften Arbeitsplatzverlusten gab es einen Aufwuchs an Beschäftigung und der private Konsum wurde angekurbelt.

Zweitens bleibt es für mich bei der schon oft getroffenen Feststellung, dass jede gesetzliche Regelung am Ende auch nur so gut ist, wie sie effektiv durchgesetzt werden kann. Vielfach haben der DGB Nord und auch meine Fraktion in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit auch in Mecklenburg-Vorpommern personell gestärkt werden muss.

Mehr Mindestlohnkontrolleure für den Norden forderte beispielsweise DGB Nord-Chef Uwe Polkaehn im Februar dieses Jahres, und den Grund lieferte er auch gleich mit dazu. Bei vielen Beschäftigten komme der Mindestlohn deshalb nicht an, weil Arbeitgeber immer noch tricksen und täuschen würden. Das wurde dann im März noch einmal untersetzt durch Zahlen. Durch Verstöße gegen das Mindestlohngesetz wurden Schätzungen zufolge den Beschäftigten mindestens 470 Millionen und den Sozialkassen rund 80 Millionen Euro aus den Sozialabgaben der Arbeitgeber vorenthalten.

Noch einmal wiederholte Uwe Polkaehn folgerichtig auch die Forderung, offene Stellen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit schneller zu besetzen, mehr Planstellen zu schaffen und die Ausbildungskapazitäten auszuweiten, denn nur so könne die Kontrolldichte auch in kleineren Betrieben erhöht werden. Und er warnte ausdrücklich noch einmal davor, Dokumentationspflichten gerade in Sachen Arbeitszeit pauschal als überbordende Bürokratie zu geißeln, weil sie eben notwendig sind, um tatsächlich wirksam prüfen zu können, Verstöße zu ahnden und die Beschäftigten in der vom Gesetzgeber gewünschten Form vor Lohndumping zu schützen.

Und drittens sollten die immer noch im Gesetz stehenden Ausnahmen für bestimmte Personengruppen wie Jugendliche unter 18 ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Langzeitarbeitslose endlich abgeschafft werden. Das IAB hat schon 2016 an einer Studie belegt, dass die Regelung, Letztere während der ersten sechs Monate nach Aufnahme einer Beschäftigung vom Mindestlohn auszunehmen, nicht zu vermehrten Einstellungen geführt hat und letztlich wirkungslos verpufft ist.

Meine Damen und Herren, ich denke, damit unseren Antrag umfassend begründet zu haben, und möchte Sie zum Schluss darauf hinweisen, wie die jetzt geplante Erhöhung in den sozialen Netzwerken nicht ohne Sarkasmus kommentiert wird. „2019 wird der Mindestlohn um 39 Cent erhöht, der Porsche ist bestellt, die Reise auf die Malediven gebucht – jetzt wird endlich gelebt“, steht beispielsweise dort zu lesen,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

oder etwas ernsthafter: „Gebt den Politikern den Mindestlohn und schaut dann, wie schnell sich die Dinge ändern können.“ Zeigen wir also all jenen Spöttern und Zweiflern, dass es auch anders geht, und tun wir etwas! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Foerster, Sie haben völlig recht, der Deutsche Bundestag hat gute Gründe, den Mindestlohn nicht vom Staat festlegen zu lassen, sondern von einer Mindestlohnkommission. Sie ist paritätisch mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt. Sie empfiehlt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, wie hoch künftig der Mindestlohn sein soll. Das wird dann auch umgesetzt. Der Mindestlohn folgt bestimmten festgelegten Kriterien, die Mindestlohnkommission berichtet dazu, sodass deren Empfehlungen transparent und nachvollziehbar sind.

Um diesen Grundsatz zu ändern, müssten Sie sozusagen den Deutschen Bundestag bewegen, die Kriterien und die Festlegungen, die er bei der Feststellung des Mindestlohns getroffen hat, und die Mindestlohnkommission zu thematisieren – da würde ich Sie bitten, dass Sie das Ihren Kollegen im Deutschen Bundestag in besonderer Weise mitteilen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Ja. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

dass sie dafür kämpfen und nicht immer die Dinge bei uns hineintagen, für die wir eigentlich in dem Sinne nicht zuständig sind. Das liegt Ihnen gut: Da, wo keine Verantwortung ist, da tragen Sie es hin, und da, wo die Verantwortung dann ausgeübt werden soll, da höre ich gar nicht so viel von den LINKEN im Deutschen Bundestag.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ach so!)

Es gibt drei gute Gründe, weshalb der Staat den Mindestlohn in Höhe von 12 Euro ablehnen soll:

Erstens. Ich bin der festen Überzeugung, dass, wenn die Festlegung der Mindestlöhne eine rein staatliche Aufgabe wäre, der Mindestlohn dann politisch sozusagen festzulegen wäre. Die Folge wäre ein Überbietungswettbewerb, vor allen Dingen vor Wahlen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Haben Sie nicht zugehört,
was ich eben dazu konkret
vorgeschlagen habe?)

Ja. Dazu haben Sie Ihre einschlägigen Erfahrungen.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Das ist etwas, was uns von den LINKEN unterscheidet. Wir sind ...

(Zuruf aus dem Plenum:
Wer ist denn „uns“? – Zuruf von
Torsten Koplin, DIE LINKE)

„Uns“ ist die CDU zum Beispiel, auch andere, aber ich rede hier für die CDU. Von daher kann ich das mit Fug und Recht sagen, uns, die CDU.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich bin immer noch CDU-Minister.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wir würden den Mindestlohn als Spielball politischer Kräfte vollkommen von allen wirtschaftlichen Zusammenhängen abkoppeln. Das halte ich schlicht und ergreifend für schädlich. Wir wollen, dass die Tarifpartner bei der Festlegung der Empfehlungen der Mindestlöhne mitwirken. Der Mindestlohn ist dabei kein Mindestlohn der Tarifparteien. Daher ist es wichtig, dem Mindestlohn nicht den Charakter von tarifautonomer Gestaltung zu geben. Dazu muss sich der Mindestlohn nachlaufend an den Tarifentwicklungen orientieren. So wird ja auch verfahren, wie es vom Statistischen Bundesamt festgestellt wird.

Die für die amtliche Mindestlohnkommission geltende Geschäftsordnung sieht daher zu Recht und zum Schutz der Tarifautonomie diese weitgehende Bindung an den Tarifindex vor. Die Mindestlohnkommission hat also eine subsidiäre Struktur und schützt die Freiheit. Wir wollen eine soziale und freiheitliche Wirtschaftsordnung, keine reglementierte, meine Damen und Herren.

Zweitens. Ein Mindestlohn von 12 Euro würde andere niedrige Tarifabschlüsse in besonderer Weise unterlaufen. Herr Foerster, wollen Sie wirklich, dass die mit den Gewerkschaften vereinbarten Vergütungssysteme unterhalb dieser Schwelle hinzugefügt werden?

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Die müssten natürlich angehoben werden.)

Konsequenterweise müssten wir dann auch andere Dinge beachten.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Dann sind Sie aber bitte auch so konsequent und fordern, dass am besten doch gleich alle Löhne staatlich festgelegt werden und die Löhne und die Preise zusammenhängen! Das könnte auch nach den jeweiligen Preisen erfolgen, die Sie erfolgreich zu DDR-Zeiten festgelegt haben und die am Ende die Pleite des Sozialismus und des Staates DDR mit begünstigt haben. Diese Erfahrung wollen wir nicht. Wir wollen weiterhin die soziale Marktwirtschaft, wir wollen dann auch Freiheit und wir wollen die Festlegung der Dinge so gestalten, dass wir Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der Entscheidung mitwirken lassen und die Tarifparteien.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur empfehlen, diesen Antrag in diesem Hause nicht anzunehmen und dafür zu sorgen, dass der Mindestlohn weiterhin nach den Grundsätzen, die der Deutsche Bundestag festgelegt hat, verkündet wird – mit einer Empfehlung der Mindestlohnkommission an das Ministerium für Arbeit und Soziales der Bundesregierung. Dieser Mindestlohn gilt dann. Er steigt jedes Jahr. Aber 12 Euro, das ist auch, glaube ich, mit den Kollegen von der SPD nicht zu machen, zumal die Zuständigkeit beim Bund liegt und nicht beim Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger im Lande! Gäste sind keine mehr. Ja, nach der Rede des Ministers könnte ich jetzt eigentlich meine Rede wegpacken.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE: Sehr gut!)

Ich versuche es trotzdem, so kurz wie möglich zu machen.

Liebe Linksfraktion, die politischen Maximalforderungen an die Landesregierung im letzten Plenum scheinen bei Ihrer Wählerbasis gut angekommen zu sein. Nun wollen Sie natürlich eine Schippe drauflegen und im Sinne der zweckrationalen Wahlentscheidungskomponente Ihrer Wähler hohe Forderungen an die Wirtschaft stellen. Der Antrag gehört formaljuristisch eigentlich in den Bundestag und die Debatte um die Höhe der Mindestlöhne in die Wirtschaftsinstitute.

Allerdings kann ich Sie verstehen. Das Thema wurde auf der Bundesebene von den Sozis weggeschnappt, die wieder einmal kurz geblinkt haben. Und Wirtschaftsinstitute scheinen LINKE lieber zu meiden wie der Teufel das Weihwasser. Von daher nehme ich es Ihnen nicht übel, wenn Sie hier im Landtag bundesweite Forderungen ohne schriftlichen Begründungstext liefern. Ein Satz hätte allerdings eigentlich gereicht: Wir wollen 12 Euro Stundenlohn für alle ohne Ausnahmen und mehr Kontrollen.

Da Sie keine schriftliche Begründung hinterlassen haben, ging ich bei der Ausarbeitung der Rede davon aus, dass Sie wieder mal nur die Arbeitnehmerperspektive im Sinn haben. Die Arbeitgeberfinanzen oder die Verbrauchersicht werden beim Kampf um höhere Löhne selten berücksichtigt. Darauf fußen wohl auch einige der populärsten Wirtschaftsirrtümer, die man bei der Analyse der Auswirkungen des Mindestlohns findet.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Zu den Irrtümern in Sachen Mindestlohn
sage ich noch was in der Debatte.)

Es ist zum Beispiel immer wieder beachtlich, wenn das Streben eines Betriebes, Personal zu schonen und Kosten zu senken, als Ausbeutung im marxistischen Sinne dargestellt wird, die es zu verhindern gelte. Durch einen Mindestlohn entstehen nämlich nicht nur die sichtbaren finanziellen Vorteile für einen Arbeitnehmer und Nachteile für einen Arbeitgeber, es gibt eine Unzahl an anderen Auswirkungen, und das erkläre ich Ihnen jetzt noch mal.

Rein nominal steigen die Löhne für einen Arbeitnehmer. Dies scheint auf den ersten Blick besser. Ein Unternehmen wird aber in verschiedenen Weisen darauf reagieren. Sowohl auf der betriebswirtschaftlichen als auch auf der volkswirtschaftlichen Ebene wird es zu verschiedenen Veränderungen kommen. Die erste Option wäre die Erhöhung der Arbeitsintensität. Selbst Karl Marx – ich denke, dieser umstrittene Philosoph dürfte der LINKEN bekannt sein – sah die rein monetäre Entlohnung nicht

als entscheidend an. Er definierte Arbeitskraft als, ich zitiere, körperliche und geistige „Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, sooft er Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert“. Zitatende.

Ein Unternehmen, welches gezwungen wird, mehr Lohn zu zahlen, kann die entsprechenden Forderungen auf die Arbeitskräfte umlegen. Das soll heißen, dass die körperlichen und geistigen Fähigkeiten stärker in Bewegung gesetzt werden. Ein Arbeitnehmer wird angehalten, mehr Leistung zu zeigen. In einem kleinen Nagelstudio zum Beispiel wird die Zahl der zu bearbeitenden Kunden erhöht werden.

(Heiterkeit bei Christian Brade, SPD:
Da kennen Sie sich ja aus, ne?!)

Statt acht Kunden zu bedienen, wird die Studiobesitzerin ihrem Angestellten sagen, dass er fortan neun Kunden täglich verschönern soll. Das wäre eine naheliegende, mitarbeiterorientierte Option.

Mehr Geld, dafür mehr Leistung abverlangen, klingt fair. Volkswirtschaftlich könnte dieses Vorgehen ein Nullsummenspiel bilden. Unter der hypothetischen Annahme, dass alle Unternehmer mehr Geld gegen mehr gleichbleibend motivierte Leistung eintauschen und die Nachfrage im gleichen Maße anwächst, wären wir hier alle glücklich. Leider befinden wir uns nicht in Venezuela, wo das gerade so wunderbar funktioniert. Dort hat Präsident Nicolás Maduro eine Erhöhung des Mindestlohns seit dem 20. August um das 60-fache durchgesetzt. Kann man machen.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Die zweite Option wären die Stundenkürzung, die Personalfreisetzung oder eine Nichteinstellung. Setzt man fest, dass beispielsweise nun 12 statt 10 Euro gezahlt werden müssen, dann klingt das erst einmal wenig. 2 Euro mehr pro Stunde sind aber eine mathematische Relativierung. Hochgerechnet auf einen 60-Stunden-Monat sind das 360 Euro mehr Gehalt. Klingt schon einmal nach mehr. Hinzu kommen die Arbeitgeberanteile für Sozialabgaben. Aus den 310 Euro Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben werden plötzlich 372 Euro im Monat. Ich spreche hier jetzt noch nicht einmal von Urlaubs- und Krankheitsvertretungen. Die jährliche Gesamtbelastung des Arbeitgebers für eine einzige Angestellte steigt in dem Beispiel insgesamt von 22.920 auf 27.504 Euro. Das sind fast 4.600 Euro mehr Personalkosten im Jahr bei einer Angestellten.

Wenn man sich anschaut, was nach Steuern bei einem Kleinunternehmer bleibt, dann ist das schon happig. Da müssen Sie gar nicht groß recherchieren. Schauen Sie zum Beispiel mal in der Stichprobe bei www.gehalt.de nach! Etwa 50 Prozent der Unternehmer aus Mecklenburg-Vorpommern haben ein Einkommen zwischen circa 36.000 und 62.000 Euro im Jahr, 25 Prozent der Selbstständigen verdienen weniger als 36.000 Euro jährlich. Und jetzt erklären Sie einem kleinen Kioskeigentümer, der 30.000 Euro im Jahr verdient, dass er für seine Angestellte 4.600 Euro im Jahr mehr blechen soll! Da verdient seine Angestellte bald mehr als er. Er wird ihre Stunden kürzen, sie in die Kündigung drängen oder sie entlassen und die Familienmitglieder werden dort mithelfen.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Aber cui bono? Richtig, wem nützt es? Der Kioskkette, die sich der Steuer entzieht, ihren Hauptsitz gerade immer dorthin verlegt, wo die geringsten Steuern anfallen,

(Andreas Butzki, SPD:
So ist es in Schwerin.)

da die so lange aushalten kann, bis der Kleinkiosk dichtmacht, um dann seinen Kundenstamm zu übernehmen. Wäre ich Kioskketteneigentümer oder Aktionär, ich würde 15 Euro Mindestlohn fordern.

Lassen Sie uns von der betrieblichen auf die volkswirtschaftliche Ebene kommen. Dass ein staatlicher Zwang zur Erhöhung der Löhne einzig und allein die Gewinne der Eigentümer betrifft und keine Auswirkungen auf die Beschäftigung hat, ist, kurz gesagt, unwahrscheinlich. Es ist wahrlich eine romantische Schwärmerei von ewig kindlichen Sozialisten.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Es dürfte doch jedem klar sein, dass ein Mindestlohn ab einer gewissen Höhe Arbeitslosigkeit verursachen wird. Ob dieser Lohn nun bei 8 Euro, 9,19 oder 12 oder 13 Euro liegt, darüber lässt sich streiten, aber ein Mindestlohn von, sagen wir einmal, 30 Euro wird ganz sicher zu Arbeitslosigkeit führen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Na, wer fordert denn den? Was ist das denn für ein Unsinn?! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Herr Lerche fordert den.)

Ich hoffe, dass mir die zuhörenden Sozialisten hier zustimmen. An die unterschiedliche Kaufkraft, Nachfrage und verfügbare Geldmenge in den einzelnen Bundesländern beziehungsweise Regionen denke ich da gar nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn man denkt, es geht nicht schlimmer, bei Lerche klappt das immer.)

Ich hoffe, dass Sie mir folgen können, wenn ich Ihnen sage, dass auch ein Mindestlohn von 10 Euro für manch eine Unternehmerin in Putzgeräten zu hoch ist. Fragen Sie doch zum Beispiel mal Ihre Parteikollegin Kerstin Kassner, die Bundestagsabgeordnete, die laut „Ostsee-Zeitung“ zu wenig Einnahmen hatte, um ihren drei Angestellten einen 10-Euro-Mindestlohn zu zahlen!

(Patrick Dahlemann, SPD: Das ist doch ein ganz alter Hut. Lang, lang ist es her.)

Anders sieht das im Süden der Republik aus.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Schon verkauft. – Zuruf von
Peter Ritter, DIE LINKE)

Dort ist wahrscheinlich ein betriebsinterner Mindestlohn von 15 Euro in der Automobilindustrie selbstverständlich, ohne jegliches Bundesgesetz.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die müssen jetzt ja auch sparen.)

Warum soll man also einen so hohen bundeseinheitlichen Mindestlohn festlegen? Vielen kleinen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern bringt das jedenfalls viel Ärger.

Darüber hinaus hängt die Entlohnung natürlich noch von der Branche ab. In zahlreichen wichtigen Branchen gibt es ohnehin höhere Tarifföhne. Angebot und Nachfrage regeln dort die Löhne. Wie soll man einem Handwerker – und da werde ich konkret, „Medienspiegel“, 450 Maler und Lackierer in der Region bekommen mehr Geld, das ist hier in der Mecklenburger Seenplatte, „Ein Malergeselle“ bekommt im nächsten Jahr „15,87 Euro“ pro Stunde, die freuen sich –, wie soll man diesem Handwerker, der nun 15,87 Euro Tariflohn erhält, erklären, dass der Praktikant, der Azubi, der Ferienhelfer nun fast genauso viel erhält wie er?

Und wie sieht es aus bei typischen nicht tariflichen Branchen? Diese sind meist sehr wettbewerbsintensiv. In stark wettbewerbsabhängigen Branchen wird ein Mindestlohn allerdings die Arbeit nicht besser machen. Zum Beispiel bei Pizzalieferdiensten kann der Unternehmer die Mehrkosten nicht einfach auf die Pizza umschlagen.

(Thomas Krüger, SPD: Warum nicht?
Wenn alle das machen müssen?!)

Er würde sofort Kunden verlieren. Das ist doch logisch.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Ein weiterer Punkt ist die Abwanderung.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Meist volkswirtschaftlich gar nicht erfasst sind die Abwanderungen von Betrieben oder die gar nicht erst eingestellten Arbeitnehmer.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Niemand kann exakt sagen, wie viele Leute eben nicht eingestellt wurden in den letzten Jahren seit Beginn des Mindestlohns in Deutschland. Niemand kann sagen, wie viele Unternehmen statt nach Vorpommern lieber in die Woiwodschaft Westpommern gegangen sind, weil der deutsche Mindestlohn zu hoch war. Wenn ich an die Reportage über die Wäschereien, die Hoteltextilien waschen und bügeln, denke,

(Torsten Renz, CDU: Für welchen Mindestlohn sind Sie denn?)

die kurz hinter der Grenze auf polnischer Seite sind, bestätigt das diese Annahme.

(Torsten Renz, CDU: Für welchen Mindestlohn sind Sie denn?)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden...

Dirk Lerche, AfD: Oder liegt das nur an den Ener...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, erst mal meine Frage abzuwarten.

Dirk Lerche, AfD: Am Ende der Rede werde ich ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Peinlichkeit für Deutschland“ sollte man Sie nennen!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Nein, ich habe Sie noch gar nicht gefragt. Also einen Moment bitte!

Wie viele Kontrollen sollen denn noch durchgeführt werden? Sie fordern mehr Kontrolleure.

Also, ich stelle jetzt die Frage: Möchten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Herrn Krüger beantworten?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dirk Lerche, AfD: Am Ende meiner Rede gern.

Wie viele Fachkräfte wollen Sie denn noch dem Arbeitsmarkt entziehen?

Oder liegt es dort an den Energiekosten, weil die Polen ja auf Kernkraft statt auf Windkraft setzen? Das kann natürlich auch möglich sein. Dann hat das wahrscheinlich mit dem Lohn nichts zu tun.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nicht jeder Unternehmer ist ein Zylinder tragender, Zigarren rauchender und dickbäuchiger Großindustrieller mit Monokel und Frack, der den lieben langen Tag seine Arbeiter quält.

Sowohl am Grand-Hotel-Abgrund der linken Schickeria als auch in den Trommelkreisen wohlstandsverwöhnter GRÜNER wird das aber nie verstanden werden, denn sie kennen ganz einfach die Realität freien Unternehmertums nicht. Eine bekannte Studie des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung und der Universität Linz hat das sogar 2015 deutlich gemacht. Mit dem Mindestlohn steigt die Schattenwirtschaft – je höher, desto mehr.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Wer hat Ihnen das bloß
aufgeschrieben?!)

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Je höher, desto mehr Schatten.)

Es soll vorkommen, dass Arbeitgeber auch loyale, freundliche und soziale Menschen sind, die im Team arbeiten. Sie stellen ihren Arbeitnehmern kostenlosen Kaffee, einen Wassersprudler, eine Büroküche,

Wenn Sie mir das immer noch nicht glauben, dann fragen Sie doch Ihren Parteikollegen, den Jugendstadtrat Sven Diedrich aus Berlin! Der versuchte sich als Gaststättenbetreiber und wurde bei massiver Schwarzbeschäftigung vom Zoll erwischt.

(Thomas Krüger, SPD:
Na, denn ist alles gut.)

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ist klar! So eine Scheiße!)

ein Diensttelefon, einen Dienstwagen und so weiter.

Er antwortete darauf nur lapidar, das scheint in der Gastronomie üblich zu sein,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kann
das mal jemand abstellen?! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Diese Nettigkeiten fallen natürlich dann weg. Der Betreiber eines Anrufzentrums zwingt seine Telefonisten nun, eigenes Wasser mitzubringen, oder er verlangt 50 Cent für den Kaffee.

wie vor über einer Woche in der „Berliner Zeitung“ zu lesen war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und sonst so?)

Und überhaupt wird doch so viel in der realen Wirtschaft über den Arbeitsvertrag hinaus geregelt. Hier und dort bittet der Arbeitgeber seinen Angestellten um eine Extragefälligkeit oder drückt ihm einen schwarzen Zwanziger in die Hand, damit er Überstunden macht. Denken Sie ernsthaft, liebe Linksfraktion, dass alle kleinen Handwerksbetriebe in Vorpommern die Arbeitszeitkonten sorgsam ausfüllen, damit das Finanzamt seine Steuern korrekt erhält, damit Angela Merkel noch mehr Geld hat, um Lohndrücker und Konkurrenten aus der ganzen Welt anzusiedeln?

Kommen wir nun zu Option Nummer 4, der Überwälzung auf den Preis.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

(Zuruf vonseiten der Fraktion DIE LINKE:
Hatten Sie nicht gesagt, Sie
wollten eine kurze Rede halten? –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Henning Foerster, DIE LINKE:
Das wäre besser gewesen. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das kommt von mir jetzt auch. Natürlich, sicherlich auch. Aber es gibt auch jede Menge Schwarzarbeit.

Der Preisaufschlag aufgrund überhöhter Personalkosten scheint hoffentlich auch für LINKE logisch. Diese Option wählen die meisten Betriebe. Unverständlich wird es dann in der Regel, wenn man erklärt, dass des einen Lohnerhöhung des anderen Lohnkürzung ist. Dies ist nicht nur beim Friseur sichtbar, sondern betrifft die gesamte Wirtschaft.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Lächerlich, was Sie da vortragen.)

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann sollten
Sie das Ihrem Friseur vielleicht mal
erzählen, was Sie hier vortragen.)

Die Existenz vieler kleiner Betriebe und ihrer Familien wäre oft anders gar nicht zu sichern.

Fernfahrer, Lageristen, Einzelhandel, Taxifahrer, Praktikanten, Minijobber – alle möglichen Angestellten bekom-

men mehr Geld. Dadurch wird alles teurer. Inwieweit nun der höhere Verdienst nach Abzug der höheren Steuern und Sozialabgaben überhaupt noch ein Gewinn an verfügbarem Einkommen ist, hängt von den individuellen Bedürfnissen ab. Volkswirtschaftlich betrachtet wird eine Preiserhöhung in bestimmten Branchen aber auf jeden Fall zu einem Absinken der Nachfrage führen. Die Preiserhöhungen in allen Lebensbereichen werden den Verbraucher schädigen und seinen Verdienst schmälern, dadurch, dass er sich weniger leisten kann.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Mich stört das nicht.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten ...

Dirk Lerche, AfD: Ich habe doch gesagt, am Ende meiner Rede.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann ist es ja keine Zwischenfrage mehr.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Sagen Sie, Herr Lerche, begreifen Sie das nicht?! Lassen Sie mich doch bitte erst mal ausreden!

(Andreas Butzki, SPD:
Das begreift er nicht.)

Ich habe noch gar keine Frage stellen können.

Aber der Herr da Cunha setzt sich schon hin. Also fahren Sie fort!

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Jetzt ist er sauer.)

Dirk Lerche, AfD: Jetzt denke ich an die Rentner in Ostdeutschland, die sich trotz geringem Verdienst für das Alter etwas zurückgelegt haben und sich monatlich einen Fünfiger von der Bank zusätzlich holen. Bei unserer derzeitigen Null-Zins-P..., Null-Prozent-Zins-Politik heizen Sie die Inflation an.

(Thomas Krüger, SPD: Das hätten Sie sich vorher durchlesen müssen, was Ihr Referent Ihnen aufschreibt.)

Ich habe mich gerade vor drei Tagen mit einer Frau unterhalten, die bekommt jetzt eine Rentenerhöhung von 835 auf 859 Euro, aber auch schon die Strompreiserhöhung von 5 Euro nächstes Jahr bei gleichbleibendem Verbrauch, und die Mietnebenkosten sind auch erhöht worden, sodass das Geld wieder aufgeessen wurde. Und jetzt kommen Sie mit noch steigenden Löhnen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

damit, ich sage jetzt einfach mal, der Kaffee und der Kuchen im Café auch noch teurer werden. Unsere Rentner können sich dann bald gar nichts mehr leisten hier.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Ich kann nur sagen, dass Gesamtdeutschland es derzeitig volkswirtschaftlich verkraften könnte, einen Mindestlohn zu setzen, der bei circa 9 bis 10 Euro liegt. Die AfD

hat deshalb vor langer Zeit mit in ihr Parteiprogramm aufgenommen, auch wir sind nicht gegen den kompletten Mindestlohn.

(Thomas Krüger, SPD,
und Torsten Renz, CDU:
Nicht gegen den kompletten?)

Ich habe eben von 9 bis 10 Euro geredet,

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

das aber unter dem Aspekt, dass wir möglichst vielen Menschen eine halbwegs gesicherte Altersvorsorge durch Rentenkassenbeiträge ermöglichen wollen. Es muss bei der Rente eine sichtbare Rolle spielen, ob jemand gearbeitet hat oder nicht. Ich sage aber bewusst, derzeitig. Abzuwarten bleibt, ob der Mindestlohn sich auch in der kommenden Rezession auf diesem Niveau bewähren kann.

Die derzeitige Niedrigzinspolitik hat Kredite auf Kosten unserer Spargbücher günstig gemacht. Sie hat damit Konsum und Investition auf Kredit eben auch künstlich gemacht. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird dann nachlassen, wenn der Leitzins wieder steigt. Ein 12-Euro-Mindestlohn in Mecklenburg-Vorpommern in einer Rezession wäre, gelinde gesagt, das Ende zahlreicher Unternehmen und Beschäftigungsverhältnisse. Deshalb wollen wir die Sache anders angehen. Wir von der AfD-Fraktion wollen den Bürgern auch mehr Geld zukommen lassen.

(Christian Brade, SPD:
Zukommen lassen.)

Und jetzt kommt unser Konzept.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Renz, CDU: Jetzt erst? –
Zuruf aus dem Plenum: Jetzt gehts los! –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Marc Reinhardt, CDU)

Dies erreichen wir nicht vornehmlich durch Mindestlöhne bei privaten Unternehmen, sondern dies erreichen wir durch viele Steuersenkungen beim ausbeuterischen Steuererhebungsmonopolisten, dem Staat.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Die AfD fordert hier die Abschaffung des Solizuschlags,

(Thomas Krüger, SPD:
Das haben wir doch längst
schon beschlossen.)

die Neuausrichtung der kalten Progression,

(Christian Brade, SPD:
Haben wir schon.)

die Erhöhung des Grundfreibetrags mit moderater Anhebung des Spitzensteuersatzes.

(Torsten Renz, CDU: Was heißt das? Was heißt „moderat“?)

Ab einem Jahreseinkommen von 500.000 Euro und mehr darf gern der alte Steuersatz von 1992 gelten, der damals auch akzeptiert wurde.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU –
Christian Brade, SPD:
Wie kommen Sie darauf?)

Niemandem wird etwas weggenommen, wenn die Menschen ihre Steuergelder behalten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Deshalb lehnen wir den vorliegenden Antrag ab. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie jetzt eine Nachfrage des Abgeordneten da Cunha?

Dirk Lerche, AfD: Ja.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Präsidentin!

Vielen Dank, Herr Lerche! Sie hatten ausgeführt, dass sich Wäschereien auf der polnischen Seite ansiedeln, weil dort so günstiger Atomstrom ist. Woher haben Sie diese Informationen?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dirk Lerche, AfD: Ob sie das gemacht haben, weil dort günstiger Atomstrom ist, das weiß ich nicht, das habe ich in den Raum gestellt.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Der Abgeordnete Dirk Lerche
wendet sich an das Präsidium.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Na bitte. Führen Sie erst mal weiter Ihre Antwort aus.

Dirk Lerche, AfD: Ich habe mir nur bei „ZDFzoom“ eine Reportage angeschaut,

(Zuruf aus dem Plenum:
Das ist ja Körperverletzung.)

wo dort in den Wäschereien die Arbeiternehmerinnen gefragt wurden, wie glücklich sie doch jetzt hier sind, wie viel sie zu tun haben und so weiter, und dass ganz viele Hotels und Gastronomiebetriebe aus Mecklenburg-Vorpommern, auch Pensionen und so weiter, dort ihre Wäsche waschen und bügeln lassen. Und dann frage ich mich, warum lassen die das in Polen und nicht zum Beispiel in Ludwiglust oder in Güstrow machen. Das kann natürlich an den Löhnen liegen oder an den Strompreisen.

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Sie haben allerdings bloß noch eine halbe Minute, Herr Lerche.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Philipp da Cunha, SPD: Ist Ihnen bekannt, dass derzeit in Polen keine Kernkraftwerke in Betrieb sind?

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Dirk Lerche, AfD: Polen plant gerade, hier im Norden ein Kernkraftwerk zu errichten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Beifall Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Brade.

Christian Brade, SPD: Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Lerche, Sie machen es einem nicht einfach.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Ich habe mal meinen Zylinder zu Hause gelassen, denn auch ich bin Unternehmer,

(Dirk Lerche, AfD: Das sagt der Richtige.)

aber ich glaube, da unterscheidet uns so einiges, auch in den Ansichten.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Ja, der Mindestlohn wirkt in der Bundesrepublik unterschiedlich. In Ballungszentren wie München oder Hamburg ist er nicht existenzsichernd und ja, wir müssen ihn immer den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Marktes anpassen, aber nicht mit der Auktionshammermethode der LINKEN.

So lassen Sie mich die Zahlen und Daten, die Fakten für Sie darstellen: 4 Millionen Jobs werden seit der Einführung des Mindestlohns besser bezahlt. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist von 30,4 Millionen im Juni 2014 auf 32,5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse im Juni 2017 gestiegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Teufelszeug Mindestlohn!)

Der Aufwuchs an Beschäftigung zeigt somit auch, dass der Mindestlohn nichts Gegenteiliges auf dem Arbeitsmarkt bewirkte.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Außer bei Herrn Lerche.)

Ich glaube, da sind wir uns einig.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Außer bei Herrn Lerche.)

Gerade bei uns im Osten,

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

gerade bei uns im Osten haben die Menschen besonders von der Einführung des Mindestlohns profitiert, denn

Niedriglöhner ohne Tarifschutz gibt es hauptsächlich im Osten der Republik. Hier bei uns unterliegt nur ein Fünftel der Unternehmen einer Tarifbindung. Das liegt hauptsächlich daran, dass die meisten Unternehmen kleinteilig unterwegs sind, und das in allen Bereichen. Dadurch haben die wenigsten Beschäftigten eine gewerkschaftliche Bindung und die wenigsten Betriebe einen Betriebsrat.

Die Menschen bei uns hier profitieren vom Mindestlohn, weil die gesetzliche Lohnuntergrenze die unausgewogene Verteilung der Marktmacht ausgleichen kann. Wo eine geringe Tarifabdeckung und starke Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind wie bei uns in Ostdeutschland, wirkt der Mindestlohn also positiv. Er sorgt bei uns dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr unter ihrem Wertgrenzprodukt bezahlt werden. Das sind laut Statistik immerhin 22 Prozent, also fast ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse im Osten.

Doch, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, schauen wir uns mal auf dem aktuellen Arbeitsmarkt um. Noch nie war die Arbeitslosigkeit in unserem Land so niedrig und die Nachfrage an Fachkräften so hoch. Da ist es schon sehr verlockend, diese Situation dafür zu nutzen, sich politisch in Szene zu setzen, und ganz populär einen Mindestlohn von 12 Euro zu fordern

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So wie Herr Scholz.)

in der Hoffnung, ordentlich Stimmung bei der eigenen Wählerklientel zu erzeugen ...

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE:
So wie Herr Scholz.)

Dazu komme ich gleich.

(Torsten Renz, CDU: Echt?)

... oder das Parlament,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Diese
Stimmungsmacher in der SPD! –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

oder das Parlament zu einem Auktionshaus der Löhne zu machen, frei unter dem Motto, wer das höchste Mindestlohnangebot abgibt, bekommt den Zuschlag seiner Wählerschaft.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach,
deshalb hat es Scholz gemacht?! –
Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Karen Larisch, DIE LINKE)

Das dann noch damit zu begründen, dass auch führende Politiker anderer Parteien inklusive der SPD laut darüber nachgedacht haben, ist ziemlich unredlich.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wer den Mindestlohn sehr hoch ansetzt,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Ja, was wollen Sie denn nun?)

sodass es zu einer übermäßigen Lohnsteigerung kommt,

(Zurufe von Henning Foerster, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

kann damit den fiktiven Marktgleichgewichtspunkt überschreiten und so signifikante Jobverluste provozieren oder, wo wir gerade bei Langzeitarbeitslosigkeit und der Bekämpfung sind, den Einstieg in ein neues Arbeitsverhältnis erschweren. Wer so agieren will, ist verantwortungslos.

(Torsten Renz, CDU:
Oha! Herr Oppermann ist
verantwortungslos, war die Botschaft.)

Meine Damen und Herren der Linkspartei, manchmal hilft aber auch der Blick zurück, um den Weg nach vorn besser bestimmen zu können. Herr Renz, in der 18. Wahlperiode des Bundestages wurde endlich auf Drängen der SPD-Fraktion

(Henning Foerster, DIE LINKE: Natürlich.)

auch in Deutschland ein gesetzlicher und flächendeckender Mindestlohn für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeführt.

(Torsten Renz, CDU: Ich denke, das
ist von den LINKEN gekommen?! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Nein,
nein, nein! Das war nur die SPD.)

Er gilt seit 1. Januar 2015 und betrug zunächst 8,50 Euro pro Stunde.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Am 20. November 2018 wurde die Zweite Mindestlohn-Anpassungsverordnung im Bundesgesetzblatt verkündet. Damit gilt ab dem 1. Januar 2019 ein bundeseinheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 9,19 brutto und ab dem 1. Januar 2020 von 9,35 Euro. Er wird weiter alle zwei Jahre – und das ist der Kern der Sache – durch die Mindestlohnkommission überprüft und angepasst. Wir haben hier sozusagen vor fast vier Jahren politisch die Startlinie gezogen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das weiß Herr Scholz nicht,
dass das so gemacht wird?)

um es dann den Experten zu überlassen, Vorschläge an die Politik zu unterbreiten, in welchen Schritten es mit der Mindestlohnentwicklung weitergeht. Ganz wichtig ist uns dabei, wie es Frau Nahles bei Einführung gesagt hatte, die Sozialpartner werden künftig in einer Kommission über die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns entscheiden. Das stärke Tarifautonomie in Deutschland. Sie sagte weiterhin, die Mindestlohnkommission ist Ausdruck der lebendigen Sozialpartnerschaft.

(Torsten Renz, CDU: Alles unter
der Richtlinie der CDU, Frau Merkel.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir haben nie gesagt, dass die Höhe des Mindestlohns auf dem heutigen Stand in Stein gemeißelt bis in alle Ewigkeit gilt. Und wenn die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land so

weitergeht – ich denke, das wünschen wir uns alle –, dann steht der Mindestlohn auch bald bei 12 Euro. Selbst die Gewerkschaften, Herr Foerster, möchten eigentlich nicht, dass die Höhe des Mindestlohns politisch motiviert ist, sondern aus rein fachlich und sachlich zusammengetragenen Fakten ermittelt wird. Das zeigte auch die Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales vom 24. September 2018. Da hat der DGB noch einmal betont, dass der Mindestlohn nur eine Stellschraube bei der Armutsbekämpfung ist und nicht überfordert werden sollte.

Und, meine Damen und Herren Abgeordnete, die Mindestlohnkommission orientiert sich bei der Festsetzung des Mindestlohns an der Tarifentwicklung in Deutschland und prüft dabei, welcher Mindestlohn einen angemessenen Mindestschutz für Beschäftigte bietet, faire Wettbewerbsbedingungen ermöglicht und die Beschäftigung nicht gefährdet. Kurzum: Der Mindestlohn ist keine sozialpolitisch festgelegte Größe, sondern richtet sich nach den Empfehlungen der Fachleute und der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

Das beste Gespür für den angemessenen Lohn haben immer noch diejenigen, die ihn ausbezahlen und diejenigen, die ihn empfangen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist richtig.)

Das sind bei uns die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer. Daraus ergibt sich automatisch, dass Punkt II. 1a) in Ihrem Antrag nicht umsetzbar ist.

In Punkt 1b) wollen Sie alle Ausnahmen vom Mindestlohn abschaffen. Da schauen wir uns doch einmal an, was für Ausnahmetatbestände wir denn überhaupt haben. Das sind zum Beispiel Praktikantinnen und Praktikanten. Neben Auszubildenden werden auch junge Leute in Einstiegsqualifizierungen, egal, ob öffentlich gefördert oder nicht, sowie Pflichtpraktikanten im Rahmen einer Ausbildung oder eines Studiums nicht vom Mindestlohngesetz erfasst. Und das ist auch gut so. Denn es handelt sich bei oben genannten Rechtsverhältnissen um Bildungsverhältnisse und nicht um Arbeitsverhältnisse. Die meisten anderen Ausnahmeregelungen ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Weber?

Christian Brade, SPD: Nein.

Die meisten anderen Ausnahmeregelungen waren zeitlich begrenzt und würden spätestens dieses Jahr abgeschafft.

Bei Punkt 1c) Ihres Antrages bleibt mir nur, Danke zu sagen, Danke für die hervorragende Arbeit unserer Zollbeamten, die für die Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohns verantwortlich sind. Und wie ich mich informieren konnte, wird, um die konsequente Umsetzung des Mindestlohns sicherzustellen, die Bundesregierung den Zoll durch mehr Personal verstärken.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Da reden Sie schon jahrelang drüber.)

Für diese Legislaturperiode sind 7.500 zusätzliche Stellen beim Bund in den Sicherheitsbehörden geplant.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie eingangs schon betont und auch weiterführend in meiner Rede, ist der Mindestlohn nur eine Stellschraube zur Lohnentwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Es ist auch wichtig, dass wir mehr Tarifgebundenheit im Land bekommen, damit mehr Menschen die Chance haben, Löhne zu verdienen, die deutlich über dem Mindestlohn liegen. Dafür setzen wir uns als SPD-Landtagsfraktion weiterhin verstärkt mit Sinn und Verstand ein, denn es geht dabei um beides: Leistungsgerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Daher ist Ihr Antrag abzulehnen. – Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben, denke ich mal, zwei Sichtweisen – Herr Brade hat es gerade, glaube ich, auch schon angedeutet –, nämlich die des Arbeitnehmers und die des Arbeitgebers. Und ich glaube, es hilft ein Stück weit weiter, wenn man mal versucht, beide Sichtweisen einzunehmen, und sich nicht nur auf eine festlegt, sondern auch mal den Perspektivwechsel wagt und sich, gerade auch als Politiker, eben für das Gemeinwohl und damit auch für mehrere Sichtweisen interessiert.

(allgemeine Unruhe)

Die 12 Euro, meine Damen und Herren von der SPD, die sind ja insbesondere durch Sie in Umlauf geschossen worden und durch Herrn Oppermann, durch Herrn Scholz und von den LINKEN. Ich weiß jetzt gar nicht, ob Sie es vorher oder hinterher aufgegriffen haben, das ist auch egal, diese 12 Euro stehen im Raum, sind ermittelt worden. Sie sind ja nicht nur einfach geschossen, sondern sie sind ermittelt worden.

Worum geht es dabei? Es geht darum, dass man bei einer Vollzeitbeschäftigung mit diesem Mindestlohn von 12 Euro ein ausreichendes Nettoeinkommen am Ende erzielen kann, um davon vernünftig zu leben mit einem gewissen Abstand zum Arbeitslosengeld-II-Niveau. Wir müssen ja auch ein Abstandsgebot beachten. Wer komplett arbeiten geht, muss bessergestellt sein als derjenige, der ausschließlich von Sozialleistungen lebt.

Zweitens, oder drittens – es sind schon zwei Aspekte eigentlich: ausreichende Lebenshaltungskosten, Abstandsgebot –, und drittens. Man erwirbt damit Rentenansprüche, die nach einem vollen Erwerbsleben auch eine Rente absichern würden oder Rentenansprüche generieren, die ebenfalls zu ausreichendem Lebensstandard führen würden.

Das sind also tatsächlich drei gute Gründe, einen Mindestlohn von 12 Euro zu fordern. Das kann man so machen. Das ist ein geschlossenes Bild. Das ist die Sichtweise als Arbeitnehmer, die ich auch einnehmen würde. Wenn ich vom Mindestlohn abhängig wäre, dann ist es ganz klar, das Mindeste sind 12 Euro, um davon leben zu können.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Na ja.)

Jetzt muss man aber auch die andere Sichtweise einnehmen: Wie sieht das der Arbeitgeber? Da haben wir

große Unterschiede in Deutschland. Wir haben zum Beispiel Baden-Württemberg. Dort hat sich die Einführung des Mindestlohns überhaupt nicht ausgewirkt. Niemand hat dort vorher für weniger gearbeitet, als der Mindestlohn beträgt. Und wir haben als Gegenstück Mecklenburg-Vorpommern. Hier hat sich der Mindestlohn erheblich ausgewirkt, weil wir viele Beschäftigungsverhältnisse hatten mit einem geringeren Nettolohn oder Bruttolohn erst mal.

Vor dem Hintergrund muss man schauen, wie würde sich das ... Von daher ist es auch wichtig, gerade dieses Thema in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag zu besprechen. Man könnte ja sonst sehr schnell sagen, das geht uns hier gar nichts an, das macht die Kommission oder das macht die Bundesregierung. Nein, unser Bundesland ist am stärksten davon betroffen. Deswegen ist es absolut richtig, dieses Thema hier aufzurufen.

Jetzt müssen wir sehen, wie sieht das denn aus bei unseren Arbeitgebern, bei unseren Betrieben, die wir haben, denn die leben ja eben nicht alleine ohne Wettbewerb.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Da ist es tatsächlich nicht ganz falsch, mal zu sehen, was passiert in Polen. Wir haben starken Wettbewerb in Polen. Wenn Sie sich zum Beispiel den Tourismus anschauen, dort arbeiten die Mitarbeiter für wesentlich weniger Geld.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Wenn ich das mal sagen darf, es stört tatsächlich, wenn hier auf der Regierungsbank so stark gesprochen wird. Das muss ich jetzt echt so mal sagen, wenn es die Präsidentin nicht tut. Tut mir leid.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Ich habe überhaupt nichts gesagt.)

Ja, egal, also Sie nicht, Herr Backhaus. Sie haben noch einen Kollegen da sitzen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe
gedacht, Sie gucken mich an.)

Es stört wirklich. Es lenkt einen ab, das muss ich jetzt mal so sagen.

So, Folgendes: Also, wir haben eine Wettbewerbssituation in Polen. Dort arbeiten die Menschen für sehr viel weniger Geld. Die Urlauber zum Beispiel haben natürlich die Auswahl, gehen sie auf der deutschen Seite in Vorpommern in Urlaub, gehen sie dort essen oder fahren sie ein paar Kilometer weiter auf die polnische Seite. Das muss man beachten. Deswegen können wir diese Entscheidung nicht einfach so aus der hohlen Hand heraus treffen, auch wenn wir das vielleicht gerne machen würden. Die Unternehmer müssen es tragen können, es geht auch um das Tragfähigkeitsprinzip. Wir müssen Sensitivitätsanalysen durchführen. Wie viele Arbeitsplätze gehen verloren, wie viel Umsatz geht verloren, wenn man den Mindestlohn anhebt?

Ich denke, keiner von uns hier im Landtag kann das so ohne Weiteres tun. Wir müssen da nicht nur mit den Gewerkschaften sprechen – die haben ihre Berechnun-

gen, wie ich es anfangs ausgeführt habe –, wir haben die Arbeitgeberverbände, die auch ...

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Nein, nein!

Wir haben die Arbeitgeberverbände, die ganz konkret – jetzt auch für Vorpommern – diese Untersuchungen durchführen.

Ich möchte noch mal, weil es gerade so gut passt, darauf hinweisen, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union extrem wichtig ist, auch an dieser Stelle. Stellen Sie sich mal vor, wir würden nicht zur Europäischen Union gehören! Da hätten wir gar keine Möglichkeit, mit Polen darüber zu reden, dann hätten wir das Europa der Vaterländer. Jeder würde Wettbewerb pur betreiben und einfach seine Wettbewerbsvorteile ausspielen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir möchten natürlich schon mit den Nachbarstaaten im Gespräch bleiben. Das macht zum Beispiel Bayern sehr stark mit Österreich. Man muss dort sehen, wie sind die Mehrwertsteuersätze. Es sind verschiedene Komponenten, die dazugehören. Wir haben zum Beispiel in Polen auch eine ganz andere Mehrwertsteuer in der Gastronomie, die ohnehin schon einen Wettbewerbsvorteil für die dortigen Gastronomiebetriebe bedeutet.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Und das sprechen Sie mit denen ab?!)

Diese ganzen Dinge muss man dabei berücksichtigen. Deswegen können wir dem Antrag so auch überhaupt nicht zustimmen. Das ist leider, sage ich mal, so gar nicht möglich, sondern wir müssen diese verschiedenen Dinge einbeziehen. Ich würde sehr dafür werben, dass wir das gerne auch im Wirtschaftsausschuss noch mal diskutieren, weil wir tatsächlich zu einer Empfehlung aus Mecklenburg-Vorpommern heraus kommen sollten aus den genannten Gründen, weil wir am stärksten davon betroffen sind von allen Bundesländern. Wir sollten zu einer Empfehlung kommen nach Berlin. Ich glaube, das ist absolut in Ordnung und absolut richtig, wenn wir das machen. Nur wir müssen sauber ermitteln, inklusive der Arbeitgeber. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Wildt, es ist immer gut zu hören, wenn beide Seiten gehört werden sollen, aber das haben wir. Im Bund haben wir die Mindestlohnkommission, in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer vertreten sind. Beide vertreten eben beide Interessen, denke ich mal, aus.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Aber speziell aus der Sicht von M-V.)

Herr Foerster, Sie hatten ja die Meinung der anderen Fraktionen schon vorher kundgetan. Dann will ich auch

das so bedienen, weil die Fakten eben Fakten bleiben und eben so sind, wie sie sind, anders als Ihre Position jetzt zum Mindestlohn. Da will ich mal beginnen mit der Wechselhaftigkeit. Das erste Mal, als wir hier im Landtag von Ihnen vom Mindestlohn hörten, war 2006/2007. Da ist aber noch keine Höhe benannt worden. Die Höhe von 8 Euro ist im Bund damals von den LINKEN benannt worden. Konkret wurde es dann hier im Landtag 2012 – ich habe die Dokumente angeguckt, deswegen will ich das so zitieren –, konkret wurde es 2012. Da haben Sie dann 10 Euro gefordert und heute liegt uns der Antrag vor mit 12 Euro.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Soweit korrekt.)

Im Bundestag ...

Soweit korrekt – wunderbar! Ich will bloß die Wechselhaftigkeit aufzeigen.

Im Bundestag ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das ist wechselhaft.)

Moment!

(Henning Foerster, DIE LINKE: Es gibt immer Entwicklungen in den Jahren.)

Ja, da komme ich noch zu, zu Ihrer Entwicklung.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Zu Ihrer sage ich auch noch was.)

Im Bundestag sind die LINKEN beim Mindestlohn jetzt bei der Forderung von 12,63. Also praktisch sind Sie in Mecklenburg-Vorpommern ein wenig wirtschaftsfreundlicher.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

Im Vergabegesetz haben Sie einen Mindestlohn, einen Vergabemindestlohn von 11,68 gefordert und in der Endversion Ihres Gesetzes waren Sie bei 10,09. Da waren Sie also unter der Forderung, die Sie heute erheben. Auch da sehen wir, dass Sie beliebig mit diesem Mindestlohn spielen. Ein Konzept daraus kann ich nicht erkennen. Da weiß scheinbar bei Ihnen, wenn ich den Bund und das Land anschau, da weiß doch die Linke nicht was die Rechte tut. Überall herrschen andere Mindestlohnvorstellungen.

Wenn wir diese Ungereimtheiten auch noch mal beiseitelassen – viel wichtiger ist eine andere Feststellung, die ich treffen möchte. Herr Foerster, es gibt offenkundig – und da bediene ich jetzt das, was Sie vorhin schon gesagt haben, aber das muss auch gesagt werden –, es gibt ganz offenkundig einen linken Überbietungswettbewerb beim Mindestlohn. Es ist ausschließlich politisch und nicht fachlich motiviert, und er führt dazu, dass die Mindestlohnforderungen der LINKEN in einem Zeitraum von etwa zehn Jahren um 50 Prozent gestiegen sind. Nur mal zum Vergleich: Die Inflationsrate in Deutschland betrug von 2008 bis 2018 mit einigen Schwankungen im Mittel circa 1,5 Prozent pro Jahr. Das bedeutet dann aber, die Mindestlohnvorstellungen der LINKEN sind im Zeitraum von circa zehn Jahren fast dreieinhalbmal so

stark gestiegen wie die Inflation. Man könnte es auch inflationär bezeichnen.

Meine Damen und Herren, dieser, denke ich mal, nicht ganz seriöse Umgang mit dem Mindestlohn, kommt nicht überraschend.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oi, oi, oi, oi, oi!)

Wenn Politik die Löhne festlegen würde, dann läge dem die Gefahr zugrunde, dass es beim Buhlen um die Wählergunst – Herr Minister Glawe hat das ja schon gesagt, insbesondere vor Wahlen –, dass es eben beim Buhlen um die Wählergunst genau zu einer solchen inflationären Mindestlohnforderung käme. Dieser Antrag ist ja auch der Beweis dazu.

Weil aber dieser politische Überbietungswettbewerb alles andere als überraschend ist, genau deswegen wurde ja durch das Bundesmindestlohngesetz eine Kommission geschaffen, die den Mindestlohn festlegt. Ihr gehören die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite sowie Vertreter der Wissenschaft an. In gewisser Weise wird damit auch der Tarifautonomie Rechnung getragen, die Sie wiederum mit Ihrem Antrag nicht beachten. Die Kommission gewährleistet, dass der Bezug zur Wirklichkeit, zur Realität, zum Machbaren bleibt. Sie gewährleistet damit auch, dass überbordende Mindestlohnforderungen nicht zu wirtschaftspolitischen Harakiriaktionen führen.

12 Euro Mindestlohn, also Lohnerhöhungen von über 30 Prozent gegenüber dem aktuell gültigen Mindestlohn, wäre ein sicheres Rezept für den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dann haben Sie entgegnet, ja, die Befürchtungen sind nicht eingetreten. Das haben Sie vorhin gesagt, Herr Foerster.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja.)

Das ist scheinbar so, in der Tat, aber alle negativen Entwicklungen, die durchaus da waren, sind durch die positive Konjunktur mehr als aufgefangen worden.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ach so!)

Das sind schon Tatsachen, Herr Foerster.

Richtig ist natürlich – und da bin ich nicht weit weg von Ihnen, da bin ich überhaupt nicht weit weg von Ihnen –, dass ein Gesetz, wenn man ein Mindestlohngesetz hat, auch eingehalten werden muss. Das ist überhaupt keine Frage. Dafür gibt es diese Zollkontrollen und ich plädiere dringend dafür, bei den Kontrollen, auch außer den Zollkontrollen, außer dem, was Sie gesagt haben, innovative Wege zu gehen. Wir haben darüber schon mal gesprochen, ich habe es auch hier im Plenarsaal schon mal angesprochen: Die freiwillige Selbstkontrolle des Mindestlohns, wie sie beispielsweise in Hamburg bei den Gebäudereinigern der Fall ist, ist ein sehr, sehr gutes Instrument, was flankierend zu den Maßnahmen des Zolls schwarze Schafe auf der Arbeitgeberseite identifiziert, aufdeckt. Das funktioniert hervorragend.

Meine Damen und Herren, wir werden den vorliegenden Antrag aus mehreren Gründen ablehnen:

Erstens. Er lässt nämlich erkennen, dass DIE LINKE gegen das Mindestlohngesetz agiert. Anders ist es in

meinen Augen auch nicht zu erklären, weswegen hier dazu aufgefordert wird, an der Mindestlohnkommission vorbeizuarbeiten.

Zweitens. Meine Fraktion steht zum Mindestlohngesetz und zu der Mindestlohnkommission. Wir werden uns am politisch motivierten Überbietungswettbewerb beim Mindestlohn natürlich nicht beteiligen. Und läge man übrigens bei der Entwicklung Ihrer Mindestlohnforderung die letzten zehn Jahre für eine Zukunftsperspektive zugrunde, dann wären wir Mitte der 20er-Jahre bei einer Mindestlohnforderung von knapp 20 Euro angelangt. Das ist mit Sicherheit ein sicheres Rezept zur Förderung der Arbeitslosigkeit. Da setzen wir die Hoffnung auf das maßvolle Ausräumen der Höhe des Mindestlohns in genau der Form, wie sie vom Mindestlohngesetz festgelegt ist. Das andere habe ich Ihnen schon gesagt – das hat der Minister auch gesagt –, dass die Tarifautonomie dabei wieder umgangen wird.

Ein letztes Argument noch dazu, was jetzt nicht primär damit zu tun hat, aber was Sie überhaupt noch nicht bedacht haben und was auch noch niemand gesagt hat: Bedenken Sie doch bitte immer auch einmal den Lohnabstand in einem Unternehmen, den Lohnabstand als solches! Es ist ja nicht nur so, dass diese Niedriglohnsequenzen angehoben werden, sondern auch aufgrund des sozialen Gefüges in einem Unternehmen sind Sie mehr oder weniger im Unternehmen gezwungen, auch das restliche Gehalts- und Lohngefüge anzupassen. Das bedeutet für Unternehmer nicht nur, diesen Mindestlohn anzupassen, sondern alles andere. Das sind gehörige Kosten. Also es muss immer machbar sein, es muss wirtschaftlich verträglich sein, damit wir die Wirtschaft nicht hemmen. In dem Sinne lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich weiß nicht, wer noch hier in diesem Hause, aber ich selbst habe mal mehr als ein Jahr für den Mindestlohn gearbeitet. Ich weiß also, was das tatsächlich bedeutet, und zwar auf der anderen, auf der Arbeitnehmerseite. Deswegen bin ich auch durchaus dafür, dass der Mindestlohn in seiner bestehenden Form und Höhe erhalten und beibehalten wird. Eine Erhöhung auf 12 Euro oder noch mehr – da gibt es aus meiner Sicht durchaus einige Kritikpunkte, die dagegensprechen.

Ich kenne eine Reihe von Unternehmern, die mir gesagt haben, einen Mindestlohn von 12 Euro wären sie auf gar keinen Fall in der Lage zu zahlen, schon gar nicht, wenn das auch noch auf Auszubildende ausgeweitet werden würde. Insofern ist natürlich die Abschaffung von Ausnahmeregelungen folgerichtig, wenn man bedenkt, dass – würden diese beibehalten – dem Fachkräftemangel Vor Schub geleistet werden würde, weil, und das befürchten viele Experten in diesem Fall dann auch, immer mehr junge Menschen sich gegen eine schlechter bezahlte Lehrausbildung entscheiden würden und stattdessen eine ungelernete Tätigkeit, aber mit Mindestlohn, wählen würden. Das wäre dann nicht gut angesichts des ja schon bestehenden Fachkräftemangels.

Des Weiteren ist auch ein Punkt, dass die Unternehmer, so sie dann vom Staat gezwungen werden würden, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben, diese Erhöhung auf die Preise aufschlagen. Das heißt, die Arbeitnehmer würden zwar auf der einen Seite mehr bekommen, aber das würde andererseits von den erhöhten Preisen und der Inflation zu einem großen Teil wieder aufgeessen. Das ist zum Beispiel auch ein Problem und nachgewiesen in den USA, gewissermaßen das Mutterland des Mindestlohns, den es dort seit 1938 gibt.

Ein anderer Punkt ist natürlich dann auch, die Tarifautonomie würde eingeschränkt durch die staatliche Verfügung von Mindesteinkommen. Das würde zu einer Schwächung der Gewerkschaften führen. Und auch das kann eigentlich nicht im Interesse der LINKEN sein.

Also am Ende sollte das Fazit lieber lauter: mehr Netto vom Brutto, geringere Steuern, geringere Kraftstoffkosten beispielsweise, eine Diskussion, die wir gerade in Europa haben, und geringere Stromkosten. Anstatt über solche Rezepte wie Mindestlohn zu diskutieren, wäre es vielleicht auch mal ganz interessant, unkonventionelle Dinge zu besprechen wie beispielsweise das bedingungslose Grundeinkommen an der Stelle. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Wildt, ich danke Ihnen für Ihren sachlichen Beitrag, auch wenn wir in der Sache durchaus unterschiedlicher Auffassung sind.

Zu Herrn Lerche möchte ich eigentlich gar nichts weiter sagen, außer, dass Ihre Auftritte hier mehr und mehr kabarettistischen Charakter tragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eher tragikomisch.)

Wenn Sie so weitermachen, dann werden Sie sich bald im Fernsehen bei „extra 3“ wiederfinden.

Ansonsten muss ich sagen, ich habe natürlich nicht erwartet, dass dieser Antrag heute hier eine Mehrheit findet. Und mir war auch klar, dass sich natürlich Herr Brade, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der SPD ein Stück weit gepiesackt fühlen werden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich kann Ihr Unbehagen sogar ein Stück weit verstehen, denn jetzt, wo Ihre Partei sich bundesweit in einer schweren Krise befindet, sind Sie ja gezwungen, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, die nicht nur aus meiner Sicht, sondern auch aus Sicht vieler unabhängiger Politikexperten diesen Abwärtstrend eingeleitet haben. Man möchte ja bald sagen, mein Gott, jetzt haben sie es, wenn man hört, dass jetzt führende Sozialdemokraten das Ende von Hartz IV heraufbeschwören und eben auch einen deutlich höheren Mindestlohn fordern.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Allerdings ist das Misstrauen bei vielen Leuten da draußen inzwischen außerordentlich groß, denn allzu oft haben wir ja in den letzten Jahren gerade von Ihnen erfahren müssen, dass Ankündigungen in der Regel nicht die entsprechenden Taten folgten, und deswegen ist Skepsis durchaus geboten.

Und, Herr Brade, erklären Sie mir doch bitte einmal, wie das bei Ihnen nun wirklich läuft! Ich kann ja nachvollziehen, dass man versucht, sich in Krisensituationen demonstrativ unterzuhaken.

(Jochen Schulte, SPD: Damit haben Sie ja auch Erfahrungen, ne?!)

Aber wie läuft denn das bei Ihnen in der SPD bei Themen wie dem Mindestlohn? Setzen Sie sich da in einen Kreis und spielen dann so eine Art Bi-Ba-Butzemann,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und wer am Ende nicht im Kreis sitzt, der muss eine Aufgabe erfüllen? Dann haben wohl diesmal Thomas Oppermann und Olaf Scholz verloren

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und mussten die 12 Euro Mindestlohn medienwirksam ins Gespräch bringen.

(Jochen Schulte, SPD:
Es wird so ähnlich sein wie bei der Linksfraktion mit Sahra Wagenknecht.)

Aber Spaß beiseite! An diesem Beispiel wird doch noch einmal bestens deutlich, warum die SPD so an Glaubwürdigkeit verloren hat. Da stellt sich Vizekanzler Olaf Scholz fünf Minuten vor der Kabinettsitzung hin und erzählt den Medien etwas von 12 Euro Mindestlohn, anschließend geht er drei Türen weiter und hebt die Hand für eine Erhöhung von 35 Cent auf 9,19 Euro. Das ist doch bizarr. Und das gilt erst recht, wenn man bedenkt,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dass ein ganzes Jahr seit der von mir vorhin schon angesprochenen Erörterung des Themas Mindestloohnerhöhung im Bundestag ins Land gegangen ist und Sie somit ja mehr als genug Zeit hatten, eine andere Regelung auch innerhalb der SPD ernsthaft zu diskutieren.

Und, meine Damen und Herren, Herr Kollege Brade, jetzt nehmen wir mal an,

(Christian Brade, SPD: Jetzt haben Sie mich aber auf dem Kieker, was?!)

dass die Kollegen Oppermann und Scholz ihre Forderungen wirklich ernst meinten. Was macht denn dann die Landtagsfraktion der SPD heute bitte hier? Also wenn Ihre Kolleginnen und Kollegen als kleinerer Partner am Kabinettschisch in Berlin, also im Bund, schon nicht den Mumm haben, die eigenen Interessen durchzusetzen, dann müssten das doch die Genossinnen und Genossen übernehmen – zumindest müssten sie übernehmen, Druck zu machen –, die in den Ländern als größerer Partner in Regierungskoalitionen in der Verantwortung sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich denke, das ist der Sozialdemokratie fremd.)

Aber was ist passiert? Und was wird heute passieren? Nichts! Die SPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wird heute eben nicht sagen, jawohl, 12 Euro müssten es mindestens sein, jawohl, wir werden uns im Bund dafür starkmachen,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

jawohl, wir wollen einen Mindestlohn für alle, und jawohl, wir wollen ihn auch mit stärkeren Kontrollen durchsetzen.

(Jochen Schulte, SPD: Wie hoch ist der Mindestlohn in Thüringen, Herr Foerster?)

Warum nicht? Wovor haben Sie denn Angst? Dass Ihre Umfrageergebnisse noch weiter nach unten gehen?

(Jochen Schulte, SPD: Gibt es überhaupt einen Mindestlohn in Thüringen? –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist ja nun kaum noch möglich. Also stehen Sie doch zu den Worten Ihres Vizekanzlers und Ihres Bundestagsvizepräsidenten und lassen Sie Taten folgen! Wir stehen dafür bereit.

(Jochen Schulte, SPD: Aber auch nur mit dem Mund, Herr Kollege.)

Und, meine Damen und Herren, apropos bereit: Ich hatte mich seelisch und moralisch darauf vorbereitet, Herr Waldmüller, dass der Vorwurf kommt, wir würden als LINKE mit Blick auf unsere Forderung zum Vergabemindestlohn M-V ja selbst nicht stringent agieren. Wenn Sie uns hier vorwerfen, dass wir offenbar auch nicht wissen, was wir wollen, dann muss ich darüber ein Stück weit schmunzeln, denn Sie wissen doch ganz genau, dass die von uns vorgeschlagene Kopplung des Vergabemindestlohns an den TV-L ein mit den Gewerkschaften abgestimmter Kompromiss war, um auch der Regierungskoalition eine Brücke zu bauen. Leider hat das nicht funktioniert. Hier hat sich die CDU durchgesetzt.

Ich breche mir auch gar keinen Zacken aus der Krone zu sagen, dass die Frage, was wir da fordern, intern durchaus auch in meiner Fraktion für Diskussionen gesorgt hat. Nun habe ich aber Ihren Wunsch vernommen – und ich verspreche Ihnen, wir denken noch mal darüber nach –, eine erneute Novelle des Vergabegesetzes in diesem Punkt vorzuschlagen. Dann können wir ja hier Nägel mit Köpfen machen und künftig Aufträge nur noch an Unternehmen übergeben, die mindestens 12 Euro Stundenlohn bezahlen.

Meine Damen und Herren, Herr Glawe, Sie haben offensichtlich entweder vorhin wieder mit Ihrer Nachbarin gequatscht oder geschlafen wie ein Murmeltier.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Andreas Butzki, SPD: Der unterhält sich, der quatscht nicht. Das ist unparlamentarisch.)

Ich habe ja vorhin vorgeschlagen, den Mindestlohn in einem einmaligen Schritt vom Niveau her anzuheben und dann bei dem jetzigen Mechanismus zu bleiben. Und Sie

haben gesagt, dann könnte es bei 12 Euro Mindestlohn passieren, dass er zeitweilig oberhalb des Niveaus von Tariflöhnen liegt, die es im Moment gibt. Das ist richtig, aber das ist auch exakt die Situation, die wir bei der Einführung des Mindestlohns hatten. Das hat damals auch niemanden davon abgehalten, genau diesen Schritt zu gehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich unbedingt noch etwas zu den Bedenkenträgern in der CDU sagen. Seit dem Beginn der Debatte um den Mindestlohn müssen wir uns von Ihnen ja permanent Untergangsszenarien anhören. Herr Waldmüller erklärte dazu – und ich habe mir da mal eine ältere Pressemitteilung rausgesucht – zum Beispiel Folgendes: „Der Mindestlohn ist kein Allheilmittel für die als ungerecht empfundene Entlohnung im Niedriglohnbereich. Er könnte sich ... schnell als Bumerang erweisen. Verschiedene Wirtschaftsinstitute haben ... darauf hingewiesen, dass ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn zur Vernichtung von Arbeitsplätzen“ für Geringverdienende gerade in den neuen Ländern „führen würde“.

(Torsten Renz, CDU: In welchem Jahr war denn das Zitat? Sagen Sie mal das Datum! Das Datum!)

Und so weiter, und so weiter, Herr Renz. Eine dieser Studien, die Herr Waldmüller da angesprochen hat, sagte übrigens den Verlust von bundesweit 600.000 Jobs, nein, nicht bundesweit, allein in Ostdeutschland 600.000 Jobs voraus.

(Torsten Renz, CDU:
Aus welchem Jahr war
denn das Zitat? Sagen Sie es mal,
Herr Foerster, wenn Sie schon zitieren!)

Lieber Kollege Waldmüller, im Rückblick kann man wohl feststellen, dass Sie mit Ihren Prognosen grandios danebengelegen haben. Aber gelernt haben Sie daraus offenbar nichts. Und deshalb noch mal für Sie zum Mitschreiben:

Erstens. Der Industriestandort Deutschland ist nicht untergegangen. Das hat auch die Mindestlohnkommission übrigens festgestellt.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist nicht Ihr Verdienst.)

Das Gegenteil war der Fall: weniger offene Stellen,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist nicht Ihr Verdienst. –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.

(Torsten Renz, CDU:
Ich bin schon mal gespannt,
wenn die Konjunktur nicht mehr
so läuft, wie Sie dann argumentieren.)

Zweitens. Der prognostizierte dramatische Preisanstieg ist ebenfalls ausgeblieben. Die Preissteigerung in den Branchen, wo der Mindestlohn am meisten bewirkt hat, blieb in der Gesamtheit so überschaubar, dass sie jeden-

falls keinen signifikanten Einfluss auf die Gesamtpreisentwicklung hatte.

Und drittens. Der Zusammenbruch von Unternehmen und der Verzicht auf geplante Investitionen – auch hier Fehlanzeige. Keine gravierenden Auswirkungen auf Investitionen, stattdessen überwiegend steigende Unternehmensgewinne.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Also nichts von all Ihren finsternen Untergangsszenarien ist wahr geworden. Nur eins ist zutreffend: Der Mindestlohn hatte Einfluss auf das Lohngefüge, vor allem am unteren Ende. Nicht nur diejenigen, die vorher weniger als 8,50 Euro verdienten, haben profitiert, sondern auch diejenigen, deren Löhne knapp darüber lagen. Dieser Plan ist also aufgegangen. Fehlt im Grunde nur noch eins: die Beseitigung des Geburtsfehlers mit der zu niedrigen Lohnhöhe.

Deshalb sollten wir auf Volkswirtschaftler wie Professor Stefan Sell hören. Und noch mal: Der hat gesagt, man müsste den Mindestlohn in einem einmaligen Schritt auf ein entsprechendes Niveau anheben und könnte dann die jetzige Systematik beibehalten. Der Mindestlohn soll nämlich endlich so angesetzt werden, dass Menschen, die sich 45 Jahre lang den Buckel krumm machen, am Ende ihres Arbeitslebens nicht in der Grundsicherung landen. Das ist nicht nur in höchstem Maße ungerecht, das ist wirklich asozial, und daher noch mal der Appell: Lassen Sie uns heute den ersten Schritt machen, damit sich das ändert! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag „12 Euro Mindestlohn – Jetzt und für alle“ auf Drucksache 7/2811 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus, Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben.

(Tilo Gundlack, SPD:
Ja, nein oder ich weiß nicht.)

Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nun den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme abzugeben wünscht?

(Der Abgeordnete Rainer Albrecht wird
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ich frage noch einmal: Gibt es ein weiteres Mitglied des Hauses, das seine Stimme abzugeben wünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche für einen kurzen Augenblick die Sitzung.

Unterbrechung: 17.40 Uhr

Wiederbeginn: 17.41 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 53 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 10 Abgeordnete, mit Nein stimmten 43 Abgeordnete, es enthielt sich niemand der Stimme. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2811 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der BMV – Neuregelung beim Umgang mit dem Wolf, auf Drucksache 7/2817.

**Antrag der Fraktion der BMV
Neuregelung beim Umgang mit dem Wolf
– Drucksache 7/2817 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Von 1901 bis 1950 gab es in Europa 14 tödliche Wolfsattacken auf Menschen, von 1951 bis heute acht. Warum die Unterscheidung 1950 bis heute? Ganz einfach: Bis vor Kurzem gab es noch keine Wölfe in Deutschland.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Jetzt gehen wir zurück in die Zeit von 1950 bis 1900.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Die Schlussfolgerung daraus kann ja nur sein, es ist nicht mehr eine Frage der Zeit oder es ist nicht mehr eine Frage, ob es Tote und Verletzte durch Wolfsangriffe geben wird, sondern wann.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Opfer, meine Damen und Herren, waren oftmals Kinder. Also muss endlich gehandelt werden und den ständigen Ankündigungen und Versprechen müssen nun auch Taten folgen.

Dass der Wolf aus dicht besiedelten Gebieten verdrängt wurde, hat handfeste Gründe. Der Wolf meidet den Menschen nur dort, wo er einem ständigen Jagddruck unterliegt. Gibt es keine Gegenwehr, verliert er sehr schnell seine Scheu und Angriffe auf Menschen sind dann nur noch eine Frage der Zeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Können oder wollen Sie das verantworten? Jedes Raubtier sucht sich die Beute, die es am leichtesten und ge-

fahrlosesten erlegen kann, und darum sind die Opfer oftmals Kinder.

Sie, Herr Minister, haben vor Kurzem gesagt, die Wölfe würden jetzt lernen, Nutztiere anzugreifen. Ich sage, die hohe Zahl der getöteten Tiere bei den letzten Attacken lässt darauf schließen, dass es nicht mehr einzelne Wölfe, sondern ganze Rudel sind, die hier lernen, Weidetiere als leichte Beute zu erlegen. Das heißt, diese Wölfe müssen unverzüglich erlegt werden, und ich sage bewusst nicht, entnommen werden. Schluss mit der Wortklauberei! Faktenschaffen ist angesagt! Sie müssen abgeschossen werden, bevor sie ihr Wissen weitergeben.

In der OZ vom 20.11. sagten Sie, Herr Minister: „Kommt ein Wolf 30 Meter an eine Siedlung heran, dann wird er erschossen.“ Soll das jetzt eine Aufforderung an die Jägerschaft gewesen sein? Nun, Herr Dr. Backhaus, ich kenne persönlich jemanden, den begrüßte der Wolf an seiner Eingangspforte.

(Jochen Schulte, SPD:
Und was hat er gesagt?)

Anschließend lief er grüßend durch das Dorf.

Mit unserem Antrag bringen wir einige grundsätzliche Sachen ein, die wir für nötig erachten, um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Dazu gehören Aufnahme ins Jagdrecht, Aufforderung der Bundesregierung zur Unterstützung des Antrages der Schweiz in der Berner Konvention zur Umstufung von „streng geschützt“ auf „geschützt“, Festlegung verbindlicher Bestandszahlen, wirksame rechtssichere Instrumente zur Regulierung – auch durch Abschuss –, Anpassung an das Bundesnaturschutzgesetz und so weiter.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Das haben Sie sich doch nicht selber ausgedacht, das haben Sie doch abgeschrieben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits im Jahr 2017 sprach ich mich dafür aus, dass der Wolf eine jagdbare Tierart wird.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Dort hieß es von Herrn Dr. Backhaus noch: „Forderungen nach der Aufnahme in das Jagdrecht, das sage ich noch mal, lehne ich ab.“ Im Februar dieses Jahres sprach ich mich für eine Bundesratsinitiative aus, die eine Neuregelung im Umgang mit dem Wolf forderte. Dort hieß es dann von Herrn Dr. Backhaus: Wir brauchen eine „deutschlandweit einheitliche“ Rechtsgrundlage, die zielfähig und damit auch rechtssicher ist. Die Jäger seien aber gegen eine Aufnahme ins Jagdregister und deshalb lehne man diesen Weg immer noch ab.

Mittlerweile spricht sich der Jagdverband für eine Aufnahme in das Jagdgesetz aus. Mittlerweile haben die Länder Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen eine Bundesratsinitiative eingebracht. Mecklenburg-Vorpommern gehört nicht zu den Antragstellern, hat aber der Überweisung in die Ausschüsse zugestimmt. In der Rede ließ Herr Dr. Backhaus verlautbaren: „Absolut im Vordergrund steht für mich die Sicherheit der Menschen, zum Zweiten die Sicherheit der Weidetierhaltung.“ Und weiterhin seien Sie auch für eine höhere „Aufwandsentschä-

digung für die Weidetierhalter“. Ja, meine Damen und Herren, all das, was wir kontinuierlich fordern.

Wenn die beschwichtigenden Worte des Ministers einen Wolf töten würden, dann hätte ich heute einen Antrag zum Schutz des Wolfes eingebracht,

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD)

so gefährdet wäre er mittlerweile. Ihr Handeln löst keine Probleme. Abschreckendes Beispiel müsste ja der Umgang mit dem Kormoran, dem Bieber oder dem Kolkrahen und anderen sein. Beim Wolf drohen uns ähnliche Probleme, wenn sich nicht etwas Grundlegendes ändert. Aber das ist dann eine andere Dimension. Was ist uns wichtiger, die ungehinderte Ausbreitung des Wolfes oder der Schutz der Menschen und der freien Weidetierhaltung? Uns jedenfalls ist Letzteres wichtig.

Hören Sie auf, mit einem Auge auf das Wahlverhalten einer grünen Rotkäppchenfraktion in den Städten zu schielen! Kommen Sie Ihrer Verantwortung zum Schutz der Menschen und unserer Ernährungsgrundlagen nach! Machen Sie endlich Nägel mit Köpfen! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV und Jürgen Strohschein, AfD – Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat um das Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz. Herr Dr. Backhaus, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es vergeht keine Landtagssitzung, wo wir das Thema hier nicht auf der Tagesordnung haben.

(Zuruf aus dem Plenum:
Ja, warum wohl?)

Und wenn man mit der Angst und den Sorgen der Menschen spielt,

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Sie spielen mit der Angst der Menschen.)

kann das irgendwann wirklich groben Ärger geben.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Wir sorgen uns um die Menschen.)

Deswegen werde ich versuchen, Ihnen hier noch mal vorzustellen, wo wir stehen und was wir bereits erreicht haben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ich weise die Aussagen, die Sie getroffen haben, hier würde nichts passieren, hier würde nichts gemacht worden sein, in aller Klarheit zurück. Als ich am Montag die Pressekonferenz gemacht habe, habe ich unser Maßnahmenpaket vorgestellt. Seit 2009 – seit 2009! – haben

wir ein Management in diesem Lande. Wir haben den Managementplan überarbeitet, wir haben eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Erstens. Durch Brüssel ist jetzt insbesondere für die Weidehaltung bestätigt worden, dass wir die Präventionsmaßnahmen mit 100 Prozent fördern können. Ich glaube fest daran, dass die Priorität „Sicherheit für die Menschen“ ganz oben steht. Das haben Sie selbst gesagt. Auch dieses Problem ist geklärt. Das bedeutet, dass, wenn Wölfe sich Siedlungen nähern, ein sogenanntes juristisches Gesamturteil gebildet werden kann. Mit anderen Worten: Wenn sie ein notorisches Verhalten an den Tag legen, können diese Tiere getötet werden. Damit ist klar, dass wir in Bezug auf den Menschen und den Wolf eine klare Regelung haben. Deswegen weise ich ausdrücklich darauf hin, das ist gerade in den letzten Wochen endgültig auch durch den Bund mit den Ländern abgestimmt worden. Tun Sie bitte also nicht so, als ob dieses Problem nicht erkannt worden ist und wir hier nicht handeln würden!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Diese Landesregierung wird sofort handeln. Im Übrigen, auch das dürften Sie wissen, Herr Borschke,

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

die Zuständigkeit für diese Maßnahmen liegt bei den Landkreisen, ähnlich wie beim Bibermanagement oder bei den Kormoranen oder ausdrücklich auch bei den Kolkrahen.

(Jürgen Strohschein, AfD:
Und nichts passiert! Nichts!)

Die ...

Natürlich passiert da was, wenn die Anträge gestellt werden.

(Jürgen Strohschein, AfD: Ach!)

Es müssen Anträge gestellt werden, dann kann da eingegriffen werden. Aber Sie stehen nicht im Stoff, das muss man ganz klar sagen.

(Jürgen Strohschein, AfD: Jaja!)

Zweitens. Auch die Umweltministerkonferenz hat deutlich gemacht, dass es mir endlich gelungen ist, wirklich alle 16 Bundesländer zu einem Beschluss zu bekommen, tatsächlich die Rechtssicherheit zu klären, wie in der Weidetierhaltung umzugehen ist, und dass bis zur nächsten Umweltministerkonferenz den Bundesländern ein Beschlussvorschlag vorgelegt werden muss. Ich glaube, man darf daran auch Folgendes erkennen: Ja, vor fünf Jahren bin ich noch aus dem Süden beschimpft worden, ich würde hier das Wort reden, um Wölfe abzuschießen. Darum geht es gar nicht, sondern es geht um Rechtssicherheit und es geht darum, dass wir – noch mal: Priorität Nummer eins – zum einen Sicherheit für den Menschen und zum anderen ganz klar Sicherheit auch für die Weidetierhaltung weitestgehend absichern wollen.

Ich betone noch mal: Auf der 92. Umweltministerkonferenz im Mai 2019 sind die endgültigen Ergebnisse tatsächlich vorzulegen. Ich befinde mich in der engen Ab-

stimmung in einer sehr kleinen Arbeitsgruppe zwischen den Bundesländern und den beiden Bundesministerien und ich glaube, dass wir wirklich in den nächsten Wochen zur endgültigen Lösung kommen.

Drittens. Wir haben die Insel Usedom mittlerweile in das sogenannte Wolfsgebiet aufgenommen. Das bedeutet unterm Strich, dass die Insel Usedom jetzt ebenfalls von den höheren Fördersätzen Gebrauch machen kann und damit die Präventionsmaßnahmen auch für die Insel Usedom gelten.

Viertens. Erstmals gibt es im Haushaltsplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern, den die Koalition beschlossen hat, ein Wolfs- und Bibermanagement. Dieses besteht aus drei Komponenten: dem Monitoring und der Forschung, der Schadensprävention und der Begutachtung, dem Ausgleich und der Öffentlichkeitsarbeit. Als Koordinator, das werden Sie vielleicht wissen, ist Herr Dr. Stier eingesetzt. Insgesamt sind in seinem Team mit ihm zusammen fünf Leute, die sich – ich sage es noch mal – mit dem Thema Wolfsprävention/Schadensbegutachtung befassen, aber auch den Ausgleich und die Strategie, nämlich wie kommen wir zu einer Konfliktlösung zwischen Wolf und Mensch und Wolf und Weidetier, wie kommen wir hier weiter, bearbeiteten. Ich glaube, dass Herr Dr. Stier ein Mann ist, der bundesrepublikweit hochgradig anerkannt ist.

Fünftens. Ich habe auch bekanntgegeben, dass wir eine Schadenshotline und eine Informationshotline eingerichtet haben, um genauere Informationen zu bekommen, wo halten sich Wölfe auf. Wir haben am Montag mitgeteilt, dass wir mittlerweile sechs Rudel haben in Mecklenburg-Vorpommern und wir damit mehr Informationen insgesamt für die Bevölkerung, aber auch für uns selbst benötigen.

Sechstens. Es ist ein großer Fortschritt, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass dort, wo die präventiven Maßnahmen ordnungsgemäß durchgehalten und umgesetzt werden, die Schäden deutlich zurückgegangen sind. Das bedeutet auch, dass es richtig ist, dass wir drei Nutztierhalterberater, die die spezifischen Belange der Tierhaltung in diesem Lande umsetzen, eingesetzt haben. Sie haben die Arbeit aufgenommen.

Insofern darf ich noch mal sagen, dass wir mit dem Wolfsmanagement – das wird mir auch aus Brüssel bestätigt – trotz der immer noch schwierigen und rechtlich nicht geklärten Situation bei Übergriffen auf Nutztiere europaweit ganz weit vorne in der Strategie und Taktik sind. Da wirken Aussagen und Äußerungen – das wird vielleicht von Ihnen noch kommen, Herr Borschke –, es gäbe in Mecklenburg-Vorpommern kein Wolfsmanagement, wie zum Beispiel jüngst vom Bauernpräsidenten, auf mich wie der blanke Hohn. Viel mehr verkennen diese Äußerungen ausdrücklich die Realität. Deshalb möchte ich an dieser Stelle besonders denen danken, die sehr konstruktiv an diesem Management mitarbeiten. Dazu gehören die Umweltverbände, der Landesjagdverband und auch weite Teile des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Ich danke diesen Leuten ausdrücklich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch mal einige Grundsätze deutlich unterstreichen. Das konfliktfreie Nebenei-

inander von Wolf und Mensch ist eine der schwersten umweltpolitischen Herausforderungen innerhalb von Deutschland. Ja, es ist sicherlich nach wie vor umweltpolitisch und rechtspolitisch für die Art tatsächlich ein Riesenerfolg, dass dieses Tier, das vom Aussterben bedroht ist und war, sich hier wieder angesiedelt hat. Das ist auch ein Teil einer ökologischen Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland. Gerade deshalb ist es unbedingt notwendig, einen sachlichen Umgang mit allen Facetten zu berücksichtigen. Ich denke, da sollten wir uns einig sein, denn – das ist deutlich zu unterstreichen – wir haben in den vergangenen Jahren immer versucht, auch mit anderen Bundesländern in der Kooperation weitere Maßnahmen einzuleiten.

Und ich betone noch mal: Die Sicherheit des Menschen hat für mich die allerhöchste Priorität. Das gilt in gleicher Weise für die Nutztierhaltung. Deswegen hebe ich noch mal hervor, wir brauchen ein in Deutschland einheitliches und rechtssicheres Verfahren, was das Wolfmanagement in der Nutztierhaltung anbetrifft. Bei der Frage „Mensch und Wolf“ haben wir das jetzt geklärt, wann werden Wölfe erlegt oder geschossen oder entnommen, bei den Nutztieren werden wir das innerhalb der nächsten Wochen hinbekommen.

Insofern glaube ich, auch noch mal Folgendes sagen zu dürfen: Ich habe lange überlegt, ob wir den Antrag, den Niedersachsen eingebracht hat, begleitend unterstützen. Ich habe mich nicht dazu entschlossen, weil da einige der Punkte dabei sind, die längst abgearbeitet sind. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen, wir haben aus Mecklenburg-Vorpommern heraus die Hundertprozentförderung durchsetzen können. Ich bin selbst mehrfach deswegen in Brüssel gewesen. Ich habe auch durchsetzen können, dass es jetzt ein Monitoring bei den Wölfen zwischen Polen und Deutschland gibt und dass wir jährlich eine Habitatanalyse machen, um den guten Erhaltungsstatus zu klären.

Sie haben hier Punkte angesprochen, die finde ich in Ihrem Antrag überhaupt nicht wieder. Sie fordern mich erstens auf, dem Antrag von Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen zuzustimmen, und zum Zweiten sollen wir die Aufhebung der Berner Konvention beschließen. Die anderen Dinge, die Sie angesprochen haben, von denen habe ich in dem Antrag nichts gehört. Deswegen, glaube ich, ist es so wichtig, dass wir in der Sache in einer sachlichen Art weiterkommen. Dieser Bundesratsantrag befindet sich jetzt in den Ausschüssen. Wir versuchen, das auch im Hintergrund zu einer guten und vernünftigen Lösung zu bringen. Es sieht alles danach aus, dass wir das hinbekommen.

Ich betone noch mal: Ich bin mit den beiden Bundesministerinnen in einem sehr engen Gesprächstenor, wo wir versuchen wollen, auch diese letzte Hürde, nämlich rechtssichere(s) Entnahme/Töten von Wölfen in der Nutztierhaltung, umzusetzen. Ich gehe davon aus, dass auch Sie dieses jetzt wahrgenommen haben, und ich wünsche mir sehr, dass wir zu einer sachlichen, einer sehr sachlichen Diskussion zum Thema Wolf hier beitragen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Strohschein.

Jürgen Stroschein, AfD: Frau Präsidentin! Liebe Bürger und Abgeordnete! Wir sind wieder mal beim Wolf. Soeben hat uns der Minister Backhaus erklärt, dass er nun ein Wolfsmanagement gegründet hat.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das haben wir schon seit
Jahren. Seit Jahren!)

Dieses Wolfsmanagement hat nun wieder einen neuen Plan ausgearbeitet und dieses Wolfsmanagement wird dann alle Probleme lösen.

Vor eineinhalb Jahren, Herr Minister, haben Sie uns hier erklärt, dass nur die richtigen Zäune gebaut werden müssen und schon ist das Problem gelöst. Das hat sich jetzt als blanker Unsinn herausgestellt. Kein Problem ist gelöst, der Wolf kriecht durch, springt rüber oder klettert rüber, wo er gerade will.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Ihr ganzes Wolfsmanagement wird auch nicht funktionieren.

(Tilo Gundlack, SPD: Böser Wolf!)

Die Ausbreitung der Wölfe und die damit verbundenen Wolfsrisse werden von der Politik der Regierungskoalition hier völlig unterschätzt. Immer wieder tragen sich Weidetierhalter in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Gedanken, in absehbarer Zeit aufzugeben. Das ist eine traurige Erkenntnis, die eigentlich dazu führen müsste, dass bei der Landesregierung die Alarmglocken läuten. Diese Viehhaltung erzeugt gesunde Milch und gesundes Fleisch. Die Zunahme der Wölfe wird zu immer mehr Konflikten führen. Ich bin davon überzeugt, wir werden uns hier im Landtag noch des Öfteren mit dem Wolf beschäftigen müssen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Die Vorstellung der Regierenden, erst nach aufwendigen Genuntersuchungen dürfe man feststellen, dass es sich um einen Wolfsriss handelt, und anschließend müsse dann noch endlos debattiert werden, ob dies nun in der betroffenen Region problematisch sei oder nicht, ist praxisfremd und nährt den Verdacht, dass die aus unserer Sicht notwendige Regulierung des Wolfsbestandes gar nicht gewollt ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es dauert schließlich seine Zeit, bis das Untersuchungsergebnis vorliegt. In dieser Zeitspanne ist der Problemwolf schon über alle Berge. Dann bekommt schließlich ein Jäger den Auftrag, sich an dem Verursacher des Risses anzusetzen. Zufällig kommt der vermeintliche Wolf des Weges und der Jäger schießt diesen. Danach stellt sich durch einen Genvergleich heraus, dass es der falsche Wolf war. Ich möchte nicht in der Haut dieses Waidmannes stecken, denn dann wird ihn die Wolfslobby zur Schnecke machen wollen.

Also, Herr Kokert – leider ist er nicht da, aber unser Herr Minister Backhaus ist da, der ist auch Jäger –, wenn Sie sich mal auf einen Wolf ansetzen müssen, dann schießen Sie nicht den falschen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sonst weidet sich die Presse bei Ihnen genüsslich aus.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

An diesem Beispiel kann man den bürokratischen Irrsinn erkennen, den Sie wieder einmal inszenieren wollen.

Das Vergrämen führt auch zu nichts. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass erfolgreiches Vergrämen eine Ausnahme ist. Übergriffe auf Nutztiere lassen sich in der Regel nicht durch Vergrämen verhindern, sondern allenfalls durch mechanische Hindernisse, sprich Zäune. Aber auch damit erzielt man keinen absoluten Schutz, das sagte ich schon, der Beutetrieb ist auch hier meist stärker.

Aufgrund der starken Vermehrung der Wölfe in Mecklenburg-Vorpommern müssen diese bejagt werden. Wir müssen 2019 zusätzlich 25 bis 35 neue Jungwölfe einplanen, denn voriges Jahr hatten wir nur zwei Wolfsrudel, jetzt haben wir sechs. Wenn ich von 35 Wolfsjungen spreche, die dazukommen, dann, denke ich mal, könnte das noch geschmeichelt sein, denn wir wissen es nicht, wir tapen auch mit diesen Voraussagen im Dunkeln.

Nur unter echtem Jagddruck auf unseren Feldern und Wiesen wird der Wolf menschen scheu und verbleibt im Wesentlichen in den Wäldern. Die AfD tritt für Schutzzonen ein, sowohl für den Wolf wie im Übrigen auch für den Biber, in denen sich diese Tierarten aufhalten dürfen. So können wir uns das ganze teure Wolfs- und Bibermanagement sparen, denn dann können Sie diese Untersuchungsergebnisse und die sonstigen Aufwendungen, das können Sie alles in den Ofen stecken, mehr ist es dann nicht wert.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Antrag der Freien Wähler/BMV – also da muss man erst mal dahinterkommen, nicht, wie werdet ihr dann nachher in den nächsten paar Monaten heißen –

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

geht deshalb in die richtige Richtung. Der Wechsel des Wolfes vom Anhang 2 in den Anhang 3 der Berner Konvention ist der rechtlich saubere Weg, zu einem Wolfsmanagement zu kommen, das den Namen verdient, weil es wirklich zielführend ist. Die AfD-Fraktion wird dem Antrag deshalb zustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Bitte.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Frau Vizepräsidentin Schlupp.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Intention des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV in Punkt 1 teilt meine Fraktion uneingeschränkt. Ich habe mich bereits vor der Veröffentlichung des Antrages in diesem Sinne geäußert. Wenn denn einige Teile dieses gemeinsamen Antrages von Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt schon erfüllt sein sollen, dann, denke ich, ändert das nichts daran, dass andere Punkte durchaus

überdenkenswert sind. Ich finde schon, dass es ein guter Ansatz ist, wenn sich die besonders betroffenen Länder zusammenschließen, um den notwendigen Druck im Bund und in Brüssel auf den Weg zu bringen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Punkt 2 allerdings unterstellt, dass die rechtliche Stellung der Schweiz zur Berner Konvention mit der in Deutschland gleichzusetzen wäre. Hierzu gibt es durchaus unterschiedliche Auffassungen, da die Europäische Union das Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume unter anderem über die FFH-Richtlinie umgesetzt hat. Vor dem Hintergrund, dass in neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereits jetzt der Wolf in Anhang 5 der Richtlinie gelistet ist, scheint es, dass der Punkt 2 für die genannte Zielstellung entbehrlich sein könnte. Dieser Frage könnte man im zuständigen Fachausschuss nachgehen, sodass meine Fraktion sich eine Überweisung des Antrages hätte vorstellen können.

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Die Regierungsfractionen können es nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verzeichnen im Moment zum Thema Wolf die vielfältigsten politischen Aktivitäten, insbesondere in den besonders betroffenen Bundesländern. Dabei war die jetzt diskutierte Populationsentwicklung mit allen damit verbundenen Problemen schon lange absehbar und es hätte schon vor Jahren wesentlich ernsthafter diskutiert und entsprechend gehandelt werden müssen. Aber die anfänglich uneingeschränkte Begeisterung vieler, auch politisch Verantwortlicher war mit der Strategie verbunden, Probleme so lange zu leugnen, bis nichts mehr zu leugnen war. Zuerst hieß es, wir haben genug Wild, deshalb wird der scheue Wolf unsere Nutztiere nicht anfallen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wir haben ja noch Herrn Wildt.)

Dann hieß es, die völlig schutzlosen Schafe sollte man doch besser wolfsicher einzäunen, aber an unsere wehrhaften Rinder und an Pferde traut sich der Wolf nicht heran. Dann wurden die Empfehlungen zum wolfsicheren Einzäunen regelmäßig überarbeitet, noch höher und besser ein Doppelzaun, mehr Strom und noch ein paar Herdenschutzhunde und alles wird gut. Zeitgleich häuften sich die Übergriffe von Wölfen auf unsere sicher geglaubten Rinder, ein Problem im Übrigen, für das keiner der wohlmeinenden Protagonisten bisher mit einer Lösung aufwarten kann.

Doch immer mehr Menschen sehen sich durch die Aussage, der Wolf sei scheu und meide die Menschen, getäuscht. Selbst wenn man nur die wenigsten Wolfssichungen tatsächlich einem Wolf zuordnen könnte, so sind es doch viel zu viele.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das Vertrauen in die Aussage, aufrichten, in die Hände klatschen und Krach schlagen, wenn man einem Wolf begegnet, und dann wird schon nichts passieren,

(Beifall Jochen Schulte, SPD)

das ist zumindest bei der Landbevölkerung, gelinde gesagt, gering.

(Beifall Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Die jüngste Vergangenheit hat jetzt zu allem Überfluss für die uneingeschränkten Wolfsbefürworter auch noch die letzte Bastion der Verleugnung eines Problems ins Wanken gebracht. Selbst wolfsicher eingezäunte Schafe, geschützt durch Herdenschutzhunde, sind nicht sicher. Spätestens an diesem Punkt müssen sich alle, auch die größten Idealisten, eingestehen, dass man sich entscheiden muss, im Übrigen nicht nur beim Wolf. Ein konfliktarmes Nebeneinander von unvereinbaren Gegensätzen kann es und wird es im Selbstlauf nicht geben.

(Beifall Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Wir müssen uns entscheiden, ob und welche Art von Tierhaltung wir wollen. Die Mehrheit der Gesellschaft will Weidehaltung, auch bei Rindern. Da hilft die Entschädigung von Wolfsrissen allein wenig, denn wir müssen auch entscheiden, welche Art von Tierhaltern wir wollen, solche, die Tiere nur als Wirtschaftsgut betrachten und bei adäquater Entschädigung keine Probleme mit dem Wolf hätten, oder solche, die eine emotionale Bindung zu ihren Tieren aufbauen

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

und für die ein vom Wolf gerissenes Tier mehr als nur ein wirtschaftlicher Verlust ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
Freie Wähler/BMV und Jürgen Strohschein, AfD)

Ich tippe mal, die Mehrheit der Gesellschaft entschiede sich für die Zweiten.

Auch die EU und der Bund und, ich hätte sie bald vergessen, auch die Naturschützer, beispielsweise von NABU und BUND, werden sich entscheiden müssen. Die EU hat für zahlreiche FFH-Gebiete in unserem Land ein Verschlechterungsverbot erlassen. Das gilt insgesamt für alle FFH-Gebiete. Geben unsere Tierhalter bei weiter steigender Wolfspopulation auf, kann die Offenhaltung der Landschaft, die in vielen Bereichen unabdingbar zur Aufrechterhaltung des guten ökologischen Zustandes ist, nicht mehr gewährleistet werden.

Der Bund verpflichtet sich zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik. Wie will er dieses Ziel erreichen, wenn in bestimmten Gegenden, auch in Mecklenburg-Vorpommern, die Landbevölkerung einen überproportionalen Preis für die Natur- und Klimaschutzziele bezahlen soll?

Ich nehme beispielsweise meinen Wahlkreis. Da fühlen sich viele durch die Anwesenheit des Wolfes, insbesondere in Ortsnähe, eingeschränkt. Zusätzlich sorgt der Biber für Überflutung.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Da muss man mal entscheiden.)

Als Eigentümer eines Straßengrundstückes mit benagten Bäumen wird man dann schnell ungewollt zum Zustandsstörer mit allen damit verbundenen Kosten.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Da muss man mal entscheiden.)

Auch die durch Biberaktivitäten erhöhten Unterhaltungskosten der Wasser- und Bodenverbände werden natürlich ganz rechtmäßig auf die Beitragszahler umgelegt. Dabei reden wir in dünn besiedelten Gebieten nicht wirklich von Peanuts. Von der gleichen Gegend reden wir im Übrigen auch, wenn es um die Umsetzung der Energiewende geht. Warum wohl bringt es gerade jetzt das Fass zum Überlaufen, wenn man im Namen des Klimaschutzes dann auch noch Windkraftanlagen in diese Gegend stellen will?

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Genau hier brauchen wir politische Entscheidungen, und zwar im Sinne der Betroffenen, wenn wir sie nicht völlig verlieren wollen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wir müssen die Probleme so komplex diskutieren, wie sie von den Menschen erlebt werden.

Last, but not least komme ich zu den Naturschutzverbänden, die völlig zu Unrecht bei notwendigen und unpopulären Abwägungsprozessen im Bereich Artenschutz außen vor bleiben. Wie komme ich darauf? Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Probleme der Schafhalter mit dem Wolf verwies der Landesschafzuchtverband zu Recht auch auf die Probleme mit den Kolkkraben, Bericht in der „Ostsee-Zeitung“ vom 19.11. unter dem Titel „Die Killer warten in Bäumen“. Der NABU wird dazu mit den Worten zitiert: „Kolkkraben sind Teil der Artenvielfalt. Wer dagegen vorgeht, versündigt sich an der Natur.“ Da kann ich nur sagen, so einfach darf es sich ein anerkannter Naturschutzverband nicht machen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD,
Freie Wähler/BMV, Thomas Krüger, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

zu fordern, der Wolf muss uneingeschränkt geschützt werden, genau wie die Kolkkraben.

Natürlich muss auch die Offenhaltung der Landschaft durch Beweidung gewährleistet werden, damit seltene Bodenbrüter hier ihren Lebensraum finden. Wie die Schäfer das leisten sollen, kein Thema für die Naturschützer. Dass Schäfer sich bereits jetzt selbst ausbeuten und weit unter dem Mindestlohn verdienen, nicht das Problem der Naturschutzverbände. So einfach dürfen wir es diesen Verbänden zukünftig nicht mehr machen. Es ist ihre Pflicht zu erklären, wie ihre Forderungen, die sich manchmal diametral gegenüberstehen, praxistauglich und finanzierbar umgesetzt werden können.

Zu klären wäre auch, ob dem Naturschutz als Ganzem verpflichtete Verbände eine Kreatur höher bewerten dürfen als andere. Was ist mit dem Leid der Schafe oder anderer Weidetiere, die nach Wolfsangriffen teilweise über Stunden schwer verletzt auf der Koppel liegen? Was ist mit dem Muffelwild, dessen drohende Ausrottung durch den Wolf stillschweigend in Kauf genommen wird? Ist der Wolf vielleicht auch deshalb so wichtig für manche Naturschutzverbände, weil sich mit ihm Geld verdienen lässt und hauptamtliche Tätigkeit in Größenordnungen finanziert wird?

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
Freie Wähler/BMV und Jürgen Strohschein, AfD)

Bei all diesen Punkten sind diese Verbände Antworten schuldig geblieben, und das sollte nicht länger hingenommen werden. Vor allem dürfen sie mit ihrer Lobbyarbeit nicht verhindern, dass Mecklenburg-Vorpommern den Schulterschluss mit anderen betroffenen Bundesländern sucht, denn, es tut mir leid, eine andere Begründung, warum wir der Bundesratsinitiative von Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen weder beigetreten sind noch sie aktiv unterstützen, kann ich mir nicht vorstellen.

Lassen Sie es mich noch einmal wiederholen: Wenn es nicht kurzfristig gelingt, zu Entlastungen in den besonders betroffenen Gebieten zu kommen, dann brauchen wir dort über Glaubwürdigkeit in der Politik nicht mehr zu reden. Ich selbst habe jahrelang versucht, rechtzeitig eine Diskussion über absehbare Entwicklungen in Gang zu setzen,

(Minister Dr. Till Backhaus: Und was ist dabei rausgekommen? Nichts!)

die in Handlungsoptionen mündet, mit mäßigem Erfolg.

(Minister Dr. Till Backhaus: Nichts!)

Natürlich, wenn man sich die Äußerungen von Verantwortungsträgern zu den angesprochenen Problemen über einen langen Zeitraum vergegenwärtigt, dann hat es eine Entwicklung und einen Erkenntnisgewinn gegeben, aber wenn das nicht kurzfristig verändert wird oder überhaupt zu Handeln in Form von Eingriffen führt, dann bekommt nicht nur der Naturschutz, sondern auch die Politik als Ganzes ein riesiges Akzeptanzproblem.

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Unser Land, das ist meine feste Überzeugung, muss alle Möglichkeiten wahrnehmen, die geeignet sind, die notwendigen Änderungen herbeizuführen, wenn nötig auch im Alleingang, und darüber hinaus vehement bei Bund und EU den Finger in die Wunde legen.

Abschließend möchte ich allerdings Erwartungen dämpfen, dass die Bundesratsinitiative eine Lösung für alle bestehenden Probleme wäre. Sie ist allenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Und, wie gesagt, es ist immer gut, sich mit besonders Betroffenen zusammenzuschließen und mit einer Stimme zu sprechen in einem Bund, der sich in der Vergangenheit als dem Problem relativ wenig aufgeschlossen gezeigt hat. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Weiß.

(Tilo Gundlack, SPD: Herr Weiß sagt erst mal, wie viele Wölfe es gibt!
Glückwunsch zu dieser Krawatte! –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Der mit dem Wolf tanzt!)

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Nein, lieber Herr Kollege, das ist keine Krawatte, das ist mein Namensschild. Ich habe darauf auch schon mal hingewiesen, es ist ein

weißer Wolf. Selbst, wenn Sie „weiß“ dann nur mit einem „s“ schreiben, selbst dann wird es stimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sehr gut, Wolfgang!)

Gut, das braucht jetzt ein bisschen bei alten Männern,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, schon klar! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Vor allem um diese Uhrzeit!)

aber junge Kinder, die nach Gehör schreiben lernen, Herr Wildt, werden das auch nicht verstehen.

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Das ist ein anderes Thema, kommen wir zurück zum Wolf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte mich beinahe verwettet, ich habe gedacht, wir kriegen es erst in der nächsten Runde, aber dass es so schnell wieder kommt – man könnte sagen, vierteljährlich grüßt der Murrelf. (sic)

(Tilo Gundlack, SPD: Der Murrelf. (sic))

Okay, in den letzten Wochen, das stimmt natürlich, ist das Thema Wolf hochgekocht, ausgelöst durch erhebliche Risschäden in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie durch Diskussionen in der Agrarministerkonferenz, im Bundesrat, dem Bundestag. Herr Dr. Backhaus hat darüber berichtet.

Wieder brachten sich Naturschutz und Weidetierhaltung gegenseitig in Stellung und reflektorisch springt Herr Borschke an und spielt dabei sehr gekonnt mit irrationalen Ängsten. Das muss man erst mal nachmachen! Nun, das ist auch sein gutes Recht, es ist auch seine Pflicht, wenn es um gute Lösungen für echte Probleme geht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist Kunst.)

Aber unabhängig davon, wie oft wir uns in den letzten zwei Jahren mit diesem ersten Thema beschäftigt haben, weder an der Sachlage hat sich qualitativ – ich sage bewusst qualitativ, nicht quantitativ – etwas geändert, jedenfalls nichts Gravierendes, noch legt Herr Borschke neue Vorschläge auf den Tisch. Da war die „Ostsee-Zeitung“ vom Montag informativer, ehrlich. Der Minister sprach schon davon, Usedom gehört jetzt auch zum Wolfsgebiet dazu. Wir können jetzt vielleicht noch ein bisschen spekulieren, wann die anderen Inseln, Rügen –

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Auf keinen Fall.)

Herr Lenz sprach von einem Fall, der noch ungeklärt ist –, Poel, Hiddensee, wir können sie alle durchdeklinieren, dazugehören. Kommt ein kalter Winter, dann ist Eis, dann laufen die Tiere auch da rüber.

(Tilo Gundlack, SPD: Gibt es
auf Hiddensee einen Wolf? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Noch nicht!)

Warum nicht? Die Rehe laufen im Winter ja auch über das Eis.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Der liegt dann bei Kreibohm vor der
Tür und heult den Wetterbericht.)

Die Kinder werden dann möglicherweise einen ganz anderen Spaß haben.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Nein, ich mache darüber keine Witze. DIE LINKE sucht viel lieber praktikable Wege zum pragmatischen Umgang mit der sich gut, manche sagen, zu gut entwickelnden Wolfspopulation in Deutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundestagsfraktion gab zum Beispiel ein Gutachten beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages in Auftrag, um eine Bewertung der Vorschläge des Bauernbundes vornehmen zu lassen, sogenannte wolfsfreie Zonen in Deutschland zu ermöglichen. Ich will darüber jetzt nicht spekulieren, ob das irgendwie nach national befreiter Zone klingt, entspringt aber vielleicht der gleichen Logik. Vielleicht!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich erinnere nur mal daran, dass bis vor wenigen Jahren ganz Deutschland eine einzige wolfsfreie Zone war, da unsere Vorfahren dieses Raubtier aus ganz eigennützigen Gründen hierzulande ausgerottet hatten. Ich halte es da lieber mit den Forderungen meiner geschätzten Kollegin aus dem Bundestag, Frau Dr. Tackmann, die erst vorige Woche zum Thema sagte, ich zitiere: „Die Ausweisung einer wolfsfreien Zone auf Gemeindeebene“ – das war nämlich die Forderung vom Bauernbund – „widerspricht schon den Vorgaben der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und ist damit rechtlich nicht zulässig.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erlaube mir eine Zwischenbemerkung zu diesem Zitat: Der Wolf kennt und akzeptiert keine politisch-administrativen Grenzen, weder auf Bundesebene noch auf Landesebene, ja, nicht mal auf Gemeindeebene.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Es gibt
ein ganz dickes Gutachten dazu.)

Ich möchte mal wissen, wer von Ihnen, wenn Sie mal in sich gehen, wer von Ihnen denn die Grenzen seiner Gemeinde genau kennt, über welchen Acker sie geht, durch welches Waldstück. Wir kennen zwar unsere Orte, aber die Gemeindegrenze, die kennt kaum jemand.

(Zuruf aus dem Plenum: Die kennt man.)

Ja, natürlich, ich habe da nichts anderes erwartet.

Ich zitiere weiter: „Das entlarvt die Kampagne des Bauernbundes als das, was sie ist: reiner Populismus auf Kosten der Weidetierhaltung. Der Wolf dient lediglich als Sündenbock für eine völlig verfehlte Agrarpolitik, die die Weidetierhalter seit Jahren im Stich lässt.“ Wie gesagt, das ist die gesamt-nationale Sicht.

Verhaltensauffällige Wölfe hingegen können bereits jetzt entnommen werden. Ob sie abgeschossen werden oder vergiftet oder in der Falle gefangen werden, das ist dabei völlig egal. Diese Debatte ist eine Phantomdiskussion und Jagd auf Pappkameraden, die nur von der dringend

notwenigen Debatte ablenkt, dass endlich ein Rechtsanspruch auf Unterstützung bei Herdenschutzmaßnahmen gebraucht wird und natürlich auch eine angemessene Schadensregulierung.

Wir müssen zurückfinden zum Kern der Debatte, der existenziellen Not in der Weidetierhaltung – Zwischenbemerkung: und zwar mit und ohne Wolf. Das gilt auch für die bereits jetzt mehrfach angesprochenen Gefahren durch Attacken der Kolkkraben zum Beispiel. DIE LINKE fordert hier ganz klar bundeseinheitliche und vollumfänglich finanzierte Herdenschutzmaßnahmen. Zudem brauchen wir eine Agrarpolitik, die die Weidetierhaltung als gesellschaftlich wichtige Arbeit wertschätzt. Insofern recht herzlichen Dank, Herr Dr. Backhaus, für den Sachstandsbericht. Zu dieser Wertschätzung gehören die Einführung einer Weidetierprämie, das muss man dazu natürlich auch sagen, und die verstärkte Förderung von Biotopverbänden, denn diese Flächen, wie zum Beispiel Randstreifen an Äckern, Wäldern, Gewässern, sind wichtige Voraussetzungen für wandernde Schafe.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die Ausführungen des Ministers hier den Sachstand richtig beschrieben haben und im Unterschied zu anderslautenden Vermutungen lehnen wir den Antrag von Herrn Borschke ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist wie immer, wenn es um den Wolf in diesem Hause geht, da werde ich den Eindruck nicht los, dass es hier einfach nur um ein Wetttrüben von polemischen Aussagen noch und nöcher geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Da kommt natürlich diese Bundesratsinitiative als Bezugspunkt ganz gelegen, denn dann braucht man als Fraktion ja gar nicht mehr das eigene Gehirnschmalz in Bewegung zu bringen, um seine irrationalen Auffassungen beim Artenschutz mit Scheinheiligkeit zu untermauern,

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

es sind schlussendlich immer wieder die gleichen Sätze. Da gibt es zum einen die artenschutzpolitische Sprecherin der CDU, die ich für meinen Teil als artenschutzpolitische Sprecherin bezeichnen sollte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Egbert Liskow, CDU: Und was sind Sie?)

Dann gibt es aus der gleichen Fraktion die Forderung,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Freie Wähler/BMV)

dann gibt es aus der gleichen Fraktion die Forderung, den Wolf nur in bestimmten Gebieten und dann am besten geschützt durch einen Zaun in Deutschland zu dulden.

(Tilo Gundlack, SPD:
Gleich wirds noch mal lustig!)

Ich muss Ihnen wohl nicht sagen, jemanden zum Schutz seiner selbst einzuzäunen, meine Damen und Herren, das ist in der Geschichte schon einmal schiefgegangen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Tilo Gundlack, SPD: Stimmt! –
Thomas Krüger, SPD:
Richtig, Frau Aßmann!)

Die einzige ernst zu nehmende Gefahr für den Wolf ist und bleibt der Mensch.

(Horst Förster, AfD: Das ist Polemik!)

Wenn wir jetzt eine Mauer oder einen Zaun bauen, dann würden wir das tun, um wen zu schützen?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie reiht sich ein.)

Den Wolf? Uns? Uns beide?

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

So ein Zweibeinerschutzwall mit Selbstschussanlage oder vielleicht auch eher Selbstschutzfunktion, das, meine Damen und Herren, ist doch wirklich völliger Unsinn. Warum sage ich das? Weil genau so eine wolfsfreie Zone irgendeine der Forderungen dieser Bundesratsinitiative ist, und diese Bundesratsinitiative ist ja im Grunde genommen fast die einzige Grundlage dieses Antrages. Wie aber soll denn eine wolfsfreie Zone erreicht werden, wenn nicht durch einen Zaun um den Grauen? Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur sinnbefreit, sondern auch völlig vermessen.

Ich nehme natürlich wohlwollend zur Kenntnis, dass seit letztem Herbst, wo wir mit einem Antrag der SPD und CDU auf den praxistauglichen Umgang mit dem Wolf gedrängt haben, einiges geschehen ist. Das hat der Minister ja auch dargestellt. Mittlerweile gibt es eine grenzüberschreitende Arbeitsgruppe zwischen Deutschland und Polen, die sich auf ein gemeinsames Management des baltisch-ostpolnischen und des zentraleuropäischen Tieflandwolfsbestandes verständigt hat. Das lässt mich hoffen, dass es in Zukunft nicht mehr so sein wird, dass man beide Populationen immer nur getrennt voneinander behandelt, sondern dass man sie auch gemeinsam angeht. Das entspricht dann auch unserem Punkt 1 aus dem Antrag vom Herbst.

Ein großer Erfolg für die Weidetierhalter ist natürlich auch, dass zukünftig die Kosten für die Prävention, für den Herdenschutz zu 100 Prozent übernommen werden. Das ist derzeit nicht der Fall und das werden wir in Zukunft leisten können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist ein wahnsinniger Erfolg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und natürlich, das will ich gar nicht verschweigen, ist es so, dass Vergrämungsmaßnahmen weiterentwickelt werden müssen. Das ist doch allen klar und mir natürlich auch.

Nun frage ich mich mit Bezug auf die Kosten für den Herdenschutz, was denn genau, wenn man wieder in den Originaltext der Bundesratsinitiative guckt, dieser unverhältnismäßig hohe Aufwand sein soll, der die Tierhaltung im Freien aufgrund der Anwesenheit des Wolfes nun verhindert? Darüber geben weder der Bundesratsantrag noch Sie, Herr Borschke, tatsächlich Aufschluss.

Eins muss man wissen: Es wird niemals einen 100-prozentigen Schutz geben vor Wolfsübergriffen. Das kann man nicht erwarten, das darf man nicht erwarten, aber man muss immer bestrebt sein, das Risiko von Übergriffen so gering wie möglich zu halten. Das ist ehrlicher Umgang mit der Thematik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Tilo Gundlack, SPD: Die meisten Wölfe gibt es in Brandenburg und Sachsen.)

Es ist natürlich nicht alles schlecht, was Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen da fordern. Vielleicht haben Sie es auch deswegen abgekupfert, weil nicht alles schlecht ist, was da drinsteht, man weiß es nicht. Es ist natürlich so, dass es an der Zeit ist, jetzt wirklich noch mal ernsthaft darüber nachzudenken, was für uns der günstige Erhaltungszustand in Deutschland ist, die Zahlen auf einen aktuellen Stand zu bringen und dabei auch die Zusammenfassung beider Populationen in den Fokus zu nehmen. Dazu aber eine reine Schätzung – eine reine Schätzung, und das steht in dem Antrag zum Bundesrat –, eine reine Schätzung der Bestände heranzuziehen, das halte ich für völligen Irrsinn, weil gerade bei so einem sensiblen Thema brauchen wir verlässliche Zahlen, da können wir doch nicht irgendwen schätzen lassen, was wir da für einen Bestand haben. Was ist das für ein Irrsinn, Herr Borschke, den Sie da unterstützen?!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD, und Jürgen Strohschein, AfD)

Und im Übrigen, die Forderung nach einer Weidetierprämie,

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

und da springt zumindest ja hier im Land unser Koalitionspartner uns bei, ist das, was wir insbesondere für die Berufsschäfer schon seit Längerem fordern. Aber ich brauche auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zu erzählen, wer da auf Bundesebene in der Koalition tatsächlich blockiert.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, aber ich weiß es nicht!)

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich bedauere ich zutiefst,

(Jochen Schulte, SPD: Ach so?!)

dass kürzlich selbst ein Betrieb, der wirklich vorbildlich mit dem Herdenschutz umgeht, von einem Wolfsangriff betroffen war, und dennoch ist es einer von wenigen Vorfällen, wenn man bedenkt, wie viele Schaf- und Ziegenbestände wir tatsächlich in Mecklenburg-Vorpommern haben. Anstatt immer wieder den Abschuss, das Einzäunen oder gar die Ausrottung zu fordern, sollten Sie, liebe Antragsteller, lieber einmal darauf hinwirken, dass die

bereits jetzt schon möglichen Maßnahmen wirklich ausgeschöpft werden. Unser Minister, da kann ich Sie beruhigen, arbeitet da mit uns gemeinsam in die richtige Richtung.

Die Richtung für uns ist auch völlig klar: Wir wollen den Menschen, wir wollen den Wolf und wir wollen die Weidetiere.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vorschriften, wer in diesem Dreisatz von Mensch, Wolf und Weidetier nun in welcher Zone sein darf und wer nicht, helfen uns da genauso wenig weiter, wie die Todeszone damals dem DDR-Regime geholfen hat, diesen „Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger“ aufrechtzuerhalten.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Ganz im Gegenteil, gegenseitige Unterstützung beim Herdenschutz, die finanzielle Entlastung der Tierhalter, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sind bereits jetzt möglich und machbar. Und dass bei diesem komplexen Thema bis jetzt noch niemand den Stein der Weisen gefunden hat, ist auch klar. Aber wir befinden uns eben in einem Prozess,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ein unglaublicher Vortrag! Das ist das Allerletzte!)

und wenn man in einem Prozess erfolgreich sein will, muss man immer wieder nachsteuern und optimieren, und das, meine Damen und Herren, wollen wir, und das brauchen wir. Der Wolf hat wie jedes andere Lebewesen auch das natürliche Recht, diesen Planeten zu bewohnen. Wer sind sie mit Blick auf die Weltgestaltung, wer sind sie, diese Menschen, die sich das Recht herausnehmen, sich einzubilden, ihn einzusperren, ohne triftigen Grund zu schießen oder ihn auszurotten?

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Kollegin Aßmann, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann war Ihre Bezeichnung für die Kollegin Schlupp zumindest grenzwertig. Ich werde mir das Protokoll noch mal angucken und gegebenenfalls auch Ordnungsmaßnahmen nachträglich ergreifen.

Jetzt hat noch einmal für die Fraktion Freie Wähler/BMV das Wort der Abgeordnete Borschke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Müsste ja eigentlich nur BMV heißen, er hat ja mit den Freien Wählern nichts zu tun.)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium!

Das, Frau Aßmann, was Sie hier abgeliefert haben,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

das, ich darf Sie mal zitieren, „ist Schwachsinn“.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege Borschke, auch wenn Sie das zitieren, bitte ich Sie, auf solche unparlamentarischen Begriffe zu verzichten. Wir haben darüber jetzt schon mehrfach gesprochen.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Na gut, dann lasse ich „Rumpelstilzchen“ stecken.

(Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister! Wölfe sind vom Aussterben bedroht. Also wenn ich richtig informiert bin, gibt es, ich kann mich auch täuschen, aber ich glaube, es gibt allein in Europa über 100.000 Wölfe.

(Tilo Gundlack, SPD: Wie viele
gibt es denn in Deutschland?)

Sie wissen schon, wie man solche Nachrichten nennt, die Sie hier vorgebracht haben?!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na?!)

Auf unseren Antrag sind Sie so gut wie gar nicht eingegangen.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ach, das haben Sie nur gestreift, mehr war das nicht.

Ich verahre mich dagegen, dass Sie uns hier unterstellen, wir würden Stimmung machen und Ängste schüren.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Wir nehmen unser Mandat ernst, Herr Minister, wir nehmen unser Mandat ernst.

(Thomas Krüger, SPD: Wir auch!)

Und wir nehmen die Sorgen unserer Bürger ernst.

(Thomas Krüger, SPD: Wir auch! –
Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ja.

Es ist wie immer das Gleiche: Wir haben dies und jenes, nüscht ist, es passiert gar nichts. Unsere Weidetierhaltung, die freie Weidetierhaltung ist inzwischen gefährdet. Wo-rüber diskutieren wir eigentlich? Die Mehrheit ist unserer Meinung, es muss was geschehen. Nochmals: Niemand will den Wolf ausrotten, darum geht es überhaupt nicht.

(Tilo Gundlack, SPD: Sie wollen
den Wolf doch abschießen,
das haben Sie selber gesagt!)

Aber es muss Sicherheit für Leib und Leben

(Tilo Gundlack, SPD:
Sie wollen den Wolf abschießen!)

und für die Weidetierhaltung

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

gewährleistet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und Freie Wähler/BMV –
Dr. Till Backhaus, SPD: Niemand
hat vor, eine Mauer zu bauen!)

Ja, das waren auch alles Linke, das waren auch alles Linke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und Freie Wähler/BMV)

Haben Sie gut gemacht, stimme ich Ihnen vollkommen zu.

Meine Damen und Herren, inzwischen werden die Wölfe sogar am Stadtrand von Dresden gesichert,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Oh!)

gesehen und in den Vororten haben sie sogar schon Wild gerissen. Erklären Sie mir mal bitte, warum der Wolf sein Verhalten gegenüber von vor 100 Jahren heute geändert haben soll! Ist der etwa der Genfer Konvention beigetreten?

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD, Freie Wähler/BMV
und Holger Arppe, fraktionslos –
Tilo Gundlack, SPD: Ja, alles klar!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2817. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen? – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2817 bei Zustimmung der Fraktionen Freie Wähler/BMV und AfD und des fraktionslosen Abgeordneten sowie Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und von Herrn Professor Weber abgelehnt.

(Jürgen Strohschein, AfD: Stimmt nicht,
von der CDU haben einige gar nicht die
Hand gehoben! – allgemeine Unruhe –
Minister Dr. Till Backhaus: Von der CDU
ist ja auch fast gar keiner mehr da! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja auch nicht schwer,
sind bloß noch vier da!)

Ja, das hat gar nichts zu besagen, das hat gar nichts zu besagen. Ich brauche die Abstimmung nicht zu wiederholen, ich habe deutlich gesehen, wie abgestimmt wurde.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

Wer sich nicht an der Abstimmung beteiligt, das ist jedes Abgeordneten Recht. Entscheidend ist, die Hand muss gehoben werden,

(Jürgen Strohschein, AfD:
Haben sie aber nicht!)

wenn man abstimmen will, Herr Strohschein.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist nun mal so in der Demokratie. Das muss man erst mal lernen!)

Die Abstimmung ist beendet, der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Endlich machen – Landesgebäude mit öffentlichem WLAN ausstatten, auf Drucksache 7/2809.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Endlich machen – Landesgebäude
mit öffentlichem WLAN ausstatten
– Drucksache 7/2809 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder des Landtages! Kennen Sie den noch, „Schatz, lege auf, ich will ins Internet!“, und danach dieses herzerreißende Geräusch eines 56K-Modems? Manche Dinge sind Gott sei Dank vorbei, das ist heute nicht mehr nötig. Stattdessen wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen, so formulierte es Frau Vizepräsidentin Schlupp gestern. Genau, wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, in Ihrem Koalitionsvertrag steht auf Seite 16, Punkt 64, ich zitiere: „Die Landesregierung wird ihre Gebäude sukzessive mit öffentlich zugänglichem WLAN ausstatten.“ Zitatende. Das ist ein gutes Ziel, das ist ein sehr modernes Vorhaben. Gemeint ist ein frei zugängliches Netz, beispielsweise in Wartebereichen von Behörden. Es geht um Immobilien, die vom Land genutzt werden, die also dem Land gehören, und perspektivisch geht es natürlich auch um Gebäude, die vom Land genutzt beziehungsweise gemietet werden.

Ich habe mich gefragt, wie weit Sie bei der Umsetzung dieses Ziels sind. Schließlich ist zu lesen, Sie staten Ihre Liegenschaften sukzessive mit WLAN aus, also schrittweise, peu à peu und in Etappen. Ende 2016 haben Sie als Koalition Ihre Arbeit aufgenommen, das Jahr 2018 ist fast vorbei. Ich habe also eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, das Ergebnis war zugegebenermaßen enttäuschend. Das Land nutzt zur Unterbringung von Landesbehörden 246 Liegenschaften, die angemietet sind. Hinzu kommen 228 Liegenschaften, die sich im Eigentum des Landes befinden. Aktuell verfügt keine dieser Liegenschaften über öffentlich zugängliches WLAN. Keine!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden uns nachher sicher erklären, welche Probleme es gibt, aber trotzdem müssen wir uns in die Augen schauen und ehrlicherweise feststellen: Kein einziger frei zugänglicher WLAN-Spot, das ist ein digitales Armutszeugnis.

Natürlich ergibt es keinen Sinn, in jedem Gebäude einen freien Internetzugang anzubieten, denn es gibt Liegenschaften, die kaum oder gar keinen Publikumsverkehr aufweisen. Selbstverständlich muss der WLAN-Ausbau bedarfsorientiert erfolgen und technische Hürden müssen

beseitigt werden. Aber wo sind Ihre Vorschläge zur Umsetzung? Wissen Sie, in welchen Liegenschaften Bedarf besteht und in welchen nicht? Welche konkreten Erkenntnisse haben Sie? Gibt es einen Plan zur Umsetzung und, falls ja, warum existieren immer noch keine freien Zugänge?

Ich gehe davon aus, Ihnen nicht erklären zu müssen, warum frei zugängliche WLAN-Spots wichtig sind. Da das Vorhaben in Ihrem Koalitionsvertrag steht, sind Sie sich der Bedeutung offenbar bewusst.

Wir beantragen heute, dass Sie dazu beitragen, in den vom Land genutzten Liegenschaften eine Verantwortliche oder einen Verantwortlichen für das Thema „Freies WLAN“ zu installieren. Dies wäre jeweils vor Ort der erste Schritt, denn ohne Verantwortliche passiert oft gar nichts, wenn alle darauf warten, dass dieser ominöse Jemand, dass einer mal irgendetwas für WLAN tut.

Ein zweiter wesentlicher Punkt ist die Kooperation mit Freifunkinitiativen. In M-V haben wir mehrere lokale Freifunkgruppen. Sie verfolgen keine kommerziellen Interessen, sondern fördern mit ihrem Ehrenamt die Demokratisierung der Kommunikation und entsprechender Medien. Sie können notwendiges Wissen vermitteln und dabei helfen, freie Kommunikationsnetze aufzubauen. Freifunkfrauen und Freifunker stehen dafür, die digitale Spaltung zu überwinden, indem ein sozial gerechter Zugang zum „www“ und all seinen Informationen und Angeboten ermöglicht wird. Oft arbeiten sie inzwischen mit Kommunen und Ländern zusammen, das können wir in Mecklenburg-Vorpommern auch.

2012 förderte die Medienanstalt Berlin-Brandenburg den Aufbau der Netztechnik der Berliner Freifunk-Community mit 30.000 Euro. Die finanzielle Unterstützung floss in Funknetzstandorte auf öffentlichen Gebäuden wie Rathäusern, Kirchen und natürlich auch auf Privathäusern.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen beschloss 2015 die Unterstützung des Freifunks. Er schuf Stellplätze für Funkanlagen auf Liegenschaften des Landes.

Neben Bayern baut auch Schleswig-Holstein ein landesweites und kostenloses WLAN-Netz auf. Mit lokalen Netzwerken an mehr als 2.000 Standorten wird Netzzugang geschaffen. Das Ziel ist, alle öffentlichen Gebäude der Landesverwaltung mit WLAN-Zugangspunkten auszustatten. Das Land Schleswig-Holstein investierte rund 3,5 Millionen Euro, kooperiert aber auch mit den „Kieler Nachrichten“ und den Sparkassen des Landes. Das Netz „Der echte Norden“ wird über die Zugänge der Landesgebäude ausgestrahlt, bestehende Initiativen werden eingebunden. Und ja, dabei gibt es auch Hürden, aber über Hürden kann man reden.

Im Juni 2017 verabschiedete der Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Telemediengesetzes, nach dem Dienstanbieter künftig nicht mehr für rechtswidrige Handlungen ihrer Nutzer haften. Darunter fallen auch WLAN-Betreiber, die anderen Nutzern einen Internetzugang über ein drahtloses Netzwerk zur Verfügung stellen. Worauf warten Sie also noch? Nicht bummeln, werte Kolleginnen und Kollegen, sondern surfen, und zwar schnell! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat sind wir bei dem Ziel nicht so weit, wie wir wollen. Das wurde vollkommen richtig festgestellt. Ich habe allerdings ein bisschen Bedenken, ob wir dem WLAN in öffentlichen Gebäuden, wenn ich dem Antrag in seiner Begründung folge, einen Hauch zu viel Wirkung beimessen. Wenn Sie davon sprechen, dass es insbesondere für Touristinnen und Touristen schwierig sei, überschätzen Sie, glaube ich, die Wirkungsweisen und die Intensitäten, mit dem Gäste in unserem Bundesland gerade die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen besuchen. Die Idee war in der Tat, vor allen Dingen in Wartebereichen unserer Behörden ein Stück weit mit WLAN Wartezeiten zu überbrücken. Das ist jetzt, glaube ich, seltener touristischer Besuchsort.

Ich gestehe für mich selbst ganz privat ein, als alter gelernter Anwalt, wenn ich in Städten bin, wo ich mit den lüften Mädels aufs Klo muss, suche ich regelmäßig Gerichte auf, die gibt es in den größeren Städten, und da sind immer Toiletten drin. Aber das ist jetzt kein typischer Standard. Deswegen, glaube ich, ist mit der Behauptung, der Tourismus würde besonders eingeschränkt werden, weil wir es noch nicht geschafft haben, wie ich finde, an der Stelle der Antragstext ein bisschen fett.

In der Sache haben wir in der Tat mehrere große Herausforderungen. Ich halte es für nicht zielführend, Ihren Vorschlag aufzugreifen, in jeder Behörde einen Verantwortlichen zu haben. Das können Sie bei Dingen gut machen, wo Sie vor Ort jemanden brauchen, der in der Ersten Hilfe ausgebildet ist oder der Brandschutzbeauftragter ist. Bei den Fragen des WLAN sind Sie in relativ komplexen Sicherheitsfragen und genau die halten uns auch immer noch auf. Ich glaube, dass am Ende ein in den Behörden verfügbares WLAN von der Finanzierung her in einem Verhältnis zu dem stehen muss, was wir an Nutzerzahlen damit erreichen. Wir erschließen unseren Behörden nicht größere Landesberitte in der Fläche, sondern wir werden nur einzelne Behördengebäude erschließen, so ist die Idee.

Das, was die Kolleginnen und Kollegen als allererste Finanzierungsvorschläge aufgemacht haben, war in Größenordnungen, die mich haben schwer atmen lassen. Dann gestehe ich offen ein, wir sind momentan auf einem Weg, wo wir Digitalisierung an vielen Stellen versuchen voranzutreiben. Das Geld dafür ist begrenzt verfügbar und wenn ich begrenztes Geld habe und zum Beispiel von Schleswig-Holstein höre, dass die im ersten Jahr, als sie anfangen, die ersten Ministerien auszustatten, 1 Million Euro eingesetzt haben – 1 Million Euro, da schreibe ich immer noch 6 Nullen hinter die Eins –, im zweiten Jahr, als sie die gesamten Ministerien versorgt hatten, brauchten sie im Haushalt bereits zweieinhalb Millionen Euro, dann atme ich schwer und bin mir nicht sicher, ob wir die Zahl der Besucherinnen und Besucher, die ich im Ministerium typischerweise erreiche – und da können wir gern die eigenen Beschäftigtenzahlen, die

das private Handy darüber auch laufen lassen können, mit dranhängen –, noch in einer Proportion habe, wo ich das Gefühl habe, Aufwand und Nutzen sind sinnig.

Ich suche deshalb mit den Kolleginnen und Kollegen nach einem Weg, wo ich das Gefühl habe, der eingesetzte Finanzrahmen passt zu dem, was wir an Nutzen hinten rausziehen. Da bin ich im Übrigen gerade bei den von Ihnen zitierten WLAN-Initiativen, die das quasi im privaten Bereich machen. Wenn Sie auf deren Einsatzkosten gucken, sind die ein Bruchteil von 1 Million. Ich meine ernsthafte Bruchteile. Das geht dann aber eben auch nur deshalb, weil dort Menschen sagen, ich gründe einen Verein oder schließe mich ohne formale Vereinsgründung zusammen, nehme meine eigenen WLAN-Router, öffne diese, habe Ehrenamtler dahinter, die einen Server betreiben, habe Ehrenamtler dahinter, die den technischen Service übernehmen. Das ist eine völlig andere Struktur. Deshalb ist es auch an der Stelle, glaube ich, nur begrenzt passend zu dem, was wir in öffentlichen Behörden brauchen. Dann bin ich aber bei einem Bruchteil der Kosten. Genau deshalb kann ich mir schwer vorstellen, dass wir einen Millionenbetrag reinton – in der Tat sind fast 500 Gebäude des Landes mit WLAN innerhalb des Gebäudes auszustatten –, um parallel zu wissen, dass mit wenigen 100.000 Euro momentan Beteiligte richtig Flächen erschließen, indem sie in ehrenamtlichen Initiativen unterwegs sind.

Als wir diskutiert haben mit den Kolleginnen und Kollegen – das tun wir immer mal wieder an der Stelle –, war immer die Frage, wie kriegen wir erstens etwas hin, was halbwegs bezahlbar ist, zweitens, was dann in einem regulären Verhältnis professionell betreut wird. Ich bin eben nicht bei dem Einzelverantwortlichen vor Ort, wo irgendwer, der sich ein bisschen begeistert für EDV – das wäre ja die Voraussetzung –, sagt, an meinem Standort bin ich jetzt derjenige, der hin und wieder mal den Router pflegt, sondern wir befinden uns dann regelmäßig in Netzen von Behörden, die hohen Datenschutz- und Sicherheitsstandards entsprechen müssen.

Und das ist die zweite große Herausforderung. Ich muss überlegen, an welches Netz gehe ich eigentlich ran, und an welche – mal ganz profan – Datensteckdose gehe ich ran, um das Ganze rauszuleiten. Genau an der Stelle sind die Kolleginnen und Kollegen bisher bei relativ teuren Vorhaben, weil sie hohe Sicherheitsstandards geltend machen, zumindest immer dann, wenn ich in das Behördennetz reingehe. Das gilt im Übrigen im Zweifel auch für die kommunalen Netze.

Ich habe deshalb heute für Sie noch keinen Vorschlag, sondern wir diskutieren mit den Kollegen weiter, wie es geht, etwas zu machen, was dem enorm hohen Sicherheitsstandard entspricht, was parallel trotzdem bezahlbar vom Umfang ist und was vor allen Dingen bei der ständigen Unterhaltung und Pflege finanzierbar bleibt, ohne dass wir Millionenbeträge im Haushalt aufrufen. Das kann ich mir zurzeit nicht vorstellen.

Wenn Sie sagen, Sie sind überrascht, dass noch nichts eingerichtet ist, rege ich aber auch an, dass wir uns gemeinsam in den Haushalt hineinbewegen. Im Haushaltsplan gibt es keine Mittel für WLAN in öffentlichen Gebäuden, weil wir beim letzten Haushaltsaufstellungsprozess davon ausgingen, dass wir noch ein bisschen Zeit brauchen werden, um überhaupt ein Konzept zu finden, mit dem wir dann in der Tat sukzessive in den Gebäuden

das einführen. Ich wäre weiterhin dafür, es zentral in einer EDV-zuständigen Stelle dieses Landes zu halten, wie wir es zurzeit machen bei uns im Hause, und nicht Einzelnen aufzubürden. Deswegen bin ich bei der Stelle, Verantwortliche zu benennen, nicht bei Ihnen.

Zweitens. Ihr Hinweis zu sagen, setzt euch doch mal mit den WLAN-Initiativen zusammen – das haben wir aus anderen Gründen getan, das kann Philipp da Cunha gleich viel besser vorstellen. Ich glaube auch, dass der Dialog Sinn macht. Aber wenn Sie mit denen zusammensitzen, werden Sie feststellen, dass das jetzt auch keine Hunderterkohorten sind, wo wir sagen können, damit kriegen wir auch die öffentlich-rechtlichen Gebäude, wenn man mit denen irgendwie einen freundlichen „Deal“ hinbekäme, sondern es ist eine Zahl von Personen, die wir mit unseren vier Händen zumindest ganz gut greifen könnten, wenn wir abzählen wollen, und die in ihren Flächen schon erheblich zu tun haben. Das führt im Übrigen auch dazu, dass die freien WLAN-Initiativen eben nicht flächendeckend in M-V vorhanden sind, sondern in einzelnen Orten, und es gibt aus dem Strategiefonds Mittel, um genau denen zu helfen.

Deshalb haben wir mit denen auch gesessen zu der Frage, wie organisierst du eigentlich so einen Pott, was ist die sinnvolle Hilfe, die sie von uns brauchen, ohne dass dann am Ende mit dem Geld, was teilweise aus dem Strategiefonds zur Verfügung steht, nur ein Kirchturm ausgestattet wird, sondern wenn es kommt, soll das eine große Breitenwirkung entfalten. Genau die Diskussion haben wir aufgenommen und die Antworten sind sehr viel schwerer, als ich mir das im Übrigen vorher erhofft hatte. Ich habe gelernt, dass die Technik, die wir einsetzen, „spottgünstig“ ist. Da hatte ich Befürchtungen, dass das deutlich schwerere Preise aufruft. Ich habe aber auch gelernt, dass das Pflegen, das Unterhalten, das Betreuen und das System, mit dem ich das betreibe, durchaus sehr unterschiedlich gehandhabt wird und mir das von daher auch keine Lösung zu sein scheint, um zusätzlich die öffentlich-rechtlichen Gebäude des Landes aufzuoktroieren. Ich glaube, das muss das Land ein Stück weit selbst schaffen.

Das, was sie in der Gesprächsrunde in der Tat an uns herangetragen haben, war die Frage, ob wir nicht im Einzelfall auch öffentlich-rechtliche Gebäude des Landes zur Verfügung stellen können, und zwar nicht, um im Gebäude WLAN anzubieten, sondern unser freies WLAN-Netz rausstrahlen zu lassen an den Stellen, wo wir bei den Gebäuden glauben, dass wir einen guten Standort haben, der relativ weit ausstrahlen könnte. Ich will das mit dem BBL gern diskutieren, das hatte ich in der Runde auch versprochen.

Sie haben dann immer zwei Voraussetzungen. Sie brauchen für die WLAN-Initiativen einen relativ freien Zugang. Den kriege ich in öffentlich-rechtlichen Gebäuden, erst recht, wenn ich bei Polizeibehörden bin, bei Gerichten und so weiter, nur so bemessen hin. Sie brauchen immer Stromanschlüsse und eine Datendose in der Nähe, wo die rankommen. Das ist auf unseren Dachböden häufig nicht ganz so einfach, vor allen Dingen der freie Zugang. Also das sind Ehrenamtler, die machen es am Wochenende abends. Das sind genau die Zeiten, wo typischerweise unsere Behörden – die Polizei ist jetzt raus, die haben Schichtdienste – gleichwohl in den Zeiten nicht mehr im regulären Betrieb sind, sondern im Zweifel auch einen eingegrenzten Betrieb haben.

Trotzdem haben Philipp da Cunha und ich versprochen, wir werden uns der Frage gern stellen. Das hat aber nichts mit der – noch mal – sukzessiven Einführung von WLAN in unseren Behörden zu tun, sondern mit der Frage, ob Behördengebäude dazu beitragen können, die Netzwerke der freien WLAN-Initiativen zu unterstützen, da, wo es ihnen hilft und wo dann aber die Voraussetzungen erfüllt sind, sodass sie sagen, wir haben eine Zugangsmöglichkeit, die unsere rein ehrenamtliche Arbeit an der Stelle möglich macht. Das können wir gern losgelöst davon lostreten. Philipp da Cunha sagt mit Sicherheit gern etwas dazu, was wir drum herum zu den Strategiefondsmitteln beraten haben. Ich lade herzlich dazu ein, dass wir gern mal in der kleinen Truppe mit denen weiter ins Gespräch kommen.

Bisher haben wir noch keine geniale Möglichkeit gefunden, wie eigentlich so eine Förderrichtlinie, die allen gleichermaßen hilft, aussehen müsste und wie man eine organisatorische Struktur draufsetzt, mit der es nach Möglichkeit gelingt, ein paar mehr im Lande zu begeistern, genau solche freien WLAN-Initiativen zu gründen, zumal die, die bei uns zu Gast waren, eben auch – Philipp, ich versuche einmal, dir in die Augen zu schauen –

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh, schau mir in die Augen, Kleines!)

zwei sehr diametral unterschiedliche Modelle gefahren haben. Das war, glaube ich, so ein bisschen das, was man gut so sagen kann. Es gibt sozusagen kein Standardkonzept, wo du sagst, wir helfen jetzt, das auf eine landesweite Initiative hochzuziehen, oder wir übernehmen das für ein Landes-WLAN in den Behörden, sondern die verfahren nach sehr unterschiedlichen Konzepten, die auch nicht so ganz einfach miteinander in Einklang zu bringen sind. Also die Überlegung, die freien WLAN-Initiativen als Anknüpfungspunkt zu nehmen, haben wir verfolgt, ganz so einfach ist die auch nicht.

Ich kann Ihnen von daher heute nicht sagen, in vier Wochen haben wir das alles gelöst, sondern wir werden mit unseren Technikern versuchen, weiterhin in den Behörden etwas hinzukriegen. Losgelöst davon werden wir versuchen, den freien WLAN-Initiativen zu helfen. Da, wo es öffentliche Gebäude werden, will ich auch gern regelmäßig mit dem BBL Kontakt aufnehmen, wo es geht. Ich bin eben nur nicht sicher, ob deren Anforderungen – freier Zugang, Stromdose, Datendose – so leicht von uns überall machbar sind. Vielleicht werden wir dann in den Haushaltsberatungen miteinander noch mal gucken müssen, ob man dafür nicht einen gesonderten Pott einrichtet, der dem BBL die Möglichkeit gibt, relativ pragmatisch Strom- und Datendose hochzulegen. Beim freien Zugang allerdings habe ich bei vielen Behördengebäuden doch Bedenken, ob das so leicht geht.

Ich bin mit meinen Hausaufgaben also nicht so weit, wie ich gern wäre. Ich finde Ihren Hinweis richtig zu sagen, es wäre schön, wenn wir weiter wären. Ich glaube aber auch nicht, dass daran nun, wie Sie es formulieren, das Modernitätsgefühl dieses Landes für Touristen lebt. Ich glaube, dass wir das Modernitätsgefühl, dass Digitalisierung hier vorangeht, an vielen anderen Stellen befördern. Und wenn Sie in die Szene reinhören, die vor allen Dingen digitale Geschäftsmodelle verfolgt, wenn Sie sich die letzte Studie angucken, die Auswärtige völlig losgelöst von uns in Auftrag gegeben und umgesetzt haben, sind wir auch dort in der Gründung, in dem Entrepreneurship

von digitalen Start-ups, ein Stück weit, nicht im Mittelfeld, aber ein Stück weit nach oben gerutscht. Es scheint also so, dass Arbeit an der Stelle Stück für Stück sich abbildet. Zumindest werden wir an der Stelle außen wahrgenommen. Das scheint mir nicht allein an Behörden-WLAN zu liegen, auch wenn ich gern ein bisschen Asche auf mein Haupt streue. Ich wäre gern weiter, aber ich habe noch keine richtig gute technische und finanzielle Lösung.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Asche auf mein Haupt zu streuen, das sieht man dann wenigstens, da haben Sie recht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche eine erfolgreiche Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! „Endlich machen“ – eine vielversprechende Aufforderung schon im Titel des Antrages der Linksfraktion.

Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar für Ihre Ausführungen. Im Grunde könnte ich mich jetzt setzen und sagen, ich schließe mich Ihren Worten an, dennoch möchte ich auch noch einige eigene Anmerkungen dazu machen.

Ich frage mich, was die Forderung der Linksfraktion an die Landesregierung, Verantwortliche zu benennen, einen runden Tisch einzuberufen, mit „Endlich machen“ zu tun haben soll. Das klingt eher nach dem Motto: „Wenn ich mal nicht weiterweiß, bilde ich einen Arbeitskreis.“ Herr Pegel hat es auch schon ausgeführt, die Verwaltung wäre damit völlig überlastet, in jedem Dienstgebäude einen Verantwortlichen dafür einzusetzen. Die Prioritäten der Landesregierung sind andere. Auch nach meiner Auffassung bedarf es keines runden Tisches, sondern eher zum Beispiel einer Expertenanhörung oder Gesprächskreisen in kleineren Runden.

Es ist natürlich lobenswert, es zeigt, indem Sie diesen Antrag hier erneut auf die Tagesordnung setzen, wie wichtig Ihnen das Thema ist. Wir haben schon im März 2017 darüber in diesem Hohen Hause verhandelt, da war das WLAN in öffentlichen Gebäuden allenfalls ein Unterpunkt. Natürlich haben Sie recht, das hat auch Herr Pegel eingestanden, dass Mecklenburg-Vorpommern sicherlich Nachholbedarf hat in Sachen Digitalisierung und WLAN. Dennoch bin ich der Auffassung, ist meine Fraktion der Auffassung, das ist der falsche Ansatz, Steuergelder für die Ausstattung der öffentlichen Gebäude einzusetzen, denn das wird das Problem nicht dauerhaft lösen können. Herr Pegel hat es an mehreren Beispielen untermalt. Wir haben viele Initiativen, Freifunkinitiativen, wir haben viele Einkaufspassagen, die WLAN anbieten, wir haben Restaurantbetreiber, wir haben Ladenbesitzer, die freies WLAN anbieten. Schon allein dieses ständige Hin-und-Her-Switchen zwischen den ganzen WLAN-Hotspots macht die Sache bisher nicht unbedingt einfacher.

Auch sei an dieser Stelle erinnert, dass die Wahlperiode 2021 beendet ist. Sie haben selbst erklärt, was der Begriff „sukzessive“ bedeutet, auf den Koalitionsvertrag abgestellt, und möglicherweise kommt man im Rahmen der Gespräche, die es in der Vergangenheit gegeben hat, auch zu dem Schluss, dieser Punkt im Koalitionsvertrag ist für uns so nicht einzuhalten, weil er einfach nicht durchführbar ist. Dann ist es auch nicht unredlich, zu dem Schluss zu kommen, wir können jetzt nicht alle Punkte dieses Koalitionsvertrages erfüllen, weil wir die Prioritäten woanders sehen. Letzten Endes muss man auch der Landesregierung die Chance geben, die Prioritäten, die sie sich gesetzt hat, umzusetzen, und dann mit vielleicht weniger prioritären Angeboten, die im Koalitionsvertrag niedergeschrieben sind, mit der Umsetzung zu beginnen.

Hinzu kommt, dass im Maßnahmenplan der Digitalen Agenda der Landesregierung 40.000 Euro für öffentliche WLAN-Hotspots und weitere 500.000 Euro für die Hotspots- und WLAN-Angebote in Tourismusregionen eingestellt sind. Man sollte davon doch ausgehen können, dass es auf den Weg gebracht wird und nach und nach mit einer Zielerfüllung zu rechnen ist. Und so, wie Herr Pegel schon angeführt hat, bin ich auch felsenfest davon überzeugt, dass kein einziger Tourist sich seinen Urlaubsort danach aussucht, ob es in öffentlichen Gebäuden WLAN gibt oder nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Na ja,
sie setzen das voraus, Herr Kramer.
Sie setzen das voraus.)

Das steht doch so in Ihrem Antrag.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Also wenn ich in den Urlaub fahre, dann will ich mich erholen, dann will ich Freizeitaktivitäten nachgehen und nicht den ganzen Tag irgendwo im WLAN-Netz hängen in irgendeinem Amtsgerichtsgebäude oder in einem anderen öffentlichen Gebäude,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Genau.)

sondern da bin ich im Hotel oder am Strand oder gehe durch den Schwarzwald spazieren

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

und habe da auch nicht überall WLAN-Hotspots. Also das müssen Sie mir mal genauer erklären, aber Sie haben ja auch noch Redezeit.

Ich kann auch nicht den zusätzlichen Aufwand dieses runden Tisches nachvollziehen. Wozu soll das gut sein? Ich kann Ihnen nur ans Herz legen: Lassen Sie die Landesregierung ihre Arbeit machen in diesem Punkt und lassen Sie uns als Opposition die Aufgabe der Kontrolle übernehmen! Das haben Sie gemacht in Kleinen Anfragen, das haben Sie gemacht in den Gesprächsrunden. Dabei sollten wir das nach meinem Dafürhalten belassen. Es gibt durchaus wichtigere Themen, die hier im Land prioritär zu erledigen sind.

Zu guter Letzt sei mir noch erlaubt zu sagen, Frau Kröger, dass ich mich gestern mit meinem Telefon in die

Nähe Ihres Fraktionsgebäudes begeben habe, da habe ich auch keinen freien Hotspot gefunden. Dann gehen Sie doch mit gutem Beispiel voran! Sie haben in Ihrem Gebäude kein ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist ein Landtagsgebäude. –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Wir können doch nicht einfach!)

Sie fordern von der Landesregierung, in öffentlichen Gebäuden WLAN einzusetzen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Wir können doch
nicht einfach! Wir können das nicht einfach! –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

und sollten dann selbst mit gutem Beispiel vorgehen. –
Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Berg.

Christiane Berg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Minister, vielen Dank! Die Argumente technischerseits und auch alle anderen sind einfach nicht zu widerlegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Inklusive der Asche aufs Haupt.)

Insofern bleibt mir nicht mehr sehr viel hinzuzufügen, aber ich möchte eines noch tun: Natürlich bedauere ich auch, dass es in den öffentlichen Gebäuden, die der Landesregierung gehören – das sind über 220, hinzu kommen noch Bundes- und andere Liegenschaften –, keinerlei Möglichkeit für frei zugängliches öffentliches WLAN gibt. Das gibt also einen erheblichen Handlungsbedarf. Ja, da stimme ich Frau Kröger zu.

Aber ich möchte daran erinnern, dass wir mit der Verabschiedung des zweiten Telemediengesetzes – nicht wir, sondern die Bundesregierung – dafür gesorgt haben 2017, dass die sogenannte Störerhaftung nicht zum Bumerang für die Anbieter von freien WLAN-Zugängen wird. Damit wurde erst die Voraussetzung geschaffen, den Zugang zum Internet zu verbessern und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von frei zugänglichem WLAN für die Anbieter sicher auszugestalten.

Derzeit prüft die Landesregierung, in welchen Gebäuden WLAN-Zugang notwendig ist und welche Maßnahmen zur Umsetzung dieses Vorhabens notwendig sind. Damit sind wir auf einem guten Weg, so, wie es der Minister auch gesagt hat. Wir machen also und werden deshalb den von Ihnen jetzt vorgelegten Antrag ablehnen, denn ein runder Tisch und ein Sonderbeauftragter machen die Sache nicht schneller. – Vielen Dank.

(Nikolaus Kramer, AfD: Klatschen, klatschen! –
Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke der Fraktion DIE LINKE recht herzlich für den Antrag, denn wie der Minister schon ausgeführt hat, die Aufgabe der Opposition ist Erinnerung und auch Themen aufzuwärmen, die gemacht werden sollen. Sie haben natürlich recht, wenn Sie aus dem Koalitionsvertrag zitieren, dass wir sukzessive die öffentlichen Gebäude aufrüsten wollen mit öffentlich zugänglichem WLAN.

Ich muss gleichzeitig gestehen, ich habe jetzt auch wieder einiges gelernt aus den Debatten vorher, ich weiß jetzt, welche zentralen Orte ich in irgendwelchen Städten aufsuchen kann. Aber das ist, glaube ich, unabhängig davon. Einerseits muss ich gleich sagen, wir werden den Antrag ablehnen. „Endlich machen“ bedeutet so eine große Aufforderung, als hätten wir noch gar nichts gemacht. Sie haben gerade schon zitiert, es ist überschaubar, in wie viel Gebäuden der Landesregierung oder der Landesverwaltung bisher öffentliche Zugänge sind. Was unser Ziel ist, das ist, glaube ich, dass die Debatte, die wir an der Stelle führen müssen, geführt wird. Leider wieder dieses schöne Wort, wir „führen“ Gespräche, denn es sind noch verschiedene Punkte zu klären. Für uns geht an der Stelle Qualität vor Quantität,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich dachte, Gründlichkeit vor Schnelligkeit.)

denn wir wollen das Ziel erreichen und nicht irgendwann zwischendurch mal wieder auf Start drücken müssen und nicht irgendwie Sachen doppelt ausgeben. Manchmal hindern uns Regularien, manchmal hindern uns technische Rahmenbedingungen und manchmal ist es eine Kombination aus beidem. Und das ist irgendwie an dieser Stelle meistens der Fall. Deswegen gerade dieses „sukzessive“.

Ich würde auch gern trennen. In Ihrem Antrag schreiben Sie von „Liegenschaften“ und „Freifunkinitiativen“, ich würde gern beides, also öffentliches WLAN an Landesliegenschaften und Freifunk, getrennt voneinander betrachten, denn das eine ist unser Ziel, wie wir das ausrichten wollen, der Minister ist eben schon darauf eingegangen. Die Frage ist: Wo lohnt es sich?

Sie haben zu Recht ausgeführt, es lohnt sich da, wo wir Publikumsverkehr haben, dort, wo Menschen irgendwie auch einen Nutzen davon haben. Und wenn man sich das anschaut, Sie kennen das hier im Landtag auch: Wir haben ein internes WLAN und nicht nur ein öffentliches WLAN, denn viele von uns haben Laptops, wir haben mobile Geräte, mit denen wir arbeiten, und deswegen brauchen wir auch ein internes WLAN. Wenn man erst mal über ein internes WLAN verfügt, wie hier ein professionelles WLAN, kann man doch ganz einfach ein öffentliches WLAN draufsetzen – so als technischer Hintergrund an der Stelle. Allein für private Nutzung lohnt sich das wahrscheinlich nicht unbedingt. Da wird gerade diese Wirtschaftlichkeitsanalyse dann nämlich genau so etwas ergeben. Es lohnt sich erst an der Stelle, wenn wir alle Mitarbeiter des Landes, jeden mit einem Laptop ausstatten würden und dann auch das Arbeiten in verschiedenen Bereichen möglich wäre. Vielleicht ist das mal so ein ganz weites Ziel in die Zukunft, weil ich glaube, irgendwo wird sich auch die Digitalisierung hin entwi-

ckeln, das heißt, es wird sowieso kommen. Bisher wäre, wenn man sich die meisten Liegenschaften anguckt, wahrscheinlich das private WLAN vor allem für die Mitarbeiter da. Die Mitarbeiter könnten dann mit ihren privaten Geräten im Internet surfen.

Ich muss auch ehrlich gestehen, wir haben in den letzten Tagen verschiedene Debatten geführt, wo wir selbst Experten sind. Ich glaube, wir haben jeder ein privates WLAN zu Hause – das ist endlich mal ein Thema, wo jeder eigentlich Experte ist. Jeder weiß, wie es zu Hause ist. Man steckt seinen Router rein und hat Internet. Das Thema Freifunk – darauf wurde eben schon eingegangen – beackern wir auch schon ein bisschen länger. Wir haben schon in den Strategiefonds Gelder eingestellt – der Minister ist gerade darauf eingegangen – und haben uns auch, darauf komme ich gleich noch, überlegt, wie so eine Förderung aussehen könnte. Es ist die große Frage: Was ist Freifunk eigentlich? Es wird immer so gesagt: Es ist die Lösung aller Probleme, wenn es um öffentliches WLAN geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, die wenigsten von Ihnen würden bei ihrem privaten WLAN zu Hause einfach das Passwort entfernen, denn wir haben zwar eben schon gehört, die Kollegin Berg hat es gesagt, sie haben die Störerhaftung jetzt größtenteils abgeschafft, aber es gibt noch so einen kleinen Punkt, da geht es immer noch um mögliche Sperren, dass etwas durchgesetzt werden kann, wovon wir noch gar nicht wissen, wo genau das hingehet. Aber die meisten würden es einfach nicht machen, weil dann auf jegliche privaten Geräte, die in diesem Netzwerk sind, andere zugreifen könnten. Es gibt natürlich die Hoffnung, dass jeder positiv unterwegs ist mit so einem offenen WLAN. Aber vielleicht – ich habe mein privates WLAN geöffnet – kommt doch mal der eine um die Ecke und will mir irgendwie schaden und will irgendwas machen. Deswegen würde ich das nicht machen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und da setzt Freifunk nämlich an. Freifunk kann man einfach hinter seinen Router hängen und dann hat man offenes WLAN. Wie funktioniert das eigentlich? Wenn Sie Ihren Internetanschluss sich vorstellen als Wasserleitung, die von A nach B geht – irgendwo fließt das Wasser lang –, dann ist Freifunk so, als wenn Sie noch einen Schlauch durch diese Wasserleitung packen. Das heißt, alles dieses Freifunkwasser wird dann durch den Schlauch geleitet, sodass Sie keine Probleme haben mit der Vermischung mit dem anderen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie können über die Freifunkleitung auch einfach Bier transportieren und trotzdem hätten Sie auf Ihrem normalen Anschluss noch Wasser. Also ist da eine Separierung, es wird durchgeleitet und es wäre gar kein Problem. Sie können, wie ich schon gesagt habe, Plug and Play die Sachen anschließen. Deswegen ist das für die meisten auch eine wirklich gute Sache, wie man zusätzlich zu seinem privaten Anschluss, den man gesichert hat, vielleicht drum herum einfach noch einen Anschluss dranhängt und dann öffentliches WLAN anbietet.

Aber was dieser Antrag suggeriert, ist die Frage: Ist Freifunk wirklich die große Lösung für öffentliche Gebäude? Und an der Stelle muss ich sagen, da bin ich nämlich

nicht der Meinung, denn Freifunk würde dazu führen, dass man in öffentlichen Gebäuden überall, würde man den Freifunkinitiativen das gestatten, etwas dranhängt. Der Vorteil an so einer professionellen Lösung wäre einfach, man achtet bei der Ausstattung darauf, wie die Ausleuchtung ist, dass wirklich jeder Bereich vertreten ist. Man achtet aber auch auf Sachen wie Strahlung, denn wir haben in vielen Bereichen auch immer noch die Frage, wie viel Strahlung eigentlich sein darf und was wir da machen. Deswegen finde ich, man sollte eine professionelle Lösung für Landesliegenschaften unabhängig von Freifunk betrachten.

Sie haben in Ihrem Antrag ausgeführt, jede Landesliegenschaft solle einen WLAN-Beauftragten bekommen. Ich frage mich, wie das bei einigen Liegenschaften dann ist, wenn ich mir zum Beispiel das Bohrkernlager in solchen Bohrkernlagerhallen in Sternberg angucke, wie dann gelost wird, wer von den Mitarbeitern sich da noch zusätzlich um das WLAN kümmern kann. Das ist bestimmt eine fieberhafte Aktion – aber Scherz beiseite. Das ist an der Stelle auch einer der Punkte, weswegen wir den Antrag ablehnen.

Sie haben aber im zweiten Punkt – darauf ist eben schon eingegangen worden – teilweise recht, wenn Sie sagen, ein runder Tisch sei zu organisieren. Einen runden Tisch – das hat der Minister schon angesprochen – hatten wir sogar vor zweieinhalb Wochen, also kurz vor Ihrer Antragsfrist. Es wird ja immer gesagt, dass wir an der Stelle irgendwelche Sachen abschreiben oder so was. Zufällig war das zwei Tage vor der Antragsfrist, da hatten wir so einen runden Tisch, zusammen mit den Freifunkinitiativen, und haben gerade diese Probleme besprochen. Wir haben jetzt nämlich Geld im Strategiefonds und wollen da wirklich etwas machen, wollen das aber nicht doppelt und dreifach ausgeben müssen. Wir wollen das nicht einfach aufmachen, dann ist alles Geld weg und am Ende stellt man fest, es hat uns aber nichts gebracht. Es soll ja eine strategische Steuerung sein, deswegen auch der Strategiefonds.

Ich war im vergangenen Jahr schon unterwegs – im Prinzip gibt es drei große Akteure im Land – und habe mir die verschiedenen Konzepte angeguckt. Diese sind tatsächlich, wie der Minister schon sagte, technisch auch komplett unterschiedlich, sie passen eigentlich gar nicht zueinander. Und das war eigentlich der Vorteil. Wir haben vor zweieinhalb Wochen diese Gespräche gehabt und festgestellt, auch die Initiativen unterhalten sich untereinander kaum.

Es gab wohl vor Jahren mal ein Treffen und am Rande unseres Treffens – das fand ich ganz gut – wurde dann zumindest gesagt: Wir müssten uns mal wieder zusammensetzen und eine Vernetzung machen. Das fand ich dann wirklich gut. Dieses tolle und inspirierende Gespräch hat aber auch dazu geführt, dass wir – obwohl wir eigentlich schon vorher wussten, wo die Probleme sind, wo die Differenzen sind – auch in diesem Gespräch zu keiner Lösung gekommen sind. Es sind diese technischen Sachen, die man überhaupt nicht zueinander kriegt. Und wir haben bisher gesagt, wir wollen eine Richtlinie, wir wollen eine Möglichkeit für jeden schaffen, dass vor Ort etwas gemacht werden kann. Aber – und da würde ich Sie gern einladen, der Minister hat es schon gesagt – für uns war es erst mal so, wenn ich so eine Runde mache, dann geht es mir auch erst einmal darum, dieses Thema abzustecken und vielleicht schon mit einer

ersten Lösung reinzukommen, womit man dann weiter diskutieren kann.

Ich würde es gern mit Ihnen zusammen machen, dieses Thema im Landtag zu beackern, denn ich glaube, das sind wir den Initiativen, die das alle ehrenamtlich machen, auch irgendwie schuldig. Das können wir eigentlich nur in einer großen Runde machen. Deswegen sollten wir das gern mit denen machen, um zu überlegen, wie die sinnvollste Steuerung möglich ist, denn es soll kein „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ werden, wo irgendwie ein paar Sachen im Land gefördert werden, sondern es soll eher so eine Sache sein, wir wollen langfristig, wir wollen nachhaltig etwas davon haben und wir wollen auch den Ehrenamtlichen, die da unterwegs sind, etwas bringen.

Das führt mich gerade zu dem Gedanken, ich hatte eben schon die Störerhaftung angesprochen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wir haben uns auch dieses Jahr noch ein bisschen Zeit gelassen, was damit zusammenhing, denn eigentlich wurden die Freifunkinitiativen mal gegründet, um der Störerhaftung zu entgehen. Das war der grundsätzliche Gedanke. Wir haben den Strategiefonds aufgelegt und gleich danach wurde die Störerhaftung abgeschafft, sodass wir irgendwie dastanden: Moment, das ist jetzt ein bisschen schwierig, wir haben Geld für eine Initiative, die eigentlich aus dem Gedanken gegründet wurde, die Störerhaftung zu umgehen. Auf einmal wurde diese abgeschafft und bis heute ist es so ein bisschen zwiespalten, wie man damit umgeht. Und die gehen in den Bereichen wirklich unterschiedlich damit um, nur so viel dazu. Das wäre auch ein Thema, was man da machen würde.

Also ich lade Sie herzlich ein, wir können uns gern verständigen, dass wir das gemeinsam machen, um zu gucken, wie kriegen wir da am schnellsten auch für die Freifunker etwas getan, die ehrenamtlich unterwegs sind, die vor Ort eine nachhaltige Infrastruktur wollen, denn Freifunk bedeutet offene Bürgernetzwerke. Das bedeutet, dass man rundum Infrastrukturen schafft, die Bereiche vernetzen, und deswegen freue ich mich darauf. – Ich danke vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Minister Pegel, lieber Kollege da Cunha, das ist immer dieses Problem mit der Digitalisierung. Wir wollen das alle, aber dann wird die Liste von dem, was nicht geht und was schwierig und technisch kompliziert ist, was teuer ist und überhaupt, immer länger und länger und länger und länger,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und das ist natürlich auch ein Problem, das wir irgendwie mal überwinden müssen. Uns ständig daran aufzuhalten, was alles nicht geht, das ist ja auch einer der Gründe, warum wir an vielen Stellen nicht vorankommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So viel Asche aufs Haupt kann es gar nicht geben.)

Angebote schaffen, die bedarfsgerecht sind, was Sinn ergibt – absolut, da bin ich vollkommen bei Ihnen, Herr Minister. Das haben Sie ja noch einmal ausgeführt, deswegen bin ich darauf auch in meiner Rede schon eingegangen. Es geht gar nicht darum, das überall zu installieren, weil es gar nicht überall sinnvoll ist, sondern wirklich zu gucken, wo gibt es Publikumsverkehr, wo halten sich Menschen auf, wo ist es sinnvoll. Und da kann man das auch machen, wirklich bedarfsgerecht.

Über die Sache mit der Verantwortlichen oder mit dem Verantwortlichen kann man streiten, inwieweit das zeitweise Sinn macht, wenigstens während der Umsetzung, oder aber auch nicht. Ich glaube nur, wenn Sie keinen Ansprechpartner und keine Ansprechpartnerin vor Ort haben, der oder die sich in irgendeiner Form zuständig fühlt, dann wird es einfach schwierig. Dann heißt es immer, man, jemand, einer müsste da mal was machen, und dann funktioniert es nicht, bis einer das Telefon in die Hand nimmt und mal anruft. Das sind ja ganz irdische Angelegenheiten, mit denen wir es da zu tun haben.

Aufwand und Nutzen abwägen, sagte der Minister – ja, das sehe ich auch so. Aber irgendwo müssen wir ja mal anfangen. Es muss eine Vorstellung geben, in welchen Liegenschaften ein solches Angebot hilfreich ist. Und wenn man dann den Ausführungen folgt, dann entsteht natürlich schon das Gefühl, als wenn man nur Probleme sieht und das irgendwie gar nicht vorangeht, dass da gar nichts funktionieren kann.

Was die Freifunkerinnen und Freifunker angeht, also auch da wundere ich mich ein bisschen über die Art und Weise, unseren Antrag zu lesen. Dort steht „einen Runden Tisch“ – ja, das sagt man so zu einem Gespräch, einer Diskussionsrunde, wie auch immer.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU und Jochen Schulte, SPD)

Herr Kramer hat den runden Tisch für nicht notwendig erachtet, aber offensichtlich hat er ja schon stattgefunden, was gut ist, dass man sich mit den Freifunkern zusammensetzt und mit ihnen darüber redet, was möglich ist und was nicht. Aber es gibt natürlich einen großen Zwischenraum zwischen gar nichts mit den FreifunkerInnen machen und alles mit den FreifunkerInnen machen. So klang das vorhin. Alles mit den Freifunkern machen, das geht eben nicht, das steht auch nicht in dem Antrag, aber dazwischen gibt es ja einen Raum, der Kooperation ermöglichen kann. Und das Wort „können“ taucht ja auch bewusst dort auf. Man muss natürlich miteinander schauen, was geht und was geht nicht. Das soll heißen: Was ist technisch möglich, was ist finanziell möglich? Darüber müssen wir uns gemeinsam unterhalten.

Bei all den Sachen, Herr Kollege da Cunha, die Sie aufgezählt haben, haben wir es mit ehrenamtlichen Akteuren zu tun, haben wir es mit unterschiedlichen Techniken zu tun, haben wir es mit unterschiedlichen Organisationsstrukturen zu tun. Und das kenne ich aus eigener Erfahrung: Unser Rostocker Büro hat sich eine solche Einrichtung zugelegt, aber schon vor einer ganzen Weile, hat die örtliche Freifunkinitiative kontaktiert und gesagt, da möchten wir uns beteiligen. Dann wurde das abgeschlossen und das war auch ganz toll. Und als es die

ersten Probleme gab, hatten wir wiederum Probleme, jemanden bei den Freifunkern telefonisch zu erreichen, weil sie im Ehrenamt sind. Per Mail sowie digital hat es auch nicht geklappt, weil sie eben im Ehrenamt sind und nicht den ganzen Tag im Büro sitzen und darauf warten, dass mal jemand anruft, der irgendwie seine Probleme mit ihm oder mit ihr bespricht. Es hat eine Weile gedauert und dann wurde das technische Problem gelöst. Jetzt funktioniert es wieder. Das sind alles irdische Situationen, über die man reden muss, wie so etwas möglich ist, aber bitte lösungsorientiert und nicht immer nur aufzählen, was alles nicht geht.

Dann noch eine Bemerkung zum Tourismus: Das klingt für mich natürlich auch ein bisschen nach einem vorgeschobenen Abwägungsgrund. Auch da, wenn man den Antrag genau liest, steht: „Die Bedürfnisse der Einwohner und Touristen, der Öffentlichkeit insgesamt, werden nicht erfüllt.“ Also nirgendwo in diesem Antrag ist zu lesen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich glaube, du hast sie durchschaut, Eva.
Ich glaube, du hast sie durchschaut.)

dass es uns nur um Touristen ginge oder der Tourismus hier irgendeinen Schwerpunkt bildet, denn – es ist natürlich absurd, so ein Bild zu zeichnen – dass es Massen von Touristen gäbe, die, außer wenn sie auf Toilette müssen, vielleicht in die nächste Behörde laufen und dann da Stunden verweilen, um sich umzusehen und zu gucken oder irgendwie zu surfen, das hat auch keiner behauptet. Es ist natürlich auch albern, dieses Bild aufzumachen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Aber natürlich ist es inzwischen im Urlaub so – mir ging es im Ausland selbst auch schon mehrere Male so –, dass, wenn man unterwegs ist und dann tatsächlich öffentliche Einrichtungen nutzt, dass es dann schon nett ist, wenn es dort WLAN gibt und man einfach die Dinge mal googeln kann, die man als Tourist so googelt. Da werden die Restaurants in der Umgebung beurteilt oder gezeigt, wo die nächste Tourist-Info ist oder Straßenbahnhaltestellen oder U-Bahn-Haltestellen. Das ist schon ein netter Service, den man gern in Anspruch nimmt, und so was sollte auch möglich sein.

(Nikolaus Kramer, AfD:
Die Tourist-Info hat WLAN.)

Am Ende träume ich einfach ein bisschen davon, dass wir mal so eine Seite haben. So was sieht man, wenn man den „echten Norden“ ...

(Die Abgeordnete Eva-Maria Kröger hält ihr I-Pad hoch. –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Oh, oh, das darf man nicht! –
Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Kröger, also ich bin zwar krank, aber schlafen tue ich noch nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Das Hochhalten von Dingen am Rednerpult ist nicht zulässig.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich bitte das zu beachten.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn denn irgendjemand Interesse hat, Frau Kröger hat es jetzt angeboten, einen Blick darauf zu werfen, dann nach der Rede. Außerhalb des Rednerpultes kann sich jeder ansehen, was Sie jetzt gerade hochhalten wollten.

(Patrick Dahlemann, SPD: Schreib doch mal, was du uns gezeigt hast! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lade Sie dann herzlich ein, sich das gleich mal anzuschauen. Wenn man die Seite Schleswig-Holsteins besucht, den sogenannten selbsternannten „echten Norden“,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

da ist man ja bemüht, überall WLAN anzubieten. Da kann man sich einmal anmelden und dann ist man im Land unterwegs und wird mit Hotspots verbunden.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das wäre auch so ein Wunsch für Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht kommen wir da ja irgendwann mal hin.

Auf jeden Fall nehmen wir die Einladung natürlich sehr gern an, gemeinsam darüber zu reden. Ich gehe dann davon aus, dass das im zuständigen Fachausschuss demnächst der Fall sein wird. – Ich bedanke mich für die herzliche Debatte und wünsche allen einen schönen Feierabend.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Noch sind wir nicht am Feierabend, aber weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2809. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2809 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagsordnungspunkt 3:** Einspruch des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD, gemäß Paragraf 100 der Geschäftsordnung des Landtages gegen den in der 49. Sitzung des Landtages am 21. November 2018 zu Beginn der Sitzung erteilten Ordnungsruf.

Einspruch des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD, gemäß § 100 GO LT gegen den in der 49. Sitzung des Landtages am 21. November 2018 zu Beginn der Sitzung erteilten Ordnungsruf

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Nikolaus Kramer hat mit Schreiben vom 21. November 2018 gegen den ihm in der 49. Sitzung des Landtages erteilten Ordnungsruf Einspruch eingelegt. Dieser Einspruch und das Antwortschreiben der Präsidentin des Landtages liegen den Mitgliedern des Landtages als Tischvorlage vor.

Lassen Sie mich zu dem Einspruch Folgendes anmerken: Gemäß Paragraf 100 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über einen Einspruch ohne Aussprache. Das Benehmen im Ältestenrat dazu ist heute hergestellt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einspruch des Abgeordneten Nikolaus Kramer gegen den ihm in der 49. Sitzung des Landtages am 21. November 2018 erteilten Ordnungsruf. Wer dem Einspruch des Abgeordneten Nikolaus Kramer gegen den ihm in der 49. Sitzung des Landtages am 21. November 2018 erteilten Ordnungsruf zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einspruch des Abgeordneten Nikolaus Kramer

(Marc Reinhardt, CDU: Abgelehnt.)

abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 23. November 2018, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Jetzt wünsche ich auch einen schönen Feierabend.

(Thomas Krüger, SPD: Gute Besserung!)

Schluss: 19.20 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Sandro Hersel, Jörg Heydorn, Dr. Gunter Jess, Franz-Robert Liskow, Simone Oldenburg und Erwin Sellering.

Namentliche Abstimmung
über den
Antrag der Fraktion DIE LINKE
12 Euro Mindestlohn – Jetzt und für alle
– Drucksache 7/2811 –

Jastimmen**DIE LINKE**

Bernhardt, Jacqueline
Foerster, Henning
Kolbe, Karsten
Koplin, Torsten
Kröger, Eva-Maria
Larisch, Karen
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Neinstimmen**SPD**

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Dr. Backhaus, Till
Brade, Christian
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dahlemann, Patrick
Friedriszik, Dirk
Gundlack, Tilo
Hesse, Birgit
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Pegel, Christian
Saemann, Nils
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann

CDU

Berg, Christiane
Eifler, Dietmar
Glawe, Harry
Kliewe, Holger

Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Renz, Torsten
Schlupp, Beate
Waldmüller, Wolfgang

AfD

Förster, Horst
Grimm, Christoph
de Jesus Fernandes, Thomas
Kramer, Nikolaus
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Reuken, Stephan J.
Schneider, Jens-Holger
Strohschein, Jürgen
Dr. Weber, Ralph

Freie Wähler/BMV

Borschke, Ralf
Dr. Manthei, Matthias
Weißig, Christel
Wildt, Bernhard

Fraktionslos

Arppe, Holger

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen 53
Gültige Stimmen 53
Jastimmen 10
Neinstimmen 43
Enthaltungen -